

DIE GRÜNEN: Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Ein Beitrag:

- zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen,
- zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN
 - zum 140jährigen Jubiläum der SPD,
- zur Agenda 2010 der rot-grünen Regierungskoalition.

Von
Tristan Abromeit
Gründungsmitglied der Partei DIE GRÜNEN

Mai 2003

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
E-Mail: abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

Für die Mitglieder des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Mai 2003

Frau bzw. Herrn

Kerstin Andreae / Marieluise Beck / Volker Beck / Cornelia Behm / Birgitt Bender / Matthias Berninger / Grietje Bettin / Alex Bonde / Ekin Deligöz / Dr. Thea Dückert / Jutta Dümpe-Krüger / Franziska Eichstädt-Bohlig / Dr. Uschi Eid / Hans-Josef Fell / Joschka Fischer / Katrin Göring-Eckardt / Anja Hajduk / Winfried Hermann / Antje Hermenau / Peter Hettlich / Ulrike Höfken / Thilo Hoppe / Michaela Hustedt / Renate Künast / Fritz, Kühn / Markus Kurth / Undine Kurth / Dr. Reinhard Loske / Anna Lührmann / Jerzy Montag / Kerstin Müller / Winfried Nachtwei / Christa Nickels / Friedrich Ostendorff / Simone Probst / Claudia Roth / Krista Sager / Christine Scheel / Irmgard Schewe-Gerigk / Rezzo Schlauch / Albert Schmidt / Werner Schulz / Petra Selg / Ursula Sowa / Rainer Steenblock / Silke Stokar / Hans-Christian Ströbele / Jürgen Trittin / Marianne Tritz / Hubert Ulrich / Dr. Antje Vogel-Sperl / Dr. Antje Vollmer / Dr. Ludger Volmer / Josef Winkler / Margareta Wolf

Den Fraktionen SPD, CDU, FDP und PDS und den Parteifreunden zur Kenntnisnahme

DIE GRÜNEN - Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?



- Ein Beitrag - zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen,
- zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN
- zum 140jährigen Jubiläum der SPD,
- zur Agenda 2010 der rot-grünen Regierungskoalition.

Ein Text, der nur ein Brief mit dem Datum 1. Mai werden sollte und nicht vor Ende des Monats enden wollte. Ein Text mit deutlicher Kritik - nicht nur an die Bündnisgrünen -, Verständnis für die Handelnden und Hinweise auf das große Angebot an Entwicklungsmöglichkeiten für die Individuen, die deutsche Gesellschaft, die europäischen Völker und die Weltbevölkerung. Dargestellt in einer Form, die sich nicht an Gliederungsschemata orientiert, sondern die Dynamik des Gedankens zum Ausdruck bringen will. Der Verfasser bleibt als Person sichtbar. Er greift da auf Texte anderen Autoren zurück, wo er annimmt, daß es der Problembeschreibung oder der Problemlösung nützlich ist. Der Ort, von dem aus unsere politischen Verhältnisse beschrieben werden, ist kein erhöhter, sondern ein unsicherer, den er mit den vielen anderen Irrenden und zum Handeln verurteilten teilt. Er hat aber einen Kompaß. Während der Autor versucht, den miserablen Zustand unserer Gesellschaft und die verpaßten Möglichkeiten der Politik zu beschreiben, bemüht sich seine Frau ihm berechtigt klar zu machen, was für ein miserabler Vater er wäre und welche Chancen der familiären Zuwendung und Prägung der Kinder er verpaßt hätte. In der Zeit der Erstellung dieses nutzlosen Textes, der der Familie keine müde Mark einbringt - so wird ihm vermittelt - hätte er viele dringende Arbeiten am und im Haus erledigen können. Ist das Bemühen des Autors nutzlos? Wer kann das im Voraus sagen? Es gibt Aufgaben, bei denen die Fragen nach Ertrag, Lob oder Schelte nicht angebracht sind.

1. Einleitung	5
2. Ein Jubiläum mit Trauerflor: 29. 3. 83 - Zwanzig Jahre Grüne im Bundestag	10
Stichwort: Ökolibertäre Grüne	13
von der ersten politischen Sünde der Grünen / 5% Klausel	15
von der zweiten politischen Sünde der Grünen / zu frühe Regierungsbeteiligung	12
Stichwort: Rudolf Bahro	18
von der dritten politischen Sünde der Grünen / keine demokratische Erneuerung	21
Exkurs Nr. 1: Zur Abstimmung über Trennung von Amt und Mandat	22
von der vierten politischen Sünde der Grünen / Versagen im Einigungsprozeß	23
von der fünften politischen Sünde der Grünen / Schmalbrüstigkeit in der Europapolitik	24
Sicherheitspolitik	24
Europa als Wirtschaftseinheit	25
Der Euro / Das funktionale Problem	26
Der Euro / Das rechtliche Problem	27
Europa und die Verfassung	27
Nachtrag zum Thema Verfassung / DER SPIEGEL (20/03)	31
von der sechsten politischen Sünde der Grünen / Verschleppung des Arbeitslosenproblems	32
von der siebenten politischen Sünde der Grünen / Geschlossenheit auf Kosten der Offenheit	32
3. Zehn Jahre Vereinigung von Bündnis 90 und DIE Grünen	33
Das Böse kommt selten aus einem bösen Willen	34
4. Der Koalitionspartner - Die SPD	36
5. Was bei den Gedenken an den Holocaust und an Kriege gerne übersehen wird	38
6. Agenda 2010 - eine Notoperation ohne Aussicht auf Heilung	46
Das Verständnis für die Verteidiger des Status quo	46
Vom Sozialfaschismus	47
Agenda 2010 und Leitantrag des SPD-Vorstandes ohne Vision	48
Die mögliche Vision	49
Soziale Marktwirtschaft	50
Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)	51
Sozialdarwinismus, Neo-Liberalismus und Globalisierung	52
Exkurs Nr. II / Über die Arbeitsbedingungen des Verfassers	53
Exkurs Nr. III / Die Reflexion zweier Nachrichten	53
Die Verbeugung vor den Gewerkschaften	54
Exkurs Nr. IV / Was ist Teilhabe und wie entsteht sie?	60
Exkurs Nr. V / a) Globalisierung hautnah erlebt	61
b) die falschen und unnötig verlorenen Kämpfe	62
7. Die Forschungs-, Bildungs- und Ausbildungsmisere	65
A) Das Zweifelhafte an der Forschungspolitik	65
Denk-Zettel zur Energiepolitik vom September 1977	67
B) Bildungspolitik ohne wirklichen Fortschritt	72
C) Berufsbildung in der politischen Wiederholungsschleife	76
Anmerkungen zu den Meldungen und Fundstellen zur Berufsbildung	79
Einfügung aus einem anderen Text von mir / aus <i>Pestalozzi der Rebell</i>	84
8. Merkposten	86
8.1 Ein Präsident der USA erinnert uns	86
8.2 Mahnungen und Fragen aus der Vergangenheit	86

8.3	ABM für das Militär	90
8.4	Die blamierte Friedensbewegung	93
8.5	Mit Zuckerbrot und Peitsche / Bürger wollen Reformen	95
	<u>Kasten Nr. 1</u> / Zinsgrößen im Unternehmenssektor / Helmut Creutz	98
8.6	Föderalismus	102
	Landesparlamente reklamieren Repräsentation und Subsidiarität	103
	Föderalismus - Die demokratische Alternative	106
8.7	Die Ökosteuer	110
8.8	fehlt	
8.9	Kein Kindergeld für Reiche? / Schulbuchfreiheit nur für Arme? / Vermögenssteuer? ...	113
8.10	Pflegekasse	117
8.11	Einwanderung / Asyl	119
8.12	Die Deutschen haben die kürzeste Arbeitszeit	127
8.13	Insolvenzen	129
8.14	Mittelstand	132
8.15	Wahlerfolg in Bremen	134
8.16	Unterm Strich / Bürger wollen Reformen	135
8.17	Konstruktives braucht Zeit	136
	(Rückkehr zum menschlichen Maß / Der Dritte Weg / Wilhelm Röpke)	
9.	Zusammenfassende Schlußbemerkung	142
10.	Biographische Notiz	147 - 154

- Anhang I**
1. Die zwei „Neoliberalismen“ von Andreas Renner
 2. Anmerkungen vom Abschreiber
 3. WIRTSCHAFT ALS DIENERIN DER MENSCHLICHKEIT von Alexander Rüstow:
 4. VON DER RANGORDNUNG DER WERTE von Wolfgang Frickhöffer

- Anhang II**
1. Neoliberalismus aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie
 2. Neoliberalismus von Karl-Heinz Brodbeck aus: Ethik-Letter LayReport 2/1999,
 3. Neoliberalismus, Stichwort aus dem elektronischen Brockhaus
 4. Sozialdarwinismus, Stichwort aus dem elektronischen Brockhaus
 5. Die geplante Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall! T.A. 11/91
 6. "Sozialdarwinismus" - ein Begriff der "greift", ...? T.A. 7 92
 7. „Silvio Gesell und Charles Darwin“ - ein verkorkster Beitrag von Franz X. Laxy, T.A., 11/99
 8. Die Arbeitnehmer beteiligen... Kann die Beteiligung der Arbeitnehmer ...? T.A. 2/94)
 9. Die Konsens-Falle Auszug aus dem SPIEGEL 20 / 2003 S. 34 f. 27
 10. Zwei „Kästen“ aus der *Zeitschrift für Sozialökonomie* zu den Themen *Deflation* und den Begriffen *Kapitalismus* und *Marktwirtschaft*

- Anhang III**
1. Plädoyer für die Abschaffung des Monopole der Berufsarbeit ... von Reinhard F r a n z k e
 2. Auszug aus: DER DRITTE WEG ... ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung ... März 1980 in Saarbrücken / 3.3.4 Soziales Netz / 3.4.2 Bildung
 3. THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK Feb.1984
 4. Zeitungsbericht zum Kongreß
 5. Vom Modell Arbeiten und Lernen zum Modell Trainieren und Starten, T.A. 9/84 .
 6. Neue Berufsqualifikationen für die Zukunft, T.A. 12 / 85
 7. Dringlichkeitsantrag ... Situation der Arbeit
 8. THESEN ZUR EUROPA- UND DEUTSCHLAND-POLITIK DER G R Ü N E N
 9. Alternativen 10/ 1983
 10. Frieden schaffen! Aber wie? 19/83
 11. Mitglieder-Antrag ... Bundesversammlung .. Arbeitslosigkeit 4 / 85
 12. Politische Begründung .. Mitglieder-Antrages zum Thema ARBEITSLOSIGKEIT
 13. ZUM ERNST DER LAGE - Politiker-Befragung zur Arbeitslosigkeit
 14. P E T I T I O N an den DEUTSCHEN BUNDESTAG

1. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Anrede „liebe Freundinnen und Freunde“ fällt mir als Gründungsmitglied der SPV Die Grünen und der Partei DIE GRÜNEN schwer, weil die Partei mir fremd geworden ist und ich es außerdem nicht für angebracht halte, eine solche vertrauliche Anrede für Mitglieder des Deutschen Bundestages zu gebrauchen. Sie bringt nicht genügend die Distanz zum Ausdruck, die zwischen Ihrer Rolle als MdB und der des Parteimitgliedes zu liegen hat. Unabhängig hiervon möchte ich aber meinen Respekt - vielfach auch Sympathie - Ihnen gegenüber als Person zum Ausdruck bringen. Und wenn man parlamentarische Arbeit messen könnte - davon bin ich überzeugt - würden sie mit Ihrer Leistung über den Durchschnitt liegen. Dieses gleich am Anfang meines Schreibens zu betonen, scheint mir wichtig, weil ich vom Standort Parteigründung aus gesehen leider keine Lobeshymne auf die Bundestag-Fraktion der Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - in Folge - zu singen habe. Selbstverständlich ist es nicht mein Bemühen, aus der Gesellschaft oder aus der Mitgliedschaft heraus ein weiteres Zeugnis von Politikverdrossenheit zu produzieren, sondern es gilt letztlich immer wieder, Auswege aus Sackgasse und Irrgärten der Politik aufzuzeigen, soweit sie erkennbar sind.

Ich spreche nicht für eine Gruppe innerhalb oder außerhalb der Partei, sondern nur für mich als Gründungsmitglied der GRÜNEN, dies aber eindeutig und ausdrücklich wie in der Gründungszeit. Nun ist es ja aber so, daß die Menschen die über ein und das selbe Ereignis oder über den gleichen Prozeß als teilnehmende Akteure oder Beobachter berichten, sehr unterschiedliche Erinnerungen entwickeln können. Dies liegt ja bekanntlich daran, daß unsere Erinnerung eine individuell gestaltete Erinnerung ist. Es gibt aber zum Glück manchmal die Möglichkeit, die eigene Erinnerung an Hand von Zeugnissen aus der jeweils zu beurteilenden Zeit zu überprüfen. Ein solches Zeugnis ist zum Beispiel die Dissertation von Anna Hallensleben über die Vorgeschichte der Gründung der GRÜNEN oder auch meinen programmatischen Beitrag für die grüne Bewegung, erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken. Titel: Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung, 56 Seiten.

Rein sachliche Darstellungen des freiwirtschaftlichen und ordoliberalen Themenkomplexes - den ich hier nur stichwortartig anreißer - gibt es im Detail oder schön gegliedert als Gesamtdar-

stellung genügend. Sie werden aber einfach nicht genügend zur Kenntnis genommen. Woran das liegt, könnte das Thema einer Forschungsarbeit sein. Die spezielle liberal-soziale oder freiwirtschaftliche Sicht der Dinge wurde in den letzten hundert Jahren von vielen Menschen - gegen den politisch-geistigen Strom der Zeit schwimmend - vorgetragen. Ich trage argumentierend nur als einer von vielen vor.¹ Dieses zu sagen, ist mir wichtig, weil ich mich der Wirkung wegen in diesem Schreiben als Person erkennbar mache. Das hat den Nachteil, daß ich dadurch leichter angreifbar bin, aber auch den Vorteil, daß ich meine Bewertung der Dinge oder Personen klar zum Ausdruck bringen kann. Es geht mir dabei nicht so sehr darum, Recht zu haben, als vielmehr Ihre kritische intellektuelle Kontrollinstanz zu animieren, zu aktivieren und die nachfolgende Frage auf ihre persönliche Tagesordnung zu stellen: „Spinnt der Tristan Abromeit losgelöst von jeglicher Realität oder habe ich in meinem politischen Denken und Handeln Wesentliches übersehen?“

Als sich in mir das Gefühl verdichtete, ich müsse mich zu dem politischen Zeitgeschehen erneut äußern, war ich keinesfalls begeistert davon, weil ich Kollisionen mit den Anforderungen an meine Rolle als Hausmann in einer noch jungen Familie voraussah und auch dachte: „Was geht Dich die Politik als fast 70jähriger noch an. Du hinderst die Zeitgenossen bestimmt nicht mehr daran, in ein weiteres Unglück zu rennen. Widme die lieber Deinen Enkel aus der alten Familie und helfe dem Julius (das ist eines der bisher 8 Enkelkinder) bei Bau des Baumhauses.“ Aber gerade diese Überlegungen haben mich dann auf Trab gebracht. Wir, Kinder, Enkel und Urenkel der Generation, die in der Zeit des Nationalsozialismus verantwortlich war, sind ganz großartig, wenn wir das Versagen dieser Generationen anprangern. Wir übersehen dabei nur, daß wir in noch viel größerem Umfang versagt haben. Unsere Mordwaffe ist viel heimtückischer und tödlicher als das Gas der Nazis. Es ist die ökonomische Ignoranz, die jährlich Millionen Menschen ein vorzeitiges Ende bereitet oder ihres Lebensglücks beraubt. Das perfide an diesem Vorgang ist, daß dies mörderische Unrecht heute noch weniger von uns gesehen werden muß als das Morden unserer Altvorderen von gestern in der Nazizeit hinter den Stahldrahtzäunen.

In mir stieg beim Nachdenken über unsere Realpolitik dann das Bild von der Tempelreinigung durch Jesus auf. Das fand ich insofern merkwürdig, weil ich erst kürzlich einem evangelischen Bischof erklärt habe, daß ich zwar evangelisch getauft, konfirmiert und in einem katholischen

1 Die „Vielen“ sind im Verhältnis zur Zahl der Menschen und Organisationen, die auf die Politik einwirken aber nur eine winzig kleine Minderheit.

Dorf des oldenburgischen Münsterlandes aufgewachsen sei, aber schon in den fünfziger Jahren aus der Kirche ausgetreten sei, weil ich das Glaubensbekenntnis nicht als meine Wahrheit akzeptieren konnte. Ich war damals als Laie schon in der Situation, in der heute der Göttinger Theologieprofessor Gerd Lüdemann ist.^{3 4} Eigene gedankliche Bilder, die vor unserem geistigen Auge entstehen, haben natürlich mit dem zu tun, was man vorher aufgenommen oder gedacht hat. Nun bin ich im Laufe der Zeit zu der Überzeugung gekommen, daß nicht nur die Parteien und Verbände (bei allem guten Willen der Mitglieder) bei einem zu großen Grad an Verlogenheit angelangt sind, sondern auch die Kirchen. Aber erklärt das mein Bild von der Tempelreinigung? Und wer sollte den politischen Jesus spielen? Ich sehe keine Person, die dazu in der Lage wäre, und halte auch die politische Tempelreinigung für eine kollektive Aufgabe unserer Gesellschaft. Ich habe dann zu meiner Bibel gegriffen, die mir 1956 von der Deutschen Seemannsmission mit dem Wunsche für einen fleißigen und gesegneten Gebrauch geschenkt wurde. Da es aber mit dem fleißigen Gebrauch gehapert hat, haperte es jetzt mit dem Finden der entsprechende Textstelle. Zur Hilfe kam mir dann das „Stuttgarter Biblisches Nachschlagewerk“ von 1931, daß ich aus einem Altpapiercontainer gefischt habe. Hier fand ich dann den Hinweis auf Johannes 2. Ich zitiere Vers 13 bis 16: „Und der Juden Ostern war nahe, und Jesus zog hinauf gen Jerusalem. Und er fand im Tempel sitzen, die da Ochsen, Schafe und Tauben feil hatten und die Wechsler. Und er machte eine Geißel aus Stricken und trieb sie alle zum Tempel hinaus samt den Schafen und Ochsen und verschüttete den Wechslern das Geld und stieß die Tische um und sprach zu denen, die die Tauben feil hatten: Traget das von dannen und machet nicht meines Vaters Haus zum Kaufhause!“ Viel kundiger kam ich mir über den Zusammenhang zwischen dem empfundenen Auftrag - mich erneut in die Politik einzumischen - und dem Bild von der Tempelreinigung immer noch nicht vor. Max Webers „Schriften zur Religionssoziologie“, die schon lange um meine Aufmerksamkeit heischen kamen mir vor die Augen. Der Realist in mir sagte aber: „Du willst einen Brief schreiben, eine politische Stel-

2 Das war damals noch kein ökumenisches Erlebnis, sondern Erlebnisse harter Ausgrenzungen.

3 Siehe „Niedersächsische Profile“ in der HAZ vom 6. 5. 03. Dort steht auch die Internetadresse www.gerdluedemann.de. (Nachtrag: Ich habe diese Seite eingesehen und den Vortrag >USA - das neue "Israel Gottes"?< vom 7. 4. 2003 gelesen. Er ist allen, die sich mit den USA auseinandersetzen, zum besseren Verständnis der us-amerikanischen Politik zu empfehlen.)

4 Ich habe keine Einwendungen dagegen, wenn theologisch-spekulative Bilder wie z. B. Von der jungfräulichen Geburt, der Wiederauferstehung und der Trinität verwendet werden, wenn sie jenen Trost und Hoffnung vermitteln, für die es Glaubensinhalte sind. Gesellschaftlich gefährlich wird dieser Tatbestand aber dann, wenn Spekulationen, die der von Gott verliehenen Vernunft widersprechen, als göttliche Wahrheit gepriesen werden und empirisch begründete ökonomische Aussagen der Bibel als Spekulationen abgetan werden oder in ein so diffuses Licht gestellt werden, daß deren Sinn nicht mehr erkennbar ist. Außerdem: Religiöse Aussagen sind historisch gewachsene, wenn sie nicht mit dem Erkenntnisstand der Gläubigen weiter wachsen, werden sie irgendwann als Hokuspokus empfunden. Der Gott suchende Mensch wendet sich von jenen ab, die Religion nicht in jenem Abstraktionsgrad anbieten können, der den Menschen der jeweiligen Zeit gemäß ist. Solche Religionen werden sterben. Da hilft auch keine Kirchensteuer als Korsett.

lungnahme fertigen, keine Diplomarbeit. Du willst nur in die Gründlichkeit flüchten um dich zu drücken. Du weißt, daß Du Weber jetzt nicht verarbeiten kannst, und was Du zu sagen hast, ist Dir bekannt.“ Als Zwischenergebnis zur Deutung des Bildes von der Tempelreinigung auf politischer Ebene bin ich dann für mich zum folgenden Schluß gekommen: Jede Idee, die durch staatliche Gewalt oder durch eine soziale Norm für sich Gültig erheischt - egal ob sie die Form einer Religion - wie z. B. den jüdischen Glauben oder das Christentum -, einer Staatsform - wie z.B. die Demokratie -, oder einer gesellschaftlichen Teilordnung - wie z. B. die Marktwirtschaft - produziert aus sich heraus den Protest, wenn sie zu sehr verfälscht oder mißdeutet wird. Der Rückzug aus den Kirchen, die Wahlverweigerung, auch die Orientierungslosigkeit der Politik, der Kampf gegen den „Neoliberalismus“ bis hin zu den Straßenschlachten von Jugendlichen mit der Polizei sind nach meiner Einsicht Ausdrucksformen dieses Protestes gegen die zu große inhaltliche reale Abweichung von den mit Herrschaftsanspruch ausgestatteten Ideen. Die schwer zu realisierende Forderung lautet dann: Zurück zu den Wurzeln oder die Einführung neuer Leitideen.

Mir kam nach diesen Überlegungen dann die Ausgabe Nr. 3/ 2003 der Zeitschrift „Humanwirtschaft“ mit der Titelgeschichte „Jesus und das Geld“ von Eugen Drewermann ins Blickfeld. Der Titel deutet darauf hin, daß unsere heutigen Geldprobleme - die eine wesentlich größere Dimension haben, wie gängig angenommen wird - weit über die Zeit des Spät-, Hoch- und Frühkapitalismus zurückreichen. Ich will mit ein paar Zitaten Neugierde bei Ihnen auf Drewermanns Gedankengang wecken, um dann auf die Aussage von Drewermann zu kommen, die mich in dieser Einleitung interessiert.

Hörend, was im neuen Testament gesagt wird, frage ich mich immer wieder, wie es denn sein kann, dass der Mann aus Nazareth, den die verfassten Kirchen als den Erlöser der Welt bezeichnen, vor nichts im Himmel und auf Erden, nicht einmal vor dem Teufel, derart energisch gewarnt hat wie vor dem Geld. ...

...Wie kommt es, dass niemand wagt, religiös so zu denken wie das Vorbild, auf welches das Christentum sich beruft, mit aller Energie nicht empfiehlt, sondern fordert?

Wie ist es möglich, dass sich die Kirchen 2000 Jahre lang herausreden, indem sie Paläste häufen, Kathedralen bauen, Banken einrichten und mit dem Geld in Frieden leben, während sie gleichzeitig dabei sind, die Armut des Messias aus Israel zu predigen? ...

... Woran glauben wir eigentlich? Gepredigt wird zum Beispiel die Heiligkeit der Familie, die Heiligkeit des Kindes in den Familien - schön und gut. Aber jeder, der nachdenkt, wird finden, dass eine Familie zu gründen, eine Frau zu haben und sogar noch Kinder groß zu ziehen, wirtschaftlich eine Fehlinvestition bedeutet....

... Die Frage ist deswegen: Was ist eigentlich Geld und was hat die Definition des Geldes mit

einer religiösen Problemstellung zu tun?...

... Durch die Zinsspirale gewinnt der Faktor Zeit nicht nur auf der Geldseite das Versprechen der Ewigkeit, sondern je länger der Schuldner nicht zurückzahlen kann, wird über den Zins und den Zinseszins-Effekt ein exponentielles Wachstum zugunsten des Geldverleihers und zu Lasten des Schuldners eintreten. Je länger die Zinsforderung dauert, je länger die Laufzeit des Kredits ist, umso günstiger für den Geldbesitzer. Er macht aus der Armut dessen, der das Geld braucht, aber nicht hat, den Gewinn seines Reichtums. Das ist der Punkt, an dem das Judentum, an dem der Koran, an dem der ganze Islam, an dem die biblische Religion, auch das Christentum, bis heute keinen Frieden finden kann, noch darf. ...

... Ein System, das darauf basiert, dass es ständig wachsen muss, und zwar wirtschaftlich, indem es ständig Energie und Ressourcen der Natur entnimmt, definiert sich selber als parasitär. Zwei oder drei Prozent Wachstum bedeutet, dass wir in unserem Organismus etwas hätten, das sich überhaupt nur erhalten kann, indem es auf Kosten des Gesamtorganismus wächst. Es ist soviel wie die Definition des Krebses. Es ist die Definition einer Krankheit. Unser Wirtschaftssystem, unter dem ständigen Druck zu expandieren, exponentiell zu expandieren, treibt sich selbst in den Ruin. ...

Ich erinnere: Meine erste Deutung des Bildes von der Tempelreinigung in Bezug auf die Politik war: Eine zu große Abweichung von der als gültig geltenden Idee, vom Ideal, erzeugt Rebellion. Drewermann ermöglicht mir eine weitere. In dem oben angeführten Artikel⁵ heißt es weiter:

... Es muss historisch wahr sein, was im 12. Kapitel bei Markus berichtet wird: Gegen Ende seines Lebens habe Jesus alles auf eine Karte gesetzt, er sei nach Jerusalem gegangen, um dort zu erleben, dass man den Tempel, den Ort der Gottesverehrung, gewissermaßen in die Nationalbank verwandelte. Die Geschichte der Tempel und des Bankwesens ist eine eigene, die ich hier nicht referiere. Für Jesus, einen frommen Mann, war dies das Unbegreifbare: Wie man mit der Angst vor Gott, wie man mit der Angst vor dem Leben Geld scheffeln kann, indem man nicht nur die materielle Arbeit anderer oder ihre Not ausbeutet, sondern indem man erklärt, wir lösen deine Angst vor Gott um den Preis, dass du uns Geld gibst. Jesus sieht darin den Trick der ganzen Priesterreligion. Und er bringt es fertig, mit der Peitsche dazwischenzuschlagen und offenbar die Not der Leute, die die Priester- und die Opferpraktiken bezahlen müssen, um mit Gott zurechtzukommen, obwohl sie selber Habenichtse sind, wie einen Sprengstoff hochgehen zu lassen. ...

Der Tempel, der Ort wo der nicht mehr vom Instinkt gesteuerte, in die Freiheit entlassene Mensch Rücksprache mit seinem Gott halten kann, ob das, was er tut oder unterläßt, gut und richtig ist, also wo er fragt, ob er in Übereinstimmung mit den Gesetzen Gottes, der Schöpfung, der Natur lebt, wird zu einem Haus, in dem seine bangen und hoffenden Fragen zu einer Ware werden, die so gehandelt wird, daß der Fragende in Abhängigkeit und Knechtschaft der Priester gerät.

5 In einer Fußnote lese ich, daß der Artikel ein Auszug aus der Broschüre „Geld entmachten“ ist, die über die INWO, Blasiusstr. 63, 40221 Düsseldorf zu beziehen ist.

Und hier jetzt der Zusammenhang mit der heutigen Politik: Das Parlament, ein Ort an dem die Bedingungen und Regelungen gefunden werden sollen, unter denen Handel und Wandel in der Gesellschaft friedens-, freiheits- und gerechtigkeitsfördernd stattfinden kann, ist selbst ein Ort des Schachers geworden. Die politische Priesterkaste hat die Menschen dadurch in ihre Abhängigkeit gebracht, daß sie sie mit hohen Abgaben und Zwangsmitgliedschaften belastet, daß ein selbst verantwortetes und gestaltetes Leben nicht mehr möglich ist. Die Politiker haben als demokratisch maskierte Herrscher die Bürger so in Verwirrung gesetzt hat, daß diese die staatliche Zuwendungen (die aus ihren eigenen Taschen stammen) als notwendige Wohltat empfinden. Die Sozialpolitik und die Bildungspolitik haben anscheinend keine andere Aufgabe mehr als die BürgerInnen davon abzuhalten, einen direkten Kontakt zu Ihrem Gott der Weisheit oder zu dem Gott der sozialen Gerechtigkeit aufzunehmen und zu halten. Und wenn wir die Wirtschaftspolitik von heute betrachten: Was ist sie anderes als Bestechung, Nötigung und Drohung auf Seiten der Gebenden oder der Nehmenden zu Lasten Dritter? Verschleiern Strukturpolitik oder Wirtschaftsförderung betitelt. Die Parlamente, die Tempel der Demokratie, sind nur noch ein Ort des politischen und ökonomischen Feilschens.

2. Ein Jubiläum mit Trauerflor: 29. 3. 83 - Zwanzig Jahre Grüne im Bundestag



„Keine Macht für niemand“, ist ihre Devise. Die Grünen verstehen sich als die Alternative zu den etablierten Parteien. Sie rotieren, sie diskutieren, sie setzen neue Themen in der politischen Diskussion Deutschlands.⁶

Wer sich heute für ein Amt innerhalb der Bündnisgrünen bewirbt, der lobt zweckmäßiger Weise die Partei wie in den beiden nachfolgenden Beispielen:

Als Reformmotor sind wir die Partei der ökologischen Modernisierung, der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung und der gesellschaftlichen Demokratisierung. Wir haben ökologische Verantwortung und den Gedanken der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft verankert. Unsere Gesellschaft ist weltoffener, unsere Demokratie ist lebendiger und Bürgerrechte sind gestärkt worden. Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern hat durch uns deutliche Fortschritte erlebt. Trotz Gendermainstreaming engagieren wir uns weiter für eine starke Frauenpolitik in allen Politikbereichen. (Angelika Schwarzer-Riemer, Bewerberin für den Landesvorsitz der Bündnisgrünen in Niedersachsen)

6 Der Text ist von der Internetseite der Bündnisgrünen aus einem Hinweis auf das Jubiläum. „Keine Macht für Niemanden“ ist ein anarchistischer Spruch und gleichzeitig ein Hinweis darauf, was den Grünen auch abhanden gekommen ist.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN haben sich immer als eine Programmpartei verstanden. Wie kaum eine andere Partei haben wir in den letzten Jahren die großen, politischen Umbrüche diskutiert. Wie wichtig solche parteiinterne Diskussionen sind, zeigt sich aktuell an den heftigen Kontroversen um Schröders Agenda 2010. Über 80 grüne Kreisverbände sehen in dieser Thematik noch Diskussionsbedarf und haben deshalb eine Sonder-BDK einberufen, auf der die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der rot-grünen Bundesregierung breit und (hoffentlich) kritisch diskutiert werden soll. (Stephan Schilling, niedersächsischer Bewerber für den Länderrat der Bündnisgrünen)

Dieses Lob der eigenen Partei hat durchaus seinen Sinn. Denn wenn ein Kandidat sagen würde, bisher ist nur Mist gebaut worden, ich heische mich an, alles besser machen zu können, kann er eigentlich nur Widerspruch erzeugen, weil er alle bisherigen Anstrengungen aller Mitglieder abwertet. Es ist daher klüger und richtiger zu sagen: „Ich traue mir zu, den Erfolg in der Zukunft zu halten und zu vergrößern. Auch aus der BT-Fraktion und den Landtagsfraktionen kommen laufend Meldungen, wir haben Erfolg und sind tüchtig. Es folgt dann meistens direkt oder indirekt die Aufforderung: „Helft uns, damit wir in Zukunft noch erfolgreicher sein können!“ Und in der Tat ist es ja so, daß sich bei den Grünen und auch in den anderen Parteien viele Menschen enorm angestrengt haben und weiter anstrengen, um einen politischen Erfolg zu ermöglichen. Und derjenige oder diejenigen, die den Erfolg der Partei in Frage stellen, laufen Gefahr, die Motivation der Mitglieder zu kappen. Wir wissen aber andererseits - und haben dafür genügend historische Beispiele parat - , daß sich Parteien zu einem menschenfeindlichen Monster entwickeln können. Auch das Etikett „demokratisch“ ist keine Garantie dafür, daß eine Partei nicht große Fehlleistungen erbringt. Es ist also neben der notwendigen Bescheinigung des vergangenen und gegenwärtigen Erfolges zur Erreichung des künftigen Erfolges eine Revision, eine Überprüfung der selbstbescheinigten Erfolge erforderlich. Als Revisoren könnte man sich ja die unterschiedlichen Spezialisten aus der Gesellschaftswissenschaft vorstellen. Ich habe nur meine Zweifel, ob ihre Objektivität nicht dadurch leidet, daß ihre persönlichen und institutionellen Interessen mit ihren Erkenntnissen kollidieren können. Wer die Politik als Wissenschaftler zu hart kritisiert, muß um Zuweisung von Staatsknete fürchten. Auch wird die Chance, als Gutachter oder Kommissionsmitglied berufen zu werden, durch Widerspruch zu denen, die berufen, nicht größer. Nun könnten wir noch den politischen Journalismus als Revisor ins Spiel bringen. Aber wie unabhängig ist ein Journalist mit Spezialgebiet Politik wirklich? Ist er nicht gleichermaßen in den Fesseln der Redaktion wie jenen seiner politischen Informanten? Den Parteien den Spiegel vorhalten könnten noch am besten SchriftstellerInnen, die sich den Status der Unabhängigkeit erarbeitet haben. Aber wie viele Schriftsteller gibt es, die sich auf eine Nah-Betrachtung einer gegenwärtigen Partei einlassen? Als weitere Revisoren-Gruppe kämen die enttäuschten Mitglieder - die jede Partei in einem nicht gezählten aber erheblichen Umfang hat - in Frage. Sie könnten am ehesten das in der Vergangenheit definierte Soll mit dem gegenwärtigen Ist vergleichen. Da aber der Weg in die Enttäuschung, in die Resignation ein schmerzhafter ist, wird man sich lange umschauchen müssen, um jemanden zu finden, der eine Begutachtung vornimmt. Eine Bewertung des Erreichten auf dem Hintergrund des Gewollten - soweit es klare Konturen erreicht hat - würde wieder alte Wunden aufreißen. Also sind Sie auf ihre Selbstbewertung mit dem Risiko des Trügerischen angewiesen? Nicht ganz: Sie

haben noch mich. Sie dürfen mich als Revisor dabei gerne als „beschränkt tauglich“ einstufen; da stimmen Sie mit mir überein. Aber immerhin gehöre ich zu denen, die von Anbeginn dabei waren. Ich bin auch weniger enttäuscht als vielmehr traurig, weil das eingetreten ist, was ich schon in der Gründungsphase als Möglichkeit für das grüne Projekt sah, nämlich das Scheitern. Es war am Anfang gar nicht sicher, daß genügend Menschen der grünen Bewegung auch das Projekt grüne Partei mit tragen würden. Das Hauptargument für die Gründung der Partei war, daß in den Parlamenten mehr kaputt gemacht wird als in der Bewegung heilgemacht werden könnte. Man müsse also direkt auf den Ort des Übels einwirken. Dies klingt sicher in den Ohren der Menschen, die damals die etablierte Politik repräsentierten für unsachlich und ungerecht, wurde aber so empfunden. Dann Bestand als Partei die Notwendigkeit, die Türen weit zu öffnen für alle, die sich in Opposition zur etablierten Politik befanden, um die Fünfprozentklausel zu überwinden. Hierbei war man in Richtung politisch „links“ großzügiger als in Richtung „rechts“. Ich selber habe mich dafür ausgesprochen, daß auch Mitglieder von K-Gruppen Zugang zur Partei erhalten sollten, obwohl ich mit solchen auf dem Gründungskongreß „Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969“ am 2. November 1968 in Dortmund schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Ich habe damals gesagt: „Wenn das Parteiprojekt durch die weite Öffnung scheitert, müssen wir in zehn Jahren eben eine neue Partei gründen.“ Diese Aussage war insofern unrealistisch, weil zwar jeden Tag eine neue Partei gegründet werden kann, aber bei den gegebenen Umständen - die Erfahrung belegt es - nicht alle zehn Jahre eine politisch relevante Partei. Die Gefahren, die aus den unterschiedlichen Inhalten von Personen und Gruppen für die Partei entstanden, wurden durchaus gesehen, aber im Hinblick auf das Bedrohungspotential durch die damals etablierte Politik und die dadurch bedingte Notwendigkeit - die Fünf-Prozent-Schallmauer zu durchbrechen, das Parteienkartell zu knacken - als nachrangig angesehen. Aber die Formeln von der Vielfalt in der Einheit der Grünen, „Wir sind nicht links und nicht rechts! Wir sind vorne!“ Um alle Gruppen bei der Stange zu halten, wurde dann satzungsmäßig vereinbart, daß es zwei Programmabteilungen geben sollte. In der Abteilung A) sollten die Aussagen kommen, die bereits eine Mehrheit gefunden haben, und in Abteilung B) sollten jene Aussagen veröffentlicht werden, die innerhalb der Partei auch angeboten und diskutiert wurden, aber noch keine Mehrheit fanden. Dieser Passus wurde solange von „Linken“ mitgetragen, wie sie glaubten, Nutznießer zu sein. Als sie merkten, daß sie durch ihre größere Erfahrung im politischen Kampf die Bundesdelegiertenkonferenzen dominieren konnten, haben sie diesen Satzungsteil einfach dadurch zu Fall gebracht, daß sie die Ausführungsbestimmungen zur Programmabteilung B verweigerten. Die ursprüngliche Partei DIE GRÜNEN war eigentlich schon diesem Zeitpunkt gescheitert. Die liberalen Kerngruppen Aktion 3. Weg (Internationales Kulturzentrum Achberg u.a. mit Wilfried Heid und Josef Beuys), der Arbeitskreis Dritter Weg (um den Ur-Gründer und ersten befristeten hauptamtlichen Mitarbeiter des Bundesverbandes, Georg Otto) und den Nur-Ökologen (denen der entstehende politische Hick-Hack zutiefst zuwider war und die daher zum Spielball der BDK-Matadore wurden.) Dann gab es ja

auch noch die Ökolibertären. So aus dem Gedächtnis heraus fiel mir ihr zahlenmäßiger Umfang und ihr inhaltlicher Einfluß gar nicht mehr ein. Beim Suchen in meinen Unterlagen blieb mein Blick an dem Informationsblatt „**Einigkeit und Grün und Freiheit - Ökolibertäre Grüne / Gründungserklärung**“ vom 26. Februar 1984 hängen. Unter den UnterzeichnerInnen finde ich viele Namen, an die ich mich gerne erinnere: z. B. Wolf-Dieter Hasenclever, Freya Scholing und Anke Burmester (Zeitschrift für Politische Ökologie). Ich gebe ein paar Passagen wieder:

Wir begreifen uns als Strömung, die einer freiheitlichen ökologischen Politik zu theoretischen und praktischen Perspektiven verhelfen will. Wir werden innerhalb wie außerhalb der grünen Partei Initiativen ergreifen. ...

1. Was ist mit ökologischer Politik gemeint? Da heute alle traditionellen Parteien dabei sind, sich den ökologischen Impuls einzuverleiben, und da in der grünen Partei die Gefahr besteht, daß die Ökologie zu einem Thema unter vielen wird, scheinen hier einige Klärungen angebracht.

Politische Ökologie ist nicht die Ergänzung überkommener Politiken, sie fügt nicht einfach einen neuen Baustein hinzu. Sie geht vielmehr von einer radikalen Kritik des entfesselten Industrialismus und seiner Geschichte aus. Anders als die Sozialisten sind wir nicht der Meinung, eine bessere Gesellschaft könne Nutznießer und Erbe der industriellen Geschichte sein und man müsse nur die politische Verfassung der Industriegesellschaft ändern. Wir sind ganz und gar nicht der Meinung, die Produktivkräfte müßten nur von der Fessel der Produktionsverhältnisse befreit werden, damit eine bessere Gesellschaft der Menschheit in den Schoß falle. Die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel halten wir für ein Problem zweiter Ordnung (das beweist im übrigen auch die gesellschaftliche Realität aller Länder, in denen die sozialistische Konzeption an der Macht ist). Die sozialistische Lehre hat Teileinsichten zutage gefördert; zu Lösungen trägt sie heute nichts mehr bei - im Gegenteil: sie ist ein Teil des Problems geworden. ...

2. Ökologische Politik ist nur als freiheitliche möglich. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht.

Es geht, wie dargestellt, um eine sehr grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Entwicklung. Abkehr, Umkehr, Wende - das sind indes alte Worte, und schon viele Weltverbesserer haben sie im Munde geführt. Ihnen allen gemeinsam war in der Regel die Überzeugung, das hohe Ziel rechtfertige die Mittel. Im Interesse, eine geeignete und möglichst große Klientel zu gewinnen, gaben sie sich zu meist demokratisch. Doch sie waren das schiere Gegenteil davon: sie wähten sich - von Savonarola bis hin zu Lenin und seinen neudeutschen Adepten - im Besitze einer »objektiven« Wahrheit, die es nur noch unter die Leute zu bringen gelte. Die Politik, die aus solcher Überzeugung entspringt, ist natürlich sowenig dialogisch wie die von Krupp oder Standard Oil. Das Dumme bzw. Gefährliche ist nur: in Krupp und Standard Oil setzt niemand eine emanzipatorische Hoffnung, in die Weltverbesserer aber schon.

In diesem Sinne ist die vielbesungene Verbindung von Ökologie und Sozialismus in der Tat gefährlich. Denn in ihr täten sich zwei autoritäre Strömungen zusammen: der oben beschriebene biologische Ökologismus und der gute alte erziehungsdiktatorische Jakobinismus der Sozialisten. Der Weltverbesserer ist immer Schulmeister. Er ist im Besitz einer Weisheit, an dem der Rest der Welt - sozusagen die Menschen zweiter Wahl - noch nicht teilhat. Der Weltverbesserer ist der immer schon bessere Mensch, der daher den Dialog nicht nötig hat. Er arbeitet stets mit Schuldzuweisungen. Damit ist zweierlei erreicht: erstens sind Verantwortliche ausgemacht und zweitens hat man sich selber außerhalb des schlechten Zustands gestellt. Die Vorstellung von Gesellschaft, die dem zugrunde liegt, ist mechanisch, und man kann mit ihr nur eine autoritäre Politik in Gang setzen. Wir halten es daher für ganz falsch, wenn diejenigen, die ökologische Politik betreiben wollen, der Meinung sind, sie

stünden außerhalb des zerstörerischen Zusammenhangs. Denn es stimmt nicht, und solche Meinung zeugt nur von elitärer Gesinnung. Jeder Einzelne trägt Verantwortung für die Gesellschaft wie sie ist - und eben nicht nur die Regierungen, die Konzerne und die uns nicht passenden Bevölkerungsschichten. Eine Politik, die den gegenwärtigen schlechten Zustand verändern will, kann daher nur eine dialogische sein. ...

3. Gibt es nicht schon einen Träger ökologischer Politik? Sind das nicht die Grünen? Wir glauben, soweit ist es noch nicht, und wollen das im Folgenden erläutern.

Vereinfachend kann man sagen, in der grünen Partei haben sich zwei relevante Strömungen zusammengefunden: die alternative Szene im weiteren Sinn, die ohne die Revolte von 1968 nicht denkbar wäre, einerseits und die Bewegung des ökologischen Protests andererseits. Joviale Vertreter des sozialistischen Flügels innerhalb der Grünen räumen gerne ein, daß es sich hier um zwei unterschiedliche Strömungen handle - das Wundervolle sei nur, daß sie beide so harmonisch zusammengingen und sich gegenseitig befruchteten. Es käme dabei etwas Neues, Besseres heraus.

Doch kann von Harmonie und offener Auseinandersetzung im Ernst nicht die Rede sein. Tatsächlich hat sich in der Partei auf fast allen Ebenen die Kultur der alternativen Szene durchgesetzt. Das hat natürlich seine Gründe. Zum einen kommt es daher, daß in die grüne Partei die Konkursmassen etlicher kommunistischer Sekten eingeflossen sind; deren Mitglieder haben zwar nichts bewirkt, ihr Handwerk aber gelernt. Als Kader schwimmen sie in jeglicher Partei wie die Fische im Wasser. Es verwundert daher nicht, daß sie sich eine Resonanz verschaffen konnten, die weit über ihre tatsächliche Bedeutung hinausgeht. Doch kommt noch ein weiteres Element hinzu: die alternative Szene, die den Kader in der Regel ja gar nicht schätzt, ist seinem Treiben jedoch relativ wehrlos ausgesetzt. Es fehlt ihr weithin das Vermögen zu einer politischen Kritik des Kadern. Denn mit ihm teilt sie die Überzeugung, in der Szene seien die besseren Einsichten und die besseren Menschen versammelt. Es kann ihr daher nur recht sein, wenn sie in der grünen Partei überrepräsentiert ist. Der Kader kann also zumindest mit der passiven Duldung der Szene rechnen. Und andererseits ist es auch erklärlich, daß diejenigen, denen die Politik nicht das Wichtigste ist und denen die missionarische Energie fehlt, deswegen einen schweren Stand in der grünen Partei haben.

So sind die Verhältnisse heute auf fast surreale Weise verkehrt: während die grüne Partei und ihre parlamentarische Existenz Folge eines Aufbruchs sind, dessen Zentrum nicht die Szene ausmacht, ist die Partei selber jedoch weithin in den Händen eben dieser Szene - in den Händen von sozialistischen Kadern mit anderen als grünen Zielen und von Sitzfleisch-Politikern, die das Parteileben mit dem Leben überhaupt und Politik mit Parteiarbeit und -karriere verwechseln. Von daher erklären sich viele der Abstrusitäten, die gegenwärtig die grüne Partei prägen und beschädigen. ...

4. ... Wir werden daher um Mehrheiten in der grünen Partei kämpfen. Wären die grünen Wähler demokratisch in den Gremien der Partei repräsentiert, dann wären wir die Minderheit schon längst nicht mehr, die wir heute - noch - sind. Wir beklagen uns nicht mehr. Wir haben uns zusammenschlossen, weil wir der Überzeugung sind, daß der grüne Traum kein schlechter war und ist, daß er aus der Realität kommt und zu realer Politik drängt, und daß der Untergang der grünen Partei noch nicht besiegelt ist. ...

Die Schwierigkeiten, die wir Grünen miteinander hatten, kommen in diesen Auszügen ganz gut zum Ausdruck. Aber schon der vereinfachende Versuch, die grünen Strömungen in alternative Szene und ökologischer Protest zu sortieren, mußte ein Versuch bleiben, weil die Wirklichkeit vielfältiger war. Herbert Gruhl war nie nur ökologischer Protestler, auch nicht August Hausleiter mit seiner AUD (Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher). Ich selbst wüßte nicht, wo ich mich einsortieren sollte. Achtundsechziger? Ja! Aber Protestler im Protest. Alternativer?

Ja. Aber nie einer, der das Ländliche und die Handarbeit überhöhte und der immer wußte, daß ein Kühlschrank gefüllt werden muß, wenn man sich an ihm bedienen will. Sozialist? Ja! Aber nach Proudhon, nicht nach Marx. Marktwirtschaftler? Ja! Aber weit von denen Weg, die täglich den Begriff für sich reklamieren. Und so wie mir ist es doch vielen anderen mit sehr unterschiedlichen politischen Profilen ergangen. Bei der Frage, warum das grüne politische Projekt in der ursprünglichen Form nicht realisiert wurde, nicht realisiert werden konnte, geht es nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die sachlichen Gründe. Und die sehe ich wie folgt: Politische Vorstellungen - wie Vorstellungen von der Welt im allgemeinen - können von ihren Trägern nicht beliebig ausgetauscht werden, schon lange nicht durch Mehrheitsbeschlüsse in politischen Versammlungen. Zielgerichtetes politisches Handeln erfordern ein Mindestmaß an gefühlter Wahrheit der Überzeugung, der Leitidee, die dem Handeln zu grunde liegt. Wahrheiten haben den Drang nach Weltgeltung. Jeder der eine Wahrheit in sich trägt, wird somit ein Ideen Imperialist (und trägt verwandtschaftliche Züge mit den us-amerikanischen Politikern). Solange wir unsere eigene Wahrheit offen und öffentlichkeitswirksam aussprechen können, können wir tolerant gegenüber anderen Wahrheiten sein - die jeweils ein Fragezeichen hinter unserer Wahrheit sind -. Die Grünen sind in einer Situation entstanden, in dem die Träger von Wahrheiten sich mit ihrer Botschaft unterdrückt fühlten. Konkurrierende Wahrheiten mußten sich also unter der Fahne einer höheren gemeinsamen Wahrheit versammeln, um sich Gehör zu verschaffen. Das wurde auch geschafft. Damit war aber das Konkurrenzverhältnis untereinander aber noch nicht gelöst. Ein Lösungsansatz wurde entwickelt (Programmabteilungen A und B), aber anschließend torpediert. Was dann bei den Grünen unter den wieder unklaren Begriffen Realos und Fundis - die wieder viele Mitglieder mittendurch teilen - einsetzte, war die Sozialdemokratisierung der Grünen. Inhaltlich lag Otto Schily gar nicht daneben, wenn er die Fusion von Bündnisgrünen und der SPD vorschlug. Nur aus der Nähe betrachtet zeigen sich Differenzen. Machtstrategische und wettbewerbspolitische Belange hat Schily dabei aber übersehen.

Von der ersten politischen Sünde der Grünen

Unsere Republik würde heute anders aussehen, wenn die grüne Bewegung nicht durch die 5%-Klausel gezwungen worden wäre, sich in einen politischen Eintopf zu begeben. Wenigstens ein halbes Dutzend Gruppierungen hätten ihre Wahrheiten dem Volk über den Bundestag präsentieren können und dadurch die Mitglieder der alten Parteien, CDU/CSU, SPD und FDP mit ihren abgedroschenen Wahrheiten arg in Bedrängnis gebracht. Die eigenen Wahrheiten hätten durch den Wind des Wettbewerbes vom Spreu befreit werden können und in offener

Auseinandersetzung zum Kern der Dinge vordringen können. Die 5%-Klausel wurde am Anfang von den Grünen als ein Demokratie hemmendes, Machtkartell absicherndes Instrument gesehen. Sie wurde nicht nur für die eigene Partei, sondern generell als ein Hemmnis für mehr Demokratie eingestuft. Daß dies so schnell vergessen wurde, als die Grünen Mandate im Parlament errungen hatten und aus Angst vor anderen neuen Konkurrenten die Klausel selbst verteidigten - wenigstens von der Agenda strichen - ist die erste politische Sünde, die zum Jubiläum der Bundestagsfraktion erwähnt werden muß.

Bevor ich nun auf die nächste „Sünde“ komme, die Rudolf Bahro 1984 beschwor nicht zu begehen, will ich noch einmal auf den Ursprung der grünen Partei zurückkommen. Bei dem, was ich dazu sage, ist zu bedenken, daß keine politische Bewegung und keine Partei aus dem Nichts entsteht und auch nicht beliebig angeschoben werden kann. Der Beweis sind die vielen Parteigründungen, die nicht weit über ihre Gründungsversammlung hinausgekommen sind, und die vielen Protestaufrufe, die ohne Wirkung im Altpapiercontainer landen. Eine erfolgreiche Gründung, ein erfolgreicher Protest setzt voraus, daß der Druck zum politischen Handeln in der Gesellschaft größer sein muß als der Sog in die Ablenkung und Verweigerung durch die (natürlichen) Trägheit und Verlockung der angenehmeren Tätigkeiten. Auch müssen dann Symbole, Wortsignale, Botschaften in der richtigen Form (die vorher nicht bestimmt und geplant werden können) am richtigen Ort gesendet und empfangen werden. Zum Jahrzehntwechsel von den 70er zu den 80ern Jahren war der Protestwille so weit erstarkt, daß eine Protestpartei auch dann entstanden wäre, wenn es die eine oder andere Protestgruppe oder -Person als Gründer nicht gegeben hätte. Diese Aussage relativiert Ansprüche auf eine Ur-Gründerschaft. Nur richtig ist auch, daß die freiwirtschaftliche Gruppe unter Georg Otto - später als Arbeitskreis Dritter Weg NWO oder Frei-sozialer-Arbeitskreis firmierend - die Auslöser- oder die Ur-Gründungsgruppe war, die dann - als sie als nützliche Idioten (Lenin) ausgedient hatten, ins parteipolitische Aus gedrängt wurden. Georg Otto war zur Zeit des Gründungsaufrufes noch Mitglied der SPD. Der erste Aufruf trug den Namen des pensionierten Lehrers, Hermann Müller, Jahrgang 1898. Vorläufer der ersten Startversuche Mitte der 70er Jahre war z.B. die Lebensschutzpartei.

Für einen anderen Text habe ich formuliert:

Wenn man die Gründung der „Umweltschutzpartei Niedersachsen“ (USP) am 11.5.77 und deren Untergang unberücksichtigt läßt und auch ältere Formationen, wie die AUD, die zu den Grünen dazu gestoßen sind, außer Betracht läßt, dann haben Georg Otto und seine lokalen Mitstreiter die Urzelle der grünen Partei gebildet. Ich selber war zwar von Anbeginn mit der Gründung befaßt, war aber aufgrund der Erfahrungen mit der Liberal-Sozialen Partei

(1967/68) skeptisch und auch noch in der FDP aktiv. Ich habe die Partei gewechselt, als der Landesverband der GLU schon bestand. Im Übergang gab es für mich die Situation, daß ich für die FDP Wahlplakate geklebt habe und die GLU gewählt habe. Als GLU-Mitglied bin ich dann Gründungsmitglied der SPV Die Grünen und der Partei DIE GRÜNEN geworden.

Ein nachfolgendes Zitat aus: „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980“ von Anna Hallensleben, Göttingen 1984, belegen das Gesagte.

... >Ab 1.9.77 folgte eine Sitzung in Nordstemmen, auf der der Hildesheimer Kreisverband beschloß, als eigene kommunale Wählergruppe mit eigenem Namen im Wahlkampf anzutreten, da so keine Zustimmung durch Beddermann erforderlich war (198). Die Gruppe gab sich den Namen "Grüne Liste Umweltschutz", da "Grün" die Farbe des Umwelt-Lebens- und Naturschutzes und die Farbe der "Freiwirtschaftlichen Bewegung" ist und der Aspekt "Umweltschutz" im Namen durch das Grün unterstrichen werden sollte. Durch den Begriff "Liste" sollte die Ablehnung der derzeitigen Parteienstruktur ausgedrückt werden und ein gewisser Anspruch an Basisdemokratie deutlich werden (199).< ... (S. 65)

Von der zweiten politischen Sünde der Grünen

Da die grüne Bewegung aufgrund des Versagens des politischen Systems in allen Politikfeldern und nicht nur durch die fortlaufende Zerstörung der natürlichen Grundlagen für alles Lebende - als gesellschaftliche Abwehrreaktion einer immer stärker empfundenen Bedrohung - entstanden ist und die örtlichen und regionalen Protestformen keinen Erfolg gebracht hatten, war die Parteigründung eine logische Folge und zivile Alternative zur großen Randalie. Da die Parlamente als wesentliche Ursache der Fehlentwicklungen - sozusagen als Rechtfertigungszentrale staatlicher Zerstörungs- und Unterdrückungswut - empfunden wurde, war es richtig, anzustreben einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu bekommen. Aber noch wichtiger war, einen besseren Zugang zu Informationen zu erhalten und Informationen an die Bürger geben zu können. Das Streben in die Parlamente sollte einen gesellschaftlichen Dialog ermöglichen. Die Informationen der Systemparteien, des Parteienkartells wurden als nicht objektiv empfunden. Die Massenmedien wurden - wie im SED-Regime, nur anders - als in das Herrschaftssystem eingebunden gesehen. Trotz programmatischer Aussagen einzelner Gruppen und parteikollektiver Versuche, die Ziele der Grünen zu definieren, war eigentlich nur eins klar: „Wir müssen uns wehren und die Gesellschaft ändern!“ Das Wie und die Art und Weise war unbestimmt. Früh wurde erkannt, daß der Klärungsprozeß sofort unterbrochen würde, wenn die Grünen sich an einer Regierung beteiligen würden. Es war nicht die Angst vor der Verantwortung, die gegen eine Regierungsbeteiligung sprach, sondern die Sorge, daß die originäre Aufgabe der Klärung und Aufklärung unterbunden würde. Schon die Parteibildung hat den Dialog unter den Grünen eingeeengt und teilweise zu Propaganda mit ängstlich-aggressiven Abwehrreaktionen verkommen lassen. Die Voraussage, daß eine Regierungsbeteiligung - die

manche als eine Annäherung an die Realitäten gefeiert haben - den ganzen Klärungsprozeß stoppen würde, ist voll eingetreten. Die Grünen haben nicht geholfen, das Parteienkartell aufzulösen, sondern sind auf den Leim der Machtteilhabe reingefallen und Teil des Kartells geworden. Die zweite politische Sünde der Grünen ist also die Regierungsbeteiligung zu einem Zeitpunkt, wo sie eindeutig einen anderen Auftrag hatten.

Dahinter muß man nun aber keinen bösen Plan oder eine Verschwörung vermuten, allenfalls kann man von einer Verführung durch jene beredten Parteifreunde sprechen bei denen von den Eigenschaften, die uns in die Politik treiben, der Machttrieb am stärksten ausgebildet ist. Der Machttrieb drängt aber nach schneller und unmittelbare Befriedigung, er ist nur insofern konstruktiv und programmatisch, als dadurch die Befriedigung gefördert wird. Der Gestaltungstrieb ist auf langfristige Befriedigung ausgelegt. Wer morgen schon in ein Haus einziehen will, wird heute gar nicht erst anfangen, eines zu bauen. Wir wissen noch viel zu wenig von der Wirkungsweise politischer Systeme in Bezug auf das Zügeln von Macht und die Förderung von Gestaltung. Das Einfrieren unserer uns übergestülpten Demokratie oder gar deren Reduzierung hat doch mit die 68 Rebellion und später das grüne Aufbegehren ausgelöst. Ich weiß nicht, was die grüne Partei in diesem Sinne aus ihrem heutigen Status heraus leisten kann. Ich weiß nur, wenn der politische Gestaltungswille in unserer Republik so schwach und diffus bleibt oder polternd, chaotisch, dann gibt es irgendwann einen nicht kontrollierbaren Aufstand. Ich gebe nachfolgend zu diesem Teilthema einige Passagen aus dem Redemanuskript (in zwei Fassungen) von Rudolf Bahro wieder. Er hat den Inhalt des Skriptes auszugsweise auf der BDK im Dezember 1984 vorgetragen. Die Kopien der Skripte habe ich damals direkt von ihm erhalten.

...Die Grünen sind am Rande, an der Grenze dieser Gesellschaft entstanden. Sie haben etwas zu tun sowohl mit deren Ausgrenzungsmechanismen als auch mit deren Zerfall, der dazu führt, daß Menschen auch ohne direkte Intention der Macht aus dem System herausfallen und - in den wichtigsten Fällen - von sich aus aussteigen, tendenziell um vor den Toren etwas Neues anzufangen. ... (Aus dem Redemanuskript Fassung II.)

... Die Menschen im Lande bewegen sich noch immer zu langsam, aber ziemlich sicher geistig auf den Ausgang zu. Deshalb ist es ja so wichtig für die Macht, die Grünen, die bisher als Anti-Parteien-Partei ambivalent waren (als Partei, die sich auf Parlament und Staat bezieht, sind wir generell halb dabei, es kommt dann aufs Gefälle an), im Gegenzuge schnell an sich heranzuziehen, damit das Volk politisch ins Leere läuft.

Es soll vorsorglich der embryonalen politischen Struktur, die es sich in uns gegeben hat, beraubt, enteignet werden. Das läuft jetzt innerhalb der grünen Partei, die Enteignung der ursprünglichen Basis.

Der herrschende Block von Geißler bis Glotz hat das Problem klar erkannt. Daher trommeln sie uns in die Mitverantwortung für die Todesspirale, die sie zusammen mit dem großen Geld und der großen Industrie betreiben. Angesichts des überwältigenden Drucks und Sogs hat der bisherige Bundesvorstand ein Interesse der ganzen Bewegung wahrgenommen, wenn er sich - wie geschickt oder ungeschickt auch immer, mehr war halt nicht drin, Kommissartöne will ich in diesem Zusammenhang nicht rechtfertigen - der Tendenz zum Ausverkauf bei Billigpreisen entgegenstellte. Abgehoben oder nicht - ihr solltet hinter dieser wichtigen Frage die wichtigere, ja entscheidende nicht verschwinden lassen, wohin der Zug abgehen soll, hinein oder hinaus?

Wenn - bis auf gewisse Zyniker, die nichts als mit an die Macht wollen - auch die meisten Realos irgendwo im Herzen grundlegende Veränderungen wollen - das glaube ich sogar einem Karl Kerschgens noch-, dann müssen wir doch einmal jenseits der neuerlebten Stallwärme der SPD bis auf den Grund klären, was es bedeutet, wenn sich die noch minoritäre Gegenkraft, ungefestigt, zielunklar, wie sie ist, mit einer der ältesten Hauptkräfte des Status quo verbindet, die längst vollständig und vollbewußt zur dienstbaren Unterfunktion eines unvergleichlich mächtigeren Ganzen geworden ist.

Die SPD wiegt in dem Systemkilo nicht auch nur hundert Gramm. Börners Statur trägt. Und auch, wofür der Herr Zimmermann steht, wiegt höchstens 150 Gramm. Was für ein Projekt, anstatt des Gegners Pfund ins Auge zu fassen, diese davon abhängige SPD immer noch verbessern zu wollen. Ernstlich, Ihr wollt die zur Einheit von Wort und Tat zurückführen, und dann wird sie mit Euch zusammen von innen die Gesamtstruktur grundlegend verändern, die hier als eine Lawine mit vierhundert Jahren Anlauf zu Tal donnert?

Für uns ist eine ganz andere Funktion der SPD - wie auch der Gewerkschaften - wirklich interessant, ihre Funktion als institutionelles Gefängnis der Menschen, die sich dem Schutz anvertraut haben, welchen die Organisationsmacht bietet oder zu bieten scheint. Von Gefängnissen müssen die Mauern fallen, statt daß wir sie neu verputzen. Das heißt, wir müssen den inneren Zerfall dieser alten, staatstragenden Organisationen begrüßen, begünstigen, geschehen lassen, wollen. ... (Aus der ersten Fassung)

Der Gegensatz ist tief. Bonn ist nicht Hessen, wo wir über Worte nicht hinausgegangen sind. Ihr wollt diese reichste, mächtigste europäische Provinz des Imperiums, mit dem der Weiße Mann, unwiderstehlich durch sein kapitalistisches System, die ganze Menschheit überzogen hat auf ein Ende der Geschichte hin - die wollt Ihr mitregieren, so wie man ein bankrotttes Geschäft liquidiert, um noch etwas für einen neuen Anfang zu retten. Wir wollen die Partei bis zur nächsten Bewegungswelle brauchbar halten. Ihr möchtet den zuverlässigen Partner für die SPD daraus machen. Mit dem Gerede über die Kompetenz, die man nicht in zwei Jahren erwirbt und die die Partei nicht aufs Spiel setzen darf (...), verschleiert Ihr, worum es wirklich geht. Der Fraktionsbericht zeigt, Ihr seid schon an dem Punkt gekommen, kollektiv, wo es Prinzip ist, entgegengesetzt zu den Bewegungen von der Rüstung bis zu den Tierversuchen alles „einschränken“ statt abschaffen zu wollen. So werdet Ihr ein größeres Übel als die SPD, weil man es bei Euch noch nicht für möglich hält, Ihr machtet dasselbe in grün. ... (Zweite Fassung)

... Ihr Reformisten, das könnt doch selbst Ihr nicht ernstlich glauben, daß die Große Maschine, die uns immer mehr an die Wand drückt, durch irgendetwas anderes aufzuhalten ist als durch eine Volkserhebung, für die unsere Brokdorf- und unsere Startbahn-Demo nur ein Prolog gewesen sein kann?! Und das ist nicht Reformisten-, das ist eine Reformationszeit,

die jetzt angehoben hat. Es gibt da einen kleinen Unterschied, den, daß die Reformation etwas einschließt, was Engels mal die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte genannt hat, den Großen Deutschen Bauernkrieg. Es gab nicht nur Luther, an den heranzureichen sich schon lohnen würde. Es gab auch noch Thomas Müntzer. Der hat unter der Regenbogenfahne, voran einen unsichtbaren Bauern-Christus, in den Kampf geführt, nachdem ihnen die Herren keine andere Wahl gelassen hatten als den Aufstand. Die Bauern sind besiegt worden. Es steht ja geschrieben, wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen. Also beim nächsten Mal anders besser. Aber wir müssen Müntzersche sein, nicht von dem sanftlebigen Fleisch zu Wittenberg, wie der den spätern Luther nannte, nicht eine ökoliberaler Paulskirchenpartei, die von vornherein so vor dem Idealtypus der repräsentativen Demokratie scharwenzelt wie die späteren Bismarck-Liberalen schon 48/49 vor der verfaßten Monarchie.

... Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis »zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazi-Partei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verloren gehen. Lassen sie sich kooptieren und werden sie kooptiert, sind sie nachher, wenn der Sturm seine größte Stärke, die Welle ihre volle Höhe erreicht, schon eine Systempartei mehr - besser könnt Ihr den Bürgerkrieg und die anschließende Diktatur nicht vorbereiten. ...

... In den Grünen war einmal weithin klar - und zwar trotz der unterschiedlichen Auffassungen von Gruhl bis Dutschke -, daß es unmöglich sein wird, auch nur die "Uniwelt" - dieses viel zu schmale Wort für Biosphäre-Gaia-Erde samt kosmischer Umgebung - zu retten ohne das Aussetzen der gesamten Struktur und Dynamik dieser industriell-kapitalistischen Formation. Welcher Färbung daß auch immer bei ihnen war, davon hatten Leute wie Gruhl und Springmann unendlich mehr begriffen als gewisse grüne Leichtgewichte aus dem ehemaligen Sozialistischen Büro, wo sich so viele nur immer zu vornehm war, in die SPD einzutreten. Was so viele angegrünte Leute aus dem linksintellektuellen Hochschulmilieu wirklich leidet, ist nur die Angst vor "rechts": sie mochten nicht in ihren hauptsächlich sterilen akademischen Existenzen eingeschränkt oder gar gefährdet werden, während ihnen wahrscheinlich in den meisten Fällen nichts besser täte, als diese elende Sekurität einmal zu verlieren.

Um raschen Machterwerb im Sinne des Einzugs in die Zentralen, die ja gerade mit verschwinden und nicht neu besetzt werden müssen, ging es dagegen ursprünglich nicht - solche Vorstellungen waren zwar bei den kommunistischen Gruppen aus der Gründerzeit vorhanden, aber nicht mit dieser kleinkarierten Motivation spätrömischer Anspruchspolitik. Die intellektuellen Trabanten der SPD, die wir jetzt zuhauf mit uns haben, waren immer nur in der Phrase radikal. Zuerst, als wir noch nichts waren, hatte sich da die Spreu vom Weizen getrennt, uns fielen nur die schweren Körner zu; das hat sich halt unvermeidlich geändert.

Wir waren uns damals ziemlich klar, daß der Logik der Selbstausrottung mit Politikasterei von oben schwerlich beizukommen ist. Dort wollten wir nur punktuellen Einfluß, gestützt auf außerparlamentarischen Druck, um die unmittelbaren Gefahren abzuwehren, Zeit für die längerdauernde Umwälzung zu gewinnen und den Freiraum für die Entfaltung der eigenen Kräfte auszudehnen. Es hat sich natürlich nicht die Welt dies bezüglich so grundlegend verändert, seit wir in den Parlamenten sind. Sie sieht nur von dorther anders aus. Man be-

wirkt etwas in den Fraktionen: man kann es nächsten Morgen in der Zeitung lesen. Gegen uns arbeitet das Parlament schneller als einst gegen die Arbeitervertreter, weil wir hinsichtlich unserer Sonderinteressen - mit denen wir dort absolut nichts zu suchen haben sollten! - diffuser sind, die auch keinerlei Solidarität stiften. Jedenfalls in Bonn dominieren die Solisten. Es gibt ganz offensichtlich kein per Konsens verbindlich gewordenes positives grünes Projekt. Das Demokratiepapier der ökolibertären stellt sehr schön die mentale Barriere dar, die das alternative bürgerliche Individuum jeder künftigen neuen Ordnung entgegensetzt. Insofern wir nichts als Zerfallsprodukte der alten Ordnung repräsentieren, gehen wir natürlich verdienstermaßen verloren. Diese Negativität der Subkultur ist notwendiger Durchgangspunkt. Wenn wir darauf sitzen bleiben, sind wir verloren. (Aus der zweiten Fassung)

Von der dritten politischen Sünde der Grünen

Daß wir ein Demokratiedefizit hatten (und haben), zeugt schon das Wort von Willy Brandt in seiner Regierungserklärung als Bundeskanzler vom 28. 10. 1969: „Laßt uns mehr Demokratie wagen.“ Das Bewußtsein von den Mängeln unserer Demokratie war auch bei den Gründern der Grünen stark ausgeprägt. Es war aber mehr ein Gefühl als eine klare Analyse. Und konkrete Pläne zur Überwindung der Mängel gab es höchstens in einzelnen Köpfen, nicht im Kollektiv. Die Alltagserfahrung, daß immer wieder die gleichen Köpfe in verschiedenen Ämtern den gleichen Kohl auftischten, hat sicher dazu geführt, die Ämterhäufung als Ursache der Misere überzubewerten. Ich kann mich an eine Kabarettaufführung erinnern, in der ein und die selbe Person in ein halbes Dutzend verschiedener Funktionen sich selber Briefe schrieb und beantwortete.

Die grüne Antwort war die Verneinung von Mandat und Amt in einer Person und das Rotationsprinzip. Auch bei Bahro klingt ja die Sorge an, daß das längerfristige Einlassen der Mandatsträger auf das zu verändernde System die Systemveränderer verändern würde und nicht das System. Ich selber war von Anfang an ein Gegner der Rotation innerhalb der Legislaturperiode, weil ich darin ein rechtliche Anmaßung der Partei sah. Auch habe ich die Abzockerei der Partei gegenüber den Mandatsträgern als ein Gebaren der Partei charakterisiert, daß dem der Zuhälter entspricht. Die Vorstellung und Durchsetzung der Ansicht - vor allem von jungen Mitgliedern, die noch auf der Geldtasche der Eltern lagen -, daß eine Bereicherung durch die Politik dadurch zu verhindern wäre, daß die Mandatsträger und Amtsinhaber nicht mehr als den Facharbeiterlohn erhalten dürften, habe ich von Anfang an als Verirrung kritisiert. Die klare Trennung von Parlamentsmandat und Parteiamt habe ich aber damals wie heute für richtig gehalten, einfach um ein Minimum an institutioneller Autonomie zu ermöglichen.



Exkurs Nr.I

zur aktuellen Abstimmung über die angestrebte Satzungsänderung:

Am 2. Mai erhielt ich folgendes E-Mail von Steffi Lemke von der Politischen Geschäftsführung im Bundesvorstand:

*Liebe Freundinnen und Freunde,
manchen von Euch ist es aufgefallen, einige haben mich angerufen: Im Anschreiben zur Urabstimmung an Euch findet sich ein Zitat von Alain de Benoist - Vordenker der sogenannten "Neuen Rechten" Frankreichs.*

Das Zitat wurde von einem meiner Mitarbeiter von der Bildungshomepage der UNESCO übernommen, wo es sich neben Zitaten von Wolfgang Thierse, Richard von Weizsäcker und Heinz Galinski findet. Dafür jedoch, dass dieses Zitat in das Anschreiben gelangt ist, bin natürlich ich verantwortlich.

Mich ärgert dieser Fehler, da könnt Ihr sicher sein, da wir Bündnisgrünen uns ja seit Jahren gegen solche Rechtsradikalen engagieren.

Ich entschuldige mich dafür und bitte Euch, mir diesen Fehler - bei aller berechtigten Kritik - nachzusehen.

*Mit bündnisgrünen Grüßen
Steffi Lemke*

Als ich den Brief gelesen hatte, habe ich gedacht: Warum hat man in der Urabstimmung nicht gleich die Forderung nach einem Zensor aufgenommen, der künftig über die Verwendung politisch korrekter Zitate wacht? Und ich habe gedacht, die Frau sollte wegen mangelnder Liberalität und Angst vor dem „Faschismusknäppel“ abgewählt werden.

Ich konnte mich erinnern, daß ich beim Lesen des Zitates: „Das höchste Maß an Demokratie bedeutet weder die 'größte Freiheit' noch die 'größte Gleichheit', sondern das höchste Maß an Beteiligung.“ auch kurz ins Stolpern geraten war, weil ich keinen Widerspruch zwischen Freiheit, Gleichheit und Beteiligung sah, aber wohl einen Klärungsbedarf darüber, was diese drei Begriffe beinhalten. Der Verfasser Benoist war mir völlig unbekannt (Das mag eine Bildungslücke sein. Mit ihr kann ich aber leben, weil unsere Bildung insgesamt aus Lücken besteht.). Solange die Aussage einen Impuls zum Nachdenken gibt, ist es mir auch völlig egal, ob ein Zitat von einem Linken, Rechten oder einem Neutrum stammt.

Was bei mir aber negativ aufgestoßen ist, ist die Gestaltung des Stimmzettels, sie grenzt an Manipulation. Ich kann zwar über den Antrag auf Satzungsänderung mit Ja, Nein oder Enthaltung abstimmen, da aber nicht die alte Form gleichberechtigt neben der neuen neuen steht, bekommt die neue Form rein psychologisch eine höhere Gewichtung. Wenn das keine üble Trickserei ist, dann ist es wenigstens ge

dankenlose Schluderei mit einem demokratischen Instrument.⁷



Die wesentlicheren Kritikpunkte gegen unsere Parteiendemokratie waren aber damals schon:

1. Daß die Parteien aus dem grundgesetzlichen Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung ein Monopol gemacht haben. (Es ist aber nicht ein Monopol aller Parteien, sondern das Monopol eines Kartells, das die Verhältnisse so gestaltet hat, daß über 90% der Mitbewerber außen vor bleiben und das parteiunabhängige Einzelbewerber ebenfalls keine Chance haben.)
2. Die mangelhafte Gewaltenteilung mit der Entwertung der Parlamente als Legitimationsmaschine und jeweils einer Opposition als zahnloser Kettenhund. (Erforderlich wären getrennte und unterschiedliche Wahlsysteme für die Legislative, Exekutive und Judikative.)
3. Der mangelnde Einfluß des Wählers auf die Auswahl der Kandidaten.
4. Die unzulängliche Parteienfinanzierung. (Gefordert war die Abschaffung der Parteienfinanzierung oder ein System in dem der Bürger mit seiner Steuererklärung entscheidet, welche Partei seinen Anteil an der Parteienfinanzierung erhält.)
5. Die verworrene Situation der Kompetenzen und Finanzen innerhalb und zwischen den staatlichen Gliederungen. (Bund, Länder, Gemeinden und der EU).
6. Die Allmacht der Politik und die Ohnmacht der Bürgerschaft. (Ziel war: Die Begrenzung staatlicher Kompetenz insgesamt zu Gunsten der Parlamente der Betroffenen (privatrechtliche Föderationen, Dezentralen).

Die dritte politische Sünde der Grünen besteht darin, daß sie das Thema demokratische Erneuerung und Weiterentwicklung sträflich vernachlässigt hat - besonders im Einigungsprozeß der beiden deutschen Republiken. Da, wo grüne Mandatsträger die Gewaltenteilung ohne Parteibeschuß und ohne Gesetzesänderung hätten vollziehen können (Trennung von BT-Mandat und Minister- bzw. Staatssekretärsamt), haben sie das aus persönlichen Gründen unterlassen und der Partei ein weiteres Stück Glaubwürdigkeit geraubt.⁸

Von der vierten politischen Sünde der Grünen

Als 1989 die DDR in Form der Wende den Konkurs anmeldete, der Traum vom Sozialismus ausgeträumt war, wollten viele BRD-Grüne, die ihre Ausgangsbasis im Marxismus hatten, dieses nicht wahr haben. Die Folge war eine Lähmung der Grünen in Sachen Wandel der DDR

⁷ Nachtrag: Der Änderungsantrag hat eine Mehrheit gefunden.

⁸ Wenn ich mich richtig erinnere liegt so gar ein BDK-Beschluß zur Trennung von BT-Mandat und Ministeramt vor. Also, was ist mit unseren heeren Zielen?

und Vereinigung von DDR und BRD. Die Wirkung der Lähmung macht uns heute noch zu schaffen. Die Institutionen und Strukturen der BRD wiesen zwar gegenüber denen der DDR eine höhere Vitalität und Effizienz aus, waren aber gemessen an den im Modell angelegten Möglichkeiten ebenfalls wie jene der DDR schrottreif. So wenig wie die SED in der Lage war die DDR wirklich zu reformieren, ebenso gering waren damals bei uns die Altparteien in der Lage die BRD zu reformieren. DIE GRÜNEN, die von ihrem Protest- und Erneuerungscharakter am ehestens für eine gesamtdeutsche Erneuerung hätten gerüstet sein sollen, waren wie gelähmt und standen nicht einmal als Transportmittel für weiterführende Informationen zur Verfügung, die hier und dort trotz der innerparteilichen Misere erarbeitet wurden. Dadurch konnten ungehindert Vertreter von westdeutschen Institutionen, die schon lange das Verfallsdatum überschritten hatten, den ostdeutschen Bürgern (und darüber hinaus den Staaten des ehemaligen Ostblocks) sich als Reformier, als Erneuerer präsentieren. Die Folgen waren fatal und sind es noch. Ich fasse sie hier zusammen als die vierte politische Sünde (nicht nur) der Grünen:

Die Teilhabe der Grünen an der Verhinderung einer ausführlichen Verfassungsdiskussion, einer Verfassungsfindung und Verabschiedung einer solchen direkt durch das Volk mit den Fragen - „Woher kommen wir?“ „Wo sind wir?“ „Wo wollen wir hin?“ - hat

- a) eine tiefere Verankerung des Demokratiedenkens in die Herzen der Menschen verhindert;
- b) eine Antwort darauf, was denn heute Demokratie heißen könnte und wie ihre Strukturelemente, die den heutigen überlegen sind, aussehen müßten, nicht gegeben;
- c) die Frage nach einer nationalen und internationalen Ökonomie, die die Belange der Ökologie, der Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit nur oberflächlich (wie die anderen Parteien) nicht zu gelassen und
- d) im Vereinigungsprozeß die staatlich organisierte Verschleuderung von Volksvermögen der Arbeitnehmer der ehemaligen DDR und Beschlagnahme von Arbeitseinkommen der Arbeitnehmerschaft der alten BRD saktioniert.

Auch wenn sie zu den Ausnahmerecheinungen gehören: Das Wirken von Abgeordneten wie Wolfgang Ullmann im Verfassungsrat und mit Veröffentlichungen wie „Demokratie jetzt oder nie!“, 1990, sollte aber nicht vergessen werden.⁹

Von der fünften politischen Sünde der Grünen

Es geht hier um Europa. Ich kann nicht sehen, daß auf dem Hintergrund des Gründungs-

⁹ Beachte den Nachtrag dazu, den ich an anderer Stelle beim Stichwort „Europäische Verfassung“ eingefügt habe und im Anhang II den Auszug aus einem SPIEGEL-Artikel.

impulses der grünen Partei, die Bundestagsfraktion oder auch die grünen Abgeordneten im Europaparlament Wesentliches bewirkt haben. Da ich selbstverständlich auch nicht den totalen Überblick habe, lasse ich mich aber gerne belehren.

Sicherheitspolitik: Mit Joschka Fischer stellen die Grünen zwar einen Außenminister, der der politische Liebling der Deutschen ist, aber von einer Außen- und Europapolitik, die grüne Maßstäbe setzt, kann ich nichts erkennen. Jedenfalls jener Teil der Grünen, der auch in der Friedensbewegung wurzelt, war immer für die Auflösung der Militärböcke, die nicht als Verteidigungsinstrument von Frieden und Wohlstand empfunden wurden, sondern als solche von Ideologien und Sonderinteressen der Nutznießer der jeweiligen Systeme. Anstatt sich nach der Wende, nach der Auflösung des Ostblocks auch klar für die Auflösung der Nato und der militärischen Neuordnung der nördlichen Erdhalbkugel einzusetzen, haben die Grünen - so habe ich es empfunden - sich zum Beweis ihrer Regierungsfähigkeit eine ungute Zurückhaltung in dieser Frage auferlegt. Die Auflösung der NATO - die auch heute noch auf der Tagesordnung stehen sollte - hätte sich nicht gegen die USA als Ganzes gerichtet, sondern nur gegen den gefährlichen Anspruch der US-Regierung, auf allen Politikfeldern automatisch der tonangebende Primus zu sein. Die Einfügung der europäischen Nationalstaaten in die größere Einheit Europa wäre viel leichter gefallen. Die immer wieder beklagte fehlende europäische Außen- und Sicherheitspolitik hätte eine Chance gehabt, sich zu entwickeln. Polen hätte - traditionell in Angst, von Rußland auf der einen Seite und von Deutschland auf der anderen Seite erdrückt zu werden - hätte weniger Grund gehabt, Schutz für seine Unabhängigkeit durch die Unterstützung eines militärischen Abenteurers der USA zu suchen. Der Beitritt der westlichen Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes zu einer europäischen Verteidigungseinheit hätte Rußland nicht so viel ängstliches Unbehagen schaffen müssen.¹⁰ Die UNO hätte von einer konsequenten Blockauflösung an Bedeutung gewinnen und den kleineren Mitgliedern das Gefühl der Statistenrollen nehmen können.

Europa als Wirtschaftseinheit: Die Idee des freien und vereinten Europas wächst sich immer mehr zu einem Alptraum von einer Superbürokratie aus. Das was im Osten Europas (für kurze Zeit ?) an Kommandowirtschaft abgebaut wurde, wird im Westen wieder aufgebaut. Brüssel vermehrt die nationalen Begehrlichkeiten nach Subventionen, deren Wirken letztendlich eine marktwirtschaftliche Ordnung unmöglich machen und die Kriminalität fördern, was dann

¹⁰ Wenn der russische Präsident Putin jetzt seinen Landsleuten verspricht, durch Modernisierung der Armee und der Rüstung plus Verdoppelung der Wirtschaftsleistung Rußland wieder zu einem der großen Mitspieler im Machtpoker zu machen, dann ist das Programm von Deutschland und den übrigen Europäern, die nicht fähig waren, nach der Wende das Militärische neu zu ordnen, mit ausgelöst worden.

wieder mehr Anlaß zum Ausbau der Bürokratie ist. So wie die USA durch ihre Militärpolitik ihre eigenen gesellschaftlichen Wert torpediert, so torpedieren die Europäer durch das, was unter dem Kürzel „Brüssel“ gehandelt wird- ihre heeren Ziele und Werte. Regelrecht ein Ausdruck des europäischen Wahnsinns scheint mir zu sein, wenn von einer Nachbarstadt von Neustadt in Brüssel ein Antrag für einen Zuschuß von 80.000 Euro für Erhaltungsmaßnahmen einer altern Mühle gestellt (und vermutlich genehmigt) wird. Dieser Zuschuß kommt letztlich von den Bürgern und verursacht vermutlich noch einmal die gleiche Summe an Umverteilungskosten. Wenn die Bürger einer Stadt, einer Region nicht aus privaten der städtischen Mittel ein Baudenkmal unterhalten können, dann hat Europa sein Ziel verfehlt.

Der Euro / Das funktionale Problem: Die Idee von der europäischen Währung ist naturgemäß schon älter als seine Realisierung im Euro. Karl Walker, der für die SPD im Rat saß, in der höheren Parteihierarchie nicht gehört wurde und den ich als meinen Freund bezeichnen durfte, hat schon 1962 sein Buch „Neue Europäische Währungsordnung“ vorgelegt. Da aber Währungen, die für eine Nation oder für einen Wirtschaftsraum geschaffen wurden, auf die Dauer nur Zank unter die Völker bringen, wenn sie als internationale Währungssystem benutzt werden, weil sie Nutzen und Kosten ungleichmäßig verteilen, muß der nächste Schritt zu einem neuen internationalen Währungssystem gemacht werden. Wir können bei der Entwicklung auf den Bancor von Keynes zurückgreifen oder auf das noch ältere IVA-Modell (Internationale Valuta Assoziation) von Gesell.

Aus der Einführungskampagne zum Euro sind mir zwei Beiträge in Erinnerung, die ich erwähnen möchte. Einmal war es ein CDU-Europa-Abgeordneter, der den schönen Druck der neuen Noten lobte, ein andermal waren es grüne Europa-Politikerinnen, die hervorhoben, daß mit dem Euro in ganz Europa, ohne umzurechnen zu müssen, bezahlen könnte. Das schöne Aussehen der Noten ist für ihre Funktion eher schädlich. Der große Geltungsraum des Euro ist durchaus nützlich - wenn auch nach wie vor vielfach befürchtet wird, daß es die unterschiedlich entwickelten Regionen in ihrer Anpassung behindern würde -. Beim Nachhaken stellte sich aber heraus, daß weder die Propagandistin von den Grünen noch der Euro-Verfechter von der CDU einen blassen Schimmer von der Problematik unseres Geldes hatten. Bei der Konstruktion des Euro wurden viele mögliche Fehler vermieden, aber eben nicht alle. Gegen die Einsicht, daß unsere heutigen ökonomischen Schwierigkeiten etwas mit der Geldgestaltung (-Verfassung) zu tun hätte, streibt sich die Politik noch immer. Hier seien nur noch zwei Dinge zur funktionalen Seite des Euro angesagt: Wenn in kleinen Systemen Fehler gleicher Art und Wirkung vorhanden sind, dann werden diese Fehler nicht dadurch aufgehoben, daß sie zu

einer größeren Einheit zusammengefügt werden. (Aufheben können sich Fehler manchmal, wenn sie eine entgegengesetzte Richtung haben: Beispiel Kassendifferenzen mit Plus und Minus.) Das Stabilitätskriterium „Höhe der jährlichen Staatsverschuldung“ hat seine Bezeichnung verfehlt, solange die Staatsverschuldung nicht durch die Notenpresse finanziert wird. Das wäre dann der Fall, wenn der Finanzminister gegen eine Quittung (z.B. in Form einer Schuldverschreibung) bei der Zentralbank beliebig viel Geld holen könnte. Die zunehmende Staatsverschuldung hat (wie die Verschuldung beim Privatmann) die Wirkung, daß vom künftigen Steueraufkommen (Einkommen) ein immer größerer Teil für die Tilgung und den Zinsendienst abgezweigt werden muß. Der Vorgang ist Teil des Umverteilungsverfahrens von arm auf reich und der Konterkarrierung jeglichen Versuches einer fiskalischen Umverteilungspolitik.

Der Euro / das rechtlich-demokratische Problem: Es gab und gibt gute Gründe für den Euro. Und es gab und gibt (vorhersehbare) Probleme mit dem Euro. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist das Geld nach der Sprache das zweitwichtigste Kommunikationssystem, über das eine Verständigung zwischen Individuen und so etwas wie Gesellschaft ermöglicht wird. Die Religion als ein Wertesystem kann man wohl als ein weiteres Kommunikationsmittel auffassen. Das letztgenannte System wurde bei uns in der Vergangenheit den Menschen von den Mächtigen verordnet. Wenn uns ein solches Verfahren heute zugemutet würde, wäre bestimmt mit einer Auflehnung zu rechnen. Wenn jetzt die Regierenden daherkämen und sagen würden: Liebe Bürger ihr sprecht sowieso schon *denklich*, ab Jahresende habt ihr Euch alle auf das *Englische* einzustellen, nicht nur hier, sondern im der ganzen EU-Geltungsbereich. Die Dänen bräuchten dann nicht mehr in Spanien zum Wörterbuch zu greifen die Griechen nicht mehr in England usw. Hinter dem Beispiel steckt ja ein ernsthaftes Problem, aber glaubt jemand, man könne es so lösen, wie man bei dem Euro vorgegangen ist? Die Währung hat aber als Verständigungsmittel wenigstens 50% des Gewichtes der Muttersprache. Und trotzdem glaubte die Politik bei uns, sie hätte rechtlich einwandfrei gehandelt, als sie obrigkeitsstaatlich die neue Währung einführte und zwar ohne zu wissen, ob die ganze Sache auch funktionieren würde. In Wahrheit wurde ohne großen Sachverstand von den Demokraten wieder ein Stück Demokratie verraten.

Europa und die Verfassung: Wir Europäer, wir Deutschen sind schnell mit der Kritik bei der Hand, wenn in Afrika oder anderswo hinter der formalen Flagge der Demokratie autoritäres Gehabe der Staatsmänner oder der herrschenden Parteien sichtbar wird. Wir Deutschen beanspruchen für uns, in einer Demokratie zu leben, obwohl das Volk noch nie über das Re-

gierungssystem abstimmen konnte. Wir verharren dort auf dem System der repräsentativen Demokratie, wo die direkte Demokratie angebracht wäre, wir haben so viele Systemfehler installiert, daß die Bezeichnung *Demokratie* für unser Herrschaftssystem nur noch im Vergleich mit der untergegangenen SED-Herrschaft als gerechtfertigt gelten kann.

Was machen wir Europäer insgesamt und als Deutsche speziell mit Europa? Daß Europa sich zu einer antimarktwirtschaftlichen Bürokratie mit einem Parlament, daß nicht mehr als ein Schönheitspflaster ist, entwickelt hat, wird schon als normal oder unvermeidlich hingenommen.

In der *zeitschrift für direkte demokratie* (1/03) schreibt Michael Efler unter dem Titel:

„Europäische Verfassungsdebatte: ...“ unter anderem:

Seit März 2002 arbeitet der Konvent für die Zukunft Europas an einer Reform der Europäischen Verträge, die in einem Verfassungsvertrag oder in einer europäischen Verfassung münden soll. Mehr Demokratie hat diesen Prozess von Anfang an mit weiteren europäischen NGOs und Instituten begleitet und versucht, ein Referendum über eine europäische Verfassung zu erreichen und direktdemokratische Elemente in die Verfassung hinein zu bekommen. Der Konvent tritt nun in seine entscheidende Phase.

Der Konvent besteht aus 105 Mitgliedern und ebenso vielen Stellvertretern aller Mitglieds- und beitragswilligen Staaten: Vertreter der nationalen Regierungen, der nationalen Parlamente, des Europaparlaments und der EU-Kommission. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union haben Parlamentarier im Vorbereitungsprozess einer Vertragsreform eine Mehrheit. Bisher wurden Vertragsänderungen immer in einem äußerst intransparenten Verfahren der Staats- und Regierungschefs ausgekungelt. Formal wird auch diesmal eine so genannte Regierungskonferenz das letzte Wort haben. Dennoch wird der Vorschlag des Konvents ein hohes Gewicht haben. Positiv zu bewerten ist, dass der Verfassungsentwurf sowie alle Änderungsanträge schnell über die Konventshomepage veröffentlicht werden. Wer Zugang zum Europäischen Parlament hat, kann auch relativ leicht mit Konventsmitgliedern ins (kurze) Gespräch kommen. Negativ zu bewerten ist der äußerst knappe Zeitplan des Konvents. Dieser lässt anspruchsvolle Debatten kaum zu und betont die sehr einflussreiche Rolle des Präsidiums, das den Prozess steuert. Zu den Änderungsanträgen des Verfassungstextes, der vom Präsidium in mehreren Teilen vorgelegt wird, gibt es keinerlei Abstimmungen, sondern es obliegt dem Präsidium abzuschätzen, zu welchen Änderungsvorschlägen ein ausreichender Konsens vorliegt und zu welchen nicht.

Insgesamt ist die Einsetzung des Konvents aus meiner Sicht bereits eine deutliche Demokratisierung der Europäischen Union. Das Konventsprinzip sollte auch in einer europäischen Verfassung verankert werden als Vorbereitungsprozess für künftige Verfassungsänderungen, die im Anschluss einem Referendum unterstellt werden sollten.

Der Konvent alleine reicht nicht aus, um die EU zu demokratisieren: Wie die europäische Verfassung einem Volksentscheid unterzogen werden muss, so brauchen die Bürgerinnen und Bürger der EU direktdemokratische Mitbestimmungsrechte auch auf EU-Ebene.

Ich will hier nicht auf Teil-Entwürfe eines neuen europäischen Vertrages oder einer Verfassung eingehen. Ich kenne sie noch gar nicht. Mich interessieren an dieser Stelle auch nicht die direktdemokratischen Mitwirkungsrechte, obwohl ich sie für wichtig halte. Es geht erst einmal um die scheinbar widersinnige Frage, wer das Volk (die Völker) in der Demokratie (in Europa)

ist (sind). Wir haben doch die Situation nach dem Krieg gehabt, daß die Sieger einige Personen aus dem Pulk der Besiegten heraus fischten, die dann für sich in Anspruch nahmen, das Volk zu sein. Wir haben in der Wende die Situation gehabt, daß die Masse der Menschen in der DDR begriff, daß sie das Volk sei und nicht die SED-Kader, und daß dieses auch aussprachen. Als dann die Frauen und Männer aus dem ehemaligen Mitteldeutschland und heutigen Ostdeutschland hier gedanklich oder / und leiblich im Westen ankamen, wurde ihnen sehr schnell klar gemacht, daß auch im Westen der Regierungsapparat für sich beansprucht, das Volk zu sein. Das Volk kam in der alten BRD und kommt im heutigen Deutschland eigentlich auch nur als demokratischer Schurz zum Abdecken der Schamblöße politischer Macht vor. Wir haben uns noch nicht weit entfernt von einem Führersystem unseligen Angedenkens. Statt durch stille oder laute Akklamation werden die heutigen Führer, die sich Vertreter oder Repräsentanten nennen, durch Wahlen bestätigt, die ich nur bedingt als frei ansehen kann. Nun gibt es durchaus Gründe zu sagen, eine Demokratie ist unmöglich. Wenn man die Demokratie aber nicht für möglich hält, sollte man den Begriff auch nicht verschleiern für etwas in Anspruch nehmen, was den Inhalt des Begriffs gar nicht oder nur zum geringen Teil trifft. Wenn wir uns die Demokratie als ein System vorstellen, in dem jedermann über alles abstimmt, dann können wir aufgrund unserer Erfahrungen und unseres Nachdenkens schon einsehen, daß dies ein System der Selbstblockade oder des Chaos würde. Aber herauszufinden, wie und wo sinnvollerweise das Volk als ganzes oder wo legitimierte Teile im Sinne von Vertretungen abstimmen sollen und können, muß das Volk in einer originären Verfassungsarbeit herausfinden. Diese Arbeit ist kein einmaliger geschichtlicher Akt, sondern eine sich von Generation zu Generation wiederholende Aufgabe. So lange ein Volk diese Aufgabe nicht geleistet hat, kann es sich nicht demokratisch nennen. Nun stelle ich mir auch gar nicht vor, daß 100% der mündigen Bürger¹¹ sich an einer solchen Verfassungsarbeit beteiligen. Nach meinem Geschmack würde ich sagen: Wenn sich außer der üblichen politischen Klasse ein Viertel bis ein Drittel der Bürger an dieser Verfassungsarbeit beteiligen würden, wäre das Kriterium Verfassungsarbeit und -findung durch das Volk erfüllt. Das Verfahren kann man sich am Anfang als völlig offen vorstellen, wo jede Bürgerin, jeder Bürger oder jede Gruppe ohne Berufung sich mit eigenen Überlegungen und Entwürfen beteiligen kann. In der Mittelstufe könnte ein speziell für den Zweck gewähltes Gremium die zehn besten Entwürfe mit einfacher Mehrheit auswählen und sie einem Konvent, der in einer Urwahl oder von den Mitglieder der Vorstufe gewählt würde, zur Verdichtung vorlegen. Der Konvent müßte dann diese Verdichtung Punkt für Punkt mit einer qualifizierten Mehrheit vornehmen. Auch die endgültige Abstimmung einer Verfassung direkt durch das Volk oder durch eine nur für diesen Vorgang gewählte Versammlung müßte

¹¹ Was „mündig“ in diesem Zusammenhang heißt, lasse ich offen.

Artikel für Artikel vorgenommen werden, denn die Politik hat generell die Neigung, mit der Verabschiedung guter Regelungen dem Volk Kröten zum Schlucken zu verabreichen. Dem muß ein Riegel vorgeschoben werden.

Wenn wir unter den beschriebenen Aspekten bedenken, daß ein Verfassungsentwurf schon mehr als die halbe Verfassung ist und daß die Mehrzahl der Vertreter im Konvent vermutlich zu jenen gehören, die den bisherigen europäischen Murks mit zu verantworten haben, dann kann man die Erwartungen an das Ergebnis nicht niedrig genug schrauben. In jedem Fall hat eine so zustande gekommene europäische Verfassung - auch wenn sie gut wird - den Fehler der unedlen Geburt. Im Grund hat man aus dem Umgang mit unserer bundesrepublikanischen Verfassung nach der Vereinigung der beiden deutschen Republiken für die europäische Verfassungsfindung nichts gelernt.

Nachfolgend gebe ich den Inhalt meines Briefes vom 11. September 1991 an die

Demokratie Initiative, Hohbuchweg 23, 8991 Achberg

wieder. Ich habe damals notiert, daß ich eine Kopie an die GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag - Verfassungsausschuß - gesandt habe. Vermutlich habe ich, wie sonst auch bei anderen Papieren, zusätzlich verschiedene Parteigliederungen Kopien von dem Schreiben übermittelt.

Hallo Freunde,

es ist gut zu wissen, daß es noch Menschen gibt, die den Kampf um eine demokratisch legitimierte Verfassung noch nicht aufgegeben haben. Sicher wird das Bemühen, um einen "parlamentarischen" Weg vom Grundgesetz zur Verfassung zu suchen, von der Angst diktiert, gewachsene Macht und selbst eingeräumte Privilegien könnten geschmälert werden, wenn das Volk durch ein eigens für diesen Zweck direkt vom Volk gewähltes Gremium den Verfassungsvorschlag formuliert. Auch bestehen sicher Befürchtungen, daß eine nicht von den Parteien kontrollierte verfassungsgebende Versammlung versucht sein könnte, per Verfassung eine sozialpolitische Korrektur der Regierungspolitik durchzusetzen. Auch müssen wir zugestehen, daß sich in vielen Parteipolitikerköpfen ein anderes Politikverständnis herausgebildet hat als bei jenen, die mehr direkte Demokratie oder eine echte Föderation wollen. Wir müssen also davon ausgehen, daß jene, die die Zukunft unserer Demokratie "parlamentarisch" sichern wollen, es zum Teil genauso ehrlich meinen wie wir. Wir können auch nicht übersehen, daß einen großen Teil des Wahlvolkes die Verfassungsdiskussion nicht interessiert.

Wenn noch eine Aufklärungskampagne gestartet werden kann, dann sollten nach meiner Einsicht folgende Punkte herausgestellt werden:

- 1. Die Haltung der etablierten Politik ist verwandt der Haltung der untergegangenen SED.*
- 2. Jede Generation hat das Recht, sich seine eigene Verfassung zu geben. Und sei es in der Form, daß sie Gelegenheit erhält zu sagen: "Die Verfassung der vorhergehenden Generati-*

on soll auch die unsere sein."

3. *Die Gewaltenteilung in der staatlichen Organisation der Gesellschaft ist eine Voraussetzung für die moderne Demokratie und die Zähmung des Leviathans, des Ungeheuers, zu dem sich der Staat sonst zu leicht entwickelt.*

Es ist aber unlogisch und systemwidrig, wenn eine Gewalt sich selbst und die anderen Gewalten definiert. Die Gestalt der staatlichen Gewalten, ihre Kompetenzen und Grenzen müssen vom Volk - von dem sie sich im demokratischen Selbstverständnis ableiten - bestimmt werden und nicht von Gremien, die zu anderen Zwecken gebildet wurden.

4. *Heute glauben Parlamentarier einem Ausschuß, dem sie fälschlich den Namen "Verfassungsrat" gegeben haben, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung überlassen zu können. Ihnen kommt anscheinend gar nicht in den Sinn, daß sie befangen sein könnten. Und daß das, was sie als Alltagspolitik vorweisen, nicht gerade von der Kompetenz zeugt, die für die Formulierung einer neuen Verfassung wünschenswert ist. Zwar ist auch die Weimarer Verfassung nicht durch eine Volksabstimmung in Kraft gesetzt worden und auch damals hat nur ein Ausschuß der Nationalversammlung aufgrund der Vorlage des Staatssekretärs Dr. Preuß die Verfassung formuliert. Aber in "Die neue Volkshochschule", Leipzig, 1923 Band 4, S. 4 steht:*

"Es wurde verlangt, daß baldigst eine Versammlung von Vertretern der deutschen Nationen - eine Nationalversammlung - berufen würde, die Deutschland eine Verfassung geben solle. Am 30. November wurden daraufhin die Wahlen für dieses Parlament, das genau wie das erste Parlament zur Zeit der französischen Revolution die Aufgabe haben sollte, eine Verfassung auszuarbeiten, ausgeschrieben."

Es ist eben ein qualitativer Unterschied, ob ein Parlament einen originären Auftrag vom Volk zur Formulierung und Beschlußfassung einer Verfassung hat oder ob es sich selbst einen solchen Auftrag mit rechtlichen Winkelzügen anmaßt.

Ich sende Euch als Anlage Kopien von dem Kapitel "Das Grundgesetz kam von oben; die Verfassung muß von unten kommen" aus meinem Skript "DER RAT" vom November 1990. Das Kapitel zur Verschuldung, verdeutlicht, daß unsere Demokratie nicht nur vor ungelösten rechtlichen Problemen steht, sondern auch vor ökonomischen.

Als weitere Anlage erhaltet Ihr ein Exemplar meiner Schrift "Darauf kommt es an!"

Es grüßt Euch

J. A.



Nachtrag zum Thema Verfassung im vorigen Abschnitt (vom 16. Mai): Ich habe heute meine jüngste Tochter (12 J.) von der Kooperierten Gesamtschule mit dem PKW abgeholt und zur Bücherei gefahren¹², damit sie ihr wöchentliches Bücherpaket austauschen kann. Da die vorhergehende Nacht für mich kurz war, weil ich an diesem - meine Frau würde sagen 'nutzlosen' - Text gearbeitet hatte, wollte ich die Zeit nutzen, um im Auto ein Nickerchen zu ma-

12 Für die, die bei „PKW“ die Nase rümpfen: Wir wohnen auf dem Dorf. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln würde das ganze Vorhaben einen halben Tag dauern.

chen. Aber meine Neugier, ob ich in der Zeitschriftenecke etwas Interessantes zu entdecken wäre, war doch stärker als meine Müdigkeit.

Ich wurde belohnt. Ich stieß auf den SPIEGEL (20/03) mit der Titelgeschichte „Die verstaubte Verfassung“. Gedacht habe ich, warum kommt die SPIEGEL-Redaktion - die ja immer den Eindruck macht, als sei sie so klug und auf der Höhe der Zeit - erst jetzt mit einem solchen Beitrag und nicht schon gleich nach der Wende und wann kommt die Titelgeschichte „Europa und die Verfassung“. Den ersten Teil der dreiteiligen Serie „Die enthauptete Republik“ von Thomas Darnstädt habe ich noch nicht gelesen. Aus dem Einleitungsbeitrag „Die Konsensfälle“ von Thomas Darnstädt und Hans Michael Kloth stelle ich ein paar Zitate in den Anhang II. Ich habe nach der Wende den Bundestag und die Landtage etc. mit zwei Stellungnahmen zur Verfassung bedacht. Titel: „Die Verfassungspiraten“ und „Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!“. Aber in unserer Republik der Narrenfreiheit haben - ernsthafte und provozierende - Stellungnahmen von Bürgern, die nur in einer Auflage von ein paar Dutzend versandt werden, keine Wirkung. Eine Eingangsbestätigung ist dann schon ein Erfolg.

Auf die Gefahr hin, daß ich mich wiederhole: Die Güte unserer Verfassung war schon immer eine Ideologie zur Verteidigung des Status quo und als Abwehr von Wünschen nach Klärung und Vertiefung unserer Demokratie. Den Teilen der Verfassung, die mit „gut“ ausgezeichnet werden können, fehlt die demokratische Legitimation. Die Aufnahme einer Verfassungsarbeit mit einem möglichst hohem Beteiligungsgrad der BürgerInnen könnte wie eine gesellschaftlich Psychotherapie wirken, die helfen würde, unser Lähmung zu überwinden.



Von der sechsten politischen Sünde der Grünen

Hier müßte ich nun von der Verschleppung der Probleme um die Arbeitslosigkeit, des sozialen Netzes und der Verschuldung (die nicht nur eine Staatsverschuldung ist) sprechen. Ich werde die Themen aber weiter unten behandeln. Hier nur soviel: Es wird häufig gesagt, wir in der Bundesrepublik Deutschland würden über unsere Verhältnisse leben. Diese Aussage ist unpräzise. Wir leben in falschen Verhältnissen unter unseren Möglichkeiten. Die Möglichkeiten unsere sozialökonomischen Probleme zu lösen liegen vor. Daß sie nicht angewendet werden, ja nicht einmal zur Kenntnis genommen werden, ist in einer parlamentarischen Demokratie eindeutig die Schuld des Bundestages und zwar individuell die Schuld der einzelnen Abgeordneten, des Abgeordneten wie auch kollektiv des gesamten Bundestages und zwar unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit. Da die Mitgliedschaft im Bundestag freiwillig ist, kann sich auch kein Mitglied auf Befehlsnotstände oder zu beachtende Tabus hinausreden.

Von der siebenten politischen Sünde der Grünen

Die siebte Sünde ist aus meinem Gedächtnis entfloht.¹³ Die kann der Leser dieser Zeilen selber ergänzen. Ich selber könnte noch die Naivität anführen, mit der versucht wurde, das Prinzip der Vielfalt in die Einheit der GRÜNEN einzuführen und die machtgierige Leichtigkeit mit der das Prinzip Vielfalt gegen Einfalt ausgetauscht wurde. Mit Einfalt meine ich hier, a) die Vorstellung man könne einfach durch Mehrheitsbeschlüsse die Vorstellungen der Menschen in ihren Köpfen austauschen - wie man durch den Knopfdruck auf der Fernbedienung das Fernsehprogramm gewechselt werden kann - und b) die Vorstellung, Widersprüche in einer Partei seien schädlich, weil es darauf ankäme, daß „die Reihen fest geschlossen“ seien. Ich vermute, daß bei einer entsprechenden Untersuchung herauskommen würde, das die Propagandisten von „Multikulti“ am wenigsten Widersprüche in der Partei aushalten können.

Die „Sünden“ sind sicher nicht vollzählig aufgeführt. Es geht dabei ja auch nicht darum, Ihre Arbeit oder die Ergebnisse ihrer Arbeit madig zu machen. Anregen möchte ich ja nur, aus Anlaß des Jubiläums und der zunehmenden politischen Schwierigkeiten über die nicht immer klaren Ausgangszielsetzungen und die im Laufe der Jahre sich wandelnden - ebenfalls unklaren - Zielsetzungen und über die Ergebnisse der Arbeit von Partei und Fraktion genauer nachzudenken.

Nun können ja viele von Ihnen sagen, am Anfang war ich noch gar nicht dabei und Mitglied des Bundestages bin ich auch erst in dieser Legislaturperiode geworden. Nun, ich denke als Fluch der bösen Tat der Fraktionsbildung, die im Grundgesetz nicht einmal als Stichwort vorkommt, haften in einem moralischen Sinn die jetzigen Fraktionsmitglieder für alle Fehler der Mitglieder der Fraktionen aus vorhergehenden Legislaturperioden.

3. Zehn Jahre Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN



¹³ Ich arbeite nicht nach Notizen, sondern nach Zeitungsartikel und Bücher als Gedächtnisstützen. Vielleicht habe ich gar keine siebte politische Sünde im Kopf gehabt, sondern meine Prägung durch die „christliche“ Gesellschaft spiegelt sich auch in den Sprachbildern, die man im Kopf hat. Und da gab es doch die „sieben Todsünden“. Ich weiß nicht mehr, wo drin sie bestehen, nur noch das sie zur Ausstattung des katholischen Glaubens gehören, und das sie schwerer zu tilgen sind, als einfache Sünden. Es müßte doch interessant sein, wenn ein Theologe sich über die Todsünden christlicher Politiker auslassen würde.

Per E-Mail kam die Kunde, daß am 17. Mai 2003 in der Moritzbastei in Leipzig der zehnte Geburtstag von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN¹⁴ gefeiert werden soll. Beide Parteien haben durch ihre Vereinigung sicher bessere Überlebenschancen im politischen Wettkampf gewonnen. Aber hat unsere Gesellschaft, die ja erhebliche geldliche Mittel für die Partei bereit stellt, auch etwas davon gehabt? Ich hätte gerne eine Antwort darauf. Werner Schulz, der ja vom Bündnis 90 kommt und zu den Vertragsunzeichnern gehört, soll so laut Presse befürchten, demnächst wie in der ehemaligen Volkskammer abstimmen zu müssen. Das kann ja wohl nicht der Fortschritt oder der Vorteil sein. Wie in vielen politischen Papieren stehen auch im Assoziationsvertrag vom 22. Januar 1993 schöne Zielbeschreibungen. Welchem Ziel ist man näher gekommen? Irgendwo in dem Text ist die Rede von der Oppositionskultur. Da ich die grün-interne Politik - ausgenommen die Gründungszeit - als Unkultur erlebt habe, habe ich Werner Schulz auf einer Versammlung mit Helmut Lippelt in Hannover vor der Vereinigung gewarnt. Das ist nun aber Schnee von gestern! Oder nicht?

Das Böse kommt selten aus einem bösen Willen

Bei allen Reibungsverlusten und Fehlleistungen der politischen Parteien insgesamt sollten wir weniger an einen bösen Willen unserer jeweiligen Gegenspieler denken als vielmehr an ihr Gebundensein an bestimmte Vorstellungen. Es ist die Crux der Parteien, daß sie dieses vorstellungsmäßige Gebundensein durch sozialpsychologischen Druck, der aus dem Bedürfnis nach Gleichschritt resultiert, noch fördert und fixiert.¹⁵ So wie eine verkehrswirtschaftlich installierte Ökonomie einer zentralverwaltungsmäßigen dadurch überlegen ist, daß sie in unendlich vielen Einheiten in kleinen Schritten reagieren kann. So muß auch ein politisches System, daß in vielen autonomen Einheiten auf neue Erkenntnisse und Bedürfnisse durch Annahme oder Verwerfung reagieren kann, jedem zentralistisch oder blockartig organisiertem politischen System überlegen sein. Ich halte die politischen Parteien, die einen hohen Aufwand erfordern und geringen Ertrag im Sinne von gesellschaftlichen Problemlösungen erbringen, inzwischen für ein Hindernis auf dem Wege zu mehr Demokratie. Da aber immer das Neue aus dem Alten wachsen muß, ist die Frage, wie wir die politischen Parteien am besten kompostieren können und welche politischen Pflanzen bringen uns die Früchte (Instrumente), die wir für die unendliche Kette von Problemlösungen und der Realisierung von „mehr Demokratie wagen“ benötigen.

14 Zur Erinnerung der Name der grünen Partei wurde zur Unterscheidung der SPV Die Grünen in Großbuchstaben gesetzt. Beim Abfassen von Texten kann das lästig sein.

15 Sie Beschreibung der siebten politischen Sünde.

Die Textziffer 22 aus dem Assoziationsvertrag zitiere ich nachfolgend, um sie zu kommentieren:

(22) Anders als die anderen Parteien, die das Ziel der "Wiedervereinigung" verbal vor sich hertrugen, ohne selbst daran zu glauben, plädierten DIE GRÜNEN frühzeitig für eine Anerkennung der DDR. Deshalb hatten sie, als die Umbrüche in der Sowjetunion die tiefen Risse im politischen Gefüge Ost-Europas aufplatzen ließen und der freigesetzte Wille der Menschen in der DDR das Niederreißen der Mauer verlangte, ebenso wie die anderen Parteien kein allgemein akzeptiertes, differenziertes Handlungskonzept. Die Schwierigkeit, diese deutsch-deutsche Realität in richtiger Weise anzuerkennen, mündete in eine weitgehende Flucht vor dem Thema. Die entsprechend falsche Schwerpunktsetzung im Bundestagswahlkampf trug wesentlich zu dem parlamentarischen Aus der West-GRÜNEN bei.

Nun, ich habe bereits in den fünfziger Jahren argumentiert: Daß wir uns lieber über die Entwicklung unserer eigenen Gesellschaft Gedanken machen sollten und weniger über den Sowjet-imperialismus. Das Sowjetsystem würde - so habe ich damals gedacht - von selber zusammenbrechen, wenn eine falsche gesellschaftliche Konstruktion wäre. Und 1967 habe ich für die Zielsetzung der Liberal-Soziale-Partei formuliert, daß die DDR politisch anerkannt werden müßte, nicht aus Gründen der Sympathie für das System, sondern aus Gründen der Realität ihrer Existenz.

In meinem 31 Seiten langen Schreiben vom Oktober 1989 an die Deutsche Bundesbank unter dem Titel „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“ ist zu lesen:

„17. Frage aufgeteilt in:

- a) Ist die Bundesbank bzgl. der Währung auf eine Vereinigung der BRD und DDR vorbereitet?
- b) Wie stellt sich die Bundesbank eine gemeinsame Währungsordnung vor?“

Im Dezember 1989 habe ich dann als Kopien meinen hundertseitigen Text „Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ in den Umlauf gebracht.¹⁶ Die Rückmeldungen aus der Noch-DDR waren trotz der zu geringen Stückzahlen erfreulich. Das Verharren großer Teile der grünen Mitglieder in einem speziell westdeutsch geprägten Marxismus und in das staatsinterventionistische Denken à la SPD hatte die Partei für den Transport freier Lösungsansätze unbrauchbar gemacht.¹⁷ Das galt auch für die Themen Arbeitslosigkeit

¹⁶ Ab Januar 1990 wurde der Text als Broschüre von der INWO vertrieben.

¹⁷ Etwas mehr Proudhon und etwas weniger Marx, und das vorige Jahrhundert hätten einen anderen Verlauf genommen.

keit und Soziales Netz. Und wenn ich so lese, was mir heute so aus grünem Umfeld in die Hände kommt, hat sich die Situation trotz guten Willens nicht gebessert. Es wäre schön, wenn ich das alles falsch sehen würde. Ich hätte - bevor ich in die ewigen Jagdgründe eingehe - gerne einmal das Gefühl, daß ich mit meinem Engagement für die Grünen etwas Gutes bewirkt hätte.

Ich bin damals (1989) in meinem Text von einer eigenständigen Entwicklung der DDR ausgegangen, schon deshalb, damit nicht nur Untaugliches von hier nach dort übertragen würde. Meine Überlegungen galten aber nicht nur der DDR, sondern auch den anderen ehemaligen Staaten des Sowjetimperiums und zielten auf positive Rückwirkungen für die BRD. Wenn ich bei der Niederschrift des Textes auch noch nicht an die sofortige Vereinigung - sondern eher an eine Vereinigung im europäischen Rahmen - gedacht habe, so habe ich gleich den Gedanken einer deutsch-deutschen Zwillingsuniversität als einen Ort der gegenseitigen Annäherung formuliert. Zum Thema Wandel und Vereinigung wurden dann von mir noch Folgebeiträge produziert. Wenn die Botschaften über DIE GRÜNEN in den Osten hinausgegangen wäre, hätte das der grünen Partei bei den „Ossis“ bestimmt Sympathien eingebracht. Aber man kann nichts überzeugt aussenden, was einem fremd, unverständlich ist oder was man gar nicht zur Kenntnis genommen hat.

Das Politische *Aus* der Grünen nach der Vereinigung war verdient. Aber abgesehen davon, daß die Bündnisgrünen die Zahl der Bewerber um politische Macht um einen Mitspieler vergrößert haben, ist zu fragen: Worin besteht die neue und gegenüber den Altparteien bessere politische Leistung? Womit haben die Grünen heute verdient, daß sie im Bundestag vertreten sind?

4. Der Koalitionspartner - Die SPD



Wenn man von der SPD spricht oder über die SPD urteilt, dann muß man zu erst einmal anerkennen, daß sie vom Idealismus vieler Menschen entwickelt und getragen wurde, und daß viele Menschen für ihre jeweiligen Ziele gestritten und gelitten haben.¹⁸ Ich würde auch Freunde und Nachbarn kränken, die für die SPD gewirkt haben oder noch wirken, wenn ich anderes behaupten würde. Auch war die SPD insofern erfolgreich, als alle Bundestagsparteien

¹⁸ Daß die SPD auch vom Karrieredenken und Machtstreben geprägt wurde und wird, ist keine Besonderheit dieser Partei.

den Sozialdemokratismus (in verschiedener Ausprägung) als ihr Anliegen übernommen haben. Mit Sozialdemokratismus meine ich ein politisches System des ausufernden, unsystematischen Staatsinterventionismus, der alle Lebensbereiche erfaßt und letztlich den Menschen den Status des mündigen Bürgers raubt. Ich habe in anderen Zusammenhängen dieses System auch als Gutsherren-Modell bezeichnet. Die Knechte und Mägde haben die feudalen Eigentümer und deren Verwalter davon gejagt und aus ihrer Mitte demokratische Gutsherren gewählt. Aber Knechte und Mägde sind sie geblieben. Sie waren in der Regel mit dem zufrieden, was ihnen zugestanden und zugemutet wurde. Neuerdings unter Gerhard dem scheinbar Einsichtigen, der glaubt, daß er weiß, was die Glocke geschlagen hat, fangen sie an zu murren. Der Freiheitsimpuls, der ihnen gebot ihren Knechtsstatus zu überwinden, wurde aber immer klein gehalten, nicht aus bösem Willen, sondern weil die vielen Unterverwalter instinktiv spürten, daß sie nur so lange Bedeutung aus ihrer Rolle ziehen könnten, wie es Menschen gab und gibt, die hilflos und abhängig von ihnen sind.

Das Modell Sozialdemokratismus ist ja nun auch in einer Situation entstanden, wo der Arbeitnehmer (der ja eigentlich der Arbeitgeber ist, weil er ja seine Arbeit, seine Leistung für den Lohn gibt) einer lebensfeindlichen Ökonomie ausgesetzt war, in der ein Vertrauen in die individuell eingesetzte eigene Kraft und Selbsthilfe nicht entstehen konnte oder verloren gegangen war. Hinzu kam natürlich die Verführung zur Staatsbetonung und zum Zentralismus durch den Marxismus, der den Menschen suggeriert, nur im kollektiven Handeln, könne er gut sein. Man kann auch den ersten Generationen der SPD-Mitglieder und -Wähler nicht vorwerfen, daß sie nicht erkannten, daß dieses Modell sie nicht dem großen Ziel von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit näher bringen konnte. Es fehlte ihnen die theoretische und zeitliche Distanz um die Möglichkeiten und Wirkungen ihrer Politik realistisch einzuschätzen. Nicht den Willen, aber die Mangelhaftigkeit sachlicher Überprüfung ihrer Politik kann man den heutigen Verfechtern des Sozialdemokratismus aber wohl absprechen. Wenn aber Leitideen zur fixen Idee werden, dann sind neue Einsichten nur schwer zu erreichen. Insoweit und so oft den Sozialdemokraten eine Neuformulierung ihre Ziele und Zielerreichungsmaßnahmen doch gelungen ist, dann - nach meinem Eindruck - nicht so sehr aus Einsicht in die alten Fehler, sondern einfach durch die Angst vor Machtverlust oder das Ausbleiben von Machtzuwachs.

Eine Lektion haben die Sozialdemokraten aus dem Scheitern in und von Weimar gelernt, wenn sie nicht die Fähigkeit entwickeln, untaugliche Ziele und Instrumente aufzugeben, verlieren sie Mitglieder und Wähler an Konkurrenten und Rattenfänger.¹⁹ Also ist inzwischen der Wandel

19 Mir scheint die SPD eines mit der NSDAP gemeinsam zu haben. Für beide Parteien bestand der

in den sozialdemokratischen Inhalten auch schon bald zur Konstante geworden. Nur haben die Sozialdemokraten eine unglückliche Neigung zu untauglichen theoretischen Instrumenten. Erst die Pleite mit dem Marxismus²⁰ und dann die Pleite mit Keynesianismus, die aber nur deshalb unvermeidlich war, weil die Sozialdemokraten sich auf den problematischen Teil von Keynes gestürzt haben.²¹ Das wäre vermeidbar gewesen, wenn die Sozialwissenschaften in Bezug auf Ökonomie nicht ein Saboteur gesellschaftlichen Fortschritts gewesen wären. So wie es vorher in der SPD (und anderswo) auf den Marxismus programmierte Nachzügler gab, so gibt in Oskar Lafontaine und den DGB-Oberern auf den Keynesianismus programmierte Nachzügler. Die Führungsmannschaft der SPD glaubt nun durch ihre Erfahrungen in Aufsichtsräten von Unternehmen und durch den Intensiven Kontakt zu der zur Zeit dominanten Lehre in den Wirtschaftswissenschaft die „richtige“ Lektion in Sachen Ökonomie gelernt zu haben. Aber Gerhard Schröder ist genauso weit weg vom „richtigen“ Weg wie Oskar Lafontaine. Da keine Aussicht besteht Schröders Ökonomieberater auszuwechseln und ein solches Auswechseln auch keinen kurzfristigen Erfolg bringen würde, ist das Scheitern der SPD und mit ihr der Bündnisgrünen vorauszusehen. Übernehmen werden dann wieder Leute die Regierungsmacht, die ihre Lektion auch nicht gelernt haben. Unser politisches System ist wie ein Paternosteraufzug. Bei der Abwärtsfahrt muß man nur lange genug ausharren, dann kommt man wieder ohne zusätzliche Leistung nach oben.

5. Was bei den Gedenken an den Holocaust und an Kriege gerne übersehen wird



Wenn ein Sozialdemokrat wie der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eine Rede hält, wie beim Baubeginn des Holocaust-Denkmal in Berlin, dann kann er sich auf der Seite der guten Deutschen fühlen. Denn erstens gehört er einer Partei an, deren frühere Mitglieder von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, und zweitens deren Mitglieder aus der Zeit des Nachkriegsdeutschlands die Quasi-Staats-Religion von der alleinigen und unendlichen Schuld der Deutschen installiert haben. Diese Religion macht zwar keinen Toten wieder lebendig, kann auch

Grundstock ihrer Parteimacht aus Menschen, die jegliches Vertrauen in die eigene Selbsthilfe verloren hatten.

20 Ich spreche hier kein böses Wort über Marx. a) Weil die Geschichte beweist, daß das Irren mit dem Denken gekoppelt ist und b) weil die Anwender einer Theorie für die Anwendung verantwortlich sind und nicht der Theorienschöpfer.

21 Als Prof. Karl Schiller in Bonn Minister wurde, saß ich mit Gerhard Glogowski und anderen Kommilitonen im Hörsaal der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg und sah die hoffnungsvollen und siegesgewissen Augen des Dozenten, der davon strahlend berichtete. Ich wußte schon damals, daß dies eine trügerische Hoffnung war. Ich war bestimmt nicht klüger als der Dozent und Schiller konnte ich - was das Wissen anbelangt - nicht einmal das Wasser reichen. Mein Vorteil bestand nur darin, daß ich vorher nicht durch ein ideologisches Filter gehindert war, andere Informationen aufzunehmen.

keine unter den Nazis begangene Scheußlichkeit wieder rückgängig machen und - was schlimmer ist - kann kein künftiges Unrecht verhindern, gibt aber denen, die sich zu ihr bekennen, das Gefühl der politischen Korrektheit und moralischen Überlegenheit.

Mich wundert bei der Art unserer bisherigen²² Vergangenheitsbewältigung, daß sich der Rechtsextremismus nicht in einem stärkeren Maße bei uns entwickelt hat. Ich sage das, weil ich die Auflistung der Ursachen, die zum Komplex Holocaust geführt haben, als unvollständig und die Bewertung der grausigen politischen Vorgänge im vorigen Jahrhundert als zum Teil unaufrichtig einstufe. Demütigungen rufen in der Regel Reaktionen her vor, die selbst demütigend und unrecht sein können. Es dürfte dabei wohl egal sein, ob die Demütigungen objektiv-rational oder nur als Gefühl wahrgenommen werden. Nach meiner Einsicht ist der Linksradikalismus vorwiegend eine Reaktion auf ökonomische Demütigungen (die auch stellvertretend beobachtet werden können). Der Rechtsradikalismus dürfte dagegen vorwiegend seine Wurzeln in politischen Demütigungen haben. Abgesehen davon, daß Menschen durch den politischen Extremismus an Leib und Seele zu Schaden kommen, sehe ich das Schlimmste an seine Existenz, daß die sich demokratisch nennenden Regierungen (einschließlich der Parlamente) den Extremismus und auch den Terrorismus gebrauchen um ihre Leistungsschwäche zu kaschieren. Denn auf dem Hintergrund von dunklem Extremismus erscheint das schmutzige Grau unserer Politiker doch noch als strahlendes Weiß.

Kriege haben immer einen Komplex von Ursachen, und diese wirklich genau zu erfassen und zu verstehen, ist äußerst schwer, wir erleben es ja trotz einer umfangreichen Berichterstattung mit dem Krieg, den die USA gegen den IRAK geführt hat. Den Deutschen wurde z.B. die alleinige Schuld am ersten Weltkrieg zugeschoben, eine wesentliche Ursache soll der Militarismus gewesen sein.²³ Nur lebten die europäischen Völker und jene mit europäischem Ursprung in einem Währungssystem auf Goldbasis. Da die Goldproduktion zu begrenzt und ungleichmäßig verteilt war, mußte es einfach zu Spannungen kommen. Unter diesen Umständen waren alle Länder gezwungen, einen Warenexportüberschuß zu erzielen, um einen genügend großen Zufluß an Gold zu erhalten, damit das nötige Geld für eine expandierende Wirtschaft geprägt

22 „Bisherig“, weil neuerdings sogar bei Berichten über das ehemalige Ostpreußen gesagt werden darf, daß die Vertreibung der Menschen und die Annexion des Landes im Fernsehen als völkerrechtswidrig bezeichnet werden darf und nicht mehr jede Scheußlichkeit der Kriegsgegner Deutschlands mit der Standardformel „aber Hitler hat den Krieg angefangen“ entschuldigt wird.

23 Die Arbeiterschaft dachte wohl internationalistischer und pazifistischer als der sogenannte Mittelstand. Sie konnte sich das leisten, weil sie in den Unternehmern ihren Feind sah, gegen den man sich international verbrüdern mußte. Das handelnde und produzierende Gewerbe aber fühlte sich durch die ausländische Konkurrenz eingeengt und begrenzt. Der Nationalismus war daher auch deshalb angesagt, weil sie sich den Internationalismus ökonomisch nicht leisten konnten.

oder (bei Golddeckung) drückt werden konnte. Zwangsläufig mußte es Verlierer bei dem Rennen um Überschüsse geben. Die Versuchung, die Ergebnisse militärisch zu korrigieren sind dann groß und werden irgendwann als unvermeidbar angesehen.

Wenn ich alles richtig verstanden habe, was in dieser Sache aufgenommen habe, dann war der Antisemitismus in Deutschland vor und nach dem ersten Weltkrieg nicht größer als in anderen europäischen Ländern und unter den heimischen Juden gab es nicht wenige, die wie andere Deutsche nationalistisch dachten und fühlten.²⁴ Wieso konnte es dann zu dem Holocaust kommen?²⁵ Andere europäische Völker hatten auch unter den Kriegsfolgen und später unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Die andere Situation der Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg sehe ich in Folgendem: a) Die Deutschen waren in der Rolle der Verlierer. b) Die Deutschen mußten die Rolle des Schuldigen ertragen, obwohl sie in der Mehrheit das Gefühl hatten, für eine gerechte Sache gekämpft zu haben. c) Den Deutschen wurde die Demokratie übergestülpt, ohne daß sie die Chance hatten, sich für einen Systemwechsel zu entscheiden. d) Die Deutschen wurden dem Versailler Vertrag, der ein demütigendes, entmündigendes und wirtschaftlich überforderndes Diktat war, unterworfen. e) Und jetzt kommt das, was die Demokraten der Weimarer Republik - besonders die SPD - und die Wirtschaftswissenschaften zu verantworten haben und was die Deutschen erst reif für Hitler gemacht hat. Das heißt nicht, daß sie sich plötzlich für die Judenvernichtung begeistern konnten, sondern daß ihnen die Hoffnung auf Linderung ihrer Not durch die Demokraten abhanden und die Hoffnung in ihnen aufkam, Hitler und die NSDAP würden ihnen wieder Arbeit und etwas ökonomische Sicherheit geben. Wovon spreche ich? Ich spreche von der (großen) Inflation und von der (großen) Deflation. Die Inflation vernichtete alle auf Geld lautenden Forderungen, sie machte einen Großteil der Deutschen bettelarm und brachte die gewachsene Schichtung der Gesellschaft durcheinander. Diejenigen, die Sachvermögen hatten oder es anderen noch gegen schlechtes Geld abschwatzen konnten, waren die Gewinner. Die spätere Deflation verschaffte dann den Geldbesitzern einen kurzzeitigen Vorteil, der aber den Handel und die Produktion unmöglich und Arbeitnehmer in hohen Zahlen zu Arbeitslosen machte.²⁶ Das alles war kein Naturgeschehen, sondern das

24 Daß der Antisemitismus wenigstens zum Teil nur als abstrakte Größe, als Benennung einer gefühlten Bedrohung und nicht konkretes Verhalten gegenüber den einzelnen Deutschen bekannten Juden verstanden wurde, geht auch aus der Bemerkung von Himmler vom 4. Oktober 1943 hervor: „Das jüdische Volk wird ausgerottet“, sagt ein jeder Parteigenosse, ganz klar, steht in unserem Parteiprogramm, Ausschaltung der Juden, machen wir.“ Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude.“ aus Genscher / Köhler / Bethmann / Heuss, Die Juden und wir, 1957.

25 Wenn ich mich richtig erinnere, kritisiert Wolfgang Sofsky in „Die Ordnung des Terrors - Das Konzentrationslager“ die Benutzung des Begriffs Holocaust (Brandopfer) für den Vorgang, weil er ursprünglich etwas ganz anderes beschreibt.

26 Man muß Zeugenaussagen nicht durch die Statistik neutralisiert lesen, sondern im Original, um den Unter-

Ergebnis 1. einer bodenlosen Dummheit und Ignoranz der Wirtschaftswissenschaften und 2. der Unfähigkeit der demokratischen Politiker a) aufgrund von Besetztseins mit bestimmten Vorstellungen von der Ökonomie und dem Geld neue Problemlösungsansätze aufzunehmen und b) der Unfähigkeit, sich ein eigenständiges, von kollektiv definierten Sichtweisen losgelöstes Urteil zu bilden. Man lese die Vorgänge einmal nach, wie sie z. B. von Gerhard Ziemer in dem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ nachgezeichnet wurden.²⁷ Man kann mit gutem Recht sagen, unter Hitler konnte gemordet werden, weil unter den Demokraten der Weimarer Republik die ökonomische Dummheit herrschte. Da die Juden in zurückliegenden Zeiten aufgrund von Berufsverboten und den unterschiedlichen Einstellungen zum Zins in der Bibel und im Talmud geradezu in das Geldgeschäft gedrängt wurden und die Probleme mit dem Geld uralte und an seine bisherige Gestalt gebunden sind, aber die Juden für alle sichtbar am meisten als Geldverleiher, als Münzherren im Schatten von Fürsten und später als jene, die viel vom kapitalistischen Wirkungsmechanismus gelernt hatten, mit dem Geld umgingen, wurden die nicht erkannten Strukturfehler des Geldes ihnen als persönlich-kollektive Fehlhaltung angelastet.

Ich habe weiter oben Drewermann zitiert. In dem Beitrag stehen auch folgende Sätze:

Zugunsten der christlichen Kirchen muss ich sagen, dass immer wieder gegen den Zins opponiert wurde. Im 4. Jahrhundert, im 16. Jahrhundert. Das deutsche Wort „Wucher“, schon der dunkle U-Laut, ist ein echtes Lutherwort.

Er hat zwei wütende Artikel gegen das Zinsnehmen geschrieben. Die zweite Schrift freilich ist unsäglich belastet mit Antisemitismen, Juden gleich Geldgier und so weiter - eine scheußliche Schrift. Aber bezogen auf den Zins war sich Luther völlig klar: Mit der Bibel ist die Ausbeutung der Armen zugunsten der Reichen nicht zu machen. (...)

Zu Gunsten Luthers kann man noch sagen: Er hat in Bezug auf Juden und Zins den offenbaren Schein als das Sein der Sache genommen. Aber warum haben mehrere hundert Jahre Wirtschaftswissenschaft keine Klärung gebracht und die Juden von dem ungerechtfertigten Makel befreit? Der einzige Ökonom aus der Vorhitlerzeit, der die Juden entlastete und die Vorwürfe und Unterstellungen ihnen gegenüber als große Ungerechtigkeit bezeichnete, war Silvio Gesell. Als Dank dafür wurde dann er und jene, die auf seine Erkenntnisse aufmerksam machen woll-

schied zu heute zu verstehen. Beispiel: Victor de Kowa in „Katechismus des gesunden Menschenverstandes“, 1949, S. 13: „Mein Bruder gab eine Annonce in die Zeitung: 'Junger Mann aus gutem Hause mit höherer Schulbildung arbeitswillig, sucht Stellung.' Auf die Annonce hatte sich niemand gemeldet. Tags später gab mein Bruder noch eine Annonce auf: 'Junger Mann, gesund und kräftig, mit Pflicht- und Ehrgefühl, zu jeder Arbeit bereit, such sofort Stellung.'“ Ich verdiente noch nicht genug, unser Vater war Opfer des Krieges geworden, meine Mutter kränkelte, und da schoß mein Bruder seinem jungen Leben eine Kugel in den Mund. Mein Bruder war der erste Tote, den ich erlebte. Die Tränen meiner Mutter und sein zeretztes Gesicht haben mich furchtbar erschüttert.“ ...

²⁷ Ich habe in meiner Arbeit „Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus“ ausführliche Auszüge von Ziemer aufgenommen. Siehe www.tristan-abromeit.de.

ten, in unseren Tagen von den „Antifaschisten“ als faschistoid etc. bezeichnet. Und vielen Grünen war es recht, wurden sie doch auf diese Weise die Ur-Gründergruppe als ideenmäßige Konkurrenten los. Das heißt, über zwanzig Jahre wurde der Aufklärungsprozeß verzögert, die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahrzehnten und das Massensterben durch Armut in der Welt (ein andauernder Massenmord besonders perfider Art in der Nach-Hitler-Zeit²⁸) als Dauerzustand verfestigt. Ist das wirklich ein Grund für die Grünen zum Feiern?

Zurück nach Weimar. Die heutige Angst vor einer Deflation ist berechtigt. Schon die schwache Absenkung des Preisniveaus, der schwache Rückgang der Einzelpreise macht eine kaufmännische Kalkulation als Voraussetzung vernünftigen ökonomischen Handelns unmöglich.²⁹ Wenn man bedenkt, daß es heute (auch ökonomisch gebildeten) Leuten noch schwer fällt zu verstehen, daß das Geld seinen Wert durch seine Funktion und seine Mengenbegrenzung erhält und nicht durch einen inneren Wert oder eine Deckung (in Gold, Getreide oder ...) dann wäre es fast verzeihlich, daß die Währungspolitiker damals wieder einmal von den Golddeckungswahn befallen wurden.³⁰ Verstehen ist erlaubt, das Verzeihen nicht, denn es hat letztlich Millionen Menschen das Leben und den Deutschen insgesamt die Ehre gekostet. Und zu den Tätern durch Nichtverstehen, durch Nichtverstehenwollen gehören eben auch die Sozialdemokraten.

Gemessen an der jeweiligen Gesamtzahl hat es damals wenige Wirtschaftswissenschaftler und wenig politisch aktive Menschen gegeben, die gegen die Deflation ankämpften. Auf internationaler Ebene ist mir der schwedische Ökonom Prof. Gustav Cassel bekannt. Und auf deutscher Ebene war es Prof. Alber L. Hahn. Politisch wurde von mehreren freiwirtschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen gegen diesen Wahnsinn angekämpft, auch innerhalb der SPD, die mit einer unfeinen Art und auf unsachliche Weise darauf reagierte. Mit anderen Worten: Die SPD hat sich mit Händen und Füßen gegen die besseren Einsichten gewährt.

Für mich ist klar, ohne Inflation und Deflation wäre Hitler vermeidbar gewesen. Die Demokraten konnten damals (wie heute) die Lösungsstrategie nicht aufnehmen, verstehen und

28 Perfide, niederträchtig deshalb, weil sowohl die Wirtschaftswissenschaft wie auch die Wirtschaftspolitik jegliche Verantwortung dafür ohne große Mühe von sich weisen kann.

29 Ich habe im Nachhinein noch ein Zitat von Gesell zum Thema Deflation gefunden und es am Ende im Anhang II gestellt.

30 Es wurden vom Staat verzinsliche Kredite aufgenommen zum Goldankauf. Das Gold wurde ohne Nutzen in die Tresore gelegt. Als dann aufgrund der Wirtschaftskrise in den Kreditgeberländern die Kredite gekündigt wurden, mußte das Gold wieder veräußert werden, um die Kredite tilgen zu können. Da das Gold nun reduziert war, fühlte man sich verpflichtet, auch den Notenumlauf zu verringern. Völlig überflüssig wurde Deutschland in die Deflationskrise gestürzt.

anwenden. Aber mit der Vermeidung der Inflation und Deflation hätten wir zwar auch Hitler vermeiden können, aber nicht den Krieg. Der Kapitalismus ist auf den Krieg zur Aufrechterhaltung seiner Wirkungsweise angewiesen. Ohne periodische Zerstörung läßt sich auf die Dauer keine Rendite (Zins) zu Lasten des Arbeitseinkommens erzwingen. Der Wirkungsmechanismus ist einfach: Nach dem Zusammenbruch einer Volkswirtschaft ist die Nachfrage nach Krediten für Realinvestitionen groß. Der Zins entsprechend hoch. Mit der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft, die man als altern oder reifen bezeichnen kann, findet eine zunehmende Realkapitalbildung statt. Die Folge ist, daß mit der sinkenden Nachfrage nach Krediten und der sich erhöhender Sparrate der Zins sinkt. Es kommt der Punkt, an dem der Liquiditätsvorteil des Geldes höher eingeschätzt wird als die magere Rendite. Das Geld, das ja Einkommen aus vorheriger Wertschöpfung ist, gerät in die Liquiditätsfalle (Keynes), versickert in die Horte (Gesell). Die Folge: Die in Geld ausgedrückte Nachfrage fällt zum Teil aus. Die Märkte werden nicht mehr geräumt. Das ist ein Signal für die Produktionsdrosselung, die eine Unterbeschäftigung, die Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Die Zerstörung von Realkapital - am besten durch Rüstung und Krieg - schafft dann wieder die Voraussetzungen für eine als ausreichend angesehene Rendite.

In der Überwindung dieses marktwirtschaftlichen Systemfehlers <Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus> wollte Keynes Gesell aus mir nicht bekannten Gründen nicht folgen.³¹ Aber weil die SPD Keynes blind folgte und ihr Gesell immer noch nicht aus Befangenheit zugänglich war, scheiterte sie erneut, diesmal mit der Keynesschen Konzeption.

Die Situation vor dem zweiten Weltkrieg will ich mit nachfolgenden Zitaten aus *John Maynard Keynes Revolutionär des Kapitalismus* von Robert Lekachman, 1966 verdeutlichen:

Eine > reife Volkswirtschaft < wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. Genau das war die Lage der amerikanischen Wirtschaft. (S. 152)

Alvin H. Hansen zitierend: *>Das Hauptproblem in unserer Zeit, und vor allem in den Vereinigten Staaten, ist die Frage der Vollbeschäftigung < Gegenwärtig lebten wir in einer Zeit, die durch nur schwache Erholungspausen und verlängerte Phasen der Depression gekennzeichnet sei: >Das sind die Hauptfaktoren der säkularen Stagnation - kümmerliche Erholungspausen, die bereits in ihrem Anfangsstadium verkümmern, sowie Depressionen, die aus sich selbst neue Kraft schöpfen und einen scheinbar unvermeidbaren Kern an Arbeitslosigkeit zurücklassen. < (S. 156)*

Die Vereinigten Staaten befanden sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. Einerseits >

31 Es bieten sich an: a) Keynes wollte die politischen Widerstände vermeiden, die bei Gesells Ansatz sichtbar wurden. b) Keynes wurde von dem Ehrgeiz gepackt, einen eigenen Lösungsweg gefunden zu haben.

konnte die fortdauernde Arbeitslosigkeit großen Umfangs, deren Ursachen in unzureichenden Möglichkeiten für private Investitionen lagen, zu einer in allen Bereichen reglementierten Wirtschaft führen <. Das konnte jedoch > auch eintreten, wenn man einen indirekten Weg mit langsamer Entwicklung einschlug und ein weit ausgedehntes Programm staatlicher Ausgabenpolitik verwirklichte <. (S. 157)

Am Ende dieser betrüblichen Geschichte von stümperhaften politischen Entscheidungen und verpaßten Gelegenheiten drängt sich eine Frage auf: Was hielt Roosevelt davon ab, eine konsequente Politik staatlicher Ausgaben zu verfolgen, um so das Land von der Last der Arbeitslosigkeit zu befreien, die es bis Pearl Harbor tragen mußte? (S. 160)

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941—1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld. (S. 177)

Mit dem Tag des Sieges über Japan, dem 2. 9. 1945, endete der erste Krieg, der nach Keynesianischen Grundsätzen geführt wurde. Beweise für diese Behauptung sind im Überfluß vorhanden. (S. 203)

Ich halte es daher nicht für sachgerecht, Deutschland die Alleinschuld an den zweiten Weltkrieg zu geben. Die USA hatten durchaus ein Eigeninteresse an den Krieg, Churchill soll schon vor Hitler pläne für den Bombenkrieg gegen Deutschland ausgearbeitet haben und die Sowjetunion war mit ihrem Imperialismusgehebe eigener Prägung auch keine Friedenstaube. Und wenn wir heute über den Irakkrieg nachdenken, dann ist es wohl sinnvoll, daß Öl und auch die Terrorismusbekämpfung als Nebenursachen einzustufen. Die USA wollen nach meinem Dafürhalten durch ihren Militäreinsatz ihre ökonomischen Probleme überwinden und den Kapitalismus über die nächste Runde retten.

Zurück zum Holocaust-Denkmal. Wir haben Grund, weitere Denkmäler zu bauen.

Als nächstes sollten wir ein Denkmal für die vertriebenen, geschundenen, gedemütigten und ermordeten Palästinenser (die aber auch keine Engel waren bzw. sind) errichten. Ohne die mörderische Judenpolitik der Nationalsozialisten wäre der Staat Israel nicht entstanden. Ich habe gelesen, daß bei Überprüfung durch die Nazis festgestellt wurde, daß am Anfang die

jüdischen Siedler in Palästina, die einen israelischen Staat gründen wollten, den Druck auf die Juden in Deutschland als der eigenen Zielsetzung förderlich eingestuft haben. Und ohne eine problematische Wiedergutmachungspolitik der BRD hätte der Israelische Staat auch nicht seine nationalistische „Volk-ohne-Raum-Politik durchziehen können. Verzeichnet könnte da auch werden, daß die deutsche Nachkriegspolitik jene Israelis feige in Stich gelassen hat, die eine Aussöhnung oder gar eine Föderation mit den Palästinensern eingehen wollten.

Ein weiteres Denkmal sollten wir Deutsche zusammen mit maßgebenden westlichen Staaten den Opfern der russischen Revolutionen und der sowjetischen Folgepolitik errichten, weil wir sie durch unsere Art der Politikberatung nach dem Zerfall des Sowjetimperiums - die so tat und tut, als sei das ganze revolutionäre Geschehen und die totalitäre Entwicklung ein Versehen der Geschichte und nicht ursprünglich im Kapitalismus begründet - die Opfer noch einmal ermordet und ihren Tod, ihr Leid jeglichen Sinn genommen hat.

Aber auch den verblichenen Deutschen, die von den Weimarer Demokraten den Nationalsozialisten in die Arme und in Folge in die Mörderrolle, in die Schande und auch in die Opferrolle getrieben wurden, sollte ein Denkmal gebaut werden. Hier darf dann auch vermerkt werden, daß die Kriegsgegner Deutschlands genauso wie die Deutschen als Mörder aufgetreten sind und Unrecht in großem Umfang begangen haben, und daß es nicht angebracht ist, dieses alles mit Hinweis auf Hitler als selbstverschuldet zu bezeichnen. Als heutige Demokraten und Vertreter der Menschenrechte können wir keinen Deutschen, die damals mündig waren, aus der Mitverantwortung für das Geschehen im zweiten Weltkrieg entlassen. Aber realistischer Weise müssen wir auch fragen, hatte der einzelne deutsche Bauer, Handwerker, Kaufmann, Lehrer etc. wirklich mehr Einfluß auf die Politik als jene aus Rußland, Polen, Holland oder Frankreich? Waren sie wirklich aggressiver und menschenfeindlicher? Und dann sollten die heute politisch aktiven Generationen nicht vergessen, vor ihrer eigenen Tür zu kehren.

Es geht bei diesen Vorschlägen nicht um gegenseitiges Aufrechnen, sondern einfach um das Nebeneinanderstellen von erlittenem Leid, als Ansporn, daß wir neues Leid für die Menschen in der Gegenwart und Zukunft vermeiden. Es ist auch ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber allen Toten des grausigen Geschehens. Und wir sollten bedenken, daß es nur einen neuen Antisemitismus fördern kann, wenn diese Dinge nicht benannt werden dürfen, wenn das durchaus unterschiedliche Verständnis der geschichtlichen Abläufe nicht zum Ausdruck gebracht werden darf. Und als Warnung füge ich hinzu: Es ist direkt ein Förderprogramm für den Antisemitismus

mus, wenn der Holocaust als eine für deutsche Juden und Israelis politisch und ökonomisch ausbeutbare Grube erhalten werden soll.

Es wird zu recht gesagt, wir dürfen das Versagen und die Schuld der Altvorderen nicht vergessen. Aber wieviel Schuldgefühle können wir mit durch den Alltag schleppen ohne Handlungsunfähig zu werden. Es wird immer beteuert es gebe keine Kollektivschuld der Deutschen, aber immer werden wir als Kollektiv angesprochen, wenn es um diesen Komplex geht. Am 7. Dezember 1949 sagte der erste Bundespräsident der BRD, Theodor Heuss, auf eine Versammlung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit:

Lassen Sie mich ein persönliches Wort zu dem jüdisch-deutschen und jüdisch-christlichen Problem aus meinen eigenen Erfahrungen heraus sprechen. Wenn ich an die vier oder fünf nächsten Freunde in meinem Leben denke, die mich begleitet und mein Leben mit aufgebaut haben, so waren zwei oder drei davon Juden. War ich mit ihnen befreundet, weil sie oder trotzdem sie Juden waren? Ich war mit ihnen befreundet, weil der Funke der menschlichen Liebe zwischen uns sprang. Es hat auch Juden gegeben, denen ich in einem schlichten Bogen ausgewichen bin; aber nicht, weil sie Juden waren, sondern weil sie mir nicht lagen. Ich weiche auch heute noch manchen Leuten aus, die - sagen wir es in diesem Falle - „Arier“ sind. . . .

Warum sage ich das? Ich sage es deshalb, weil wir, auch wenn wir vor einem allgemeinen Problem stehen, dies begreifen müssen: daß wir aus den globalen Wertungen des Menschen herauskommen müssen. Wir dürfen nicht immer sagen: Er ist ein Franzose - also; er ist ein Engländer - also; er ist ein Deutscher - also; er ist ein Jude - also. Nein so geht es nicht. Wir müssen im Verhältnis Mensch zu Mensch eine freie Bewertung des Menschentums zurückgewinnen. ... (Die Juden und wir, 1957, S. 78)

Wer sich intensiv mit den Grausamkeiten der Menschen an allen Orten des Globusses im Laufe der Geschichte befaßt, muß eine robuste Gesundheit haben, wenn er dabei nicht in einer psychiatrischen Anstalt landen will. Ein Mindestmaß an Vergessen ist die Voraussetzung für unsere aktuelle Handlungsfähigkeit. Und das Gedenken an politisches Versagen ist keinesfalls eine Garantie dafür, das künftige Versagen unterbleibt. Wichtiger ist, die Wirkungsmechanismen zu erkennen, die zu Mord und Totschlag führen. Wir heutigen politisch handelnden Menschen könnten uns wirklich auf die Schulter klopfen, wenn es uns gelänge, die Straße der Grausamkeiten auch nur etwas zu verkürzen. Bis heute ist der Nachweis nicht möglich. Aber mit dem Ausrichten unseres Denkens an Tabus werden wir sie nur verlängern.

6. Agenda 2010 - eine Notoperation ohne Aussicht auf Heilung



Das Verständnis für die Verteidiger des Status quo

Zu dem Thema soziales Sicherungsnetz kommen z.Zt. über die Massenmedien und auch über Partei-Kanäle viele Darlegungen, Erläuterungen, Stellungnahmen und Protestschreiben ins Haus. Für diese Beschreibung meiner eigenen Position habe ich besonders den „Leitantrag des SPD-Vorstandes zum Sonderparteitag am 1. Juni 2003 in Berlin“ mit dem Titel „Mut zur Veränderung“ angeschaut und die „Wörlitzer Erklärung 2003 - Reform für die Zukunft - für eine nachhaltige und gerechte Politik der Erneuerung“ angeschaut. Ich werde ein paar Punkte aus diesen Papieren zitieren und kommentieren. Bevor ich daran erinnere, daß das soziale Sicherungssystem ja noch andere Probleme als finanzielle in sich birgt und in Bezug auf meine Bewertung des Systems Tacheles rede, möchte ich mein Verständnis für jene ausdrücken, die aus Erfahrung der eigenen Armut oder Unterprivilegierung oder aus Sorge und Empathie für die Schwachen in unserer Gesellschaft möglichst an dem alten System festhalten möchten. Verständnis habe ich auch für jene, die die Veränderungen vermeiden möchten, weil sie sich mit einer Mischung aus regulärem Erwerbseinkommen oder aus Schwarzarbeit und „Stütze“ eine bescheidene, manchmal behagliche, Existenz eingerichtet haben.³² Auch muß es die Menschen verunsichern, wenn sie erleben, daß von heute auf morgen als untauglich und unhaltbar bezeichnet wird das was in den politischen Botschaften immer als gut und unbegrenzt haltbar bezeichnet worden ist. Es ist unter diesem Gesichtspunkt richtig, wenn die Menschen vom Verrat sprechen. Das dieser Verrat ein Diktat der Fakten ist, kann nicht so schnell nachvollzogen werden. Dieses Verat-Diktat wäre vermeidbar gewesen, wenn Politik das seit Jahrzehnten abgelaufene Verfallsdatum des sozialen Netzes beachtet hätte. Manchmal hat man den Eindruck, daß Parlamente Institutionen sind, die ständig beweisen müssen, daß sie nichts Vernünftiges zu stande bringen.

Vom Sozialfaschismus

Die Zwangskollektive des „sozialen“ Netzes werden gerne euphemistisch als Solidargemeinschaft umschrieben. Man kann davon ausgehen, daß dort wo die Politik beschönigende Umschreibungen verwendet, etwas faul ist. Vergessen wird, daß das ganze System unter Bismarck einmal als Droge eingeführt worden ist, um die Arbeitnehmerschaft ruhig zu stellen und sie von ihrem Begehren des gerechten Anteils am Produktionsertrag abzubringen.

Das ganze System ist eine teilweise Enteignung von Arbeitseinkommen und eine Zwangs-

32 Wer die Schwarzarbeit moralisch verurteilen und kritisieren will muß sich die Politik als Adressaten und nicht die Schwarzarbeiter aussuchen. Wer jene Menschen Schmarotzer nennen will, die am Rande der Legalität das soziale Netz nutzten, muß auch alle Unternehmer Schmarotzer nennen, die es sich innerhalb des staatlichen Subventionsnetzes bequem gemacht haben.

verwaltung eines wesentlichen Teils der Arbeitnehmerökonomie. Viele „Führer“ haben in dem System (hierarchisch abgestuft und innerhalb von Sprachregelungen) etwas zu sagen, nur die Betroffenen nicht.³³ Und einen Satz, in dem verdammt eine geistige Verwandtschaft mit der Naziformel „Du bist nichts! Dein Volk ist alles!“ anklang, habe ich in den Stellungnahmen auch schon gelesen. Ich finde ihn nur nicht mehr, um ihn genau zu zitieren. Das ganze System kann man mit einiger Berechtigung als Sozialfaschismus bezeichnen. Ich sage das nicht mit Blick auf den Nationalsozialismus - obwohl schon merkwürdig ist, daß sich viele unserer gesellschaftlichen Regelungen nicht groß von denen aus der Nazizeit unterscheiden -. Ich verwende den Begriff auch nicht als Leerformel für eine mißliebige politische Position, dann schon eher für das Böse schlecht hin³⁴. Ich verwende Faschismus hier eher im Sinne des italienischen Ursprungs - abgeleitet von dem Rutenbündel. Der Faschismus ist ja entstanden als nationale und sozialrevolutionäre Bewegung mit totalitären Zielen. Das Rutenbündel gab es auch als Gleichnis im Lesebuch meiner Schulzeit. Einzelnen kann man die Stäbe leicht brechen, als Bündel überhaupt nicht. Dahinter steht der Gedanke von der Einigkeit, die stark macht. Es ist aber grundsätzlich ein qualitativer Unterschied, ob sich Menschen freiwillig zusammenschließen um sich gegenseitig zu schützen oder ob sie mit einer Kette aus Paragraphen oder einer totalitären Ideologie zusammengeschiedet werden. Wenn unser soziales Sicherungssystem Sozialfaschismus genannt werden kann, dann sind unsere Sozialpolitiker - aller Parteien - Sozialfaschisten. Dies werden sie mit einiger Empörung zurückweisen, weil das gegen ihre gefühlsmäßige Selbsteinschätzung spricht. Wir können aber das Totalitäre nicht nur in der Vergangenheit und in anderen Regionen dieser Welt suchen und verfluchen, sondern wir müssen immer wieder überprüfen, in wie weit wir hier und heute vom Totalitarismus befallen sind.

Der Begriff Sozialfaschismus ist hier ein Stolperstein für die übermüdeten sozialpolitischen Wanderer im unübersichtlichen Gelände, damit sie wieder wach werden und nicht schlaftrunken den Abhang hinabstürzen.

Agenda 2010 und Leitantrag des SPD-Vorstandes ohne Vision

Wenn der Antrag insgesamt auch erträglich ist und wohl mit kleinen Änderung auf dem Parteitag wohl eine Zustimmung finden wird,³⁵ so sollte die Überschrift „Mut zur Veränderung“ doch wahrheitsgemäßer in „Kleinmütige Veränderungen“ umgeschrieben werden. „Nach Ansicht des designierten niedersächsischen SPD-Landesvorsitzenden Wolfgang Jüttner fehlt der Sozialdemokratie auch nach der Regierungserklärung Gerhard Schröders eine 'Vision, wo sie über-

33 Die Sozialwahlen haben doch nur eine Alibifunktion.

34 Irrationalismus / Nihilismus zum ideologischen Kontext nationalsozialistischer Pädagogik, Detlev Piecha

35 Nachtrag: 90% Zustimmung meldeten die Medien

haupt hinwill - es fehlt ganz einfach etwas Sinnstiftendes.' ... 'Viele der Einzelschlüsse zur Sanierung der Sozialsysteme mögen für sich genommen akzeptabel sein, aber es fehlt unseren Stammwählern ganz einfach das Gefühl, daß die Lasten auf viele Schultern gleichmäßig verteilt werden.' ...“ (HAZ 8. 4. 03) In der Tat fehlt der Agenda 2010 - soweit ich sie über den Leittrag und den Medienberichten zur Kenntnis nehmen konnte nicht nur die Vision, sondern auch eine Perspektive auf einen Ertrag für diejenigen, die opfern sollen. Aber wenn man von den einschmeichelnden Schnörkel absieht, liest sich der Text wie die Notanweisung eines Verwaltungsdirektors, der weniger Mittel zugewiesen bekommt, als er braucht. Ich habe beim Lesen gedacht: Der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende hätte bessere Berater verdient. Ich hatte bei diesen Gedanken aber übersehen, daß die Berater ja ein Teil des Problems sind. Eine realisierbare Vision könnte wie folgt lauten:

Die mögliche Vision

„Genossinnen und Genossen! Wir wirken darauf hin, daß ihr aus dem Zwangssystem - wie es das soziale Netz in der jetzigen Form ist - entlassen werdet und Eure völlige Autonomie über Euere eigene Ökonomie erhaltet. Wir werden zwar alle Subventionen streichen, dafür aber die Steuerlast, die auf Euch ruht, drastisch senken, so daß Ihr in der Summe mehr erhaltet als Euch genommen wird. Weiter soll Euer Lohnanteil, der heute „Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen“ heißt, an Euch ausgezahlt werden: 1. damit die Arbeitgeber nicht mehr ihn die Angelegenheiten der Arbeitnehmer rein reden können (und nebenbei von gesetzlich verordneter Verwaltungsarbeit entlastet werden) und 2. damit ihr dieses Geld für ein selbst geknüpftes und selbst verantwortetes soziales Netz ausgeben könnt. Die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft werden wir der Art gestalten, daß nur der arbeitslos ist, der arbeitslos sein will und was noch wesentlicher ist: Eurer Arbeitseinkommen wird nach Behebung der Systemfehler so steigen, daß das Kapitaleinkommen nur noch eine Restgröße bleibt. Die Betriebe werden zu wesentlichen Teilen ganz ohne Revolution in wenigen Jahrzehnten in Euer Eigentum übergehen. Die Arbeitszeit kann - da die Kosten der Krisen und Unterbeschäftigung wegfallen - auf ein Viertel des heutigen Umfanges gesenkt werden. Ihr werdet also finanziell, zeitlich und kräftemäßig in die Lage versetzt, Euren Entwicklungsanteil an der Kultur, der Demokratie und dem Feld der Nächstenliebe (Solidarität) zu leisten. Den Gewerkschaften werden wir helfen, zu einem neuen Selbstverständnis zu kommen, damit sie Euch ein Paket von Dienstleistungen (in Konkurrenz mit anders motivierten und organisierten Unternehmen) anbieten können, und zwar von der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsplatzvermittlung, der Arbeits- und Berufsberatung bis hin zu Berufsausbildungsgängen. Da die Ökonomie dann so gestaltet sein wird,

daß der Staat nicht mehr partiell eingreifen muß, wird sich die Tätigkeit des Wirtschaftsministers auf die Verwaltung des Bundesvermögens reduzieren. Wir würden damit Karl Kautsky (1854 - 1938), Mitarbeiter Engels und Mitverfasser des Erfurter Programms der SPD von 1891 bestätigen, der einst schrieb:

Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, ein Geschlecht, eine Partei, eine Rasse. Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns nur deshalb zum Ziele, weil sie uns bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen.

Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen ist, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles!³⁶

Man könnte uns dann immer noch nachsagen, daß wir vielen ökonomischen Irrtümern aufgesessen seien, aber nicht, daß wir unser sozialistisches Ziel, 'den vollen Arbeitsertrag und die Befreiung der Menschen von ökonomischer Drangsal' aus den Augen verloren hätten.“

Nicht nur ein Politiker der SPD kann heute diese Vision nicht mit Überzeugung aussprechen, sondern alle PolitikerInnen von allen Parteien. Das liegt nicht daran, daß die Vision Unmögliches verkündet, und die Mandatsträger und Amtsinhaber unwillig wären, sondern daran, daß die Politik das Wissen, das dazu gehört, nicht an sich heran lassen kann oder will. Meine Formulierung einer möglichen Vision liegen aber durchaus innerhalb der Denkbahnen von Ludwig Erhard,³⁷ die er in der Frühzeit der Republik auch noch als Wirtschaftsminister hegte.³⁸

36 Das Zitat habe ich hier entnommen dem Leserbrief / der Stellungnahme Über das Trauma der Sozialdemokratie geschrieben 1958 von Werner Zimmermann (Schweiz) in Japan für „Das Gespräch aus der Ferne“ und veröffentlicht in der Zeitschrift „telos“.

37 Erhard, Ludwig, Politiker (CDU), *Fürth 4.2. 1897, †Bonn 5.5. 1977; war 1928-42 am Institut für Industrieforschung in Nürnberg tätig, befasste sich gegen Ende des Zweiten Weltkrieges mit Fragen der Wirtschafts- und Finanzentwicklung Deutschlands nach dem Kriege. Nach dem deutschen Zusammenbruch war er 1945-46 bayerischer Wirtschaftsminister, 1948-49 Direktor der Wirtschaftsverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, erklärte am Tag der Währungsreform (20.6. 1948) gegen den Widerstand der Besatzungsmächte das Ende der Zwangswirtschaft. 1949-76 war er MdB, 1949-63 Bundeswirtschaftsminister, 1957-63 zugleich Vizekanzler. Er setzte das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft durch, wobei er sich besonders gegen Wettbewerbsbeschränkungen durch Kartelle und Monopole wandte. Der von ihm geleitete Aufschwung begründete seinen Ruf als »Vater des Wirtschaftswunders«. Von Oktober 1963 bis Oktober 1966 führte er als Bundeskanzler eine Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, vom Oktober bis zum 1.12. 1966 eine CDU/CSU-Minderheitsregierung. Seine Kanzlerschaft scheiterte an den Spannungen innerhalb der Koalition sowie an der Kritik innerhalb der Unionsparteien an seinem Führungsstil. 1966-67 war Erhard auch Vorsitzender der CDU, danach ihr Ehrenvorsitzender. Er schrieb: »Wohlstand für alle« (1957); »Deutsche Wirtschaftspolitik« (1962). (c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

38 Wie ich den Komplex Soziales Netz in den programmatischen Beitrag für die Gründungsgruppe „Dritter Weg NWO“ formuliert habe, ist im Anhang III nachzulesen.

Soziale Marktwirtschaft

Die SPD, die Grünen und die anderen Parteien reden in ihren Zielbeschreibungen gerne von Sozialer Marktwirtschaft. Abgesehen davon, daß unsere heutige Ökonomie wenig sozial und nur rudimentär marktwirtschaftlich ist, wurde in der Zeit der Schöpfung und Formung der Idee von der *Sozialen Marktwirtschaft* der Begriff eben nicht als die Addition von Kapitalismus und Sozialpolitik verstanden, sondern er enthielt eine Vorstellung von einer Wirtschaft, die krisenfrei, frei von Monopolen und Kartellen (auch auf Arbeitnehmerseite) sein sollte und die mit einer leistungsgerechten Einkommensverteilung bei Verzicht (und Gegnerschaft) von Zwangskollektiven ausgestattet sein sollte. Das Attribut „Soziale“ wurde nicht im Sinne von staatlicher Wohltätigkeit verstanden, sondern als die Verpflichtung, die gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen so zu gestalten, daß sich alle selber helfen können, die dazu geistig und körperlich in der Lage sind. In diesem Prozeß der individuellen oder freiwillig-kollektiven Anstrengung um Selbstversorgung, sollten die Menschen weder durch das Kapital noch durch den Staat bestohlen und behindert werden. Die Mitversorgung von Menschen, die keine Leistung im ökonomischen Sinn erbringen konnten, wurde als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Die Bewertung der individuellen Fähigkeiten und Leistungen sollte nicht mittels staatlicher Atteste und Berechtigungen vorgenommen werden, sondern unmittelbar durch die Mitglieder der Gesellschaft über die Nachfrage.

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)

Wer für sich zentrale Begriffe der Politik reklamiert, sollte sich auch um seine Entstehungs- und Wirkungsgeschichte kümmern. Daß dies erforderlich ist, um Konfusionen zu vermeiden, habe ich hoffentlich im vorigen Abschnitt nachgewiesen. Die Schöpfung des Begriffs wird Alfred Müller-Armack zugeschrieben.³⁹ Die Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ist aber eine freiwirtschaftliche. Und bis zum Tode ihres Initiators Otto Lautenbach fand dort eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Vertretern der Freiburger Schule (Ordoliberalen) statt. Wie in anderen zur NS-Diktatur in Opposition stehenden Gruppen wurde von freiwirtschaftlich orientierten Menschen schon in der Kriegszeit für die Zeit danach gearbeitet. So konnten sie, gemessen an ihrer geringen Zahl, durch ihre Informationsaktionen und ihre Tagungen große Aufmerksamkeit erzielen. Sie erhielten viel Zustimmung auch aus den dama-

39 Müller-Armack, Alfred, Volkswirtschaftler und Soziologe, *Essen 28.6. 1901, †Köln 16.3. 1978; seit 1940 Professor in Münster, seit 1950 in Köln, 1952-63 im Bundeswirtschaftsministerium bei L. Erhard tätig, seit 1958 als Staatssekretär; Vertreter der Freiburger Schule, prägte den Begriff soziale Marktwirtschaft und lieferte dafür theoretische Grundlagen, u.ä. in »Studien zur sozialen Marktwirtschaft« (1960); »Genealogie der sozialen Marktwirtschaft« (1974). (c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

ligen staatlichen Institutionen, leider häufig mit dem resignierenden Hinweis, daß die Vorgaben der Siegermächte sie an einer Realisierung der wünschenswerten Ziele hindern würde. Die ersten Tagungsprotokolle tragen die Tittel: „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ und „Das Programm der Freiheit“.

Es hat in dieser Zeit innerhalb der ASM eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirten gegeben. Wenn man alte Quellen studiert, stellt man fest, daß die Übereinstimmung zwischen Erhard und den Freiwirten sehr groß gewesen sein muß. In einer SPIEGEL-Titelgeschichte über Erhard aus den fünfziger Jahren heißt es, daß man von seinen freiwirtschaftlichen Ideen nichts wissen wollte. Dieses Modell, daß die Freiheit mit der Sozialen Gerechtigkeit vereinigen sollte, ist nie richtig realisiert worden, weil das Modell durch die CDU, die mit einer antikapitalistischen Haltung gestartet war und in der sich dann die restaurativen Kräfte durchgesetzt hatten, nicht verstanden, aber sabotiert wurde.⁴⁰ Als Erhard seine Maßhalteappelle hielt, war er und sein Modell schon gescheitert. Alles was danach kam, ist mit dem Begriff *Soziale Marktwirtschaft* falsch etikettiert. Für Erhard war nach eigenen Angaben von Anfang an die Gefährdung seiner Ziele, die Realisierung des Modells SM, von rechts stärker gefährdet als von links. Seine Beurteilung der politischen Bedrohung habe ich gelesen und aus seinem eigenen Mund gehört. Ich kenne aber nicht die Begründung. Es könnte sein, daß er die Linken für ökonomische Schwachköpfe hielt, die sich beruhigen würden, wenn man ihnen etwas zum Beißen zwischen die Zähne schieben würde. Die Rechten dagegen besaßen die Raffinesse, die Marktwirtschaft mit dem Kapitalismus gleichzusetzen und somit die guten Argumente für die Marktwirtschaft für die Verteidigung des Kapitalismus einzusetzen.

Sozialdarwinismus, Neo-Liberalismus und Globalisierung

Mir scheint, jede Generation der politisch aktiven Menschen produziert Begriffe, hinter denen

40 Nach dem Tod Otto Lautenbachs änderte sich der Kurs der ASM, die Freiwirte resignierten oder wurden raus gedrängt. Die freiwirtschaftliche Geschichte ist überhaupt eine der Niederlagen. Gesell hat versucht, Lenin auf dem Weg nach Rußland eine Konzeption einer friedlichen Revolution zu vermitteln. Das war sachlich gesehen ein unmöglicher Versuch, denn wer auf dem Weg der Revolution ist, kann unterwegs nicht seine Theorie und Strategie austauschen. Aber im Rückblick auf die russische Revolution mit den zig-millionen Toten und geringen Erfolgen in Bezug auf die Zielsetzung müßten wir heute den Vorwurf erheben, warum hat er es nicht versucht, seine Erkenntnisse in die Köpfe der Revolutionäre zu transportieren. Von dem vergeblichen Versuch das Wissen von der neuen Ökonomie den Sozialdemokraten, der Hauptzielgruppe freiwirtschaftlicher Werbung, verfügbar zu machen, habe ich schon berichtet. Die NS-Bewegung spaltete dann Freiwirte wie die meisten Reformbewegung. Ein Teil sah klar den Widerspruch zwischen ihren Zielen und denen der NSDAP, ließ sich dafür verprügeln oder landete im Konzentrationslager, andere sagten sich, wo sich politisch etwas bewegt, läßt sich die Bewegung beeinflussen. Auch sie machten eine Bruchlandung. Die Schilderung der Bruchlandung der Freiwirte (wo es natürlich auch immer Frauen gab, aber nicht im Verhältnis 50 : 50) hat ja diese Fußnote initiiert. Die letzte Bruchlandung von Freiwirten war die Gründung der grünen Partei. Und trotzdem ist es sinnvoll und notwendig, diese Erkenntnisse und Gestaltungsideen weiter zu tragen, weil bisher auf dem Markt der Möglichkeiten keine besseren Lösungskonzepte angeboten werden.

sie ihr eigenes Versagen oder ihre zweifelhaften Absichten verstecken kann. Die Begriffe werden mit unklaren Konturen gebraucht, damit jeder alles -Verlockendes oder Bedrohendes ganz nach Zielsetzung der Argumentation - darunter verstehen kann. Nach den Schöpfern der Begriffe und den Anlässen ihrer Begriffsschöpfungen wird selten gefragt. Es würde die Möglichkeiten der Verwendung dieser Begriffe als Streitaxt oder als Schleier auch verringern. Der Begriff Sozialdarwinismus gehört hier auch erwähnt, weil er zu anderen Zeiten ebenso als Kampfbegriff verwendet wurde und in seiner Unklarheit mit Neo-Liberalismus ausgetauscht werden kann und jederzeit reaktivierbar ist.

Ich habe erst neulich beim Blättern in Unterlagen die Weisheit eines der alten chinesischen Weisen gelesen. Ich weiß nicht mehr, ob es Laotse oder Konfuzius war. Die übermittelte Weisheit war jedenfalls sinngemäß, das eine Problemlösung mit der Klärung der Begriffe zu beginnen habe. Dies scheint mir auch für unsere Lage und besonders für die rot-grüne Koalition angebracht zu sein. Ihr kann nämlich passieren, daß sie mit der Verneinung des Neoliberalismus ihr Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft aufhebt. Ich sah mich also genötigt etwas genauer hinzuschauen. Die beiden Anhänge zum Thema Neoliberalismus und Sozialdarwinismus sind im wesentlichen das Ergebnis dieser Bemühung.



Exkurs Nr. II:

Soweit war ich mit meinen Überlegungen gekommen und sah schon das Ende dieser Arbeit. Es macht ja auch nicht unbedingt Vergnügen, an einer Arbeit zu sitzen, die man für notwendig hält, aber gleichzeitig Arbeiten nicht zu erledigen, die von einem erwartet werden. Nun würde die Familie sich ja freuen, wenn ich einen Kuchen backen würde. Das erwartet man aber nicht unbedingt. Erwartet wird, daß ich die Fenster putze, daß Fahrrad meiner Frau überhole, das Haus mit einem neuen Anstrich versehe, die Wäsche wasche, ohne Murren morgens um sechs das Schulbrot für die Kinder schmiere, auch wenn ich erst nach Mitternacht ins Bett gekommen bin usw. . Diese Arbeit, für die es keinen Auftrag und keinen Lohn gibt, entsteht also nicht in einem wohl temperierten Büro mit hilfreichen Geistern, die Zuarbeit leisten, sondern mitten in einem Haushaltsalltag. Ich erlebe die Umkehrung der Männer-Frauen-Rollen und die ist auch nicht erstrebenswert.

Exkurs Nr. III:

Bevor ich auf das Thema Gewerkschaften eingehe, möchte zwei Eindrücke wiedergeben, die sich durch die Tagesschau bei mir einprägten. Der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende

Gerhard Schröder drückt seine Agenda 2010 im Parteipräsidium durch und kann die Vollzugsmeldung „Die erwartete Geschlossenheit der Partei steht.“ (sinngemäß) melden. Das heißt, die MdB der SPD-Fraktion stimmen - außer ein paar Abweichlern - mit Ja. Konkret bedeutet das aber die Umkehrung der Aufgaben der Verfassungsaufträge von Regierung und Parlament. Die Exekutive beschließt und die Legislative exekutiert (im Sinne von Beschaffung der Legalität). Der Vorgang ist wieder ein Glied in der Kette der Fehlleistungen unserer politischen Klasse. Eine Frage, die sich mir in dem Themenzusammenhang stellt. Ein MdB der SPD-Fraktion und Abweichler - wenn ich mir den Namen richtig gemerkt habe -, es war Ottmar Schreiner, sagte sinngemäß, er habe bisher erst (in 23 Jahren ?) drei mal die Gewissensentscheidung für sich in Anspruch genommen, das sei ja wohl nicht inflationär. Positiv ausgedrückt kann das heißen. Seine Abstimmungen wären - bis auf die Ausnahmen - immer im Einklang mit seinen Überzeugungen und den Vorgaben aus der Fraktion gewesen. Negativ ausgedrückt heißt das, daß er das Gebot des GG, seine Stimme unabhängig abzugeben, bis auf dreimal mißachtet hat. Wenn nun ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender - es war glaub' ich Gernot Erler - daherkommt und sagt: Die Fragen um die Agenda 2010 seien doch keine Gewissensfrage, und Druck auf die Abweichler macht, wie der Kanzler und der Fraktionsvorsitzende Müntefering, dann ist das ein Versuch, den Art. 38 (1) auszuhebeln, also eine verfassungsfeindliche Aktion. Da kann man nur sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun.



Die Verbeugung vor den Gewerkschaften

In dem mir vorliegenden Leit(d)antrag (ohne Änderungen vom 19. 5.) des SPD-Vorstandes „Mut zur Veränderung“ steht auf Seite 11 folgendes:

Starke Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften bleiben für die Stabilität unseres Landes unverzichtbar. Deshalb werden wir die Mitbestimmung, die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag erhalten. Sie haben sich in Deutschland als anpassungsfähig an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse erwiesen und als Garanten für wirtschaftliche und soziale Sicherheit bewährt. Es ist unabdingbar, dass - wie vielfach geschehen - in Tarifverträgen Optionen geschaffen werden, um dem Betriebspartner Spielräume zu bieten, Beschäftigung zu sichern.

Das ist eine politische, also - so muß man leider sagen - eine verlogene Aussage. Durch

Schmeichelei und das Versprechen einer Bestandsgarantie wird den Gewerkschaften gesagt:
„Macht Euch vom Acker, ihr stört beim Pflügen.“

Die Gewerkschaften sind dabei jenseits aller ideologischen Befangenheit, die man ihnen auch vorwerfen kann, in objektiver Schwierigkeit. Die Lohnnebenkosten, die Teil des Lohnes sind, sollen gesenkt werden. Das heißt aber konkret, die Löhne sollen zu Gunsten des Kapitaleinkommens gesenkt werden. Eine Gegenleistung soll es dafür nicht geben - nur das vage Versprechen „Schaffung von Arbeitsplätzen“. Die Fragen „Wo?“, „Wie?“ und „Mit welcher Qualität?“ werden schon fast als Vaterlandsverrat gebrandmarkt.

Markus Dettmer und Matthias Geyer bringen unter dem Titel „Kollege Klassenfeind“ im SPIEGEL 20 / 2003 eine gute Beschreibung der Schwierigkeiten der Gewerkschaften. Ihre Schlagzeile:

Die größte Gewerkschaft der freien Welt rebelliert gegen die Reform-Agenda. Dabei hat Ver.di-Chef Frank Bsriske ähnliche Probleme mit seiner Organisation wie der Kanzler mit Deutschland: Es muß umgebaut werden - zu Lasten derer, die ihn wählen.

Und im Text heißt es dann:

Und alles, wofür eine Gewerkschaft da ist, Solidarität, Gerechtigkeit, Mitbestimmung, wird unscharf, wenn das Geld knapp wird. So ist die kleine Welt der Gewerkschaften der Gesellschaft im Ganzen ähnlich geworden. Sie teilt sich in Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Arbeitgeber müssen Arbeitsplätze abbauen, und die Arbeitnehmer haben Angst, weil es vielleicht nicht anders geht als mit den Methoden, gegen die Frank Bsirskes Gewerkschaft über die Straßen Deutschlands zieht.

Die Autoren beschreiben dann die gewerkschaftlichen Schwierigkeiten an Hand von Personen, die in der Ver.di eine Rolle spielen und in den Zwischenüberschriften mit folgenden Sachnamen gekennzeichnet werden: *Der Protestler, Die Autorin, Der Verteidiger, Der Vertreter, Der Kopfrechner, Die Hinterbliebenen, Der Ordner, Der Bewahrer und Der Gefangene*. Der Gefangene ist Frank Bsirske. An dem Teilthema „Gefangener“ offenbart sich aber auch die Schwäche des guten Artikels. So wie Bsirske Gefangener der Gewerkschaft in ihrem Sosein ist, so ist auch Schröder Gefangener der Sozialdemokratie in ihrem Sosein. Schröders Problem ist, daß er einen Ausbruchsversuch wagt, zu dem seine Genossen nur murrend ja sagen und an dessen Erfolg Bsirske und die Gewerkschafter in der Mehrheit nicht glauben können. Die Frage, die nicht gestellt wird, lautet: Was hat die Gewerkschafter (die ideengeschichtliche Schwestern der Sozialdemokraten sind) zu Gefangenen gemacht und warum dauert ihre Gefangenschaft so lange? Es ist der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägte mar-

xistisch Lösungsansatz für erheblich vorhandene (und nicht eingebildete) sozialökonomische Probleme. Nun könnte man ja sagen, durch Versuch und Irrtum sind die Gewerkschaften belehrt worden, um von ihrem ursprünglichen Lösungsansatz abzuweichen und einen neuen zu entwickeln. Es ist ja in der Tat so, daß sich nur noch wenige Außenseiter (hier ohne abwertenden Unterton aufgeführt) zum Marxismus oder zur Zentralverwaltungswirtschaft bekennen. Nur, richtig angekommen in der Marktwirtschaft sind die Gewerkschaftler immer noch nicht. Sie haben auch die schmerzhaften Erfahrungen mit dem Ergänzungmodell, das sie Gemeinwirtschaft nannten, verdaut. Sie verstehen auch nicht, daß die Kartellisierung des Arbeitsmarktes genau so ein Angriff auf das marktwirtschaftliche System ist wie die Kartellisierung anderer Teil-Märkte. Und sie verstehen immer noch nicht, daß ihre auf die Idee von der Gegenmacht ausgerichteten Instrumente, zwar die Marktwirtschaft stören, aber dem Kapitalismus nichts anhaben können. Im Grunde können Gewerkschaften sowohl in der Voll- wie in der Unterbeschäftigung nur das durchsetzen, was der (kapitalistisch verfremdete) Markt sowieso hergibt. Ein Streik kann allenfalls etwas durchsetzen was zu Lasten anderer Arbeitnehmergruppen geht, aber nicht zu Lasten des Kapitals. Der Streik ist ökonomisch - mit Hinblick auf Arbeitnehmerinteressen - gesehen eine Dummheit, weil er wie eine Kapitalvernichtung wirkt, das Kapital also knapper macht und dadurch den Preis für die Überlassung von (Geld-)Kapital tendenziell zu Lasten des Arbeitseinkommens erhöht. Rechtlich gesehen ist der Streik (und die Aussperrung) nicht nur eine erpresserische Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (die beiden Seiten viel Geld kostet), sondern ein Eingriff in die Rechte unbeteiligter Dritter. Und es herrscht bei der Behandlung dieses Themas eine große intellektuelle Unredlichkeit vor - nur weil man analytisch mit dem Kapitalismusproblem nicht zu Rande kommt.

Im März 1970 habe ich auf Anregung von Willi Jürgens, Sprecher der DAG-Gruppe in der Norddeutschen Landesbank und Vorstandsmitglied der DAG Ortsgruppe Hannover einen Text verfaßt mit dem Titel:

*Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsforderungen
- Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit - durchzusetzen?*

Ich kam damals zu dem Schluß, daß diese Frage zu verneinen ist, und auch zu der Folgerung, daß der Flächentarifvertrag mehr Probleme als Nutzen stiftet. Meine Arbeit war damit in der Nord LB und der DAG Ortsgruppe Hannover unerwünscht. Den Text habe ich dann selber vervielfältigt und (wie immer im bescheidenen Rahmen meiner Möglichkeiten) verteilt. Den

Text selber kann man im Anhang von „Agenda Niedersachsen 2001“ nachlesen.⁴¹ Es gab aber nicht nur eine ablehnende Haltung gegenüber meiner Ausarbeitung, wie der nachfolgende BriefText der DAG Bundesberufsgruppe Banken und Sparkassen vom 22. Juni 1970 zeigt:

Sehr geehrter Kollege Abromeit!

Am 16. d.M. ging Ihre Ausarbeitung beim Vorsitzenden unserer Organisation, dem Kollegen Brandt, ein. Sie wurde mir zur weiteren Bearbeitung zugeschrieben.

Ich möchte mich bei Ihnen zunächst sehr bedanken für zweierlei. Erstens einmal habe ich eine solche gründliche (und auch umfangreiche) Ausarbeitung, mit der sehr viele Fragen neu aufgeworfen werden, seit etlichen Jahren nicht mehr gesehen. Deshalb möchte ich mich bei Ihnen bedanken für die Zeit und die Kraft, die Sie dafür auf gewendet haben - wie wenige tun das heute! Zum zweiten aber war es für mich eine Freude, festzustellen, daß Sie in positivem Sinne Kritik üben. Nicht nur einfach negieren und - wie das oft der Fall ist - mit gehässigem Unterton versuchen, Unlustgefühle abzureagieren.

Ihre Ausarbeitung verdiente eine mindestens so lange Erwiderung. Das ist mir leider im Augenblick nicht möglich. Unser kleiner Apparat ist zu stark angespannt. In vielem stimmen wir übrigens völlig überein. Und Sie haben auch sehr recht, wenn Sie feststellen, daß sich jede demokratische Institution selbst infrage stellen muß mit dem Ziel, einen richtigeren Kurs zu steuern. Um nun den "Fehde-Handschuh", den Sie geworfen haben, aufzunehmen, möchte ich Ihnen einen Vorschlag machen: Wie wäre es, wenn sich in Hannover ein kleiner Kreis von qualifizierten Gewerkschaftern zusammensetzte, um über Ihre Gedankengänge zu diskutieren? Man wird dazu einige Stunden mindestens brauchen. Ich stelle mir vor, daß diesem Kreis sowohl Sie wie der Kollege Jürgens, aber auch unser Kollege Karl Bruno Mandel und von hier mein Mitarbeiter, der Kollege Werner Gerling, teilnehmen könnten. Vielleicht sollten wir zwei oder drei weitere Kollegen aus dem Banken- oder Sparkassensektor in Hannover beteiligt werden. Man könnte dann Ihr Schreiben von Anfang bis zum Ende durchgehen und aus These und Antithese Synthesen entwickeln. Gewiss werden dabei einige Fragen offenbleiben müssen; denn Überzeugungen - auch um die handelt es sich - sind ja nicht immer nur rational begründet.

Aber ich glaube, daß es ein großer Vorteil ist, das gewerkschaftliche Konzept einmal von einem ganz neuen Standpunkt

41 Der Text , etwa 150 Seiten Umfang, vom 1. Mai 2001 und an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages gerichtet. Im Anhang habe ich als Dokumentation 1 - 15 diverse Quelltexte zusammengestellt. Der Text ist in sich selbständig, aber trotzdem eine Fortsetzung von Agenda Niedersachsen 2001 (65 Seiten Text und 82 Seiten Dokumentation) im Oktober 1999 als Offener Brief an den damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowki, meinem Ex-Kommilitonen von der AWP Hamburg gerichtet. Die Fraktion der Bündnisgrünen hat es nicht einmal für nötig gehalten , die Eingänge zu bestätigen.

*her zu beleuchten und bei dieser Gelegenheit vielleicht ausgefahrene Geleise auszuwechseln. Das wäre ein großer Vorteil für uns. und ich denke, daß Sie nur das im Sinn haben; Sie wollen eine Institution, von deren Wert Sie selbst überzeugt sind (sonst wären Sie nicht Mitglied), versuchen, mit neuen Ideen stärker zu machen. - Das wollen wir auch!
Ich habe mir erlaubt, Kopie dieses Schreibens sowohl an den Kollegen Mandel als auch an den Kollegen Jürgens zu richten. Sie drei sollten vielleicht miteinander Kontakt suchen, um meinen Vorschlag zu prüfen und ggfs. zu realisieren. Ich würde selber sehr gerne an der Diskussion teilnehmen, bin im Augenblick aber außerstande, eine definitive Zusage zu machen. Zu sehr bin ich jetzt angespannt. Auch mein Urlaub findet in diesem Jahre, jedenfalls bis zum BBG-Tag in Bremen nicht statt.*

Kollegial grüße ich Sie

Ihr Jürgen Haker

Ich stelle den Brief-Text von Haker hier nicht vor, um mich selber zu loben, obwohl ich dazu Grund hätte, weil jemand, der wie ich zwischen den sozialökonomischen Fronten wirkt, von keiner Seite Lob erhält. Ich will nur zeigen, daß durchaus auch guter fortschreitender und nicht nur konservierender Wille in den Gewerkschaften vorhanden ist. Eine Diskussion hat es nach diesem Schreiben gegeben, sie war aber nicht so beeindruckend, daß mir die Ergebnisse noch gegenwärtig sind. Es ist ja auch immer das Gleiche: Wieviel Zeit und Kraft bleibt dem Menschen neben Beruf und Familie noch, um sich um öffentliche oder berufsgruppenspezifische Angelegenheiten zu kümmern?

Auch das nachfolgende Schreiben vom 8. 5. 1978 von Roland Issen, DAG Bundesvorstand, der vor mir die *Akademie für Wirtschaft und Politik*⁴² in Hamburg absolviert hat und dann bis zum Aufgehen der DAG in Ver.di ihr Vorsitzender war, ist ein Zeugnis für das Bemühen, den Anforderungen an die Gewerkschaft in ihrer Zeit gerecht zu werden.

Sehr geehrter Kollege Abromeit,

vielen Dank für Ihre interessante Zuschrift, in der Sie mich nochmals informiert haben über Gedanken und Vorstellungen zur Tarifpolitik, die Sie bereits im Jahre 1970 entwickelt und in der DAG-Ortsgruppe Hannover damals zur Diskussion gestellt

⁴² Die AWP wurde unter Mitwirkung von Prof. Karl Schiller als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet, war eine Hochschule des zweiten Bildungsweges und wurde dann später als Hochschule für Wirtschaft und Politik weitergeführt. Im Munzinger-Archiv heißt es über den Ex-Präsidenten des BDI, Hans-Olaaf Henkel: Er kam „über den zweiten Bildungsweg an die als Eliteschmiede der Gewerkschaften bekannte Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik, an der er Volks- und Betriebswirtschaft bei Prof. Ortlieb und Soziologie bei Ralf Dahrendorf studierte, aber auch rechtswissenschaftliche Vorlesungen belegte.“ Die AWP war sicher über mehrere Jahrzehnte die erfolgreichste Hochschule in Bezug an Ausstoß von Führungskräften, da hat es kein Gewicht, wenn „Nieten“ - wie ich eine im Hinblick auf korrekte und konventionelle Denk- und Laufbahnen eine bin - auch zu den Absolventen gehören.

haben. Mit einigen Ihrer Thesen gehe ich konform, andere vermag ich jedoch nicht zu akzeptieren. Ihre Behauptung, daß Gewerkschaften in einem marktwirtschaftlichen System immer nur soviel an Lohn- und Gehaltserhöhungen aushandeln können, wie der Markt "freiwillig" hergibt, stimmt m.E. mit den realen Verhältnissen nicht überein. Die Einkommensverteilung in unserem Lande ist nach wie vor eine politische Entscheidung, die ganz wesentlich von den Marktverhältnissen in unserer Gesellschaft mitentschieden wird. Gerade die Verschärfung des Verteilungskampfes in den letzten zwei bis drei Jahren macht deutlich, daß die Vorstellungen über einen gerechten oder leistungsbezogenen Lohn bzw. ein entsprechendes Gehalt je nach dem gesellschaftlichen Standort des einzelnen sehr unterschiedlich beurteilt wird. Insofern bedürfen nach unserer Auffassung die Arbeitnehmer auch in Zukunft kollektiver Regelungen, um zu verhindern, daß sie als einzelne und dann jeweils in der schwächeren Position dem Arbeitgeber gegenüber treten müssen zwecks Aushandlung oder Festlegung ihrer Löhne und Gehälter.

Sicher haben Sie Recht, daß die politischen Parteien und auch die Gewerkschaften sich immer wieder selbst infrage stellen müssen, um ihre Aufgaben kritisch zu überprüfen und ggfl. auch neu zu definieren, wenn sie nicht zum Selbstzweck ausarten sollen.

Ihr Hinweis, daß Tarifverträge nicht auf Bundesebene abgeschlossen werden sollten, weil dann die regionalen und örtlichen Marktchancen nicht ausgeschöpft würden, kann nur bejaht werden, aber dieses geschieht ja auch in der Tarifpolitik in der Regel nicht, weil die Mehrheit der Tarifverträge in der Tat nur einen regional begrenzten Geltungsbereich hat. Hinzu kommt, daß wir in einer nicht ganz kleinen Zahl von Firmen inzwischen sog. Firmentarifverträge haben, die sich ausschließlich an der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Unternehmens orientieren. Ich gebe allerdings zu, daß eine immer stärkere Dezentralisierung im Bereich des Tarifgeschehens die Gefahr einer Entsolidierung der Arbeitnehmer heraufbeschwört und deshalb von den Gewerkschaften nicht unbedingt angestrebt wird.

Daß wir uns in unserer praktischen Tarifarbeit immer wieder darum bemühen müssen, Eingruppierungsmerkmale der technischen und organisatorischen Entwicklung in der Wirtschaft anzupassen, ist eine Binsenweisheit. Allerdings stehen wir, was diesen Teil der Tarifpolitik anbelangt, häufig wegen der in der Regel langen Laufzeit solcher Tarifverträge vor oftmals erheblichen Schwierigkeiten. Dennoch, so meinen wir, ist in den vergangenen Jahren einiges geschafft worden und für die DAG kann ich sicher hinzufügen, daß wir uns bemüht haben und auch weiter bemühen werden, das Leistungs-

prinzip im Bereich der Tarifpolitik gebührend zur Geltung zu bringen.

Daß die Verteilungspolitik nicht allein durch Lohn- und Gehaltstarif verträge beeinflusst werden soll, stimmt mit unserer Auffassung überein. Nicht umsonst gehörte die DAG zu den ersten Gewerkschaften, die zusätzliche vermögenswirksame Tarifverträge»und zwar nach Möglichkeit in der Form der Beteiligung am Produktivkapital der Wirtschaft gefordert hat. Diese Überzeugung gilt nach wie vor und wir haben zumindest in einigen Bereichen auch auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren Fortschritte erreicht. Nunmehr kommt es vor allem darauf an, daß der Gesetzgeber die entsprechenden Rahmenvoraussetzungen für den großen Durchbruch auf diesem Felde der Verteilungspolitik schafft. Ich nehme an, daß Sie auch in Zukunft unser Wirken kritisch würdigen; wir freuen uns jedenfalls, wenn uns konstruktive Vorschläge für eine noch bessere Interessenvertretung der Angestellten gemacht werden.

*Mit freundlichen Grüßen
i.A. Roland Issen*

Da politisches Verhalten und sozialökonomische Strategien stark von Ideen und Vorstellungen, die wir uns von den Dingen machen, geleitet werden und diese besonders in den Hochschulen und von öffentlichkeitswirksamen Gelehrten geprägt werden, sollte der Bundeskanzler, bevor er die Gewerkschaften in die Ecke stellt, über das Ministerium für Bildung und Forschung diesen ehrenwerten⁴³ Gesellschaftswissenschaftler auf Trab bringen. Ich komme darauf zurück. Zum Thema Gewerkschaften bitte ich im Anhang meinen Zeitschriftenartikel „Arbeitnehmer beteiligen“ zu beachten.



Exkurs Nr. IV: Was ist Teilhabe und wie entsteht sie?

Die Post brachte mir das Heft *Das Gespräch aus der Ferne* Nr. 365 mit dem Generalthema *Europas neue Rolle in der Welt - Nach der Herausforderung durch den amerikanischen Krieg gegen den Irak.*⁴⁴ Aus dem Beitrag „Europa - aus deutscher Sicht - Der Standpunkt des Bundeskanzlers“ von Dieter Dietrich bringe ich einen Zitatausschnitt von Schröder und eine kommentierende Frage vom Autoren D. Dieterich.

⁴³ ohne gedachte Anführungsstriche

⁴⁴ E-Mail: dagespraech@compuserve.com / website: gadf.de

Der Kanzler über die Teilhabe

„Teilhabe an dem Wohlstand, der erarbeitet worden ist, Teilhabe aber auch an den politischen Entscheidungen, als eine wirkliche Triebkraft für die gesellschaftliche Entwicklung selbst. Diese Gesellschaftsethik unterscheidet sich deutlich etwa vom amerikanischen oder dem südostasiatischen Modell. Nur Europa ... steht für den wirtschaftlichen, den sozialen, den kulturellen und den ökologischen Ausgleich in wirklich einzigartiger Weise. Der Gedanke der Teilhabe, der Teilhabe am Haben in der Gesellschaft, aber auch am Sagen in der Gesellschaft, der ist genuin europäisch. Die Kombination aus materieller Lebensqualität, aus demokratischer Partizipation, aus sozialer Absicherung und Chancen zur Bildung, als Voraussetzung für persönliche Entfaltung ist in dieser Form vor allen Dingen in Europa zu finden. ...“

Dieter Dietrich:

Was ist Teilhabe und wie entsteht sie?

Schröder spricht von der Teilhabe am Wohlstand und an der politischen Entscheidung und hält dies für spezifisch europäisch. Aber europäisch ist allenfalls die (vor allem SPD und CDU/CSU gemeinsame) Überzeugung, es sei Sache des Staats, diese Teilhabe zu garantieren. Dies hat, wie wir heute sehen, zwar zu verbreitetem Wohlstand, aber auch - und darunter leidet das Gemeinwesen - zu träger Passivität des Bürgers und unerträglicher Anspruchshaltung geführt. Schröders Teilhabe bzw. Partizipationsmodell ist mir zu passiv. Es ist die Teilhabe an Vorgegebenem. Teilhabe am Wohlstand: das ist ein Stück des Kuchens, an dessen Backprozeß ich vielleicht mich gar nicht beteiligt habe oder aber auch - man denke an Steuererhöhungen - die Wegnahme eines Stücks von meinem Kuchen, noch ehe ich mir selbst über seine Verteilung Gedanken gemacht habe.

Politisch gelenkte Teilhabe ist fast immer auch Bevormundung. Teilhabe am Sagen hört sich gut an. Tatsächlich wird niemand das Wort verboten. Wir haben Pressefreiheit und Redefreiheit und das ist - besonders im Rückblick auf unselige Vergangenheit - eine wertvolle Er rungenschaft. Aber sie sollte auch nicht überschätzt werden. Schreiben und Reden heißt noch lange nicht mitgestalten. Oft handelt es sich auch um politiklähmende Interessenartikulation oder auch nur um Aufmerksamkeit heischendes Mitgeplapper.

Exkurs Nr. V

a) Globalisierung: Was das konkret bedeutet, erfahre ich sozusagen hautnah. Meine Frau arbeitet in einem ehemals deutschen Industrieunternehmen mit langer Geschichte. In der Zeit, in der sie dort arbeitet (nach Lehrerstudium und Zusatzausbildung und dem üblichen Hindernislauf auf dem Arbeitsmarkt) ist das Unternehmen in Teilen und als Ganzes schon mehrfach verhökert worden. Heute gehörte es zu einem der größten us-amerikanischen Unternehmen. Die Kommunikation zwischen den weltweit verstreuten Standorten und Fachabteilungen erfolgt per Internet und Telefon(-Konferenzen) in englischer Sprache. Da die Kommunikation über

Medien nicht ausreicht, finden auch Zusammenkünfte diesseits und jenseits des Atlantiks statt, bei denen die persönliche Anwesenheit und Kontaktpflege stattfindet. Gestern abend brachte meine Frau nach einem langen Arbeitstag eine deutsche, eine indische und eine us-amerikanische Kollegin für einen Kurzbesuch mit nach Hause. Diese persönliche Kontaktpflege - die ein gegenseitiges Zeigen des näheren und weiteren Umfeldes (Besuch in Berlin / New York) einschließen, können dem Gefühl des Verlorenseins in einem für den Einzelnen undurchschaubaren Konzern nehmen. Solche Konzerne haben durchaus den Charakter eines privatrechtlich konstituierten Staates mit der Tendenz oder gar gewollten Ausprägung zur Zentralverwaltungswirtschaft. Ihre Entstehung ist nicht marktwirtschaftlich zu erklären, denn sie sind eine ständige Bedrohung der Marktwirtschaft, die auf möglichst viele Einheiten, Mitspieler angelegt ist. Die Marktwirtschaft braucht offene Grenzen mit freien Zugängen zu möglichst vielen Welt-Teilmärkten, sie braucht aber nicht die Präsenz weniger Konzerne in allen Welt-Regionen. Die Marktwirtschaft schützt traditionelle ökonomische Beziehungen und Unternehmen, so lange sie sich im technischen und organisatorischen Optimum halten und so lange sie dem Partner im In- und Ausland einen als ausreichend betrachteten Nutzen einbringen. Die Bildung von Konzernen mit multinationaler oder nationaler Prägung, die mit der Brechstange *Kapitalmacht* gewachsene Strukturen aufbrechen und sich selbständige Unternehmen ohne Ende einverleiben können, entstehen nun aber nicht aufgrund eines verschwörerischen, bösen Plans, sondern aufgrund der Konzentrationsprozesse, die schon für Marx ein Thema waren und die von Gesell im Wirken des Zinses geortet werden.

In „L. Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute“, Leipzig 1900, heißt es dazu:

Was die Kapitalanhäufung im geschäftlichen Sinne betrifft, so ist zu beachten, daß man unter Kapital oft nur jenen Wertbesitz versteht, welcher sich für den Besitzer, aus Wert in Mehrwert, aus je 100 Thaler, Mark, Gulden ... in mehr als je 100 Thaler, Mark, Gulden umsetzt oder doch als 100 sich forterhaltend, dem Besitzer, auch wenn er nicht arbeitet, sondern, wie man sagt, nur seinen Besitz, sein Kapital, arbeiten läßt, einen Ertrag abwirft, den er ganz verzehren oder teilweise wieder in Kapital, d. h. in Geldbesitz, der sich in mehr Geld umsetzt, verwandeln kann. Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuhalten und zu heben, das Streben aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder - nach des griechischen Philosophen Aritoteles Ausdrücke - als chrematische Volkswirtschaft. Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderzahl Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nation in drückende Abhängigkeit, ja in Abhängigkeit von ausländischen Besitzern und Gläubigern gerät. ... (S. 122 f.)

b) Die falschen und unnötig verlorenen Kämpfe

Eine Inderin im Haus, das reaktivierte in meinen Kopf die Themen Mahatma Gandhi und die Landschenkungsaktion von Jayaprakash Narayan. Gandhi ist für mich in den fünfziger Jahren im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg eine Orientierungsgröße geworden. Nachdem ich dann die Freiwirtschaft (durch ein Flugblatt im Wahlkampf 1961) entdeckt hatte, war ich froh über den schweizerischen Wanderarbeiter (in ganz Nord-Amerika und Asien) und „Wanderprediger“ in Sachen Lebensreform und Freiwirtschaft, der ein Lehramt in Japan hatte, wieder geistig mit der Gestalt Gandhi verbunden zu sein. Zimmermann hat Gandhis Kampf gegen die Salzsteuer 1930 aus unmittelbarer Nähe beobachtet und war Begleiter 1931 auf Gandhis Europareise. Er berichtet darüber in seinem Buch *Gandhi*, 1948. Diese Anmerkungen sind nicht ausschmückende Erinnerungen, sondern ein Hinweis und eine Frage. Der Hinweis besteht darin, daß es unter den lose verbundenen Menschen, die sich mit der Freiwirtschaft als Theorie oder als politisches Ziel beschäftigen, wie in anderen Gruppierungen auch, nationalistisch denkende Menschen gegeben hat (und vielleicht noch gibt), obwohl das Anliegen genau das Gegenteil von Nationalismus war und ist. Der schweizerische Weltbürger Werner Zimmermann einer der wahren Repräsentanten der Freiwirtschaft war. Die Frage - konkret an Sie in der BT-Fraktion gerichtet - ist, warum lassen sich für die militärische Verteidigung leicht Millionen und Milliarden, Euro und Dollar mobilisieren, aber für die nichtmilitärische Verteidigung (oder für eine Kombination) nur sehr schwer ein Tausender?

J. Narayan war ein indischer Oppositionsführer, er weilte vom 27. bis 31. Mai 1958 in der BRD und Berlin (west). Sein Interesse galt dem deutschen Genossenschaftswesen. Er wurde vom Bundeskanzler empfangen, besuchte den damaligen SPD-Parteitag, sprach vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik und im Freundschaftsheim Bückeburg. Dort habe ich ihn erlebt und hat er beeindruckend auf mich gewirkt. Mir liegt die Schrift von ihm vor mit dem Titel *vom Sozialismus zu Sarvodaya*, sie wurde 1959 vom Arbeitskreis für angewandte Anthropologie in Göttingen herausgegeben. Die Herausgeber berichten, daß es für den Begriff Sarvodaya keine genaue Übersetzung gibt. Zur Auswahl wurden u. a. angeboten: „Wohlfahrt für alle“, „Sonnenaufgang für alle“, „Streben nach einer Sozialordnung, die auf Wahrhaftigkeit und Gewaltlosigkeit aufgebaut ist und die der Entwicklung des Einzelnen wie der Gruppe volle Freiheit gewährt“. In der Einleitung der Herausgeber wird aus einem Bulletin der Indischen Botschaft vom Juni 1958 zitierend gesagt, daß Narayan sich 1954 aus der Politik zurück gezogen hat. In einem Bericht der HAZ vom 20. 3. 1975 heißt es dann aber, daß der Oppositionspolitiker Narayan einen Demonstrationzug zum „Marsch auf Delhi“ angeführt hätte. Drei Anmerkungen möchte ich machen. a) Auch Narayans Ausführungen machen deutlich, daß viele

Erkenntnisse von heute nur Wiederholungen von gestern sind. b) Daß die Leistungsschwäche der Wirtschaftswissenschaft nicht nur in der Vergangenheit und Gegenwart unzählige Millionen Tote und Hungernde zur Folge hatte, sondern sich nicht weniger Menschen psychisch verschlissen haben, weil ihrem Idealismus, ihrem guten Willen falsche oder unzulängliche Theoreien unterlegt waren. Weiter, daß es ein mühevoller - manchmal qualvoller - Weg ist, sich von einem politischen Handlungsmuster zu trennen. Und daß immer die Gefahr besteht, von einer in die nächste Falle zu tappen. c) Mit dem indischen Stichwort Bhoodan (Land-schenkungen) wäre der Anlaß gegeben, ein neues Problemfenster zu öffnen, das zu einem weiteren Tabu, nämlich unserem Bodenrecht führen würde. Ich lasse das Fenster aber geschlossen, benenne es hier und an anderer Stelle nur, weil es mich jetzt zeitlich und kräftemäßig überfordert. Nur soviel: Wie bei jeder Problemlösung muß man möglichst im Voraus - also analytisch - die Wirkungen und Risiken herausfinden, weil gerade in diesem Bereich massenweise Tod und Elend wie nach der Russischen Revolution produziert werden kann. Aber auch auf Schenkungsbasis kann das Problem nicht gelöst, aber wohl ein Problembewußtsein geweckt werden. Von der Landlosenbewegung in Südamerika erfährt man hier wenig, weil das Tabu natürlich auch in den Köpfen der Redakteure der Massenmedien wirkt und Südamerika weit weg ist. Dabei ist auch unser Problem vor unserer Tür. Es vergeht fast kein Tag, an dem in den Zeitungen nicht über ein Detailproblem berichtet wird (wie beim Zins). Da die Zusammenhänge aber nicht erkannt und mitgeteilt werden, haben solche Mitteilungen die Wirkung von Wetterberichten. Man kann das Wetter nicht ändern, sich allenfalls darauf einstellen. Im Grundgesetz, Art. 3 steht: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Das Bodenrecht macht die Menschen aber ungleich. Da die Erde die Existenzgrundlage eines jeden Menschen ist, könnte Gleichheitsgrundsatz nur dann ökonomisch und rechtlich realisiert werden, wenn alle Menschen rechnerisch den gleichen Anteil an unserem Globus bekämen. Als Einstieg in das Thema können die Fragen dienen: Wem gehört der Acker, das Bauland, der Wald, das Süßwasser, die Meere und ihre Tiere, der Luftraum und die Luft zum Atmen und die Bodenschätze - egal ob Öl, Erze, Kohle usw. Es gibt Aussagen von Adenauer und Churchill, die einen hellhörig machen können. Es geht bei dem Bodenrecht um die unvermeidbare Bodenrente, den Preis eines jeden Grundstückes, eines jeden Gutes, das ich angeführt habe. Die Bodenrente muß ökonomisch neutralisiert werden, sonst ist weder Gerechtigkeit innerhalb der Völker und zwischen den Völkern möglich und auch keine Marktwirtschaft. Silvio Gesell argumentierte so: Die Höhe der Bodenrente hängt von der Zahl der lebenden Menschen ab, die Zahl der Menschen von der Zahl der Geburten, die Geburten von den Frauen, die Geburten sind eine Leistung für die Gesellschaft, die durch die Zuführung der abgeschöpften Bodenrente den Frauen entlohnt

werden soll. Dahinter stand auch der Gedanke der finanziellen Emanzipation der Frauen von den Männern. Andere argumentieren so: Auf die Erde ist jeder Mensch angewiesen, und durch seine Existenz produziert auch jeder einen Teil der Bodenrente, also ist es gerecht, die Bodenrechte, die in unterschiedlicher Höhe durch unterschiedliche Nutzung eingebracht wird, einfach pro Kopf zurück zu verteilen. Jeder Mensch könnte dadurch unentgeltlich seinen Anteil am Globus nutzen. Im Seminar für freiheitliche Ordnung (www.sffo.de) hat man nun ein Modell ausgearbeitet, das den Preis für die Nutzung von Boden und Ressourcen in eine Ökosteuer zusammenfaßt. Es ist ein System, das den sparsamen Umgang mit den Ressourcen belohnt und dadurch politische Durchsetzungschancen hat. Bis auf den Hinweis auf das neue Ökosteuer-Modell, ist das Notwendige aber bereits zur Gründung der Grünen von der freiwirtschaftlichen Gründergruppe gesagt worden. Unter anderem nachzulesen in meinem programmatischen Beitrag zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980. Ein Teil der grünen Parteifreunde hat das Thema nicht beachtet, weil sie keinen Zugang zu dem (riesengroßen) Problem hatte, der andere, der linke Teil, hat - in Unkenntnis ihrer eigenen ideellen Tradition - das Thema mit dem hirnrissigen Hinweis auf BluBo vom Tisch gewischt. BluBo steht für die Blut- und Boden-Idelogie der Nationalsozialisten. Auch in diesem Problembereich haben die Grünen ziemlich früh gegen die Motive und Absichten gewirkt, die zur Gründung der Partei geführt haben.⁴⁵ Exkurs V: Ende



7. Die Forschungs-, Bildungs- und Ausbildungsmisere



A) Das Zweifelhafte an der Forschungspolitik

45 Einen Tag später: Heute brachte der Briefbote die Ausgabe Nr. 16 der Zeitschrift *(r)evolution* mit der erläuternden Unterzeile: *friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt*. Auf der Titelseite wird angekündigt: „Der Boden gehört uns allen! Antworten auf Fragen zur Bodenreform“. Da das für den einen oder anderen ein Einstieg in das Thema sein könnte, nenne ich Kontakanschriften: Redaktion Deutschland, E-Mail: 069563168-0001@t-online.de ,Abo Deutschland: albheim@web.de . Noch einen Tag später: Ich habe vorm Einschlafen in die Ausgabe reingeschaut. Es wird ein Beitrag aus dem Jahr 1929 wieder gegeben. Der herausragende SPD-Politiker, Rudolf Hilferding, der 1941 in Gestapohaft gestorben ist, war nicht bereit, seine Nöte als Finanzminister durch die Belastung des Kapitals zu lösen, sondern hielt es für sinnvoller, die Arbeitslosenunterstützung herabzusetzen. Ein weiterer Bericht beschäftigt sich mit dem österreichischen SPD-Bürgermeister Unterguggenberger, der damals gegen den allgemeinen Trend die Arbeitslosenquote in seiner Gemeinde stark senkte und die Finanznot der Gemeinde milderte. Erstaunlich ist auch sein mitgeteiltes Politikverständnis, das sich z.B. gegen Zwangsbeglückungen durch die Politik wandte.

In der Zeitung Das Parlament (Nr. 16-17 vom 14./22. April 2003) war unter der Schlagzeile „Mehr Geld für die Forschung ausgeben - Streit im Bundestag über richtigen Kurs“ zu lesen:

Die Bundesregierung plant, mehr Geld für Forschung und Entwicklung auszugeben. Wie Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn bei der Debatte im Bundestag vom 10. April mitteilte, soll der Anteil der Forschungsausgaben von Staat und Wirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in den kommenden sieben Jahren auf drei Prozent steigen. Bulmahn forderte die Wirtschaft auf, trotz konjunktureller Schwächen in den genannten Bereichen nicht zu sparen. Rot-Grün habe seit seinem Amtsantritt „das Ruder herumgerissen“ und sei wieder zum zweitgrößten Importeur von Technologie geworden.

Im Gegensatz dazu beklagte Katherina Reiche (CDU/CSU) fehlende Konzepte der Regierung, die dazu führten, dass viele deutsche Wissenschaftler nach wie vor ins Ausland wechselten. Für die FDP monierte die Abgeordnete Ulrike Flach, dass die Mittel für Technologieförderung seit 1998 permanent zurückgegangen seien. Fritz Kühn (Bündnis 90/ Die Grünen) sprach sich in der Debatte für effizientere steuerliche Anreize zur Förderung von Innovationen und Patenten aus. Nach Informationen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering sollen die staatlichen Mittel für die Forschungseinrichtungen im nächsten Jahr um drei Prozent steigen. D. L.

Zu fragen wäre doch erst einmal, ob die finanzielle Förderung der Forschung überhaupt eine Staatsaufgabe ist. Wenn man sie bejaht (Ein Nein wäre viel logischer.), ist die Frage, ob man mit der Subvention der Forschung negative Wirkungen wie bei den Wirtschaftssubventionen vermeiden kann. Ich denke an den Mitnahmeeffekt, Eingriff in die Konkurrenzsituation der Marktteilnehmer mit vermögens- und einkommenswirksamen Folgen, die Fehllenkung von Ressourcen, Entfaltung von krimineller Energie von der förderungsheischenden Gestaltung der Förderanträge bis hin zur Aushebelung der Förderungsbedingungen. Bei der Forschungssubvention kommt noch hinzu, daß bei vielen Forschungsvorhaben der Forschungsverlauf von der Politik gar nicht kontrolliert werden kann und immer die Gefahr besteht, daß die organisierte Forschung der Politik die Ergebnisse präsentiert, die sie haben will, damit sie auf Folgeaufträge hoffen kann. In Bezug auf Forschung, Bildung und Kultur hat unser angeblich demokratischer Staat immer noch Strukturen, die denen von monarchistischen oder / und autoritären ähneln. Forschung, Bildung und Kultur müssen immer von der produktiven Wirtschaft mitgetragen werden. Soviel mehr dieser Bereich selber Teil der produktiven Wirtschaft wird, um so viel weniger bedarf er der staatlichen und privaten Subventionen. Fritz Kuhn ist mit seinen Forderungen nach steuerlichen Anreizen für Innovation und Patente ein Musterbeispiel für ein jahrzehnte alte Politikerhaltung: Am Anfang einer speziellen oder generellen Debatte wird der Subventionsabbau gefordert, im speziellen Fall wird die Subvention befürwortet. Da sich aber alle Politik in Spezialpolitik auflöst, bleibt bei dieser Haltung der Subventionsabbau eine Illusion. Offensichtlich sieht Kuhn auch nicht die forschungs- und wirtschaftshemmende Wirkung des Patentrechtes, das ursprünglich die spezifische Leistung des Erfinders schützen sollte, diese

Schutzfunktion aber zu einer Nebensache verkommen lassen hat. (Siehe dazu die Beiträge auf der Internetseite www.sffo.de)

Dann klingen in meinen Ohren die Aufforderungen der Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn, die Wirtschaft möge in die Forschung investieren, merkwürdig. Warum? Ich denke, wenn die Staatskassen nicht so leer wären, würden wir hören: „Die Forschung ist Sache des Staates, kann nicht den unkontrollierbaren Kräften der Wirtschaft überlassen werden und muß demokratisch kontrolliert werden.“ Aber grundsätzlich hat ein demokratischer Staat mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung keine Forderungen an die Wirtschaft zu stellen, sondern dieser durch einen Datenkranz abgesteckten Raum zu geben in dem sie sich frei nach eigenem Gutdünken bewegen kann. Auch ist es nicht die Aufgabe von Unternehmen, als Sponsoren tätig zu werden. Ihre einzige Aufgabe ist, Produkte und Dienstleistungen mit möglichst hoher Qualität zu möglichst niedrigen Preisen auf dem Markt anzubieten. Die Forschung hat sie dadurch zu fördern, daß sie Forschungsergebnisse, soweit sie sie braucht, einkauft oder soweit ihr das kostengünstiger oder ergiebiger erscheint, in eigener Regie betreibt. (Diese Aussage besagt natürlich nicht, daß sich ein Politiker, eine Ministerin nicht mit Leuten aus der sogenannten Wirtschaft in ihren Sorgen und Wünschen austauschen sollte.)

In der Debatte sagte laut „Parlament“ die Bundesministerin Edelgard Buhl:

Der vorliegende Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002 hat zwei zentrale Botschaften: Erstens. Wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland werden davon abhängen, in welchem Umfang die Unternehmen die großen Chancen von neuen Technologien nutzen und sie im internationalen Innovationswettbewerb tatsächlich einbringen. Zweitens. Die Bundesregierung hat die entscheidenden Weichen dafür in den vergangenen Jahren richtig gestellt.

Zur ersten Botschaft möchte ich folgendes anmerken. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sagte die Politik, daß Wachstum, Wohlstand und Arbeit von der Bereitstellung von Energie abhängen. Von der Beobachtung, daß in einer vollausgelasteten Volkswirtschaft ein hoher Energieverbrauch zu verzeichnen ist, schloß man naiv, wenn mehr Energie zur Verfügung gestellt würde, könnte man die zwischenzeitlich unterbeschäftigte Wirtschaft wieder auf Vollbeschäftigung puschen. Ich blende hier meine Stellungnahme vom September 1977 ein, die ich für den Landesfachausschuß Wirtschaft der niedersächsischen FDP formuliert habe und die ich hier aus meiner Dokumentation zum ersten Teil von „Agenda Niedersachsen 2001“ übernehme:

Denk-Zettel zur Energiepolitik

Erstellt im September 1977

für den Landesfachausschuß Wirtschaft der niedersächsischen F.D.P.

von

Tristan Abromeit

- 1 Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen nicht in einem Mangel an Energie oder in einer zu teuren Energie.
- 2 Die Ursache für die Unterbeschäftigung der westlichen Volkswirtschaften ist die mangelnde Rentabilität des Kapitals (Kapitalismuskrise).
- 3 Die mangelnde Rentabilität als wesentlichster Bestandteil der Stagflation verursacht Zirkulationsstörungen des Geldes (Nachfrageausfall).
- 4 Diese Kapitalismuskrise, die immer wieder nach einer Periode der Vollbeschäftigung bei wachsender Realkapitalbildung eintritt und Marktwirtschaft unmöglich macht, kann mit keinem Energieprogramm behoben werden.
- 5 Arbeitslosigkeit kann durch Wirtschaftswachstum nur dann behoben werden, wenn alle Einkommen als Nachfrage wirksam werden.
- 6 Wenn aber die Nachfrage im Volumen dem Einkommen gleicht, dann haben wir auch ohne Wachstum Vollbeschäftigung.
- 7 Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund für Atomenergie- und Rüstungsprogramme zur Erreichung der Vollbeschäftigung, wenn für eine ständige Zirkulation des Geldes gesorgt wird.
- 8 Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich.
- 9 Der Ökonom hat den Wirtschaftspolitikern solche Art Konjunkturinstrumente anzubieten, die im Gegensatz zu der Atomenergie und den Rüstungsverkäufen ein Minimum an Risiko in sich tragen.

- 10 Die Gesellschaft muß ohne ökonomischen Druck zwischen Null-, qualitativem und quantitativem Wachstum entscheiden können.
- 11 Bei allgemein niedriger Rentabilität des Kapitals sucht Kapital nur dann in der Atomenergieerzeugung eine Anlage, wenn durch Subventionen hier die Rendite überdurchschnittlich ist. Es ist also (auch hier) zu fragen: Wer wird durch staatliche Programme in diesem Sektor bereichert und wer wird entreichert?
- 12 In der marktwirtschaftlichen Ordnung haben staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme nur dann einen Sinn, wenn sie die Marktkräfte, d.h. den Wettbewerb entfalten, was von der Mehrzahl der Programme nicht gesagt werden kann.
- 13 Ein liberales Energieprogramm müßte also erst einmal einen Energiemarkt ermöglichen. Das bedeutet eine Umkehrung der Konzentration der Energiehersteller und Verteiler. Stadtwerke müßten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Stromerzeugern Strom abnehmen können. Windkraftwerke z.b. müßten ohne große Schwierigkeiten auf vertraglicher Basis Strom in die Verteilernetze geben können.
- 14 Preise haben in der Marktwirtschaft eine zentrale Lenkungsfunktion. Eine illiberale zentrale staatliche Lenkung kann auch eingeführt werden, wenn (Strom-)Preise staatlich festgesetzt werden. Das gilt auch für Eingriffe in die betriebswirtschaftlich begründete differenzierte Gestaltung der Abnehmerpreise (Kartellabsprachen oder Preisdiktate ausgenommen).
- 15 Es ist unlogisch, die Volkswirtschaft der BRD von den erpresserischen (?) Preisen der Ölförderländer dadurch unabhängig machen zu wollen, daß man sich den Uranlieferanten (Oligopolisten) ausliefert. Die Geschichte mit den Petroleumlampen aus Omas Zeiten, die verschenkt wurden, um die Menschen durch Energieumstellung von den Petroleumlieferanten abhängig zu machen, sollte noch nicht vergessen sein.
- 16 Eine Volkswirtschaft wird nur dann energierohstoffunabhängig, wenn sie Energien erschließt, die ihr auf dem eigenen Territorium in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

17 Da Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran in den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich stark (in manchen gar nicht) vorkommen, sind sie auch eine der bedeutendsten Ursachen für die internationalen Spannungen (was auch von den anderen Rohstoffen gesagt werden kann). Es ist eine Illusion zu glauben, diese Spannungen in der Zukunft durch pathetische Worte oder durch militärische Stärke neutralisieren zu können.

18 Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d.h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw. sondern allen Menschen. Hier ist einer der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerechtfertigte Einkommens-Umverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern.

(Abschrift, April 1996 TA)

Weiter sagte Frau Bulmahn lt. „Parlament“ am 10. April 2003 im Deutschen Bundestag:

Das Fundament der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands wird in den Schulen und Hochschulen gelegt. Bildung und Forschung - das will ich hier noch einmal deutlich unterstreichen - dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, so wie Sie das teilweise immer wieder tun. Denn Investitionen in Bildung und Forschung sind sozusagen die Basis unseres Forschungssystems.

Solche Sätze sind sicher auch im Nachlaß aller verblichenen neuzeitlichen Diktatoren und bei lebenden Tyrannen zu finden. Und in der Tat gleichen sich die Schulen und Forschungseinrichtungen vorn freiheitlichen und totalitären Staaten, das war schon Anfang der siebziger Jahre bei Ivan Illich zu lesen. (Illich wurde bei uns vor allem von Hartmut von Hentig vorgestellt: „Cueravaca oder: Alternativen zur Schule?“, 1972). Ich gehe im nächsten Abschnitt noch näher darauf ein. Hier bleibt zweierlei zu sagen:

a) Wirkliche Fortschritte in Bildung und Forschung werden wir nur überwinden, wenn wir unseren Bildungskommunismus überwinden.⁴⁶

⁴⁶ Analog zu der Bezeichnung der Sozialpolitiker als Sozialfaschisten wären die Bildungspolitiker von der CDU bis zu den Bündnisgrünen als Bildungskommunisten (im realtypischen Sinne) zu benennen. Wiederum nicht als persönliche Herabsetzung, sondern um auch hier bewußt zu machen, in welchem Sektor der Systemordnungen sie sich bewegen. Es soll auch nicht der Kommunismus im idealtypischen Sinne diskreditiert werden. Denn soweit er sich im privatrechtlichen Rahmen konstituieren kann, hat er seine Berechtigung - allein schon durch die Bereicherung der Modelle von Lebensformen.

b) Wir können unsere ökonomischen Probleme nicht dadurch lösen, daß wir die technische Forschung (im weitesten Sinne) fördern und allen Bürgern eine erstklassigen Bildung angedeihen lassen. Da alle Politiker sich offensichtlich als Ökonomieexperten verstehen, die glauben, daß in der Ökonomie alles geklärt ist - obwohl die Wirtschaftswissenschaft nicht einmal weiß, was Geld ist - hört man auch selten oder gar nicht, daß die Wirtschaftsforschung gefördert werden müßte. Die wirksamste Förderung wäre auch nicht zusätzliches Geld, sondern Streichung aller Zuwendungen, soweit das vertraglich und gesetzlich möglich ist, die öffentliche Versenkung aller Gutachten in den Papierkorb - soweit sie schon in Auftrag gegeben worden sind und ein sofortiger Stopp der Verbeamtung von Sozialwissenschaftlern. Das wäre eine kostensparende Maßnahme, die die Sozialwissenschaftler insgesamt auf Trab bringen würde.⁴⁷

Weiter die Ministerin Bulmahn:

Wenn wir nicht wollen, dass der Mangel an naturwissenschaftlich-technischem Nachwuchs schon in wenigen Jahren zu einem zentralen Innovationshemmnis wird, dann müssen wir heute mit aller Kraft gegensteuern.

Dieses staatliche Gegensteuern hat bisher nur bewirkt, daß unsere Gesellschaft zwischen eine Schwemme an Lehrern, Ingenieuren etc. und einem Mangel an Menschen mit diesen Qualifikationen bewirkt. Die fatalen individuellen Folgen werden viel zu wenig öffentlich sichtbar. Was wir für die individuelle, selbstverantwortliche Bildungsplanung benötigen ist eine Vollbeschäftigung, überschaubarer Wandel, der Kontinuität nicht verhindert, weniger willkürliches staatliches Eingreifen, weniger Vorschriften und Reglementierungen und freies Gestalten von Inhalten, Vermittlungsverfahren und Abschlüssen durch die Bildungsträger.

Weiter Frau Bulmahn:

Auf jeden staatlich finanzierten Forschungseuro legen die geförderten Unternehmen mindestens einen weiteren Euro drauf. Auch dieser Zusammenhang spielt ganz offensichtlich eine große Rolle. Das ist effiziente Förderpolitik. Es ist wichtig, auch privates Forschungskapital zu mobilisieren. Deshalb werden wir unsere Forschungsförderpolitik fortsetzen und weiter ausbauen.

Da die Kosten der Umverteilungspolitik - zu denen auch die Forschungsförderung gehört - nicht bekannt sind, aber mit hundert oder zweihundert Prozent des Förderbetrages geschätzt

⁴⁷ Auch hier geht es nicht um die Herabsetzung von Personen. Soweit ich Gesellschaftswissenschaftler kennengelernt habe, handelte es sich um prächtige Menschen. Auch wenn sich in letzter Zeit innerhalb der Hochschulen etwas bewegt. Es genügt nicht. Die Wissenschaftler sind Systemgefangene. Jeder Einzelne - der einsichtig ist - hat das Gefühl, nicht die Kraft zu haben, den Zaun niederzureißen. Wenn aber eine Maßnahme durchgeführt würde, wie ich sie hier skizziert habe, würde das als eine Bedrohung empfunden werden, die kollektive Befreiungskräfte bilden könnten.

werden können, bedeutet die Aussage der Ministerin: Damit die Unternehmen einen Euro in die Forschung investieren, bereichern wir sie zusätzlich mit einem Euro. Damit wir dazu in der Lage sind, entreichern (belasten) wir die Arbeitseinkommen mit zusätzlich 2 bis 3 Euro (multipliziert mit der Fördersumme). Auf dieses Argument wird die Ministerin sicher antworten, aber die Geschöpften hätten doch auch einen Nutzen davon. Wirklich? Die Unternehmen werden die Gesamtkosten der Forschung (einschließlich der Subventionen) in ihre Preiskalkulation einfließen lassen und die Preise realisieren, wenn der Markt das hergibt. Soweit dann patentierbare Forschungsergebnisse vorliegen, bleibt womöglich ein Über-Vorteil bei den Unternehmen. Es wäre dann schon besser, die Arbeit mit einer Zwangsanleihe für die Forschung zu belasten. Diese müßte dann wenigstens verzinst werden. (Daß ich dagegen wäre, ergibt sich ja wohl aus meinem Text.)

Und an dieser Stelle zum letzten Mal die Ministerin Frau Bulmahn:

Wir konzentrieren deshalb die Forschungsförderung genau dort, wo die größte Hebelwirkung auf Wachstum und Beschäftigung zu erwarten ist. Wir stärken deshalb mit einer hohen Priorität die Informations- und Kommunikationstechnologien; denn sie sind die Wachstumsmotoren für viele andere Branchen. Zwischen 20 und 25 Prozent des jährlichen Wirtschaftswachstums in Deutschland beruhen auf dem zunehmenden Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Solche Sätze konnten man auch schon vor zehn oder zwanzig Jahre Lesen. In jeder unterbeschäftigten Wirtschaft wird es Produkte geben, die absatz- und entwicklungsmäßig noch wachsen. Aber auch im Markt begehrte Produkte können Systemstörungen des Marktes nicht beheben. Auch ist es eine Illusion, nur durch mehr Wachstum unsere Probleme lösen zu wollen, weil Wachstumsraten mit jährlichen Prozentsätzen auf der Ausgangsbasis des Vorjahres (wie beim Zins) zu einer exponentiellen Wachstumskurve führen, die das System zum Zusammenbruch bringen. Was wir erreichen müssen, sind natürliche Wachstumskurven, die bei Erreichen des Optimums abflachen und bis zum Verfall stagnieren. Da diese Wachstumskurven und unzähligen Wirtschaftseinheiten nicht synchron verlaufen, sondern zeitverschoben, haben wir die Erscheinung wie bei Wald, den wir aus der Distanz betrachten. Das Wachsen und Sterben wird als konstante wahrgenommen. Über die Nützlichkeit der neuen Kommunikationstechnik gibt es sicher viel zu berichten, wir sollten aber nicht übersehen, daß unsere Kommunikationsfähigkeit weit hinterher hinkt.

B) Bildungspolitik ohne wirklichen Fortschritt

Vom Hörensagen weiß ich, das Joschka Fischer weder einen Schulabschluß noch eine abge-

schlossene Berufsausbildung hat. Die Angaben, die auf der Homepage unter Abgeordnete und dem Stichwort Josef Fischer gemacht werden, scheinen eine Bestätigung der obigen Aussage zu sein, denn für die Zeit zwischen der Geburt am 12. April 1948 und dem Eintritt bei den Grünen im Jahr 1982 sind keine Einträge verzeichnet. Die fehlenden Angaben für diese Zeit sind - bildungspolitisch gesehen - bedauerlich, denn sie zeigen doch, daß man ohne einen „ordentlichen“ Bildungsgang sogar ein „ordentlicher“ Außenminister werden kann. Wäre Joschka Fischer schon zu den Hauptwirkzeiten von Ivan Illich der Liebling der Nation gewesen, wäre er bestimmt von Illich als Paradebeispiel für den Erfolg abweichender oder eigenwilliger Bildungsgänge benannt worden.

Warum dieser Einstieg zum Thema Bildungspolitik? Ganz einfach: Der Gedanke von der Befreiung vom staatlich verordneten praktizierten Bildungskommunismus mit seinem Schulzwang, der beschönigend als Schulpflicht umschrieben wird, also die Überwindung der bildungspolitischen Zwangsbeglückungsvorstellung, die auf der ganzen Welt unabhängig von der Regierungsform zu ähnlichen Formen der Bildungsstruktur geführt hat, war u.a. Bestandteil - wenn auch nicht durchgängig - der grünen Bewegung und der grünen Partei in der Startphase. Befördert wurde dieses Denken auch von der damals einsetzenden Lehrerarbeitslosigkeit. Es wurde einfach Ausschau nach Alternativen gehalten.

Sicher wird auch heute um die beste Schulform, um die besten Bildungsinhalte gestritten, aber wieder fast ausschließlich - auch von jenen, die sich als progressiv verstehen - im erzkonservativen Rahmen, nämlich der Schule als Zwangsveranstaltung des Staates. Wir stehen vor der Tatsache, daß der Staat sich nur mühsam oder gar nicht optimieren läßt, und daß das Festhalten am Status quo im Bildungssystem genauso vorhanden ist. Die Veränderungen, die ja zu verzeichnen sind, berühren nicht die Grundstruktur. 1949 hat Friedrich Salzmann, ein Schweizer, sein Buch „Bürger für die Gesetze“ veröffentlicht. Er greift auf Friedrich Schiller zurück, der in den Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus schon ausführt, daß Schule und Staat zwei sich wechselseitig stützende Systeme sind. Das Unterdrückerische in beiden Systemen überwinden wir nicht, weil die Strukturen des Staates im Bildungssystem zementiert werden und umgekehrt.⁴⁸ Auf dem Schutzumschlag von Salzmanns Buch steht: „Hier werden jene Erziehungssysteme beleuchtet, von denen Pestalozzi behauptet hatte, dass sie 'den Menschenverstand durch Hörsäle, Seminarien, Akademien und militärische Gewalt sicher und allge-

48 Ich habe vor einiger Zeit aus Schillers Werken „Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon“ und „Etwas über die erste Menschengesellschaft nach dem Leitfaden der mosaischen Urkunde“ gelesen. Ich finde die Texte sehr ergiebig und aktuell zum Thema Staat und Demokratie. Indem Schiller nicht nur die Vorzüge, sondern auch die Fehler der Athener schildert, schildert er die Fehler der US-Amerikaner.

mein verschieben.“ ...

Es ging und geht bei den Überlegungen um ein freies Bildungssystem nicht um ein Zuschieben des Schwarzen Peters auf die Schule, die Lehrer, die Eltern, die Kinder - oder noch abstrakter - auf die Gesellschaft, sondern einfach um die Frage: Welche Strukturen benötigt die Bildungs- und Wissensvermittlung, damit sie etwas von unseren Idealen - hier zusammengefaßt unter - Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit transportieren kann? Das Merkwürdige ist, daß für die meisten Bereiche der Ökonomie allgemein und berechtigt gesagt wird, die Verkehrs- oder Marktwirtschaft ist bezogen auf das Ergebnis und bezogen auf die Freiheit der Menschen, die in diesem Sektor arbeiten, der Zentralverwaltungswirtschaft, der Kommandowirtschaft, überlegen. In Bezug auf die Bildungsökonomie wird aber der Zentralverwaltungswirtschaft - trotz schlechter Ergebnisse der Vorrang gegeben. Zum Teil liegt das wohl an den eingeschliffenen Gewohnheiten, zum andern Teil sicher auch daran, daß viele politisch aktive Bürger das freiheitliche marktwirtschaftliche Selbststeuerungssystem nicht von dem Überlagerungskonstrukt, dem Kapitalismus, unterscheiden können.

Als ich in den 60er Jahren begann, über diese Fragen nachzudenken, bin ich erst an der Frage gescheitert, wer denn ein privatrechtlich organisiertes öffentliches Schulsystem finanzieren soll. Als mir dann klar wurde, daß eine Umstellung kostenneutral - ja wegen des Wegfalls von Bürokratie ein privatrechtliches Schulsystem billiger - sein würde, war die gedankliche Hürde, vor der ich stand, weggeräumt. In der Literatur stellte ich dann fest, daß wir mit solchen Überlegungen gar nicht bei Null anfangen müssen, sondern nur wieder hervor kramen müssen, was in die Vergessenheit geraten ist.⁴⁹

Die Finanzierung der Teilhabe an einem freien Bildungsprozeß müßte den Familien schon möglich sein, wenn sie steuerlich um den Teil entlastet werden, der in alter Form über die Staatshaushalte in das Bildungssystem fließt. Daß es die reale Möglichkeit gibt, das Familieneinkommen durch Wegfall der Krisenkosten und Absenken des Kapitalertrages so zu steigern, daß sich die Kosten einer freien Bildung aus dem Familieneinkommen spielend tragen lassen, mögen viele bis zum Beweis nicht glauben können. In diesem Fall bietet sich das Modell der Bildungsgutscheine an. Das Modell der Bildungsgutscheine wird nach meinem Eindruck nur von Leuten kritisiert, die zwar für Emanzipation sind, aber von der Marktwirtschaft nicht viel verstehen. Wenn Bildungsgutscheine eingeführt werden sollten, dann sollten sie nach meinem dafürhalten mit der Geburt beginnen - also das Kindergeld einschließen und mit Errei-

49 Hier ein thematischer Hinweis auf die *Aktion mündige Schule e.V.* / www.freie-schule.de .

chen der Volljährigkeit aufhören. (Die Begrenzung ist nicht allen von selber einsichtig und muß an anderer Stelle begründet werden.) Die Eltern wären dann auch in der Lage, Nachfrage nach Plätzen in autonomen Kindergärten zu halten. Die Knappheit von Kindergartenplätzen gehörte der Vergangenheit an. Die Kommunen brauchten sich um dieses Thema nicht mehr zu kümmern. Es ist hier ja nicht meine Absicht, ein freies Bildungssystem - wozu die Hochschulen ja auch gehören - ausführlich und in Varianten zu beschreiben, sondern nur deutlich zu machen, worum es bei diesem Thema geht. Ich habe solche Gedanken schon zögerlich in den 70er Jahren in der FDP vorgetragen. Die eine Reaktion läßt sich so beschreiben: Revolutionär, im Moment nicht durchsetzbar, aber am Ball bleiben. Die andere Reaktion, die vom heutigen Niedersächsischer Wirtschaftsminister Walter Hirche repräsentiert wurde, war: Unmöglich, nie und nimmer, so viel Freiheit können wir Freien Demokraten nicht vertreten. Nun Walter Hirche, ist studierter Lehrer, brauchte von seinem zentralverwaltungswirtschaftlichen Denken kein Abschied nehmen, er war damals schon prädestiniert für den Posten als Wirtschaftsminister, der unter dem Mantel der Wirtschaftsförderung weiterhin das Modell Marktwirtschaft torpedieren muß .

Was ich im grünen Umfeld der Grünen 1980 und 1984 in Bezug auf die Bildungspolitik formuliert habe, befindet sich im Anhang III.

Unter der Einschränkung, daß ich natürlich auch nicht alles mitbekommen habe, was in der Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN gedacht und formuliert wird, muß ich sagen, der Bildungspolitischen Aufbruchstimmung in der Gründerzeit ist einer reaktionären Haltung gewichen.

Ich zitiere nachfolgend aus der Wörlitzer Erklärung 2003. Es wäre schön, wenn die Autoren und die, die der Erklärung zugestimmt haben, sich bei Erörterungen von Fragen der Bildungspolitik daran erinnern, diese Erklärung auch auf dieses wichtige Sachgebiet anwenden würden.

Aus: Wörlitzer Erklärung 2003

Reformen für die Zukunft / für eine nachhaltige und gerechte Politik der Erneuerung

Staat mit neuen Aufgaben: Solidarität unter mündigen Bürgern

Der Staat muss in der jetzigen Umbruchsituation seine Aufgaben neu definieren. Es geht in der nächsten Zeit um nicht weniger, als um die Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Die bisherige Absicherung klassischer Lebensformen und Interessengruppen hat mit der sozialen Realität in unserem Land nur noch wenig zu tun. Weniger und nicht mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ist das Ergebnis. Aufgabe des Staates ist es heute, Be-

dingungen für Gerechtigkeit unter den neuen Herausforderungen des angehenden 21. Jahrhunderts zu schaffen. Unser Ziel ist die Solidarität unter mündigen Bürgern. Wir wollen Teilhabe ermöglichen, Kreativität freisetzen, Chancen eröffnen und Sicherheiten im Sozialen gewährleisten, wo individuelle Möglichkeiten versagen. Es geht um einen Umbau, der zwischen Solidarität und Entmündigung, zwischen sozialer Sicherheit und bloßer Besitzstandswahrung unterscheidet. Der Staat soll sich nicht blind zurückziehen, sondern an den neuen Notwendigkeiten orientieren, damit alle eine faire Chance zu Teilhabe erhalten. Für den Einzelnen kann das Einschnitte bedeuten, die aber mit neuen Möglichkeiten und neuen Freiheiten verbunden sein müssen....

Gerechtigkeit durch Teilhabe und Selbstbestimmung

Grüne Politik sieht sich in der Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft, die auch den Schwächsten faire Teilhabe und ein Leben in Selbstbestimmung ermöglicht. Wer Gerechtigkeit will, muss für Reformen kämpfen. ...

... Gerechtigkeit heißt für uns Freiheit und Selbstbestimmung für alle: Deshalb brauchen wir mehr Transparenz und Verständlichkeit, und weniger entmündigende Bürokratie. ...

C) Berufsbildung in der politischen Wiederholungsschleife

Die Redakteure von Tageszeitungen könnten bestimmte Artikel über die Situation der Berufsbildung aufheben und im nächsten Jahr mit neuem Datum erneut veröffentlichen. Das Publikum würde es vermutlich gar nicht merken, wenn nicht Namen von Politikern enthalten sind, die inzwischen von der Bühne abgetreten sind oder die Rolle getauscht haben. „Lehrstellen händeringend gesucht“, ist das eine Schlagzeile vom vorigen Jahr, ist sie fünf, zehn oder 20 Jahre alt? Nein sie ist aus der HAZ vom 30. 4. 03. 140 000 Lehrstellen fehlen ist in der Unterzeile zu lesen. Und dann gibt es offensichtlich auch Jugendliche, die gar nicht lernen wollen. In der HAZ vom 5. Mai 2003 war folgendes zu lesen:

Bulmahn droht unwilligen Bewerbern

Berlin (ddp). Unflexiblen Berufseinsteigern droht eine Kürzung der Sozialhilfe. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) kritisierte am Wochenende, einige Jugendliche versteiften sich chancenlos auf einen Berufswunsch, ohne eine Alternative zu ergreifen. „Wir können schon jetzt die Sozialhilfe kürzen und überlegen, das zu verschärfen“, sagte die Ministerin.

Die Grünen forderten empfindliche Strafen für Jugendliche, die nicht mobil sind. Die Ausbildungsabgabe von Unternehmen ist laut Bulmahn noch nicht vom Tisch.

Am 10. Mai 2003 war unter der Rubrik „Beruf & Bildung „, in der HAZ folgendes zu lesen:

Lehre aus dem Doppelpack

*Hamburger Unternehmerinitiative ermöglicht Jugendlichen eine Ausbildung
- in zwei Betrieben gleichzeitig*

VON CHRISTIANE WETTIG

Dem aktuellen Mangel an Ausbildungsplätzen verdankt eine 20 Jahre alte Idee derzeit eine regelrechte Renaissance. Damals überlegte sich der junge Hamburger Unternehmer Ingo Bünsch, dass es in vielen Firmen zwar generell Ausbildungsmöglichkeiten gibt, aber nicht genug für eine ganze Lehrstelle. Also gründete er im März 1983 gemeinsam mit namhaften Unternehmen wie der Vereins- und Westbank, dem Axel Springer Verlag oder dem Otto-Versand die Ausbildungsinitiative Hamburger Wirtschaft.

Dieser Verein perfektionierte die Verbundausbildung und „war auch der erste, der das Modell in Deutschland erfolgreich umsetzte“, sagt der heute 48-jährige Bünsch, der nicht nur sein Unternehmen, sondern ehrenamtlich auch noch immer die Initiative leitet.

Mit Hilfe des Vereins können vor allem Kleinstbetriebe oder hoch spezialisierte Abteilungen in großen Firmen trotz mangelnder Größe ihr Wissen weitergeben, weil nun zwei oder sogar drei Firmen gemeinsam einen vollen Ausbildungsplatz anbieten. Bis heute ist diese Initiative der Hamburger Wirtschaft unabhängig von der öffentlichen Hand und damit „einmalig in Deutschland“, so Bünsch, auch wenn mittlerweile Fördergelder beispielsweise vom Europäischen Sozialfonds einfließen. ...

Der Vereinsvorsitzende Bünsch hat schon wieder eine neue Idee: Er will die besondere Form der Ausbildung auch Jugendlichen in anderen Ländern ermöglichen. „Wir suchen bereits eine Handelskammer in den baltischen Republiken, die mitmacht.“ Ziel ist es, Lehrlinge europaweit zwischen Betrieben auszutauschen.

Jugendliche und Firmen, die sich für die Ausbildungsinitiative Hamburger Wirtschaft interessieren, finden mehr dazu im Internet: www.ausbildungsinitiative.de

Als ich jetzt im Zusammenhang mit diesem Gesamttext nach einer Aussage in einem alten Buch suchte stieß ich auf die nachfolgend wiedergegebenen Textstellen:

*Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute
Das Ganze der Handelswissenschaft
Leipzig 1900, ca. 380 Seiten*

Aus der „Einleitung: Die Vorbildung für den Kaufmannsstand“

... Was im Laufe der Jahrhunderte sich für die Hebung des wirtschaftlichen Lebens im allgemeinen als förderlich erwiesen hat und allmählich auf dem Wege der Gesetzgebung, des Handelsgebrauchs oder in der Form der wissenschaftlichen Feststellung zur Richtschnur für jede Art der kaufmännischen Erwerbstätigkeit geworden ist: die gesetzlichen Bestimmungen über das Münz- und Bankwesen, über Maß und Gewicht, über den Wechsel- und Handelsverkehr, über die Erhebung der Zölle, über Staatspapiere und Aktien u.s.w., ferner die Nachweise der Statistik, die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre - das alles sind Gegenstände vom höchsten Interesse für den Kaufmann. Er kann bei genügender Vorbildung allerdings während seiner Geschäftstätigkeit aus mancherlei Vorkommnissen Schlüsse auf das Wesen derselben ziehen, aber nur selten einen vollen Einblick gewinnen, wenn nicht in der Lehrzeit Theorie und Praxis systematisch verbunden auf ihn einwirkten. Wer hat aber die Fähigkeit, wer die Muße, wer den guten Willen, einem jungen Gehilfen während der Geschäftszeit ausführlich Belehrung zu erteilen? ... (S. 3)

... Der Eintritt in die Praxis ist für den jungen Kaufmann ein sehr bedeutungsvoller Schritt. Findet er Stellung in einem Hause, in welchem man mit richtigem Verständnis, mit Sachkenntnis und Geschick arbeitet, so wird er gute Gewohnheiten annehmen, reiche Erfahrungen sammeln und seinen Beruf achten lernen; trifft er es ungünstig, so wird er lange, vielleicht nie, die üblen Einflüsse auf sein Denken und Wissen, auf sein ethisches Bewußtsein los werden. Der Geschäftszweig, in welchem man seine Lehrzeit zurücklegt, thut weniger zur Sache; die Hauptsache ist der Geist, der in der Geschäftsführung waltet. Man begegnet häufig der Meinung, daß die Lehre in einem Warengeschäfte von mäßigem Umfang für den Lehrling den meisten Vorteil bietet; er habe Gelegenheit, sich Warenkenntnis anzueignen, die Arbeiten im Magazin, später diejenigen im Kontore kennen zu lernen, und sein Wissen und seine Erfahrungen müßten dadurch recht vielseitig werden. Diese Voraussetzungen sind gewiß nicht falsch, aber sie sind doch nur dann zutreffend, wenn der Lehrling im Verlaufe seiner Lehrzeit auch wirklich die verschiedenen Beschäftigungen zugeteilt erhält, welche ihm möglicherweise übertragen werden könnten. Wie steht es aber, wenn er während seiner Lehrzeit aus dem Magazine z.B. gar nicht herauskommt? So mancher Prinzipal betrachtet sich leider nicht als Lehrmeister und Erzieher seines Lehrlings, sondern sieht in demselben nur seinen Arbeiter, den er zu denjenigen Geschäften verwendet, für welche dieser das meiste Geschick zeigt. Und in gewissen Beziehungen läßt sich eine Berechtigung dieser Auffassung nicht bestreiten: soll etwa der Prinzipal sich der Unannehmlichkeit aussetzen, seine Handelsbücher durch einen unzuverlässigen Lehrling unbrauchbar machen, oder die Fakturen und Briefe in einer Form abfassen zu lassen, welche ihn seinen Geschäftsfreunden gegenüber bloßstellen würde? Das kann er nicht wagen. Die Handelsbücher sind zu wichtig, um sie zu schriftlichen Übungen zu benutzen, zu Versuchen gibt es keine Zeit; findet sich also ein Lehrling nicht leicht in eine bestimmte Beschäftigung, so wird ihm diese gar nicht zugeteilt, und die oben angedeutete Stufenfolge in der praktischen Unterweisung, von der sich die Eltern so großen Nutzen für ihren Sohn versprochen, kommt nicht zur Anwendung. Der Knabe lernt in der Regel während seiner Lehrzeit nur einen Teil der Berufsarbeiten kennen; wie er später das übrige sich aneignen wird, dafür mag er selbst sorgen. Man ersieht hieraus, daß die Lehre in einem kleineren Warengeschäfte nicht ganz so zweifellos die vorausgesetzten Vorteile bietet, und man muß daher andererseits wohl beherzigen, daß die Lehre in einer Großhandlung, in einem Bankhause, in einer Fabrik schon durch den Einblick in eine weitverzweigte Thätigkeit ungemein anregend auf einen jungen Kaufmann wirken muß. ...“ (S. 4 f.)

... Zur Errichtung eines eigenen Geschäftes soll man jedenfalls nicht zu frühzeitig schreiten. Selbst im günstigsten Falle sind mit dem selbständigen Betriebe doch so vielerlei ernste Sorgen verbunden, daß man seiner besten Lebenszeit nicht froh und dadurch bald körperlich

und geistig aufgebraucht wird. Der Unterschied zwischen der Lebendigkeit der Wünsche und dem Maße des Erreichbaren ist oft viel zu grell, als daß die Mißstimmung nicht eine sehr empfindliche sein sollte. Überdies hat man die üblen Erfahrungen aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Dagegen darf ein gewisses Alter auch nicht überschritten sein, wenn man noch den Preis seiner Mühen genießen, sich an dem Erworbenen freuen will. Innerhalb des Anfangs der dreißiger bis zur Mitte der vierziger Jahre wird der günstigste Zeitpunkt für Begründung der Selbständigkeit liegen. Später pflegt man die Dinge etwas zu trübe anzufassen, und dies ist für den Kaufmann, der mit frischen Vertrauen ans Werk gehen soll, nicht gut. Es muß die Lust an dem eigenen Unternehmen noch stark genug sein, um den Verdruß über die unvermeidlichen Schwierigkeiten reichlich aufzuwiegen; dann wird man sich ohne Bitterkeit mit dem zufrieden geben, was das Schicksal einem zuteilt.“ ... (S. 6)

Im September 1982 hat der Arbeitskreis Dritter Weg NWO (in den Grünen) meinen 60seitigen Text: *Die freie Berufsbildungs-Assoziation - ein möglicher Ausweg aus Hoffnungslosigkeit* - als Broschüre (DIN A 5) veröffentlicht, die ich am 1. Mai 1982 abgeschlossen hatte und in fotokopierter Form auf eigene Kosten an Institutionen versandt, die sich mit der Berufsbildung befaßten. Für den Transport in die Öffentlichkeit und als Diskussionsforum stand die Partei nicht zur Verfügung. Ich halte den Inhalt der Schrift auch heute noch für aktuell. (Sie kann gegen einen Freiumschlag mit einer zusätzlichen Briefmarke als Druckkostenbeitrag bei mir abgerufen werden.)

Im September 1984 habe ich dann eine Arbeit mit dem Titel „Vom Modell Arbeiten und lernen zum Modell Trainieren und Starten“ vorgelegt. Mir ging es darum, durch schulische und praktische Übungen Arbeitslose einzeln, als Gruppe oder als Teilhaber in die Lage zu versetzen, sich selbständig zu machen. Meine Vorstellung war wohl, daß ein Teil der Mittel für berufliche Fortbildung der Bundesanstalt für Arbeit auch wirklich arbeitsmarktentlastend eingesetzt wird. Ich habe bei Politikern und Bürokraten für das Modell geworben - natürlich wie immer zu Lasten der Haushaltskasse. Mein persönlicher Erfolg war gleich Null. Politisch hat die Aktion sicher zu einem Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik beigetragen. Ich habe noch einen achtseitigen Text von mir zu diesem Thema gefunden. Ich stelle ihn in den Anhang III zur Einsicht für jene, die sich dafür interessieren.

Anmerkungen zu den Meldungen und Fundstellen zur Berufsbildung

Die oben wiedergegebenen Texte - so meine ich - sprechen für sich selbst. Ich will hier nur ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen:

a) Das Sprichwort, das besagt, daß man Lehrgeld zahlen muß, weist ja nicht nur darauf hin, daß man für eigene Fehler büßen muß, sondern kann genauso gedeutet werden, daß man früher

wußte, das die Vermittlung von Wissen eine Leistung ist, die bezahlt werden muß. Hätten wir wirklichen einen Ausbildungsmarkt, der es erlaubt, einen kostendeckenden Preis zu realisieren, hätten wir auch keinen Lehrstellenmangel.

b) Die Drohung mit der Ausbildungsabgabe für Betriebe, die nicht ausbilden, aber einen Nutzen von den Ausgebildeten hätten, ist politischer Schwachsinn. Erstens würde eine solche Ausgabe die Bemühungen zur kostenmäßigen Entlastung der Unternehmen konterkarrieren und zweitens bezahlen Unternehmen den Nutzen, den sie von der Ausbildung ihrer Mitarbeiter haben über den Arbeitslohn. (Nach einer Meldung der HAZ vom 21. 5. 03, die sich auf die Süddeutsche Zeitung bezieht, plant die Bundesregierung eine Abgabe pro Betrieb und Jahr eine Abgabe von 5000 €.)

c) Die Schwächen der Berufsausbildung waren auch schon um 1900 bekannt, die Aussagen aus Rothschild's Taschenbuch für Kaufleute können auch auf andere Berufe übertragen werden. Das Lob auf das Duale System ist wie beim Lob auf unsere Verfassung eine reine Abwehrstrategie, Vertretung von Gruppeninteressen, also Ideologie (im Sinne unseres Sprachgebrauchs).. Außerdem ist das Duale System schon lange ein triales oder multibles Ausbildungssystem.

d) Die Aussage unter c) hebt den Wert der Praxiserfahrung nicht auf. Und ein duales System neuer Art macht durchaus einen Sinn. Die Vermittlung von Theorie und die Einübung von Handfertigkeiten im schulischen Bereich z.B. in einer Handwerkerschule, die von einer Innung oder von einem freien Bildungsunternehmen getragen wird. Die Praxiserfahrung dann durch Praktika im laufenden Betrieb nach Betriebserfordernissen und –möglichkeiten.⁵⁰ Der schulische Teil wäre vom Lehrling (Lehrlingseltern) zu entgelten, der Lohn für den Praktikanten richtet sich dann nach Angebot und Nachfrage, Begehrtheit der Praktikumsstellen und Leistungsfähigkeit des Praktikanten. In einer Situation der Vollbeschäftigung wird das Entgelt für den Praktikanten höher sein als in Zeiten der Unterbeschäftigung, weil die Unternehmen dann versucht sind, die Lehrlinge für die Zeit nach der Abschlußprüfung an den Betrieb zu binden.

e) Der Inhalt der Ausbildung sollte weder durch Gesetz noch durch die Kammer vorge-

50 Die Praktika sollten wegen des Einführungsaufwandes, den die Betriebe leisten müssen, nicht unter vier Wochen dauern. Auch ein Geselle oder Gehilfe, dem ein Praktikant beigeordnet wird, wird die notwendige Zuwendung nur dann aufbringen, wenn er irgend einen Nutzen von der zusätzlichen Belastung hat.

schrieben werden. Die Institution, die die Prüfung abnimmt, sollte nur sagen was sie prüft und wie sie bewertet. Die Prüfung selbst sollte nicht auf wenige Stunden mit dem üblichen Prüfungsstreß konzentriert bleiben, sondern eine oder zwei normale Arbeitswoche(n) unter normalen Arbeitsbedingungen umfassen.

f) Für die Abschlußprüfung sollte auch uninteressant sein, wo und wie die Kenntnisse und Fähigkeiten des Prüflings erworben wurden. Positive oder negative Vorurteile der Prüfer gegenüber Ausbildungsbetrieben oder Ausbildungswege sollten durch die Prüfungsverfahren neutralisiert werden.

g) Wichtig ist auch, daß der junge Mensch 1. aus mehreren Möglichkeiten aussuchen und 2. nach seinen Neigungen wählen kann. Wenn der Zugang zu den Ausbildungsplätzen über den Preis gesteuert wird, bedarf es keines Numerus clausus und keiner mahnenden Drohungen durch die Politik.

h) Auch die Entscheidung des jungen Menschen, keine Berufsausbildung zu machen, ist eine Bildungsentscheidung, die respektiert werden muß. Das Selbstwertgefühl und das Selbstvertrauen kann durch eine Arbeit als Hilfsarbeiter unter Umständen mehr gefördert werden als durch einen lustloses oder widerstrebend Über-sich-ergehen-lassen eines Bildungsganges ohne eigene bejahende Entscheidung. Sobald Bildungsmaßnahmen zu einer Bildungspresse werden, sind die Ergebnisse fragwürdig. Bildungsunlust oder Bildungsunfähigkeit aber mit einer Sozialhilfe zu fördern, deformiert den Charakter. Der junge (oder auch ältere Mensch) der sich gegen das Lernen entschieden hat - egal aus welchem Grund - muß wissen, daß die Alternative nur eine produktive Arbeit auf dem Niveau der bisher erworbenen Fähigkeiten ist. Soweit er gesund ist, muß er abends nichts zu beißen haben, wenn er tagsüber keine Leistung gebracht hat (Und andere diese diese Leistung als schenkende Nächstenliebe nicht für ihn erbringen wollen.). In einem System mit Bildungsguthaben erhält der Bildungsunwillige sein Guthaben nach Ablauf der Förderungszeit ausbezahlt. Er kann dann überlegen, ob er eine fehlende Bildung nachholt, sich einen Hausstand gründet, das Geld als Startkapital für eine Existenzgründung nimmt oder es (im Extremfall) versäuft. Wichtig ist, daß die jungen Leute vermittelt bekommen, Hilfsarbeit ist Arbeit, die sofort entlohnt wird. Bildungsarbeit ist Arbeit auf deren Entlohnung man in der Zukunft hoffen darf.

i) In dem jetzigen Ausbildungssystem ist die Vergütung für den Auszubildenden aus dessen

Sicht natürlich immer zu niedrig, aus der Sicht der Betriebe aber meistens zu hoch. Da aber die wirtschaftliche Situation und die Ausbildungsleistung der Ausbildungsbetriebe sehr unterschiedlich ist, ist es eine unglückliche Regelung, die Ausbildungsvergütung in Tarifverträgen festzuschreiben. Die Höhe der Ausbildungsvergütung sollte Ergebnis der Verhandlung zwischen Ausbildungsbetrieb und dem Azubi und dessen Eltern sein. Auch sollte man die alte Regel, die mir meine Frau - ihren Großvater zitierend - wieder in Erinnerung gebracht hat, bedenken: Im ersten Jahr kostet der Lehrling nur Geld, im zweiten Jahr ist er Kostenneutral und im dritten Lehrjahr bringt er vielleicht einen Überschuß.⁵¹

j) Die Berufswahl ist schon ohne Berücksichtigung der Ausbildungschancen für viele jungen Menschen ein Qual. Sie sollen ohne genaue Kenntnis dessen, was auf sie zukommt, an Hand von wenigen Beratungsgesprächen und einigen Informationsblättern eine Entscheidung für eine längere Lebensstrecke fällen. Es bleibt nicht aus, daß es zu Fehlentscheidungen kommt. Solche Fehlentscheidungen müssen ohne moralische Verurteilung korrigiert werden können und dürfen andere Bildungsgänge nicht verbauen.

j) Unter den erwachsenen Arbeitnehmern sind viel zu viele, die unter ihrer als sinnlos empfundenen Erwerbsarbeit leiden. Die Motivation zum Lernen leidet natürlich, wenn sich das Gefühl der Sinnlosigkeit schon in der Lehre einstellt oder wenn man sich unterwertig beschäftigt fühlt. In jedem Betrieb gibt es Arbeiten die langweilig, unangenehm sind oder als sinnlos erscheinen. Hier durchzuhalten muß auch geübt werden und es ist auch nicht gerecht zu erwarten, daß solche Arbeiten immer andere machen. Aber weder einen Auszubildenden noch einen ausgebildeten Arbeitnehmer sollte man bei der Ausübung einer problematischen Arbeit „verhungern“ lassen. Zu lernen, sich in angemessener Weise gegen Zumutungen zu wehren, gehört auch zur Ausbildung.

k) Arbeitslosigkeit, also eine unterbeschäftigte Volkswirtschaft, ist nicht nur eine Bedrohung für die direkt betroffenen Arbeitslosen und jene Arbeitnehmern, die noch in Arbeit sind, aber dadurch unter Druck gesetzt werden, sondern auch eine Bedrohung für eine sinnvolle Erziehung. Schon die Mahnung an die Adresse von Grundschulern: Du mußt lernen, sonst bekommst Du später keine Lehrstelle oder keinen Studienplatz, ist eine pädagogische Katastrophe und den Gesellschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern übel anzulasten. Aber auch die

51 Die HAZ vom 21. 5. 03 meldet, daß der Arbeitgeberverband NiedersachsenMetall die Kosten des ersten Lehrjahres der Ausbildungsbetriebe für zusätzliche Lehrstellen übernehmen will. Ein Auszubildender verdiene im ersten Lehrjahr 625 Euro monatlich. Mit Sozialbeiträgen mache das im Jahr 10 000 €.

Tatsache, daß Eltern ihre aufsässig gewordene Brut nicht einmal ernsthaft androhen können, sie vor die Tür zu setzen, damit sie ihren Lebensunterhalt selber verdienen könnten, ist eine Einengung pädagogischer Maßnahmen, weil es draußen keine Arbeit für junge Menschen gibt, von denen sie sich ernähren könnten. Man kann nur hoffen, daß von dieser familiären Situation viele Volkswirte betroffen sind.

l) So weit jugendliche Menschen auf Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe angewiesen sind, sollten die Zahlungen davon abhängig gemacht werden, daß sie sich in ein internationales Workcamp⁵² begeben. Eine solche Teilnahme bewirkt neben der Völkerverständigung eine Bewußtseins-erweiterung und setzt freie Lernprozesse in Gang. (Wenn unter den Rechtsradikalen die Jugendlichen mit niedrigem Bildungsniveau dominieren, dann hat das m. E. primär wenig mit ihrer mangelnde Bildung zu tun, als vielmehr, daß diese Gruppe von Jugendlichen es einer Situation großer Arbeitslosigkeit besonders schwer hat, als Person wahrgenommen zu werden und ohne gutbezahlte körperliche Arbeit ein Selbstwertbewußtsein aufzubauen. Viele von Ihnen würden vermutlich nicht mehr prügeln und gröhlen, wenn sie eine anerkannte Schutzfunktion für Schwache oder Fremde übertragen bekämen. Diese Übertragung ist natürlich nicht mit ein paar salbungsvollen Sätzen oder einem Info möglich. Diese Schutzfunktion muß sich in oder aus der Gruppenarbeit entwickeln, wobei die Gefahr, daß sie sich zu einem Herrschaftsinstrument verformen kann, nicht außer Acht gelassen werden darf. Das vom Erdbeben heimgesuchte Algerien wäre ein guter Einsatzort, weil der Reiz der Fremde, des Abenteuerlichen, die Wahrnehmung des Elend, das größer ist als das eigene und die Hilfe, die man leistet, sichtbar ist. Aber es gibt viele andere Einsatzorte, wo Selbsthilfe durch Hilfe für andere eingeleitet werden kann.

m) Wenn man die Gesetzgebungswut von demokratischen und totalitären Staaten messen könnte bzw. würde, dann käme vermutlich dabei heraus, daß keine großen Unterschiede festzustellen seien. Ich weiß nicht, ob da ein Rechtfertigungsdruck für die hohen Kosten der Volksvertretungen und der Regierungen dahinter steht oder die Fixe Idee, daß ein Problem dadurch aus der Welt geschaffen werden kann, wenn es in einem Gesetz benannt ist. Übersehen wird dabei, daß die Rechtsstaatlichkeit von Organen des Rechtsstaats torpediert werden. Gesetzestreue Bürger kann es natürlich nur geben, wenn die Bürger wenigstens eine blasse Vorstellung davon haben, was geltendes Recht ist. Diese Vorstellung können sie aber nicht mehr entwickeln, wenn spezialisierte Spezialisten des Rechts nicht einmal mehr für ihren

52 Das an die positiven Aspekte des Arbeitsdienstes, an die Arbeit des THW oder das Modell der Reisenden (Volks)Hochschule aus Dänemark etc. anknüpft

Spezialbereich den Überblick haben. Die Aussage gilt generell aber besonders für den Bildungsbereich. Klar ist: Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden. Wenn aber der zunehmende Paragraphenwald jeglichen Freiraum in der Erziehung eliminiert und jeder Ausbilder und jeder Lehrer, bevor er sich bewegt, schon mit einem Fuß im Gefängnis steht, ist eine sinnvolle pädagogische Arbeit nicht mehr möglich. Hätten Anton S. Makarenko (Der Weg ins Leben) oder Paulo Freire (Pädagogik der Unterdrückten) im Rahmen unserer Gesetzeslage arbeiten und lehren müssen, hätten sie vermutlich kapituliert oder wären im Gefängnis gelandet. Neulich war in der Zeitung zu lesen, daß man in Niedersachsen die Wiedereinführung geschlossener Erziehungsheime erwägt. Andern-orts soll die Eröffnung eines solchen Heimes daran gescheitert sein, daß kein Fachpersonals dafür zu finden sein. Ohne hier Sinn und Unsinn geschlossener Heim zu diskutieren, bei der Einengung pädagogischer Arbeit durch Gesetze, sollte jeder Erzieher einen weiten Bogen um geschlossene Heime machen. Vielleicht lautet der Ausweg: Drastische Reduzierung von rechtlichen Spezialklauseln und Beschränkung auf wenige Generalklauseln.



Einfügung aus einem anderen Text von mir:

Es ist auch auffällig, daß Menschen, die sich die Erziehung oder die Schule in der Vergangenheit oder Gegenwart zum Thema wählten, sich meistens auch mit der Gesellschaft als ganze auseinandergesetzt haben bzw. auseinandersetzen. Ein Beispiel: Ich habe willkürlich „Pestalozzi der Rebell“ von Schliephacke aufgeschlagen, erwische die Seite 39 und lese:

...“Zuchthäuser, Gefängnisse usw. sollen eine zurückführende Schule der verirrtten Menschen sein, wo er bereits Einsichten und Rechttun üben kann; denn auch hier werden 'alle Fähigkeiten des Menschen entwickelt durch das Mittel ihres Gebrauchs' und nicht durch gute Redensarten. So wird der große Menschenfreund der erste Kriminalpsychologe.
Statt immer nur neue Gesetzesparagrafen zu schaffen, mit denen man die 'Staatsmännerschlechtlichkeit' oft nur verdecken wolle, fordert er die Schaffung wirklich menschenwürdiger Lebensverhältnisse; denn 'der Mensch ist gut und will das Gute, er will aber zuallererst auch wohlsein.' Pestalozzi wußte nicht von dem bekannten Spruch des östlichen Weisen: Je mehr Gesetze im Land, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King.)“



o) Als letztes möchte in dem Themenbereich Berufsbildung auf die Frage eingehen, ob einer hochgradig spezialisierten oder einer breit angelegten Berufsausbildung der Vorzug zu geben ist. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft, in der bei Ausbildungsbeginn schon feststeht, daß bestimmte Fähigkeiten am Ende der Ausbildung reichlich nachgefragt werden, hat die hochspe-

zialisierte Ausbildung den Vorteil, daß bei Arbeitsantritt nur eine geringe Einarbeitungszeit nötig ist, der Lohn kann höher sein, als bei jemanden, der nach einer Ausbildung eine lange Einarbeitungszeit benötigt. Und der Spezialist kann sich schneller weiter spezialisieren als einer, der am Ende einer Ausbildung ein Generalist in einer Sparte ist. Von der Persönlichkeitsentwicklung, von der Unsicherheit des künftigen Arbeitsmarktes und von der Tatsache hergesehen, daß weder die Weiterentwicklung der beruflichen Neigungen und der sich ergebenden Chancen für eine selbständige Existenz im Voraus geschaut werden können, würde ich immer für eine breitangelegte Ausbildung plädieren. Es ist sicher sinnvoller in Zukunft in Kernberufen auszubilden. Diese Abschlüsse könnten dann die Ausgangsbasis für relativ leicht zu erwerbende weitere Berufsfähigkeiten sein.

In diesem Zusammenhang muß ich auch kurz die Arbeitsteilung ansprechen. Wir wissen, daß die Effektivität durch die Arbeitsteilung gesteigert wird. Wir können die Arbeitsteilung aber auch so hochgradig entwickeln, daß sie die Menschen in ihrer Persönlichkeit deformiert oder krank macht. Besonders zu Zeiten der Alternativbewegung ist die Frage erörtert worden, ob wir die Arbeitsteilung nicht aufheben können. Karl Marx konnte sich offensichtlich eine gesellschaftliche Entwicklung vorstellen, in der das möglich ist. Ich denke aber, wir würden dabei verarmen. Was möglich ist, daß wir nacheinander ganz unterschiedliche Tätigkeiten ausüben können ohne die Arbeitsteilung als solche aufzuheben. Mir persönlich geht es so, wenn ich denkend schreibe, dann sperrt sich in mir alles gegen handwerkliche Tätigkeiten. Umgekehrt arbeite ich an einem Werkstück in der Werkstatt, dann fällt mir jede Zeile schwer. Unterscheiden von dem Thema Aufhebung der Arbeitsteilung sollten wir das Thema kompensierende Arbeit. Beispiele aus der konkreten Lebenssituation: Wenn ich mehrere Stunden am PC meinen Kopf angestrengt habe, dann ist es eine Störung, die letztlich eine Erholung ist, wenn ich endlich den Abwasch mache, die Stube fege oder den Rasen mähe. Wenn meine Frau von der Arbeit (am PC und am Telefon mit einer hochgradig spezialisierten Kommunikation) nach Hause kommt, dann hat sie einfach ein starkes Bedürfnis, sich gestaltend im Garten zu betätigen. Bei Gesell las ich einmal die Bemerkung: Da es fast unmöglich, aber wenigstens ungesund wäre, wenn Studenten den ganzen Tag nur lernend Stoff in sich aufzunehmen würden, wäre es durchaus gesund, wenn sie mit ein paar Stunden Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt selbst verdienen würden. (Außerdem würden sie sich dann nicht so weit von den Realitäten fort entwickeln.) Mir ist in diesem Zusammenhang wieder ein Beitrag von Reinhard Franzke in Erinnerung gekommen, den ich im Anhang III wiedergebe. Der Titel lautet „Plädoyer für die Abschaffung des Monopols der Berufsarbeit und der Berufsausbildung. Es ist eine Veröffentlichung im Rahmen der Hochschultage der Uni Hannover von 1982.“⁵³

53 Reinhard Franzke war zu der Zeit Dozent an der Universität in Hannover. Er verstand sich als Marxist.

8. Merkposten



8.1 Ein Präsident der USA erinnert uns

Auf der Suche nach einem alten eigenen Informationsblatt zum Thema Abrüstung und Arbeitslosigkeit blieb mein Blick auf einem Info von mir zum Kongreß ZUKUNFT DER Arbeit vom 8. - 10. Okt. '82 10. hängen. In einem „Kasten“ habe ich einen Text (ohne Quellenangabe) von Abraham Lincoln (16. Präsident der USA, 1861 – 65) einkopiert, den es lohnt nach hier zu übertragen, damit er die Diskussion um die Agenda 2010 anreichert.

Da die Arbeit eine gemeinsame Last unserer Rasse ist, so ist der Versuch, diese Last auf die Schultern des andern zu schieben, der große, ewige Fluch unserer Rasse. Da die meisten guten Dinge durch Arbeit erzeugt werden, so folgt, die sollten denen gehören, deren Arbeit sie erzeugt. Trotzdem haben zu allen Zeilen einige gearbeitet und andere faul einen großen Teil der Früchte genossen. Das ist ungerecht und sollte nicht so weitergehen. Jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit zu schaffen, das ist ein Ziel für jede gute Regierung.

Abraham Lincoln

Wie sich bei unserer Begegnung herausstellte, war er in Berlin Schüler des Freiwirtes und Ur-Gründers der Grünen Georg Otto. Otto hatte die Freiwirtschaft noch zu Zeiten der SBZ (Sowjetische Besatzungszone) - wie auch andere - in einer Informationsnische entdeckt, die von der Zensur übersehen wurde. Nicht alle konnten ausweichen. Bautzen und Sibirien waren dann die Stationen. Wilhelm Schulte (Brennpunkt Berlin - Die kommende Freistadt, 1961) der von Ostberlin nach Westberlin wechselte, kam vom Regen in die Traufe. Seine Existenz wurde ihm vom Verfassungsschutz kaputt gemacht. Richterliche Freisprüche nutzten ihm wenig.

Bei dieser Schilderung ist mir die Frage gekommen, ob die Partei sich irgendwann in irgendeiner Form einmal bei Georg Otto für seine Initiative und seine jahrzehnte lange Arbeit für die Grünen bedankt hat. Ich glaube nicht.

8.2 Mahnungen und Fragen aus der Vergangenheit

Meine Einleitung im Info zum Kongreß Zukunft der Arbeit Okt. 1982 lautet:

Unsere Zusammenkunft soll Wege aus der Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung aufzeigen. Dies kann nur gelingen, wenn es uns gelingt, ein entspanntes Lernklima herzustellen und Kampfstimmungen um Anerkennung des richtigen Weges wie auf Parteiveranstaltungen zu vermeiden.

Den unterschiedlichen Wegen, die aus der Arbeitslosigkeit führen sollen, liegen unterschiedliche Analysen und Theorien zugrunde. Dies muß man anerkennen und bejahen, sonst fruchtet unsere Arbeit nicht.

Das ist eine einfache Empfehlung, die offensichtlich aber die meisten Zeitgenossen, die sich um eine bessere Ökonomie bemühen, überfordert. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde auch auf diesem Kongreß mit abwertenden Bemerkungen wie: das ist doch marxistisch, daß ist doch CDU-Ideologie oder das riecht doch nach Gesell, die eigene Position eifersüchtig verteidigt. Der Begriff Neo-Liberalismus spielte damals wohl noch keine große Rolle.

Auf meinem Info zum Kongreß zur Zukunft der Arbeit in Bielefeld (?) weise ich auch auf den bundesweiten Arbeitslosenkongreß im Dezember 1982 in Frankfurt hin. In meinem Info zum Arbeitslosenkongreß heißt es u.a.:

Boisguillebert, der von 1646 bis 1714 in Frankreich lebte und lehrte, forderte bereits damals ein Geld, das unter allen Umständen seine Tauschfunktion (als Voraussetzung der Vollbeschäftigung) ausübt. Er sprach vom notwendigen Geld als perpetuum mobile, eine Formulierung, die Karl Marx übernahm.

Vorher und nachher habe ich auf diesem Info Zitate von Silvio Gesell und Karl Walker gebracht, die ich in erweiterter Form nachfolgend wiedergebe.

Die Zitate von Gesell stammen aus „An die Überlebenden - Gedanken Silvio Gesells“ Eingeleitet und gesammelt von Friedrich Salzmann, Bern 1945. Gesells Haltung zur eigenen Person könnte man so ausdrücken: „Mich könnt Ihr vergessen! Wenn Ihr Euch selber helfen wollt, vergeßt, nicht, was ich herausgefunden habe.“

AN DIE WELT

AN DAS DEUTSCHE VOLK

1917:

Ihr werdet schon sehen, was aus einer Demokratie wird, wenn die Majorität, wie es bei uns der Fall ist, sich von den Phrasenhelden in Staatsangelegenheiten leiten läßt Die Demokratie ist kein billiger Basarartikel, sie kann nur dann ein Staatswesen zur Blüte bringen, wenn sich das ganze Volk der Mühe unterzieht, die Staatsangelegenheiten gründlich zu studieren. Und diese Arbeit wollen sie sich sparen; sie sitzen lieber Im Wirtshaus und ziehen die alkoholische Lösung jeder gründlichen Analyse vor.

1918:

Mit dem Sündenbock, den wir nach Holland geschickt haben, ist es nicht getan.

Trotz dem heiligen Versprechen der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz dem Ruf der Millionen: «Nie wieder Krieg», entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß Ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich «ehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz den großen Kriegsverlusten rasch erfolgen und durch ein Ueberangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: «Arbeit-suchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen». Wie zu alten Zelten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Gift-pflanze Uebernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Dieses Zitat von Gesell ist in letzter Zeit häufiger im Umlauf. Es kann aber nicht schaden, weil

es wichtig ist, Fehler im System jedoch nicht in den Menschen zu suchen, die unter den Systemfehlern leiden. Das nächste Zitat ist von Karl Walker aus dessen Buch „Das Problem seiner Zeit und seine Meisterung“, erste Auflage Herbst 1931. Ich zitiere aus der dritten Auflage vom Januar 1932. Walker hatte als Buchbinder Texte von Gesell in die Hand bekommen und gelesen, war nach Berlin gezogen, um der Quelle seiner neuen Erkenntnisse näher zu kommen. Walker ist Gesell aber nicht mehr begegnet, weil dieser am 11. März 1930 an einer Lungenentzündung gestorben ist. Erstaunlich ist an Walker, daß er - nur ausgestattet mit einer Handwerkslehre und den vier Grundrechenarten - sich in kurzer Zeit ein ökonomisches Wissen angeeignet hat, das sich mit denen von Wirtschaftswissenschaftlern messen konnte. (Sein umfangreiches schriftstellerisches und wissenschaftliches Werk, das er hinterlassen hat, beweist es.) Seine Situation war damals in Berlin nicht rosig. Wie so viele von der Entlassung bedroht, fragte er sich, wer denn die Menschen darüber aufklären würde, daß sie völlig unnötig leiden würde. Diese Frage verdichtete sich in ihm so, daß er zu sich selber sagte: „Du mußt die Leute aufklären.“ Er lies sich ohne Zusage, daß er wieder in den Betrieb einsteigen könnte, unentgeltlich beurlauben und schrieb „Das Problem ...“ Wer das Buch heute liest, kann den Eindruck gewinnen, als hätten wir auf die Ökonomie bezogen über 70 Jahre auf der Stelle getreten. Walker gehörte zu denen, die im Krieg schon über die Zeit nach dem Krieg nachgedacht haben. Er war immer ein eigenständiger Kopf und für die SPD im Stadtrat. Seine schriftstellerische Arbeit hat er nebenberuflich geleistet. Als er 1965 - auf mein Drängen hin - in der AWP sein volkswirtschaftliches Planspiel demonstrierte, löste das dort nicht die wissenschaftliche Neugier aus: „Was weiß er, was wir nicht wissen?“, sondern die Frage: „Wie können wir ihn am besten 'abschießen'?“ Hinter diese Haltung stand keine Bössartigkeit, sondern es ist eine Fehlhaltung, die leider nicht auf die Politik begrenzt ist.

Kurz vor dem folgenden Zitat beklagt Walker das begrenzte Verständnis für die Währungsfrage, die sie nur für eine von vielen Problemen wahrnehmen können.

*... Das soziale Verhängnis der Klassenspaltung, die Verelendung des besten, des schaffenden Volksteils, die drohend anwachsenden Arbeitslosenheere, all das sind Wirtschafterscheinungen, die aus den Grundfehlern des herrschenden Wirtschaftssystems entspringen.
Einer dieser Grundfehler liegt im Geldwesen.*

In Deutschland sind nun schon seit Jahren 2 ½ bis 4 ½ Millionen Menschen arbeitslos, werden also von der Wirtschaft als überflüssig abgestoßen, während sie gleichzeitig, kümmerlich von den noch im Erwerb stehenden mitunterhalten, in Mangel und Not leben; bedenken wir, daß diese Menschen ihre Bedürfnisse doch alle selbst

decken könnten - es sind alle Berufe vertreten - wenn sie nur arbeiten dürften. Warum dürfen und können sie aber nicht arbeiten ? Es sind Bedürfnisse da, riesengroße; es sind Menschen da, arbeitswillige Menschen. Millionen, und es sind auch Rohstoffe. Baustoffe, Lebensmittel in Hülle und Fülle da; der Segen der Natur ist doch so reich, daß man Staudämme gegen eine Überschwemmung aus fremdem Gebiet zu errichten für nötig hält. Und doch bestehen Hunger, Elend, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Diese Zustände sind nicht auf den verlorenen Krieg zurückzuführen. Auch andere Länder leiden unter denselben Erscheinungen; England z. B. hatte zeitweise eine verhältnismäßig noch höhere Arbeitslosigkeit als wir; und England hat keinen Krieg verloren! Es handelt sich hier um mehr als nur um Nachwehen des Krieges. Das Problem ist international und uns auf alle Fälle schon längst über den Kopf gewachsen. Die Hilflosigkeit der Führer und das vollständige Versagen aller bisherigen Methoden einschließlich der marxistischen ist nicht zu verkennen.

Diese Hilflosigkeit kann nur aus einem Mangel an wirtschaftlichen Erkenntnissen erklärt werden. Die Politiker aber betrachten die Lösung des Wirtschaftsproblems als eine Machtfrage; sie sehen nicht, daß die Störungen der Wirtschaft von Unterbrechungen der Zirkulation ausgehen, die nicht durch obrigkeitliche Erlasse verhindert werden können. Sobald der Austausch der Güter und Leistungen wegen ungenügender Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln stockt, häufen sich Güter, die keinen Absatz finden und mehren sich Arbeitskräfte, die brachliegen müssen. ... (S. 30 f.)

8.3 ABM für das Militär

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17. / 18. Mai 2003 berichtet unter der Schlagzeile:

Strucks Befehl für die Truppe: Krisenentsätze in der Welt

... Die Bundeswehr wird umstrukturiert und als „multifunktionale Einsatzarmee“ auf den weltweiten Einsatz gegen den Terrorismus ausgerichtet. Entsprechende Pläne - festgeschrieben in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) - will Verteidigungsmister- Peter Struck (SPD) am Mittwoch im Kabinett vorlegen. Danach entspricht die herkömmliche Landesverteidigung nicht mehr den sicherheitspolitischen Erfordernissen. Sie wird von der internationalen Krisenbewältigung als oberste Aufgabe der Bundeswehr abgelöst. Ferner sollen die Streitkräfte zur Terrorbekämpfung im Inland eingesetzt werden können. Die neuen Richtlinien, die dieser Zeitung vorliegen, bauen - auch aus finanziellen Gründen - auf eine engere Kooperation mit den Bündnispartnern.

Die Frage, auf welche Fähigkeiten die Bundeswehr künftig verzichten soll, bleibt in den VPR unbeantwortet. Angaben über den Umfang der deutschen Streitkräfte sind gleichfalls nicht in den 22 Seiten umfassenden Richtlinien zu finden. Die Beibehaltung der Wehrpflicht wird als „unabdingbar“ bezeichnet, doch bleibt offen, ob ihre Dauer verkürzt werden soll-“ ...

Nun kann man durchaus argumentieren. Leben ist Wandel; was sich nicht wandelt, kann nicht leben. Unsere Gesellschaft hat ja ein Gutteil ihrer Probleme dadurch, daß sie nicht im Stande war, ihre Ihre Institutionen (im rechtlichen und soziologischen Sinn) zu überprüfen und zu verschrotten oder zu erneuern. In sofern ist es ja erfreulich, wenn ein Minister und der Apparat, der hinter im steht, sagt: Wir haben geprüft und festgestellt, daß ein Änderungsbedarf vorliegt?

Die Kehrseite der Medaille in diesem Fall ist:

a) Der Minister Peter Struck erläßt eine Richtlinie für die Bundeswehr, die eindeutig gegen den Artikel 87a verstößt.⁵⁴ Hier zeigt sich, daß unser sogenannter Verfassungsschutz ein ganz gewöhnlicher Geheimdienst ist, der die Parteienherrschaft zu sichern hat und nicht die Demokratie. Wäre es anders, hätte er im Parlament und vor der Presse die Alarmglocken läuten müssen. Den Vorgang muß man dem Verteidigungsminister nicht einmal als zu stark anlasten. Wir hatten auch schon einmal einen Bundeskanzler, der gesagt hat, er könne nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen. Aber wenn die Fraktion von Bündnis 90 DIE GRÜNEN - bei der man noch die stärksten pazifistischen und bürgerrechtlichen Elemente vermuten kann - den Vorgang verschläft oder aus Koalitionsdisziplin übergeht, dann armes Deutschland, bist du wirklich von allen guten Geistern verlassen.

Eine neue Aufgabe der Bundeswehr, die Terrorbekämpfung im Inland? Eine Ergänzungsmaßnahme der Notstandsgesetze? Ich selbst war bei den Demonstrationen in Bonn gegen die Notstandsgesetze dabei. Ich könnte so aus dem Gedächtnis keinen Paragraphen oder Artikel benennen. Ich vermute es geht 90% der Mitglieder des Bundestages genauso. Es ist aber wichtig, was für Paragraphenwerke politische Herrschaft in Krisensituationen aus der Schublade ziehen kann, um den Freiheitswillen der Bürger zu fesseln. Außerdem kann man aus einer solchen neuen Einsatzbestimmung der Bundeswehr schließen: Der Staat sieht sich nicht mehr in der Lage, eine gesellschaftliche Situation zu vermeiden, in der es zum innerstaatlichen Terror kommt. Von der Logik her betrachtet kann ja mit „Terrorbekämpfung im Inland“ nicht ein Angriff von außen gemeint sein, daß wäre ja ein Verteidigungsfall. Und wenn ein paar Dutzend oder auch paar Hundert Ausländer sich hier als Terroristen entpuppten, wäre das ein Fall der Polizei. Also muß man wohl Terrorbekämpfung mit „Einsatz im Bürgerkrieg“ übersetzen.

Da der Bundeswehr der Feind abhanden gekommen ist, kann man die ganzen Aktivitäten des

54 Ich habe die Ausgabe des GG von 1997 (dtv) vor mir liegen. Es kann ja sein, daß der Artikel schon wieder geändert wurde, ohne daß ich es mitbekommen habe. Das GG darf ja ganz nach Belieben, der Tagespolitik entsprechend, geändert werden. Wer es anders sieht, ist ein naiver Idealist. Oder?

Verteidigungsminister auch als Rettung einer riesigen ABM für die Bundeswehr ansehen. Für die SPD ist es allemal besser, Massen von Arbeitnehmern mit hauptberuflichen und wehrpflichtigen Soldaten vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, als in den Reihen der unzufriedenen Arbeitslosen zu sehen.

Nun kann man nicht leugnen, daß es in der Welt erhebliche Spannungen gibt. (Siehe auch unter 8.11.) Vordergründig geht es um Religion, Nationalität und Autonomiebestrebungen. Meistens sind aber die wirklichen Gründe ökonomischer Natur. Was kann aber die Bundeswehr zur Auflösung solcher Spannungen beitragen. Ja, sie kann in einer heißen Phase eines Konfliktes vielleicht die kämpfenden Parteien auseinanderhalten. Aber in wessen rechtlich und moralisch einwandfreien Auftrag soll sie eingreifen? Will Deutschland ein zu den USA konkurrierender Weltpolizist aus eigenen Gnaden werden? Soll Deutschland ein Hilfssheriff der USA werden. (Aber Achtung! Der Sheriff ist ein Wahlbeamter.)

Die ganze Hilflosigkeit und Inkonsequenz deutscher Militärpolitik zeigt sich auch darin, daß man an der Nato festhalten will. Durch die Existenz der erweiterten Nato fühlt sich Rußland aber gezwungen, daß Militärische im eigenen Land wieder stark zu machen. Die Staaten der südlichen Halbkugel, können die Nato mit seinem riesigen Potential an Material und Menschen wenn nicht als direkte Bedrohung, so doch nur als Ursache eines starken Unbehagens ansehen. Die UNO wird durch die Existenz der NATO daran gehindert, eine wirksame Rolle als Weltpolizist zu entwickeln. Und letztlich leidet die Entwicklung Europas darunter, daß sie in Bezug auf das Militärische keine wirkliche Selbstbestimmung hat. Also wäre vor der Neuorientierung der Bundeswehr erst einmal die Bündnisfrage zu klären. Es fehlt den deutschen Politikern der Mut, den us-amerikanischen Freunden zu sagen: Wir sind eine lange Strecke einen gemeinsamen Weg gewandert. Vor uns liegt eine Weggabelung. Unsere Wege trennen sich. Unsere Freundschaft bleibt. Wir bleiben in Verbindung. Wir haben Handys in der Tasche.

Die Neuordnung der Bundeswehr könnte dann so aussehen, ein Kontingent wird ausgebildet für den Einsatz durch die UNO, ein weiteres für eine europäische Armee zur Verteidigung der europäischen Außengrenzen und ein drittes für die Verteidigung der deutschen Binnengrenzen. Alle Truppen werden dann multifunktional ausgebildet und erhalten Abteilungen der nichtmilitärischen Verteidigung (Abwehr). Multifunktional heißt für mich. Nicht nur traditionell militärisch einsetzbar, sondern auch deeskalierend mit zu entwickelnden Instrumenten der gewaltlosen Gewalt und als Katastrophenhelfer. Die Luftwaffe und die Marine würden dann so ausgebildet und ausgerüstet, daß sie für alle drei Sektionen eine unterstützende Aufgabe über-

nehmen könnten. Ich gehe davon aus, daß diese neue Aufgabe von Berufssoldaten übernommen werden sollte, die durch Freiwillige auf Zeit ergänzt werden.

Statt der Wehrpflicht kann man einen gesellschaftlichen Grunddienst von einem halben Jahr einführen, der für alle Berufsausbildungen als Praktikum angerechnet wird und so attraktiv gestaltet wird, daß er ohne Zwangsverpflichtung auskommt und zur Ehrensache wird. Der Dienst sollte für junge Männer und Frauen sein. Eine Tauglichkeitsprüfung sollte nur vor der Vermittlung bestimmter praktischer Übungen erfolgen, wo sie angeraten erscheint. Die Vermittlung von theoretischen und praktischen Kenntnissen sollte in Pflicht- und Wahlfächer aufgeteilt werden. Im theoretischen Teil gehört auch die Vermittlung der Geschichte von Kriegen und ihre Erklärungsversuche und die der Idee von der Demokratie, ihren Wandlungen und Ausdrucksformen. Im Praktischen Teil wären Erste Hilfe, Übungen für den Katastropheneinsatz und Grundkenntnisse für die militärische und nichtmilitärische Verteidigung angesagt. Die musischen, die sportlichen und abenteuerlichen Elemente sollten für eine bejahende Einstellung zu diesem Dienst nicht zu kurz kommen. Aus diesem gesellschaftlichen Grunddienst könnte die Berufsverteidigung dann auch ihren Nachwuchs anwerben.

Mit diesen Überlegungen wurde aber noch nicht die demokratische Legitimationsfrage angesprochen. Ich denke, ein solcher Wechsel der Verteidigungsaufgabe muß nicht nur grundgesetzlich abgesichert werden, sondern gehört auch nicht mehr in die Kompetenz eines repräsentativen Parlaments mit eingeschliffenen Denkmustern, sondern muß Gegenstand eines Volksentscheides sein. Die Entscheidung über den gesellschaftlichen Grunddienst sollte - wenn er als Zwangsveranstaltung eingeführt werden soll - den 14- bis einschließlich den 40jährigen überlassen werden. Die einen, weil sie ihn künftig leisten sollen, die anderen, weil sie dafür arbeiten sollen.

Nachtrag: Nun gibt es ja auch Einwände gegen die Aufhebung der Wehrpflicht von den Wohlfahrtsverbänden, weil sie dann nicht mehr auf den kostengünstigen Dienst der Zivildienstleistenden zurückgreifen können. Nun, die Wehrpflicht wurde nicht eingeführt, um der kommerzialisierten Nächstenliebe billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Die Wohlfahrtsverbände sollten sich darauf einstellen, daß ihr Bestand an hauptberuflichen Mitarbeitern aufgestockt wird. Es ist immer noch sinnvoller, Pflegekräfte über Steuermittel zu finanzieren, als die Arbeitslosen. Außerdem können die Wohlfahrtsverbände den ehrenamtlichen Dienst für junge Menschen so

attraktiv machen, daß sich genügend Freiwillige dafür melden. Die erforderliche Steigerung der Attraktivität liegt weniger im materiellen, als viel mehr im emotionalen und geistigen Bereich.

8.4 Die blamierte Friedensbewegung

Meldungen wie „... Bundeswehr muss noch mehr Standorte schließen“ bewirken Schlagzeilen wie „Wir werden das Armenhaus der Republik / Landesregierung und Kommunalpolitiker fürchten Schließung des Fliegerhorstes Upjever“. Da ist es dann ein Grund zu jubeln, wenn es heißt: „Militär-Airbus schafft 10 000 Arbeitsplätze“

„Verteidigungsminister Peter Struck hat sich erleichtert gezeigt, dass die Beschaffung des Airbus 400M nach jahrelangem Tauziehen mit der Opposition jetzt beschlossene Sache ist. ... Die Beschaffungskosten in Höhe von 8,3 Milliarden Euro nannte er 'angesichts der Bedeutung des Projekts angemessen'. ... Die Vereinbarung, dass bei Lieferung gezahlt werde, entlaste den Verteidigungshaushalt ... Ausschlaggebend sei letztlich gewesen, dass Deutschland dringend eine eigene Lufttransportkapazität brauche, um den neuen Anforderungen bei Auslandseinsätzen gerecht zu werden. ... Struck erwartet durch den Bau des Airbus rund 10000 neue Arbeitsplätze in Deutschland. „ ... (HAZ vom 23. 5. 03)

Man muß sich die Situation selbst verdeutlichen, um den Wahnsinn mit Methode zu verstehen. Nach dem zweiten Weltkrieg, waren es besonders die Städte und Gemeinden, die unter der Bombardierung, die auch aufgrund der vorhandenen Militärstandorte erfolgten, die schworen nie wieder Militärstandort. Als dann die Entwicklung des zivilen wirtschaftlichen Sektors nicht so verlief, wie man sich das gewünscht hatte, weichte die Front der Gegner einer Wiederaufrüstung und der Militärstandorte in der eignen Gemeinde sehr schnell auf. Man erlag dann gerne der Verlockung durch Fördermittel aus Bonn. Die Militärstandorte wurden zu einem Wirtschaftsfaktor der betreffenden Gemeinden. Und nun bricht das Bedrohungspotential zusammen, daß all den Aufwand für die Verteidigungsmaßnahmen rechtfertigen mußte. Der Wegfall der äußeren Bedrohung wird zu einer wirtschaftlichen Bedrohung im Inneren. Damit die Gefahr, die darin besteht, daß nicht nur einzelne Gemeinden unter dem Wegfall der äußeren Bedrohung leiden müssen, sondern der ganze militärisch-industrielle Komplex, der durch eine Implosion zu einer Bedrohung unseres Staates werden könnte, muß ein neues Bedrohungsszenario konstruiert werden. Womit könnte man die Anschaffung der Airbus 400M, die 8,3 Milliarden kosten und dessen Nichtanschaffung, dem Finanzminister Erleichterung verschaffen würden, auch sonst begründen. Allein um die Anschaffung des Airbusses 400M rechtfertigen zu können benötigen wir die abstrakte Größe: Internationaler Terrorismus. Wenn sich nicht von selbst Verzweifelte und Verblendete einfänden, die zur Bombe greifen, dann müßten unsere Geheimdienst eben ein Förderungsprogramm auflegen. Man beachte auch „Zahlung bei Lieferung“. Bei Serienprodukten ist es doch der Normalfall. Zur Steigerung der Attraktivität

des Rüstungsgeschäftes in diesem Wirtschaftssektor offensichtlich nicht.

Für die Friedensbewegung (Oder ist es richtiger von einer Friedenserstarrung zu sprechen?) ist der Vorgang blamabel. Da ist ein dauerhafte Friede -wenigstens in einer Region der Welt - greifbar, und dann wird dieser unmöglich, weil nicht die ökonomischen Voraussetzungen für den Frieden geschaffen wurden. Der Vorgang ist aber auch für Die Grünen kein gutes Zeugnis, denn die Fragen der freiwirtschaftlichen Gründungsgruppe nach den ökonomischen Voraussetzungen für den Frieden in den ersten Jahren der Existenz der grünen Partei wurden besonders von den Linken vom Tisch gewischt. Bei mir habe ich noch ein Info aus dem Jahr 1983 mit dem Titel „Frieden schaffen! Aber wie?“. Es befindet sich im Anhang III. Georg Otto hat sich damals bereits nach Ansprechpartnern außerhalb der Grünen umgesehen, weil wir in der Partei auf taube Ohren stießen.

Es ist nicht so, daß man sich innerhalb der Friedensbewegung keine Gedanken um die Ökonomie gemacht hätte. Da die Planwirtschaft aber wegen ihrer Rationalität als das Friedensförderungsprogramm gesehen wurde, aber nicht das kriegerische im System der Zentralverwaltungswirtschaft sehen wollte, sind letztlich die ökonomischen Bemühungen der Friedensbewegung ins Leere gelaufen. Die Rationalität und die ständige Konfliktlösung in kleinen Schritten im System der Marktwirtschaft konnte man nicht erkennen, vermutlich weil die real existierende kapitalistische Verformung der Marktwirtschaft diese Sicht versperrte. Bei einer solchen Voreinstellung ist es natürlich sehr schwer, für eine Friedenswirtschaft auf marktwirtschaftlicher Basis zu werben.

8.5 Mit Zuckerbrot und Peitsche / Bürger wollen Reformern

In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 23. Mai 2003 war folgendes zu lesen:

Mit Zuckerbrot und Peitsche gegen die Arbeitslosigkeit Grüne legen Konzept vor / Keine Hilfen bei Schwarzarbeit

Berlin (kne). Mit Zuckerbrot und Peitsche sollen Langzeitarbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfebezieher wieder in Arbeit gebracht werden. Die Grünen-Fraktion hat unter dem Titel „Solidarität in Bewegung - Chancen für alle“ ein Konzept entwickelt, das Bezieher des geplanten „Arbeitslosengeldes II“ bei der Suche nach Arbeit fest an die Hand nimmt. Wer sich der Hilfe nachweislich verweigert, soll künftig statt des Arbeitslosengeldes nur noch eine Unterstützung für Wohnen, Nahrungsmittel und Kleidung erhalten. Das schließt auch die Möglichkeit der Sachleistung für diese Grundbedürfnisse ein. Bei nachgewiesener Schwarzarbeit soll auch diese Leistung gestrichen werden.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckart, und die Sozialexpertin der Fraktion, Thea Dückert, räumten dem Konzept gute Chancen auf Verwirklichung ein. Im

Prinzip entspreche es auch den Vorstellungen von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).

Die derzeitigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe und arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sollen künftig einen einheitlichen Anspruch auf das Arbeitslosengeld haben. Während diese Personen bei der Arbeitssuche heute weitgehend auf sich allein gestellt sind, sollen die den Arbeitsämtern nachgelagerten neuen Job-Center für diese Gruppe zuständig sein. Die Job-Center sollen in Eigenverantwortung handeln. Dazu gehört die Festlegung, ob die Unterstützung bei Verweigerung von Arbeit nur in Form einer Sachleistung gewährt werden soll. Die Job-Center schließen mit den Beziehern von Arbeitslosengeld Verträge, ob sie zum Beispiel für ein bis zwei Jahre in Eigeninitiative einen genau beschriebenen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt suchen. Im zweiten Jahr müssen die Erfolgsaussichten nachgewiesen werden.

Darüber hinaus sollen die Job-Center Arbeitsaufnahmen in Fortbildung, Gründung von Ich-AGs oder ehrenamtlichen Tätigkeiten anbieten. Das soll durch anrechnungsfreie Zusatzverdienste und höhere Rentenbeiträge belohnt werden. Ziel sei, sagten die beiden Politikerinnen, jedem ein persönliches Angebot, passend zu seinen Fähigkeiten, zu machen. Jahr für Jahr seien Milliarden in die Arbeitslosigkeit investiert worden. Die Grünen wollten, dass dieses Geld in Angebote für Beschäftigung fließt.

Die dem Artikel beigelegten Portraits von Thea Dückert und Katrin Göring-Eckart sind mit „Grüne Vordenker“ betitelt. Ich kann die Vordenkerinneneigenschaften dieser beiden Frauen nicht beurteilen, weil Ergebnisse aus ihrer Gedankenproduktion noch nicht bis zu mir durchgedrungen sind. Aber jeder weiß ja, daß alle die sich um eine politische Kommunikation bemühen, nur einen kleinen Teil dessen mitbekommen, was gesagt und geschrieben wird. Außerdem kann es noch Differenzen geben zwischen dem, was gesagt wird, und dem, was berichtet wird.

Wer in die Anlage III in den Abschnitt *Der Dritte Weg - Soziales Netz* schaut, kann dort unter „Sozialhilfe“ c) lesen, daß, diese nicht so hoch sein darf, „daß der Anreiz für eine selbstverantwortete Versorgung verloren geht und d) daß Leistungen an Arbeitslose, deren Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung erloschen sind, nicht ohne Gegenleistungen gewährt werden (Einsatz dieser Arbeitslosen für Gemeinschaftsaufgaben, die sonst nicht erledigt würden).“ Das habe ich 1980 u.a. für die freiwirtschaftliche Gründungsgruppe formuliert. Das ist „Sozialdarwinismus“ tönte es aus der Partei. Wir waren aber - und das wurde nicht zu Kenntnis genommen - davon ausgegangen, daß vorher ein genügend großes Angebot von Arbeitsmöglichkeiten im regulären Markt zu schaffen seien. Wir haben nicht, wie aus dem obigen Artikel abzuleiten ist, Ursache und Wirkung verwechselt. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, weil es Langzeitarbeitslose gibt, sondern es gibt Langzeitarbeitslose, weil es eine Arbeitslosigkeit gibt. Bei einem gegebenen Arbeitsvolumen kann die durch Druck heruntergefahrte Zahl der Langzeitarbeitslosen nur bewirken, daß die Zahl der Arbeitslosen mit kürzerer Arbeitslosenzeit steigt. Aber

die eigentliche Absicht des heute diskutierten Drucks auf die Arbeitslosen ist doch, daß bei einem niedrigeren Lohnniveau mehr Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden. Das liegt im Bereich der Möglichkeit. Aber hier ist der Druck auf die Langzeitarbeitslosen ein Stellvertreterdruck, der die ganze Arbeitnehmerschaft treffen soll. Es geht dabei darum, daß die Lohnquote zu Gunsten der Kapitalertragsquote gedrückt wird. Wenn man den Kapitalismus als unänderlich akzeptiert, ist das eine logische Forderung. Man muß dann aber auch offen sagen, daß man sich dieser Logik gebeugt hat, und nicht den Druck auf die Arbeitslosen mit Zukunftsicherung des sozialen Netzes begründen.

Wenn ein Mensch Durst hat, können wir ihm aus Höflichkeit oder aus Nächstenliebe ein Glas Wasser anbieten. Wenn dieser Mensch immer wieder mit dem gleichen Anliegen kommt, ist es berechtigt, daß wir seiner Bitte - die dann schon einen Aufforderungscharakter hat - nicht mehr nachkommen und ihm statt dessen nur den Weg zum Brunnen zu beschreiben, damit er sich selber Wasser schöpfen kann. Dieser Verweis ist aber eine große Gemeinheit, wenn wir wissen, daß der Brunnen trocken ist. Und für eine große Zahl von Langzeitarbeitslosen ist der Arbeitsmarktbrunnen „trocken“. Es wäre doch ratsam - bevor irgendwelche Maßnahmen gefordert oder beschlossen werden, einmal eine Woche in einer Vermittlungsstelle für Langzeitarbeitslose zu hospitieren. Einer meiner Söhne betreibt dieses aufreibende und mühsame Geschäft der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen.

Zu beachten ist auch, daß Langzeitarbeitsloser nicht gleich Langzeitarbeitsloser ist. Ich bitte in diesem Zusammenhang die Fußnote 62 und im Anhang III den Beitrag zum „Modell Trainieren und Starten“ zubeachten.

Wenn ich auch schon 23 Jahre vor der heutigen grünen Fraktion die Einsicht hatte, daß ein gewisser Druck auf jene ausgeübt werden muß, die es sich im Sozialen Netz zu bequem machen, so hat mich der Artikel doch innerlich empört:

- a) weil die Mehrheit der Mitglieder der grünen Partei sich immer gesperrt hat, sich wirklich auf das Thema Arbeitslosigkeit einzulassen,
- b) weil ein nicht unerheblicher (aber nicht genau zu quantifizierender) Teil der Gründungsmitglieder in der Aufbauzeit sich aus dem Sozialen Netz finanziert hat (Aber auch bereit war, per Anhalter zu den Konferenzen zu fahren und auf Fußböden oder bei sympathisierenden Fremden zu nächtigen.)
- c) Weil nicht erkennbar ist, daß die Fraktionen von Bündnis 90 / Die GRÜNEN zur eigentli-

chen Ursache der Arbeitslosigkeit vorgebracht ist.

d) Wenn die Schwarzarbeit reduziert oder gar überwunden werden soll, dann ist der Weg über die Bestrafung jener „schwarz“ Arbeitenden falsch. Schwarzarbeit ist die legitime ökonomische Notwehr gegen ökonomische Systemfehler, die die Politik (genauer: die Parlamentarier) zu vertreten hat (bzw. haben). Diese Sichtweise ist nicht die eines Außenseiters, sie war die gängige, als wir noch Vollbeschäftigung hatten und sich im Ostblock Schwarzmärkte gegen Willen der dort herrschenden Politik durchsetzten, und sie gilt noch für die Zeit zwischen Ende Weltkrieg II und der Währungsreform 1948. Nur für die Gegenwart im eigenen Haus will die Politik nicht wahrhaben, daß sie die Ursache für die Schwarzarbeit ist. Auf die Anklagebank gehören die Regierung und das Parlament und nicht die Schwarzarbeiter.

Anzumerken ist: Vor einem viertel Jahrhundert habe ich resignierend zur Kenntnis genommen, daß mit Sozialpolitikern keine wirklich soziale Politik zu machen ist. Ich habe in der Erwartung auf den Zerfall des „Sozialen Netzes“ gesetzt und gehofft, daß dadurch der Zeitpunkt kommen würde, wo in diesem Politik-Bereich Sinnvolles, zukunftsfähiges Neues gestaltet werden könnte. Ich habe mich geirrt. Die Hoffnung hat getrogen. Die Flickschuster haben das Zepter übernommen.

Kasten Nr. 1



Aus: „Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ (Econ 2001)
von Helmut Creutz

18. KAPITEL

Zinsgrößen im Unternehmenssektor

»Der Unternehmer ist ein Arbeiter, der im Unternehmergewinn seinen Arbeitslohn verdient, der ihm vom Gewinn bleibt, nachdem ihm die Banken den Zins abgenommen haben, den der Unternehmer erst aus den Arbeitern herauswirtschaften muss. Insofern bildet der Unternehmergewinn keinen Gegensatz zur Lohnarbeit, sondern nur zum Zins.«

Auch bei den Unternehmen steigen, im Gleichschritt mit den Schulden, die Zinsbelastungen überproportional an. Nicht nur gemessen an der Leistung, sondern auch im Verhältnis zu den mit den Krediten geschaffenen bzw. durch sie abgesicherten Sachvermögenswerten (s. 15. Kapitel).

So lag nach den Unterlagen des Statistischen Bundesamtes die Zinsbelastung der westdeutschen Produktionsunternehmen im Jahr 1970 mit 37 Mrd. DM noch bei acht Prozent der Nettowertschöpfung, 1993 mit 272 Mrd. DM aber bereits bei 15 Prozent. Legt man die Zinslast von 272 Mrd. DM einmal auf die knapp 23 Mio. Beschäftigten im Unternehmenssektor um, dann war 1993 jeder Arbeitsplatz im Durchschnitt mit rund 12000 DM Zinsen belastet, 1988 - also fünf Jahre früher und zu Beginn der Hochzinsphase - war es erst die Hälfte.

In welchem Maße die Schere zwischen der Wertschöpfung und den geleisteten Zinszahlungen bei den westdeutschen Unternehmen in der Zeit von 1970 bis 1993 auseinander gegangen ist (danach wurden die westdeutschen Werte nicht mehr separat veröffentlicht), geht aus der Darstellung 49 hervor.

Ähnlich wie bei der gesamten Volkswirtschaft (Darstellung 47) wirken sich für die Unternehmen also die kurzfristigen Veränderungen der Zinssätze besonders gravierend aus.

Wie die BSP-Entwicklung zeigt auch die der Wertschöpfung in den Unternehmen einen relativ gradlinigen Verlauf. Umso stärker - und zwar gegenläufig zueinander - schwanken auf Grund der Zinssatzveränderungen die beiden anderen Kurven, nämlich die der geleisteten Zinsen und der Einkommen aus Unternehmertätigkeit. In welchem Maße dabei die Zinslasten eskalieren, zeigen einige Zahlen: In der Hochzinsphase 1978-1982 stiegen sie von 72 auf 138 Mrd. DM an, in der Phase 1988-1992 von 147 auf 272 Mrd. DM, also jeweils fast auf das Doppelte. Umgerechnet pro Kopf der Beschäftigten war das von 1988 auf 1992 ein Anstieg von 6400 DM auf 11800 DM. Dabei geben solche Durchschnittszahlen, die auch die unverschuldeten Betriebe mit erfassen, die Realitäten in den verschuldeten kaum wieder. So musste z.B. die Deutsche Telecom Ende der letzten Hochzinsphase je Arbeitsplatz 36000 DM Zinsen aufbringen, was etwa zwei Drittel der Lohnkosten entsprach.

55 >Das Kapital<, 3. Band

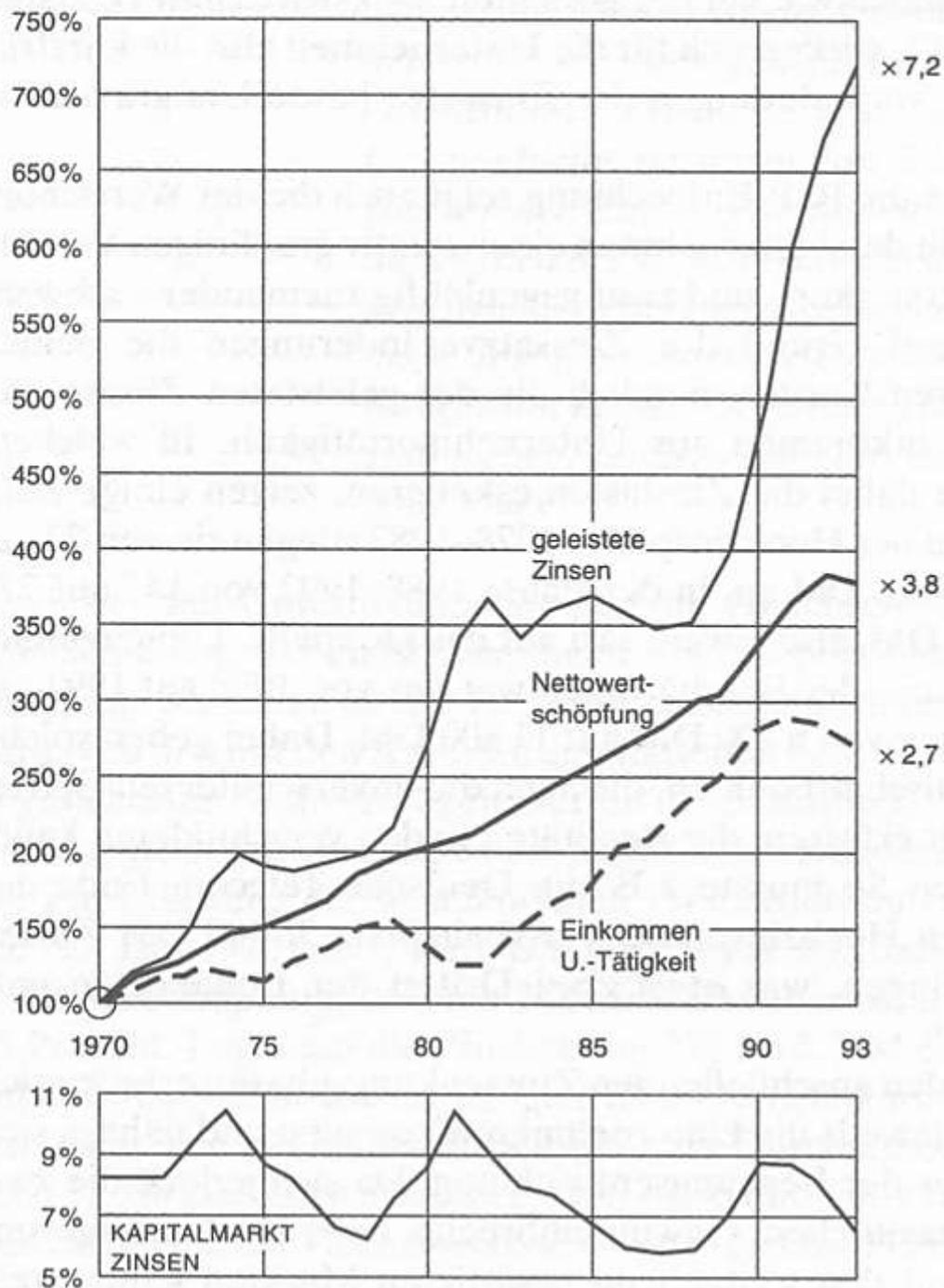
In den anschließenden Zinssenkungsphasen erholen sich zwar jeweils die Unternehmereinkommen und nähern sich wieder der Leistungsentwicklung. Da sich jedoch die zwischenzeitlichen Gewinneinbrüche bzw. Kostensteigerungen auf den weitgehend gesättigten Märkten kaum noch über Preiserhöhungen ausgleichen lassen, bleiben den Unternehmen fast nur Rückstellungen von Investitionen bzw. Kürzungen im Lohnsektor übrig. Diese Maßnahmen, wie auch die den Zinsanstiegen nachfolgenden Insolvenzzunahmen, verstärken noch die negativen Folgen des zinsbedingten Konjunkturerinbruchs.

Darstellung 49:

Zinsbelastung und Nettowertschöpfung der Produktionsunternehmen

im Vergleich zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit

Prozentuale Entwicklung 1970 bis 1993, Westdeutschland



Kasten Nr. 1 Ende



8.6 Föderalismus

Grüne Projektgruppe zum Föderalismus gebildet

Die Fraktion hat eine Projektgruppe "Föderalismus" eingerichtet, die von mir geleitet wird. Gemeinsam mit der Bund / Länder-Arbeitsgruppe wird die grüne Projektgruppe unsere Position in die laufende Debatte einbringen. Der nächste Schritt wird die Entwicklung eines Vorschlags sein, wie die parlamentarische Debatte über die Weiterentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung unseres Landes sein wird.

*So viel für heute.
Beste Grüße aus Berlin und schöne Osterfeiertage
Volker Beck*

*Kontakt: Andreas Rade, Referent Bund, Länder und Kommunen,
Tel.: (030) 227-58924, Fax: (030) 227-56004,
<mailto:andreas.rade@gruene-fraktion>*

Die obige Nachricht ⁵⁶hat Freude und Besorgnis in mir ausgelöst. Freude deshalb, weil die heutigen Grünen endlich bei einem wesentlichen Gründungsthema angelangt sind. Es wurde aber nicht mit Föderalismus benannt, sondern mit Dezentralität und Parlamente der Betroffenen. Der Grund wahr wohl, daß sich bei vielen Grünbewegten das Gefühl entwickelt hatte, durch ferne Zentralen fremdbestimmt zu sein, und daß die politischen und wirtschaftlichen Großstrukturen nicht zu durchschauen und zu kontrollieren wären. Ein selbstbestimmtes Leben stellte man sich in überschaubaren gesellschaftlichen Einheiten vor, in denen Aufwand, Gestaltungskompetenz, Risiko, Verantwortung und Ertrag bei denen vereint waren, die sich zu der jeweiligen Einheit zusammen gefunden hätten. Daß hiermit föderale und marktwirtschaftliche Strukturen vorgegeben oder angestrebt wurden, waren sich die meisten Mitglieder der grünen Bewegung und auch der grünen Partei wohl nicht bewußt. Der sich nach der Gründungsphase durchsetzende schwammige Begriff von der Basisdemokratie, der innerparteiliche Herrschaftsregulierung mit gesellschaftlicher Willensbildung und Strukturgestaltung vermischt, hat eine Ausformulierung der Dezentralität verhindert. In der Praxis war Basisdemokratie auch vorwiegend mehr ein Legitimationsinstrument von Sonderinteressen - auch in der Zielsetzungsarbeit - als eine wirkliche Willensbildung von unten.

Die Besorgnis, die die Nachricht bei mir auslöst hat, ist dreifach begründet:

a) Weil mit dem Hinweis auf die bundesstaatliche Ordnung eine thematische Einengung auf

⁵⁶ Es ist der Ausdruck einer elektronischen Nachricht für die ich mir weder Absender noch Datum notiert habe.

staatliche Strukturen vorgegeben ist, die dem Ziel der Dezentralität: selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Leben nicht dient.

b) Ich habe inzwischen ein generelles Mißtrauen gegen Parteiausschüsse - wie immer sie auch benannt werden - wenn es um die sachgerechte Beschreibung von Ursachen, Möglichkeiten und Wegen geht. Schon die Sorge um die richtige Besetzung der Gremien zeigt doch, daß man von der „richtigen“ Vorprägung der Mitglieder das „richtige“ Ergebnis erwartet. Ein offenes Herangehen an ein Thema ist wohl nur möglich, wenn ihm keine besondere Bedeutung beigegeben wird.

c) Wenn das Thema „Föderalismus“ jetzt ein öffentliches Thema wird, dann zeigt das an, daß in unserem Staate Deutschland etwas faul ist. In unserer Gesellschaft wird realisiert, daß die staatlichen (öffentlich-rechtlichen) und die privaten (privatrechtlichen) Strukturen überholungsbedürftig sind oder daß sogar der Austausch geboten ist. Vom Demokratiemodell ausgehend ist dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht die von den relativ wenigen Mitgliedern einer (oder auch aller Parteien). Einem Ausschuß einer Partei käme allenfalls die Aufgabe zu, für die Fraktion im Parlament oder für die Partei den Diskussionsstand der Gesellschaft und die Bedeutung, die die Öffentlichkeit dem Thema beimißt, herauszufinden. Fraktion(en), Parlament (e), Partei(en) hätten dann die Aufgabe, den großen Ratschlag anzustoßen. Die Deutschen könnten dann die Verfassungsarbeit nachholen, die das Parteienkartell nach der Wende verhindert hat.

Das Parlament berichtet in seiner Ausgabe vom 14. / 22. April 2003 in der Rubrik „Bundesrat / Inland:

Landesparlamente reklamieren Repräsentation und Subsidiarität

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine Absichtserklärung zur Korrektur von Fehlentwicklungen des deutschen Föderalismus mit solcher Einigkeit und solchem Nachdruck erreicht wie jetzt am 31. März in 2003 in Lübeck, und noch nie hatte sich so viel Prominenz unter dem Motto „Stärkung der Landesparlamente“ zusammen gefunden.

Dazu hatte es des frischen Windes aus dem Land zwischen den Meeren und eines „dickschädelligen Dithmarschers“ bedurft, als welchen die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis den Präsidenten des Parlamentes an der Kieler Förde, Heinz-Werner Arens, in ihrem Grußwort würdigte. Arens, derzeit Vorsitzender der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten, war es nicht nur gelungen, einen „Konvent der Landesparlamente“ in die Hansestadt zusammenzurufen. Er hatte obendrein den Bundespräsidenten und den Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz als Gastredner gewinnen können. Es muss dem Dithmarscher äußerst ernst sein um die Restbestände von individueller Autonomie, Demokratie und Landesparlamentarismus, ein solches Rad in Gang zu setzen.

Dem Konvent gehören die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente und die

Vorsitzenden aller Fraktionen der 16 Landesparlamente an. Insgesamt waren mehr als 200 Teilnehmer versammelt, darunter eingeladene Wissenschaftler und Repräsentanten von Stiftungen.

Die Organisatoren dieser wohl vorbereiteten Konferenz hatten die Offiziellen und die Gäste gleichermaßen mit den Beweisstücken für die Notwendigkeit dieser Konferenz ausgerüstet: Auf dem Tisch vor sich hatte jeder eine Kollektion von Berichten und Beschlüssen bisheriger Enquete-Kommissionen und sonstiger Konferenzen, die alle in mehr oder weniger feierlichem Ton mehr oder weniger fulminante Reformen des Föderalismus heutiger Ausprägung postulieren. Sie mussten scheitern, solange sich die Abgeordneten Häuser, Bürgerschaften und Landtage einzeln darum bemühten. Deshalb nun zum ersten Mal dieser die Kräfte der Landesparlamente bündelnde Konvent - ein Novum der deutschen Parlaments- und Föderalismusgeschichte, von einigen wie ein letztes Aufgebot betrachtet, das keinesfalls vergeblich sein darf.

Johannes Rau unterstützt die Initiative der Parlamente, er nannte sie „ein Gebot der Stunde“. Der Bundespräsident hielt eine veritable Vorlesung zur Wirklichkeit und zu den staatsrechtlichen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Föderalismus - durchsetzt mit Appellen gegen „schädliche Vereinfachungen“ und hohle „Reformrhetorik“. „Wenigstens jetzt sollten substantielle Verbesserungen erreicht werden!“ Rau konstatierte einen deutlichen „Zuständigkeitsverlust“ der Parlamente, die „fortwährende Stärkung des Exekutivföderalismus“, den offenbar nicht zu stillenden „Regelungsappetit“ der EU. Das Dahinschwinden ihres sachlichen Substrates, die „Entparlamentarisierung“ der Politik treffe „unsere Demokratie ins Mark“. ...

Sie wollen alte Kompetenzen zurück, neue Zuständigkeiten hinzu, und sie verlangen eigene Verfügung über (mehr) Geld. Konkret: Neben die konkurrierende soll eine „Vorranggesetzgebung“ treten, die es den Ländern ermöglicht, bundesgesetzliche Regelungen durch Landesgesetz zu ersetzen. ...

Eine operative Kommission soll das Schicksal der Lübecker Erklärung verfolgen, den Dialog mit der Bund-Länder-Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung führen und ihre Ergebnisse noch in die laufende 15. Wahlperiode des Bundestages einspeisen.

Was mir in diesem Bericht fehlt, ist ein Hinweis, daß die erlauchte Gesellschaft bekannt hat, daß sie den Zustand der Republik, den sie beklagen und ändern möchten, selber mit verursacht haben. Auch den Regelungsappetit der EU, der besser als Regelungswut beschrieben ist, haben jene mit verursacht, die jetzt Entparlamentierung und Kompetenzverlust beklagen. Kann man nun einfach für die Länder Kompetenzen zurückfordern und neu anfordern? Nachdem nun alles sich so entwickelt hat, wie es ist, kann es ja nicht ein einfaches Zurück geben. Die Frage ist doch zu stellen, welche Strukturen brauchen wir heute und morgen. Es könnte ja sein, daß die Länder in der bisherigen Form bei der Prüfung herausfallen. Vor allem dann, wenn ein freies Bildungswesen mitgedacht wird und Kultusministerien überflüssig werden und wenn die Wirt-

schaftspolitik wirklich ihre Hausaufgaben macht und dadurch Landwirtschaftsminister nur noch als Verwalter von Landesvermögen erforderlich sind.

Können Mitglieder einer operativen Kommission, die das Schicksal der Lübecker Erklärung verfolgen sollen - soll ja wohl heißen, die Revision des Föderalismus in der BRD vorantreiben - wirklich mehr als ihren jeweiligen Herren, von dem sie berufen wurden, zu vermelden, bei welchem Modell die „Auftraggeber“ welche Chance auf welchen Posten mit welcher Vergütung hätten. Ich glaube nicht, daß dies der Weg ist, die Republik zu erneuern.

Eins sollte aber klar sein, von Föderalismus können wir nicht reden, wenn die Bundesländer ihre zentralistischen Bildungspläne über einen Ausschuß koordinieren wollen. Von Föderalismus kann auch nicht die Rede sein, wenn der Hund Brüssel dem Hund Berlin eine Schüssel mit Knochen Restfleisch überläßt, der Hund Berlin dann die Knochen mit restlichen Fleischfasern auf die Hunde Landeshauptstädte verteilt. Die Hunde Landeshauptstädte geben dann in dieser Scheinföderation den Gemeinden Stücke vom Knochen ohne jegliches Fleisch.

Das Subsidiaritätsprinzip erfordert einen Aufbau, wo die Basis-Einheit, und das ist die gegliederte Bürgerschaft, erst einmal die Angelegenheiten regelt, die sie selber regeln kann. Darauf aufbauend beginnt die Kompetenz der Gemeinde, die in ihrer Größe, Ausstattung und Verfassung von den sie tragenden Bürgern bestimmt wird und nicht von der Einheit darüber. Die Gemeinden geben dann das ab, was eine übergeordnete Einheit besser regeln oder erledigen kann. Mit der Aufgabendelegation wandert die dazugehörige finanzielle Ausstattung von unten nach oben, so daß es gar nicht vorkommen kann, daß der Bund den Gemeinden Aufgaben aufdrückt und dabei vergißt, das Bare beizufügen.

Ich habe eine Informationsschrift der Bundeszentrale für politische Bildung aus den fünfziger Jahren über die Entstehung der BRD in Erinnerung (Ihr war beigefügt eine Schallplatte mit Redebeiträgen von Conrad Adenauer, Kurt Schumacher u.a.). In dieser Schrift war zu lesen, daß die Entwicklung eines dezentralen Staates in West-Deutschland eine Vorgabe der amerikanischen Besatzungsmacht war. Die Deutschen (Jene, die an dem damaligen Willenbildungsprozeß beteiligt waren, es war eine Minderheit, die man nicht als Volk bezeichnen kann.) sollen gar nicht so begeistert gewesen sein. Nur in Süddeutschland besonders in Bayern, wo es traditionell Vorbehalte gegeben habe gegen den Zentralstaat mit der Hauptstadt Berlin, sei diese Forderung mit Zustimmung aufgenommen worden. Die SPD, die durch ihren ideenge-

schichtlichen Hintergrund, für einen Zentralstaat - nicht aus macht- sondern aus gestaltungs- politischen Gründen war - hat sich wohl besonders schwer getan mit dem föderativen Aufbau. Bei der gegensätzlichen Interessenlage bei der Gründung der BRD ist eben das herausgekommen, was wir haben, ein fauler Kompromiß. Und dieser Kompromiß ist - besonders als sich der Sozialdemokratismus in allen Parteien einnistete - dann immer weiter in Richtung Zentralstaat verschoben worden. Und heute haben wir eine Gemengelage von Kompetenzen, die bei jenen, die darin oder damit wirken müssen, Unbehagen hervorruft.

Nun ist der Föderalismus aber mehr als ein Strukturelement. Das wird einem deutlich, wenn man sich auf Proudhon einläßt. Karl Hahn kann einem dabei mit dem nachfolgend vorgestellten Buch helfen. Als das Buch 1975 erschien, war Hahn ord. Professor der Politikwissenschaft in Aachen.

KARL HAHN

FÖDERALISMUS
Die demokratische Alternative

Eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons
sozial-republikanisch-föderativem Freiheitsbegriff

VERLAG ERNST VÖGEL • MÜNCHEN / 1975

aus der EINLEITUNG

„Pierre Joseph Proudhon (1809—1865) ist der schärfste Denker, den Frankreich seit Descartes hervorbrachte“. Diese Feststellung Ludwig Pfaus, die Proudhon an die Seite Descartes' rückt, trifft nicht nur in formaler Hinsicht, bezüglich der Schärfe des Denkens, sondern weitgehend auch in prinzipiell-materialer zu. Georges Gurvitch schreibt zu Recht: „Man könnte von Proudhon sagen, daß er unser 'sozialer' Pascal ist, ebenso wie er unser 'sozialer' Descartes ist, indem er eine kritische Analyse der Doktrinen in Angriff nimmt.“

Proudhons soziale und politische Theorie ist in der Tat der von Descartes Inaugurierten, von Kant und Fichte fortgesetzten Philosophie und Wissenschaft zuzurechnen, deren Voraussetzungen und Grundprinzipien sie im wesentlichen teilt. In ‚Creation de l'ordre‘

stellt sich Proudhon bewußt in die Tradition dieser wissenschaftlichen Philosophie und knüpft ausdrücklich an Kants „Entwicklung einer transzendentalen Methode der Erkenntnis“ an. Und dies ist der Grund für diese Proudhon-Arbeit, denn mein theoretisches Interesse zielt auf eine Politik- und Demokratietheorie, die auf den in der wissenschaftlichen Philosophie Descartes', Kants und Fichtes evidierten Erkenntnissen aufbaut.

Für die Grundlegung der Politischen Theorie erweist sich wohl keine politische Philosophie als so geeignet wie die des Kantianers und Rousseau-Interpreten Fichte, denn kaum ein moderner Theoretiker der Politik hat die Grundprobleme und Grundprinzipien der Politischen Theorie, insbesondere ihre gesellschafts- und rechtstheoretischen Voraussetzungen, mit solcher Klarheit und methodischen Sicherheit erörtert, ihre Grundbegriffe bestimmt und deren Konsequenzen durchreflektiert wie Fichte. Seine Gesellschaftstheorie, die die wesentlichen Erkenntnisse der modernen Interaktionslehre und Kommunikationswissenschaft vorwegnimmt, überwindet, wie die Proudhons, in gleicher Weise die liberal-individualistische wie die universalistisch-kollektivistische Konzeption von Gesellschaft in einer ursprünglichen Synthese von Individuum und sozialer Gemeinschaft.

Fichtes wie Proudhons Theorie des sozialen Rechts vermittelt Freiheit und Gleichheit als sich wechselseitig bedingende Prinzipien durch die Gegenseitigkeit miteinander. Mit der Unterscheidung von Sittlichkeit und Recht, die bei Proudhon, der die Einheit beider betont, nur in Ansätzen zu finden ist, sowie mit der Bestimmung des Staates als der Wirklichkeit der rechtlich-praktischen und politisch-praktischen Vernunft weist Fichte dem Staat seine legitime, jedoch nur instrumentelle Funktion zu. Fichtes Theorie der Republik als der Verfassungsform der gesetzlichen Freiheit und öffentlichen Vernunft sowie seine Konzeption des sozialen Rechtsstaates legen das Fundament für eine gerade heute so nötige theoretische Begründung der Demokratie. Für unsere von der wissenschaftlichen Zivilisation geprägten Gegenwart ist ferner Fichtes Erörterung des Verhältnisses von Politik und Wissenschaft von brisanter Aktualität. (S. 11 - 13 ohne umfangreiche Fußnoten)

„Proudhon wollte einfach sagen“, betont Georges Gurvitch zu Recht, „daß die Ideen zugleich Produkte und Produzenten der sozialen Wirklichkeit — verstanden als Handlungszusammenhang — sind, und daß sie an der dynamischen Totalität der kollektiven Anstrengung teilhaben.“

Proudhon behauptet wie Rousseau, Kant und Fichte den Primat des sittlich Praktischen und der Freiheitssphäre und steht damit in Opposition zu den deterministischen, die Faktizität verabsolutierenden, die Freiheit negierenden und den autokratisch-absolutistischen Machtstaat theoretisch begründenden Theorien von Hobbes, Spinoza und Hegel. Die Freiheit wird, behauptete Proudhon, von diesen Theoretikern nur als Willkür begriffen, gegen die der Staat seine Macht organisiert.

Eine Hobbes und Hegel verpflichtete politische Theorie, die die „Eliminierung von Bekenntnis- und Wertpositionen“ und die „Neutralisierung der Wahrheitsfrage“ propagiert, wird umgekehrt in Proudhon, der die Freiheit nicht nur formal als Negativität und Besonderheit des bürgerlichen Subjekts begreift, sondern sie qualitativ versteht, ihr Gewissen, Gerechtigkeit und Würde zuerkennt, sie also werthaft bestimmt, einen irrational-reaktionären Denker sehen, denn „Wert“ ist“, so wird behauptet, „eine hierarchische Kategorie unbegründbarer Herrschaftsansprüche, Interesse ist genuin bürgerlich im emphatischen, also allgemein-demokratischen Sinne“¹³. Während Proudhon behauptet; „Hobbes' Theorie ist falsch. Unsere höchste Triebfeder ist nicht der Egoismus, nicht die Erhaltung unseres Lebens und unserer Glieder, nicht unser gut oder schlecht verstandenes Interesse. Wenn es eine feststehende Tatsache für uns gibt, so ist es die, daß die Gerechtigkeit positiv etwas anderes ist als das Interesse“, und er deshalb ein auf Interessen und deren formal-rationale Vermittlung reduziertes System als ein die Freiheit unterdrückendes Zwangssystem, als eine Tyrannei der Interessen, begreift, versteht eine Hobbes und Hegel verpflichtete politische Theorie ein an Werten sich orientierendes System als „Tyrannei der Werte“ ... (S. 13 - 15 ohne Fußnoten)

... Hier wird nur behauptet, das System der Interessen, wird sein vorläufiger Notcharakter geleugnet, ermangle der Legitimation, unterdrücke als Zwangsverfassung die Freiheit und widerstreite deshalb der Würde des Menschen und der Gerechtigkeit; das System der Interessen ist bestenfalls ein Substitut der auf der Gerechtigkeit basierenden Freiheitsordnung.

Infolge der unaufhebbaren Wahrheits-, Wert- und Sinnbezogenheit des Menschen bedarf das System der Interessen mit seinen Zwangsinstitutionen zur substituären Legitimation und Integration eines substituären Wert-, Normen- und Vorstellungssystems, das, da es den Voraussetzungen zufolge aus der Wahrheit und Gerechtigkeit nicht gerechtfertigt ist, nur ideologischen Ursprungs und Charakters sein kann und zwanghafte Wertdeterminationen beinhaltet, die mit den Freiheit stiftenden wahren Werten nichts gemein haben. Die substituäre Legitimation kann jedoch auch dadurch versucht werden, daß ein ursprünglich Freiheit stiftendes Wertverhältnis zu einem ideologischen alteriert wird, indem den Werten ihr emanzipatorischer, Freiheit evozierender Charakter genommen und ihr unbedingter Geltungsanspruch zum absoluten Herrschaftsanspruch von Personen oder Institutionen umfunktioniert wird.

Die konkrete politische Wirklichkeit wird de facto immer ein Gemisch beider, der Freiheits- und der Zwangsordnung, sein. Die politische Kultur einer Gesellschaft hängt jedoch von dem Grad ab, in dem das System der qualitativen Freiheit realisiert wird; ein die materiale Qualität der sittlich-praktischen Vernunft eliminierendes, auf Zweckrationalität reduziertes System der Interessen entkommt, wenn es sich auch als noch so formal-rationale und formal-demokratische erweist,

den ideologisch begründeten und stabilisierten Zwängen nicht, denn wird die Freiheit ihrer Wertqualität und der Mensch seiner Würde beraubt, so wird den Individuen die Möglichkeit, die Garantie und geistige Kraftquelle genommen, in der Spannung von Determination und als Negativität bestimmter Freiheit diese ihre Freiheit zu behaupten.

Kein moderner politischer Theoretiker hat den Geltungsanspruch der qualitativen Freiheit für alle Bereiche der Gesellschaft so entschieden und kompromißlos vertreten wie Proudhon, der darin den einzigen Weg sah, die Krise der „europäischen Demokratie“ zu überwinden. Und diese Arbeit über Proudhons Demokratie- und Föderalismus­theorie will als ein Beitrag zur Überwindung der seit dem 19. Jahrhundert eher verschärften als gemilderten sozialen, ökonomischen und politischen Krise Europas verstanden werden. Diese Intention trifft sich mit der von Alexandre Marc, der behauptet: „Allein der Föderalismus gibt eine totale — nicht totalitäre — Antwort auf die historische Herausforderung, die die globale Krise unserer Kultur stellt“.
(S. 15-17 ohne Fußnoten)

Deutlich machen wollte ich mit den obigen Zitaten, daß bei der Föderalismusdebatte nicht nur um die künftigen Kompetenzen und Finanzen der staatlichen Gliederungseinheiten gehen kann, sondern daß diese Fragen tiefer ansetzen müssen, daß wir begreifen müssen, daß die Agenda 2010 so holperig ist und auf Widerstand stößt, weil sie das Gestaltungsprinzip Föderation nicht berücksichtigt. Die Fragen um die Gestaltung unserer Gesellschaft und um Gesamteuropa sind sicher schwierig. (Ich muß mich ja auch abmühen, habe von den vielen Bänden, die ich zum Thema im Regal stehen habe nur wenige durchgearbeitet, weil ich ein langsamer Leser bin, nur begrenzt Zeit habe und mich auch ablenken lasse.) Aber wir haben genügend begabte MitbürgerInnen, die die Wahlmöglichkeiten die wir in Bezug auf das Gestalten von individuellem, gesellschaftlichem und staatlichem Leben haben so aufbereiten können, daß es 80 % der Bürger nicht nur nachplappern können, sondern auch verstehen.

Literatur zum Thema gibt es viel. Ich bin wiederholt auf Konstantin Franz hingewiesen worden und weil ich ihn auch im Literaturverzeichnis von Hahn finde, gebe ich wieder, was dort steht:

Frantz, Konstantin: Der Föderalismus als das leitende Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland kritisch nachgewiesen und konstruktiv dargestellt. Neudruck der Ausgabe 1879, Aalen 1962.

— *Die soziale Steuerreform als die conditio sine qua non, wenn der sozialen Revolution vorgebeugt werden soll. Neudruck der Ausgabe 1881, Aalen 1972.*⁵⁷

Das Heft 225 der *Fragen der Freiheit* trägt den Titel „Überwindung des Zentralismus“. Ein

⁵⁷ In einer Diskussion um Einwanderung hat Otto Schily Bezug auf Konstantin Frantz genommen. Ich finde die Quelle aber nicht mehr.

Beitrag lautet: Föderalismus für Europa - Die Entwicklung der Landesparlamente im Verhältnis zum nationalen und europäischen Feld“ von Harry Andreas Kremer. Das Heft 263 vom Juli/Sept. 2002 der *Fragen der Freiheit* hat den Titel „Teile und Ganzes, Föderalismus, Geldpolitik“. Kontakt über www.sffo.de .

Prof. Dr. Heidrun Abromeit, Institut Politikwissenschaft an der TH befaßt sich schwerpunktmäßig ebenfalls mit dem Föderalismus. Sie ist ebenfalls im Internet präsent (Und soviel ich weiß, keine Verwandte von mir.)

8.7 Ökosteuer

Am 23. April war in der HAZ folgendes zu lesen:

Unternehmen zahlen zu viel Ökosteuer Nur wenige Firmen stellen Anträge auf Erstattung / Unkenntnis über neue Rechtslage ist weit verbreitet

Hannover (Jen). Viele Unternehmen zahlen mehr Ökosteuer als sie müssen. Nach Erkenntnissen des Verbandes der Energie-Abnehmer (VEA) machen nur wenige Firmen von der Möglichkeit Gebrauch, sich die zu viel gezahlten Beträge zurückzuholen. „Hier geht es nicht um Peanuts“, sagte VEA-Geschäftsführer Volker Stuke am Dienstag in Hannover. Allein für die 4000 Mitglieder seines Verbandes gehe es um einen dreistelligen Millionenbetrag.

Der hannoversche Verband führt die Untätigkeit der Unternehmen auf die Unkenntnis der komplizierten Rechtslage zurück. Damit die deutschen Firmen international konkurrenzfähig bleiben, erlässt der Gesetzgeber dem Produzierenden Gewerbe sowie der Land- und Forstwirtschaft einen Teil der Ökosteuer. Bis Ende 2002 mussten die Betriebe 20 Prozent des normalen Ökosteuersatzes bezahlen; seit Beginn dieses Jahres sind es 60 Prozent.

Diesen Steuersatz müssen die Unternehmen aber nur dann in voller Höhe zahlen, wenn der Betrag der gezahlten Ökosteuer höher ist als die Summe, die sie durch die gesunkenen Arbeitgeber-Beiträge zur Rentenversicherung gespart haben. Andernfalls haben sie Anspruch auf den so genannten Spitzenausgleich. Das heißt: Bis auf einen Selbstbehalt von 5 Prozent bekommen die Unternehmen ihre zu viel bezahlten Beträge zurück. Für eine mittelständische Brauerei mit einem Umsatz von 20 Mio. Euro beispielsweise ergibt sich nach Berechnungen des VEA eine Ersparnis von 23 000 Euro.

Die nicht leicht zu durchschauende Rechtslage liegt in der doppelten Zielsetzung der ökologischen Steuerreform begründet. Mit der Verteuerung von Öl, Gas und Strom wollte die Regierung nicht nur den Energieverbrauch senken, sondern auch die Lohnnebenkosten. Da die Einnahmen aus der Ökosteuer in die Rentenkasse fließen, war es möglich, die Beiträge zur Rentenversicherung zu senken.

Ob ein Unternehmen zu viel Ökosteuer gezahlt hat, ist nicht leicht zu ermitteln. Zunächst gilt es festzustellen, wie viel der Betrieb infolge der - durch die Ökosteuergesetzgebung bedingten - Senkung der Rentenversicherungsbeiträge gespart hat. Dazu wird verglichen, wie viel die Firma im Antragsjahr zahlt - und wie viel sie zahlen müsste, würden die Beitragssätze von 1998 gelten, dem Jahr vor Einführung der Ökosteuer. Ist der Differenzbetrag höher als die Belastung durch die Ökosteuer, haben die Unternehmen Anspruch auf Ausgleich. Anträge sind beim Hauptzollamt zu stellen.

Nach Einschätzung des VEA haben etliche Firmen noch nicht erkannt, dass sie antragsberechtigt

sind. Beim bis Ende 2002 gültigen Steuersatz von 20 Prozent sei die Belastung für viele nicht hoch genug gewesen, um den Spitzenausgleich beanspruchen zu können. „Das sieht bei jetzt 60 Prozent anders aus“, sagt Geschäftsführer Stuke. „Heute kann der Großteil der Unternehmen den Spitzenausgleich geltend machen.“

Die Ökosteuer, der Stolz der Grünen eine Mißgeburt?

Um die Ökosteuer richtig zu würdigen, müßte man sicher eine Menge an Material beschaffen und verarbeiten. Das kann ich jetzt nicht leisten, daher will ich nur auf ein paar allgemeine Aspekte eingehen.

Ausgehend von der Einsicht, daß die Ressourcen und die Umwelt geschont werden müssen, ist es eine kluge Entscheidung, die Eindämmung von Verbrauch und Umweltbelastung über die Preise - in diesem Fall von Treibstoffen - zu versuchen und nicht über Verbote und Kontingentierung.⁵⁸

Im Idealfall würde diese Preisbremse noch den Förderzins vorgelagert und mit diesem erhoben und der Völkergemeinschaft mit Vorrang für Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Preisbremse würde für alle Volkswirtschaften - die dann unterschiedlich gestaltet sein könnten - gelten und wirken. Es wird ein langer Weg sein bis zu einer solchen Lösung. Und er wird immer weiter in die Zukunft verschoben, wenn wir nicht heute mit der Aufklärung beginnen.⁵⁹

Da wir also gezwungen sind, Steuerungselemente in die Nationalwirtschaft bzw. in die Euro-Wirtschaft einzubauen, die ökologische neben den ökonomischen Belangen berücksichtigen, müssen wir uns immer bewußt oder unbewußt entscheiden, ob wir in die marktwirtschaftliche oder zentralverwaltungswirtschaftliche Werkzeugkiste greifen wollen. Leider ist festzustellen, daß in der Politik - die behauptet, eine Entscheidung für die Marktwirtschaft getroffen zu haben - eine starke Neigung zu kommandowirtschaftlichen Entscheidungen vorhanden ist. So lange man eine Maßnahme in ein Gesetz packen kann, scheint es dieser Art von Politik ganz legitim zu sein, den einen zu nehmen den anderen zu geben und auf die Nebenwirkungen nicht achten zu müssen. Sind die Ergebnisse nicht so, wie man sie sich erhofft hat, dann wird eben ein neues Gesetz gemacht. Wir lassen uns doch nicht von den Systembedingungen diktieren, was wir zu beschließen haben, scheinen Vertreter dieser Politik zu denken. Und die Interdependenz (gegenseitig Abhängigkeit) der Teilordnungen - was ist damit? „Wir haben ein Parteiprogramm, wir haben eine Koalitionsvereinbarung und wir haben die Mehrheit, wir

⁵⁸ Kontingentierungen für Emissionen machen dann einen Sinn, wenn eingesparte Teile der Kontingente auf dem Markt verkauft werden können. Diesen Gedanken habe ich bei Holger Bonus in „Ökologische Marktwirtschaft“, 1982 oder „Marktbezogene Kooperationsstrategien in den USA. ...“ 1983 gelesen. Professor Bonus lehrte damals an der Uni in Konstanz und wechselte zur Uni Münster und übernahm dort die Leitung des Genossenschaftsinstituts.

⁵⁹ Siehe dazu auch meine Anmerkungen über das Bodenrecht und das neue Ökosteuermodell des Sminars für freiheitliche Ordnung. www.sffo.de

werden das schon hinbiegen.“ Eine solche Aussage kann man aus das laufende politische Geschäft aller Parteien heraus filtern. Aber eine solche Politik kann keine befriedigende Ergebnisse zu Tage fördern.

Es ist doch schon problematisch, eine Steuer zu erheben, die einerseits etwas Abwehren soll und andererseits die Staatskasse mit füllen helfen soll. Hören wir nicht zur Zeit die Vorwürfe, Deutschland wäre gegen das Verbot der Tabakwerbung, weil es um den Rückgang der Einnahmen aus der Tabaksteuer fürchte? Wenn Rauchen ein Risiko ist - und daran zweifeln wohl nur wenige - , dann ist es eine legitime Sache, wenn die Versicherungen einen Risikoaufschlag auf die Versicherungsprämie vornimmt. Es ist aber in einem marktwirtschaftlichen System nicht legitim, daß der Staat für die Versicherungsgesellschaft mittels einer Steuer diese Risikoprämie eintreibt. Die Rentenversicherung der Arbeitnehmer und der Straßenverkehr - oder allgemein Energieverbrauch - sind zwei ganz verschiedene Stiefel, die wir nicht als Paar behandeln können. Wenn wir dann versuchen die Unterschiede weg zurechnen, dann kommt eine solche Haltung von Unternehmen heraus, wie es in dem Artikel zur Ökosteuern beschrieben wird. Es ist durchaus eine rationale Entscheidung der Unternehmen einen steuerlichen Vorteil nicht wahrzunehmen, wenn der Aufwand für die Eintreibung zu hoch oder nicht kalkulierbar sind.

Auch die rot-grüne Regierung will den Mittelstand fördern. Wenn sie Steuern kreiert, die die betriebswirtschaftlichen Abläufe noch komplizierter machen, dann bewirkt sie das Gegenteil. Ich habe es an einer anderen Stelle schon mal gesagt: Ein Unternehmen soll im marktwirtschaftlichen System innerhalb eines logischen gesetzlichen Datenrahmens und eines funktionierenden Wettbewerbes Produkte erstellen oder Dienstleistungen erbringen in möglichst guter Qualität zu einem möglichst niedrigen Preis. Die Dynamik im System, oder der Zielerfüllungsdruck kommt dabei durch die individuelle, unternehmerische Absicht der Gewinnoptimierung oder -Maximierung. Wenn nun geklagt wird, daß sich zu wenig Menschen auf eine unternehmerische Selbständigkeit einlassen wollen und die im Markt befindlichen Unternehmen zaghaft sind, dann muß man keine Förderprogramme auflegen, sondern den Markt von der von der Politik verursachten Unsicherheit, von den Verwaltungsschrott und den verwaltungsmäßigen Fremdaufgaben befreien. Dazu gehören auch komplizierte Rückforderungsregeln für Steuern, die man vor herabführen mußte.

Ich denke schon, daß es in jeder Fraktion Mitglieder gibt, die bei einem neuen Gesetz auf die verfassungsrechtliche Konformität und auf die ordnungspolitische Relevanz achten. Ihre Stimmen sind aber offensichtlich zu leise oder werden vom Fraktionszwang gedämpft. Bei je-

dem Gesetz sollten nicht nur allgemein, sondern besonders bei jenen, die Transferzahlungen zum Gegenstand haben, gefragt und beantwortet werden: Wie hoch sind die Durchführungskosten für den Staat, für Unternehmen, für die einzelnen Steuerzahler: Fördert das Gesetz den Bürokratismus oder baut es ihn ab? Bewirkt es unbeabsichtigte Umverteilungen? Fördert oder mindert es die Kriminalität? Als Grund für die stufenweise Erhöhung der Tabaksteuer wurde in den Medien gesagt, man hätte die Sorge, daß die Raucher bei einer vollen Erhöhung auf einem Schlag, wahrscheinlich auf unbesteuerter Schwarzmarktzigaretten umsteigen würden.

Da die Ökosteuern nicht mit den Nutznießern der Steuer identisch sind, kommt es hier zu ungewollten Ent- und Bereicherungen, ohne daß dies laut und deutlich gesagt wird. Und die Verkehrsteilnehmer werden auch in Begünstigte und Benachteiligte aufgeteilt. Einmal in jene, die die subventionierten öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können, und jene, die wegen ihres Wohn- oder Arbeitsstandortes auf die zusätzlich steuerbelasteten Personenkraftwagen angewiesen sind. So wie es Gerichtsreporter gibt, so sollte es Gesetzgebungsreporter geben, die noch vor der letzten Lesung mit ihren Lesern die zur Verabschiedung anstehenden Gesetze bis auf das Mark prüfen.

Eine andere Frage wirft die Ökosteuer auf. Können die Rohölproduzenten, Förderländer, die ja kartellmäßig organisiert sind, im Schatten der Ökosteuer höhere Preise für das Öl auf den Ölmärkten durchdrücken als ohne? Wenn ja, dann findet hier ein zusätzlicher geldlicher Transfer von den Öl verbrauchenden Ländern zu den Öl produzierenden Ländern statt. Will man das?

8. 9 Kein Kindergeld für Reiche?

Schulbuchfreiheit nur für Arme?

Vermögenssteuer ?

Die HAZ meldet am 26 / 27. 4. 2003

*Gabriel: SPD soll Reichen das Kindergeld streichen
Bezirksparteitag berät über das Konzept „Schröder plus“ ...*

Hannover/Berlin (mbb/ap/rtr). In der SPD geht an diesem Wochenende das Ringen um den Reformkurs weiter. SPD-Landtagsfraktionschef Sigmar Gabriel präsentierte am Freitag einen 18 Seiten langen Antrag, der heute beim Braunschweiger Bezirksparteitag verabschiedet werden soll. „ Wir werden als erster Bezirk beschließen, Bundeskanzler Gerhard Schröder in seinen Reformideen zu unterstützen und darüber hinaus gehende Vorschläge entwickeln“, sagte Gabriel am Freitag im Gespräch mit dieser Zeitung.

Gabriels Konzept „Schröder plus“ enthält einige Punkte, die das Bedürfnis in der Partei befriedigen dürften, die von Schröder vorgesehenen Kürzungen im Sozialbereich noch abzumildern und durch Maßnahmen zu Lasten von Besserverdienenden auszugleichen.

- Kindergeld soll „nicht mehr an Besserverdienende“ gezahlt werden. Die SPD müsse in diesem Punkt eine entsprechende Verfassungsänderung erreichen, heißt es in Gabriels Papier.
- Wer studiert hat, soll über eine „nachgelagerte Studiengebühr“ an den Kosten beteiligt werden.
 - Eine generelle Reduzierung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer sei abzulehnen.
 - Dagegen wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer dem Antrag zufolge „angemessen“.

Der Ruf nach „schmerzhaften Einschnitten“ werde, so heißt es in dem Papier, ausgerechnet von jenen gesellschaftlichen Gruppen erhoben, „die auf keiner Operationsliste stehen“. Schröder hatte die Wiedereinführung der Vermögenssteuer bereits abgelehnt, als Gabriel sie im niedersächsischen Landtagswahlkampf gefordert hatte. ...

Vorher am 17. 4. 2003 hatte die HAZ berichtet:

Lernmittelfreiheit steht auf der Kippe

Busemann: Mehrere Alternativen denkbar / Scharfe Kritik von SPD und GEW

Hannover (jö). Die Landesregierung wagt sich in der Schulpolitik an ein Thema mit hoher Symbolkraft: Die Lernmittelfreiheit für alle Schüler steht zur Debatte. Die Eltern sollen bei Schulbüchern ihrer Kinder künftig wahrscheinlich dazubezahlen.

Bislang geht es im Kultusministerium nur um das Prüfen von möglichen Einsparungen im Zuge der allgemeinen Haushaltberatungen. Die Proteste fallen gleichwohl schon heftig aus: Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner warnte am Mittwoch, die Qualität der Ausbildung an den Schulen könne ernsthaft gefährdet werden. „Eine Beteiligung von Eltern an Lernmitteln verstärkt die Neigung, Bildungswege nach dem eigenen Geldbeutel zu beurteilen“, sagte Jüttner: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kündigte ebenfalls Widerstand gegen Kürzungspläne an. Auch eine soziale Staffelung der Zuzahlung nach Einkommen sei fragwürdig, weil soziale Unterschiede in der Schule vorgeführt würden. ...

Die Lernmittelfreiheit ist 1991 von der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen eingeführt worden.

From: "Dunja Rose" <presse@gruene-niedersachsen.de>
To: <undisclosed-recipients:>
Sent: Thursday, April 17, 2003 2:00 PM
Subject: PM24 Einkommensabhängige Lernmittelbefreiung

*Tischmann: "Es müssen diejenigen unterstützt werden, die es brauchen!"
Landesvorsitzende für einkommensabhängiges Modell bei der Lernmittelbefreiung*

Heidi Tischmann zu den Plänen der CDU/FDP-Landesregierung: "Angesichts der finanziellen Lage in Niedersachsen ist das Rütteln an der grundsätzlichen Lernmittelfreiheit durchaus denkbar.", so Tischmann, die sich für ein Modell mit sozialer Staffelung ausspricht: "Es muss gewährleistet sein, dass Erziehungsberechtigte mit wenig Einkommen auch zukünftig unterstützt werden."

Im Zuge der Reform sollte zwingend auch darüber nachgedacht werden, dass zukünftig die vom Land finanzierten Lernmittel in den Besitz der Schüler übergehen: "Bücher sind Arbeitswerkzeuge. Für den optimalen Lernerfolg müssen Schülerinnen und Schüler Unterstreichungen und Notizen in ihren Büchern machen können! Mit geliehenen Büchern geht das nicht."

Vorweg:

Dem Ex-Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel fällt etwas zur Politik ein. Es paßt aber nicht im Rahmen des Grundgesetzes. Naja, macht nichts, die Partei, die SPD, muß eben dafür sorgen, daß das Grundgesetz seinen Vorstellungen angepaßt wird. Ein solches Denken nenne ich verfassungsfeindlich, und es zerstört mehr als das Gegröle von rechtsradikalen Jugendlichen. Damit sage ich nicht, die Verfassung sei sakrosankt. Nach meinem Demokratieverständnis ist die Verfassung jedoch keine Angelegenheit einer Partei, nicht einmal der Parlamente, denn diese sollen ja im Rahmen der Verfassung handeln. Und es ist unlogisch, daß sich ein Organ, das innerhalb eines verfassungsrechtlichen Rahmens agieren soll, sich diesen Rahmen selber setzt. Die Verfassung ist die Angelegenheit der Gesamtheit der Bürger in ihrem Geltungsreich.

Zur selektiven Förderung:

Unsere Einkommens- und Vermögensverteilung entspricht nicht der Streuung der Fähigkeiten und - was noch wichtiger ist - der vom Markt abgerufenen Leistungen. Dies als ungerecht und unsozial zu bezeichnen, ist voll berechtigt. Wenn man sagt, die Ursache läge im Kapitalismus, erhält man noch viel Zustimmung, die sofort abfällt, wenn man ergänzend sagt, daß diese Verteilung nicht ursächlich mit dem marktwirtschaftlichen System zusammenhänge, sondern ihr Saboteur sei. Ursache dieses Dissenses ist, daß in der Politik und Gesellschaft noch immer das marx'sche Kapitalismusverständnis herrscht. Wenn wir davon ausgehen, daß das Eigentum die Ursache der Ausbeutung, die Ermöglichung von Kapitalerträgen ist, dann müssen wir natürlich eine Vermögenssteuer fordern und damit nach Möglichkeit soziale Projekte fördern. Die Logik, die dahintersteht, ist, daß auf diesem Wege ein Teil des kapitalistischen Beutegutes wieder den Ausgebeuteten zugeführt würde. Die Aussage, daß diese Logik nicht stimmt, braucht niemand zu glauben, jeder kann sie leicht überprüfen. Wäre nämlich das Eigentum (ausgenommen Bodeneigentum) die Ursache der Ausbeutung und damit der unbefriedigenden Verteilungskurven, dann müßte jedes neu errichtete Mietshaus, jede neue produzierende Maschine den Anteil des Kapitaleinkommens vergrößern. Die Wirklichkeit ist aber doch genau umgekehrt. Jede neue Investition drückt tendenziell den Kapitalertrag aller Real-Investitionen. Und das ist ja das Problem des Kapitalismus. Wenn das Realkapital nicht mindesten den Zins, die Rendite, ermöglicht, die die Geldanlage realisieren kann, dann läßt die Nachfrage nach liquiden Geld in Form von Krediten oder Übernahme von Anteilseigentum nach. Infolge der geringeren Nachfrage kann das Geld auch nur noch einen niedrigeren Zins realisieren. Das geht so weit,

bis die von Keynes beschriebene Liquiditätsfalle zuschnappt. Die die Investitionen gehen in den Keller, die Nachfrage läßt nach, die Arbeitslosigkeit steigt. Wenn Gabriel sich mit der Vermögenssteuer durchsetzen würde, würde er die Situation, in der wir stecken, noch verschärfen. Gerhard Schröder hat also völlig Recht, wenn er gegen die Vermögenssteuer ist. Merke: Vermögen im Sinne von Sachkapital hat nur eine vom Geld abgeleitete Zinsfähigkeit. Vermögen im Sinne von nicht gewerblichem Eigentum, zum Beispiel die Villa oder die Yacht, haben überhaupt keine Zinsertragsfähigkeit. In der Regel ist es so, daß Vermögen eines erheblichen Erhaltungsaufwandes bedarf - aus dem andere - z. B. Handwerker - wieder Einkommen beziehen. Auch diese Einkommensmöglichkeit wird durch eine Vermögenssteuer eingeschränkt, weil Erhaltungsarbeiten dann unterlassen werden oder weil sie in Eigenarbeit erledigt werden.

Was spricht nun dagegen, den Besserverdienenden kein Kindergeld mehr zu zahlen. Es ist der hohe Selektionsaufwand, eine gewisse Stigmatisierung (Die Nachbarin / Das Vereinsmitglied: „Ach Sie bekommen Kindergeld, da verdient ihre Frau / ihr Mann aber nicht viel. Mit gut Glück werden Sie / wird er aufsteigen, in eine bessere Gehaltsgruppe kommen und soviel verdienen, daß Sie auf Kindergeld nicht mehr angewiesen sind.“) Nun da könnte man sagen, wer solche Sticheleien nicht aushält, sollte sich aus unserer Republik verabschieden. Jede staatliche Förderung, und besonders die selektive, geht einher mit der Bürokratisierung unserer Gesellschaft, bringt die Bürgerin / den Bürger in eine Bittstellerrolle, läßt die Parteien als Wohltäter erscheinen (obwohl sie in der Regel Übeltäter sind) und was schlimmer ist, die Förderungen aufgrund von Berechtigungen machen zum großen Teil den Datenschutz überflüssig. Bei allen Anträgen müssen sich die Bürgern datenmäßig nackt ausziehen. Dem Bewilligungsbeamten genügt es ja nicht, daß er die Unterlagen eingesehen hat und einen Haken hinter der vorgedruckten Zeile „Berechtigung nachgewiesen“ macht, sondern er muß ja alle Daten erfassen, damit er nachweisen kann, daß er richtig geprüft und entschieden hat. Und wer glaubt, diese Daten blieben dann nur dem Beamten und seinen unmittelbaren Vorgesetzten zugänglich, der ist blauäugig. Also Kindergeld für alle unabhängig vom Einkommen nach Vorlage der Geburtsurkunde nach der Geburt und bei jedem Umzug. Die ausgleichende Gerechtigkeit muß dann über die tatsächlich höhere Steuerleistung der Gutverdienenden hergestellt werden. Außerdem gibt es keine gerechte Grenze zwischen Berechtigten und Unberechtigten, ganz egal wo man den Trennungsstrich zieht, er ist ein Akt der Willkür.

Zu der Schulbuchfreiheit: Erstmal möchte ich Heidi Tischmann (inzwischen die gewesene Landesvorsitzende der Bündnisgrünen in Niedersachsen) zustimmen, daß Schulbücher in das

Eigentum der Schüler gehören; neben dem Argument von Tischmann, daß diese Bücher Arbeitswerkzeuge sind, die den persönlichen Bedürfnissen angepaßt werden können müssen, geht der Mensch mit eigenem Eigentum pfleglicher um als mit anonymen fremden. Außerdem ist es auch je eine hygienische und ästhetische Frage, ob wir unseren Kindern ein neues Buch oder einen abgegriffenen Schinken zum Lernen in die Hand drücken. Unser Gesellschaft gibt so viel Geld für unsinnige Dinge aus, da wird doch wohl noch etwas für neue Bücher übrig sein. Die Buchleihe hat durchaus ihren Sinn - meine Kinder und Enkel machen davon ausführlichen Gebrauch - , aber nicht für die gängigen Schulbücher. Diese sind in den Folgejahren auch Nachschlagewerke für die Schüler und später auch noch eine Erinnerung an eine gute oder schlechte Zeit. Eine andere Frage ist, ob nicht durch mehr Konkurrenz und weniger ministerielle Vorgaben die Bücher wesentlich billiger sein könnten. Auch ist zu fragen (Die Buchhändler werden es nicht gerne hören.), warum die Schulen in Sachen Schulbücher nicht die eigenen Buchhändler sind, evtl. mit MWST-Befreiung. Eine Preisbindung für Schulbücher ist jedenfalls ein Hindernis, die Kosten für Schulbücher zu reduzieren.

Für die selektive Freistellung von den Anschaffungskosten gilt das Gleiche wie für die selektive Bewilligung von Kindergeld. Und ich stimme Wolfgang Jüttner zu, wenn er sagt, daß dadurch die berechtigten Kinder in der Schule vorgeführt werden.

Wie bei allen Wohltaten des Staates ist zu fragen: Wer bezahlt sie? Wer bezahlt die Schulbücher bei Lernmittelfreiheit? Natürlich die Eltern, wer denn sonst? Warum der Umweg über die Steuer und den Staatshaushalt? Das ist doch wesentlich teurer.

Nun kann man einwenden, eine leistungsgerechte Einkommensverteilung mit Reduzierung der Steuerlast bekommen unsere PolitikerInnen nicht hin. Dann ist es aber besser, die Nebenkosten der Bildung der Kinder durch eine Erhöhung des Kindergeldes für alle Kinder zu finanzieren. Da entsteht kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand. Darauf kann der Einwand gemacht werden: Das Kindergeld kommt vom Bund, für die Bildung sind die Länder zu ständig. Verdammt noch mal, dann ändert das so, daß das Kindergeld über die Landeskassen ausgezahlt wird.

Und dann ist noch mit Blick auf Wolfgang Jüttner zu fragen, was spricht dagegen „Bildungswege auch nach dem eigenen Geldbeutel zu beurteilen?“ „Auch“ müßte ich in das Zitat einbauen. Hätten wir eine marktwirtschaftliche statt der zentralverwaltungswirtschaftliche Bildungsökonomie, dann hätten wir unsere Bildungsprobleme nicht.

8.10 Pflegekasse

Die HAZ vom 1./ 2. März 2003 berichtete:

***Rürup-Koimnission denkt an Abschaffung der Pflegekasse
Bald nur noch Hilfe für Bedürftige über Steuern?
/ Sozialnunisterium reagiert zurückhaltend***

Berlin (dpa/p). Die erst acht Jahre alte Pflegeversicherung steht in ihrer derzeitigen Form auf dem Prüfstand. Die Rürup-Kommission zur Reform der Sozialsysteme erwägt, die Pflegekosten nicht mehr über Beiträge, sondern über Steuern zu finanzieren. Das Sozialministerium äußerte sich zurückhaltend. „Die Pflegeversicherung wird nicht abgeschafft“, erklärte eine Sprecherin. Die Ministerin werde abwarten, was die Rürup-Kommission vorschlage. Dann werde sie die Vorschläge politisch bewerten.

Die frühere hessische Sozialministerin und heutige Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara Stolterfoht (SPD), bestätigte am Freitag, dass sie vorgeschlagen habe, die Pflegeversicherung in ihrer bisherigen Form zu kippen und so die Sozialbeiträge um 1,7 Prozentpunkte zu senken. Stattdessen sollen die Bürger privat für den Pflegefall versorgen. Nur Bedürftige sollen Hilfe vom Staat bekommen. Kosten würde dies den Staat laut Stolterfoht 16 Milliarden Euro im Jahr. Deshalb sei eine sofortige Umstellung „nicht empfehlenswert“.

Die Kürup-Kommission, deren Mitglied sie ist, habe noch nicht über das Konzept entschieden. Es sei ein „Geburtsfehler“, die Pflege allein über Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu bezahlen. Vielmehr sollten alle Bürger über Steuern die „Kosten einer alternden Gesellschaft“ tragen.

Der CDU-Sozialexperte Andreas Storm sagte, seine Partei werde diesen Vorschlag prüfen. Der Unions-Sozialexperte Horst Seehofer (CSU) hatte sich zuletzt dafür ausgesprochen, die Pflege-Versicherung in die Krankenversicherung zu integrieren. Die Pflegeversicherung „steht vor der Pleite und hat in ihrer bisherigen Form keine gesicherte Zukunft“, sagte Seehofer.

*Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zeigte sich offen für das Modell von Stolterfoht und forderte, die Pflegeleistungen auf Schwer- und Schwerstpflegebedürftige zu beschränken. Die Menschen müssten verstärkt privat versorgen. Ohne harte Reformen drohe bei der
Pflege bald ein Beitragsanstieg.*

Die gesetzliche Pflegeversicherung war am 1. Januar 1995 gegen den erbitterten Widerstand der Wirtschaft vom damaligen Sozialminister Norbert Blüm (CDU) als fünfte Säule der Sozialversicherung eingeführt worden.. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen zusammen 1,7 Prozent der Löhne als Beitrag. Die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen steigt jedoch. Nach Ansicht von Experten ist der Beitragssatz von 1,7 Prozent auf Dauer nicht zu halten. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird laut Prognosen bis 2050 von derzeit zwei Millionen auf bis zu sechs Millionen steigen.

Die Rürup-Kommission soll bis zum Sommer Vorschläge zur Reform der sozialen Sicherungssysteme vorlegen. Eine Arbeitsgruppe innerhalb des Gremiums kümmert sich speziell um die Zukunft der Pflegeversicherung.

Hier nur eine aktuelle Anmerkung, ansonsten bitte ich, im Anhang II meinen Text zum Thema aus dem Jahr 1991 zu lesen. Bei Barbara Stolterfoht klingt wie bei vielen andern Empfehlungen durch, wenn nicht nur die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in die Zwangsversicherung einzahlen sondern alle die Kosten über die Steuer finanzieren würden, dann würde die Last erträglich. Daß aber neue Beitragszahler auch neue Ansprüche mitbringen, wird übersehen. Oder

wenn das nicht übersehen wird, dann muß mit solchen Aussagen gemeint sein, daß man zur Finanzierung der Zwangskollektive die Kapitalerträge anzapfen könnte. Und das ist ein Irrtum.

8.11 Einwanderungsgesetz /Asyl⁶⁰

Auf der Titelseite von „Zeitschrift von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN *schrägstrich*“ ist auf der Titelseite als Teil der Inhaltsankündigung zu lesen: „Zuwanderung keine faulen Kompromisse“. Der Artikel selbst ist dann überschrieben mit: „Konsens der gesellschaftlichen Mitte“. Nun ist doch zu beobachten, daß das - was unter unseren politischen Bedingungen als Konsens der politischen Mitte präsentiert wird - in der Regel ein „fauler“ Kompromiß ist. Dabei verstehe ich unter einem faulen Kompromiß eine Einigung, bei der Abstriche von ideologisch eingefärbten Forderungen gemacht wurden, ohne daß das eigentliche Problem gelöst wurde.

In Bezug auf die Wanderungsbewegungen der Menschen bestehen (scheinbar) nicht auflösbare Widersprüche. Wenn der Grundsatz gelten soll, daß alle Menschen gleichen Rechts sind, dann muß auch das gleiche Niederlassungsrecht für alle Menschen für jeden Ort auf diesem Globus gelten. Im Widerspruch steht dazu, was von dem verstorbenen Astrophysiker Peter Kafka als ein generelles Schöpfungsprinzip bezeichnet wurde: Die Vielfalt und Gemächlichkeit. In Bezug auf die Menschen und die strukturbildenden Elemente, die zu Gesellschaften mit bestimmter Identität führen, bedeutet das, daß die Quantität und die Geschwindigkeit der Zuführung von „fremden“ Menschen so gering und so langsam sein muß, daß die Menschen in den verschiedenen Gesellschaften den täuschenden Eindruck haben, sie würden in einer geschlossenen Gesellschaft leben.

Auch besteht der Widerspruch zwischen Zustimmung zur Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen und solchen aus humanitären Erwägungen. Es ist schon fast ein Zufall, wenn in dem einen oder anderen Fall sich wirtschaftliche und humanitäre Gründe decken.

Wenn wir uns dann aus humanitären Gründen für die Einwanderung entscheiden, stehen wir vor der Frage, wie viel Menschen lassen wir in einem bestimmten Zeitraum zu uns herrein? Eine, zehn oder hundert Millionen? (Die Zahlenreihe mit „Tausend“ versehen würde im Hinblick auf das Elend in dieser Welt nur zur Gewissensberuhigung dienen.) Wenn wir uns für eine humanitäre Einwanderung entscheiden, stehen wir nicht nur vor dem quantitativen Problem, sondern auch vor dem Selektionsproblem. Wem sollen wir den Vorzug geben? Jenen Men-

60 Siehe zu diesem Thema auch meine Ausführungen (Seite 64 - 74) in Agenda Niedersachsen 2001 Zweiter Teil , Offener Brief vom 1. Mai 2001 an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages

schen, die vom Hungertod bedroht sind, oder jenen, denen die Folter droht oder die der Folter entronnen sind?

Eine Zustimmung aus wirtschaftlichen Gründen ist auch nicht ohne Bedenken möglich, weil eine solche Einwanderung auch ein Eingriff in den Arbeitsmarkt ist, dessen Ungleichgewichte in Bezug auf den Beschäftigungsgrad wie auch im Hinblick auf nachgefragte und angebotene Fähigkeiten ja erst durch falsche oder fehlende Eingriffe Staates verursacht wurden. Egal ob wir bei der Einwanderung auf ungelernete Hilfskräfte setzen oder auf Spezialisten. Die Betroffenen Gruppen werden tendenziell unter Druck gesetzt. Bei den Ungelernten - für die es aufgrund der weltwirtschaftlichen Fehlentwicklung sowieso ein zu geringes Arbeitsangebot gibt, die daher in Alkohol und Sozialhilfe flüchten - gilt das noch mehr als für die Spezialisten.⁶¹ Der Hinweis: Die Zuwanderer würden ja nur Arbeiten machen, die von den Einheimischen nicht gemacht würden, trifft das Problem nicht richtig. Der Arbeitnehmer, der einwandern will, erwartet im Einwanderungsland ein besseres Arbeitsergebnis (oder überhaupt ein solches) als in seinem Heimatland. Bei den Einheimischen, die nicht an den objektiven Arbeitsmarktdaten scheitern, sondern bestimmte Arbeiten nicht übernehmen wollen, stellen sich die gleichen Fragen, wie beim Einwanderungswilligen: Was bringt mir dies und was bringt mir jenes? Menschen von der gleichen einheimischen Sorte Mensch, die bei uns jetzt faul und unwillig eingestuft werden, waren nach dem zweiten Weltkrieg hochmotiviert, wenn sie einen Zeitarbeitsvertrag für Hilfsdienste in England, Skandinavien, auf einem ausländischen Schiff oder bei der Besatzungsmacht bekommen konnten. In einem so kurzen Zeitraum verändert sich das Erbgut einer Bevölkerung nicht.⁶²

61 Beim Blättern in Band 16 (von 20) der Gesammelten Werke von Gesell bin bei der Überschrift „Die Triebkräfte der amerikanischen Mongolenpolitik“ hängen geblieben. Der Titel, in die heutige Zeit übersetzt- mußte wohl lauten: „Die Motive der amerikanischen Einwanderungspolitik gegenüber Asiaten.“ Er geht auf die Frage ein: Lohndruck durch Einwanderer Ja oder Nein? Er argumentiert: Die Marktchancen der Einheimischen wachsen durch die Einwanderer und er begründet das auch.

62 Bei jenen, die sich unabhängig von der Arbeitsmarktlage im sozialen Netz eingerichtet haben, müssen wir differenzieren a) zwischen: solchen Netzliegern, die es nur in Folge des Vorhandenseins des Netzes gibt, und b) solchen Netzbedürftigen, die es auch gäbe, wenn das Netz gar nicht da wäre (also solche, die vom Betteln, der privaten Wohlfahrt oder von den Zuwendungen von der Verwandtschaft leben müßten.) Ich schätze, daß der Prozentsatz dieser Zahl der Arbeitslosen insgesamt unerheblich ist und von einer vollbeschäftigten Wirtschaft spielend mit getragen werden könnten.

Die andere Differenzierung muß nach den Motiven und dem gesundheitlichen Status der Betroffenen vorgenommen werden.

a) Motive: Wer so hoch verschuldet ist oder durch laufende Unterhaltszahlungen belastet ist, daß alles, was über der Pfändungsfreigrenze liegt, weggepfändet wird, den wird man schlecht motivieren können, doch wieder eine Arbeit aufnehmen. Dann mag es solche geben, die klar erkannt haben, daß das Rennen um Wohlstand und Ansehen so ungerecht bei uns veranstaltet wird, daß es nur wenige gewinnen, aber eben viele verlieren können. Sie richten sich aus Klugheit auf dem unteren Niveau ein und verbessern ihre Lage mit Erträgen aus „Schwarzarbeit“. Und dann gibt es darunter sicher auch noch die Gruppe, die hoch arbeitsmotiviert ist, deren Mitglieder nach einer gesellschaftlich nützlichen Arbeit dürsten, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Diese Arbeit in bezahlter Form aber nicht angeboten bekommen und sich dann eine entsprechende unbezahlte Arbeit suchen und ihren Lebensunterhalt über die Arbeitslosen- oder Sozi-

Die nachfolgenden Sätze aus dem o.a. *Schrägstrich*-Artikel (März/03) von Omid Nouripour halte ich für falsch.

Wir brauchen Einwanderung nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus demografischen Gründen. Dabei muss die Integration der Migranten deutlich gefördert werden.

Die Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen brauchen bei geltendem Bodenrecht nur jene Bodeneigentümer, die auf steigende Bodenpreise und Bodenrenten spekulieren. Denn eine sich reduzierende Gesellschaft drückt auf die Bodenrente.

Fehlende Fähigkeiten in einer Volkswirtschaft stellen sich bei einem freien Bildungssystem und genügend hohen Preisen für die nachgefragten Fähigkeiten von selber ein. Wenn die Menschen einen Vorteil für sich sehen, bewegen sie sich auch. Können die Unternehmen, die auf dem Arbeitsmarkt nicht angebotenen Fähigkeiten billig im Ausland einkaufen, erreichen die Preise im Inland für die zu knapp angebotenen Fähigkeiten nicht eine Höhe mit deutlicher Signalfunktion. Statt die Ausbildung von Fähigkeiten in diesem Sektor zu motivieren und mobilisieren, breitet sich Resignation aus. Der Import der fehlenden Fähigkeiten wird ein Dauerzustand.

Die ökonomischen Umstände in der Zeit, als Gastarbeiter im großen Stil angeworben wurden, waren „krankhaft“. Unsere Volkswirtschaft wurde durch die Unterbewertung der DM bei fixierten Wechselkursen und Annahmepflicht von Devisen durch die Notenbank und die daraus resultierende Inflationierung unserer Währung⁶³ so aufgepuscht, daß es zu der Situation der Überbeschäftigung kam. Hätten die betroffenen Länder, also die BRD und die „Exportländer“ von Gastarbeitern, alle eine richtige Währungspolitik gemacht, hätten alle in ihrer Heimat arbeiten können und uns wäre das Überschäumen der Konjunktur und infolge dessen die Zuwanderung und auch die hohe Exportabhängigkeit erspart geblieben.

alhilfe finanzieren. Sie korrigieren die Arbeitsmarktpolitik auf ihre Weise.

b) Gesundheitlicher Status: Bei den Gebrechen, die aus der Sicht der Vermittler oder aus der Sicht der Betroffenen behindernd wirken, gehören körperlicher Verschleiß, Alkohol, psychischer Knacks, Entwöhnung vom Disziplinierungsdruck der Arbeit. Die Betroffenen gehören eigentlich in Rehabilitierungswerkstätten, manche von ihnen sicher auch in eine auf Dauer betreute Arbeit. Es muß den Betroffenen aber immer die Wahl bleiben zwischen Schlafplatz unter der Brücke und der therapeutischen Werkstatt als Brücke in eine bessere Zukunft.

Dann wird auch noch hergezogen über jene, die sich gegen eine Vermittlung unter ihrem bisherigen Gehaltsniveau sperren. Bei dem relativ starren Tarifsystem verhalten sie sich aber ökonomisch vernünftig. Denn es wird tarifmäßig nicht belohnt, wenn ein Arbeitnehmer zwischenzeitlich bereit ist für weniger Geld zu arbeiten. Dieses Problem läßt sich nur lösen, wenn tatsächlich nach Leistungskriterien bezahlt wird und nicht Einstufungskriterien, die mit der Arbeitsleistung wenig zu tun haben.

63 Die DM-Währung konnte nur stabil genannt werden, weil ihre Inflationsrate gegenüber anderen Währungen geringer waren.

Die demografischen Gründe für die Einwanderung sind auch nicht stichhaltig. Nur wenn eine ausreichend große Zahl von Säuglingen als Einwanderer zugelassen würde, könnte man den Altersaufbau unserer Gesellschaft wesentlich verändern. So wie die Politik heute angelegt ist, bräuchte man ja nur ein Gesetz zu beschließen, daß deutsche Erwachsene, die keine eigenen Kinder haben, im Schnitt 1 ½ Säuglinge zu Adoptieren oder alternativ die Kosten der Heimunterbringung für zwei Kinder zu übernehmen hätten. Aber wer kann das wirklich befürworten. Bei dieser Diskussion sollte man auch Arbeiten wie „**Deformierte Gesellschaft**“ von Meinhard Miegel beachten.

Nur Nationalisten, Machtpolitiker, die dem Rausch der großen Zahlen erlegen sind, und Verfechter der „sozialen“ Zwangskollektive schrecken vor einer schrumpfenden Gesellschaft zurück. Da wir ein sehr dicht besiedeltes Land sind, könnte es aus ökologischen Gründen nicht schaden, wenn unsere Gesellschaft kräftig schrumpft. Die zunehmende Last der Jungen für die Alten wäre meines erachtens überhaupt kein Problem, wenn wir a) die Kosten der Unterbeschäftigung überwinden würden, b) die Zinslast - die etwa ein Drittel des Einkommens ausmacht - herunterfahren würden,⁶⁴ c) wenn den Arbeitnehmern die Produktivitätsfortschritte, die sie in ihrem Arbeitsleben erreichen, auch in Form von Anteilseigentum zu Gute gekommen würde, nicht um sie zu vererben, sondern um es im Alter zu verzehren und d) wenn das Ersparte nicht durch staatliche Währungsfuschereien entwertet oder durch räuberische Steuerlasten minimiert würde. Aber da stoßen wir wieder auf die leistungsfeindliche kapitalistische Einkommens- und Vermögensverteilung und den Wahn, durch steuerliche Maßnahmen eine gerechtere Verteilung erreichen zu können. Falsche Vorstellungen vom Problem, die von allen Bundestagsparteien geteilt werden, konservieren letztendlich unsere ungunstigen Verhältnisse.

Aber schauen wir uns ein paar Abschnitte aus Miegels Buch an:

Aus dem Kapitel: „**Folgen der Zuwanderung**“

... Würde Deutschland künftig einen positiven Wanderungssaldo von jährlich durchschnittlich beispielsweise hunderttausend Menschen aufweisen, ginge seine Bevölkerungszahl bis 2040 nicht um gut ein Fünftel, wie dies ohne Zuwanderung der Fall wäre, aber immer noch um ein Siebtel oder knapp zwölf Millionen Einwohner zurück. Mit reichlich siebzig Millionen Einwohnern befände es sich wieder auf dem Niveau

64 Siehe dazu: Helmut Creutz, Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, 5. komplett überarbeitete Auflage, 2001 bei Econ.

von Mitte der fünfziger Jahre. Allerdings bestünde im Gegensatz zu damals die Bevölkerung zu mehr als einem Viertel aus Menschen, die seit 1960 zugewandert sind, beziehungsweise aus deren Abkömmlingen. Stiege der positive Wanderungssaldo hingegen auf jahresdurchschnittlich zweihundert tausend Menschen, verminderte sich die Einwohnerzahl Deutschlands nur um ein knappes Zehntel oder sieben Millionen. Das entspricht dem Bevölkerungsstand von Mitte der sechziger Jahre. Dann bestünde aber annähernd ein Drittel der Bevölkerung aus Zuwanderern oder deren Abkömmlingen. Sollte gar versucht werden, bei gleichbleibender Geburtenrate die gegenwärtige Bevölkerungszahl durch Zuwanderer konstant zu halten, stammte ein Jahrhundert nach Beginn der Zuwanderung, 1960, die Hälfte der Bevölkerung aus Zuwandererfamilien. Von da an bildeten Menschen, die bereits in der dritten oder vierten Generation in Deutschland ansässig sind, die Minderheit.

Doch wie breit der Zuwandererstrom auch immer nach Deutschland künftig fließen mag - seine Wirkungen auf die Alterung der Bevölkerung sind begrenzt. Zwar ist es möglich, durch Zuwanderung den Erwerbsfähigenanteil auf über fünfzig Prozent zu halten. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Erwerbsfähigen einerseits und noch nicht beziehungsweise nicht mehr Erwerbsfähigen andererseits wird hiervon aber nur wenig berührt. Ursächlich hierfür ist zum einen, dass auch Zuwanderer älter werden und oft noch nicht einmal ihr ganzes Erwerbsleben in Deutschland verbringen, und zum anderen, dass ihre ursprünglich mitunter höhere Geburtenrate sich schnell dem deutschen Niveau annähert. Ein Teil der Zuwanderer, insbesondere aus den Nachbarländern, weist mittlerweile eine noch niedrigere Geburtenrate auf als die Deutschen. Zuwanderung ist folglich keineswegs das Mittel, mit dem sich alle demographischen Verwerfungen glätten lassen. Das gilt um so mehr, als sich die künftige Zuwanderung tiefgreifend von der bisherigen unterscheiden wird.... (S. 27 f.)

Aus dem Kapitel: „**Gefahren der Ost-West-Wanderung**“

Seit der Antike, vor allem aber seit der Renaissance, hat sich der Westen Europas dynamischer entwickelt als der Osten. Das gilt nicht zuletzt für die Bevölkerungszahlen. Ähnlich wie in der Wirtschaft besteht auch in der Besiedlungsdichte ein erhebliches West-Ost-Gefälle. Deutschland beispielsweise ist gegenwärtig doppelt so dicht besiedelt wie Polen oder Tschechien, viermal so dicht wie Weißrussland oder die Ukraine und fünfundzwanzigmal so dicht wie Russland.

Dieses Gefälle wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auch ohne Ost-West-Wanderung steiler werden. Der Grund sind hohe Sterbeüberschüsse oder, umgekehrt,

der Rückgang der Geburtenzahlen. Mit Ausnahme Polens und der Slowakei haben alle Länder Mittel- und Osteuropas seit nunmehr reichlich einem Jahrzehnt eine noch niedrigere Geburtenrate als Deutschland und die Europäische Union, und auch die Geburtenraten Polens und der Slowakei sind nicht höher als die niedrige deutsche. Mit den Geburtenraten Frankreichs oder Großbritanniens kann kein einziges mittel- oder osteuropäisches Land mithalten, obwohl auch sie nicht zur Bestandserhaltung ausreichen. Unter diesen Bedingungen bedeutet eine substanzielle Ost-West-Wanderung, dass sich die Zahl der Menschen östlich von Oder und Neiße binnen zwei Generationen halbiert. ... (S.31)

...Was aber passiert, wenn er die Löcher nicht stopft? Dann wird es keine funktionierende Europäische Union und kein stabiles, offenes Europa geben. Denn ein Land, ein Kontinent ist nur dann dauerhaft stabil, wenn die regionalen, wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede nicht zu krass sind. Andernfalls können selbst Eiserne Vorhänge keine Stabilität gewährleisten. Deutsche und Europäer konnten das in ihrer jüngsten Geschichte hautnah erfahren.

Doch wann sind die Unterschiede zu krass? Auf diese Frage gibt es keine allgemeingültige Antwort. Aber es gibt gewisse Erfahrungssätze. Innerhalb eines Sprach- und Kulturkreises setzen sich Bevölkerungsteile in Bewegung, wenn das Wirtschaftsgefälle steiler als vier zu drei ist. Die noch immer nicht zum Stillstand gekommene Wanderung von den neuen in die alten Bundesländer zeigt das. Über Sprach- und Kulturkreise hinweg müssen stärkere wirtschaftliche Anreize wirksam werden. Im allgemeinen reicht aber auch hier ein Gefälle von zwei zu eins. Soll heißen: Hat eine Bevölkerung doppelt so viele materielle Güter wie eine andere, machen sich Gruppen der Ärmeren auf den Weg, um am Wohlstand der Reichen teilzuhaben. (S. 33)

Aus dem Kapitel: „**Europäer in einem Boot**“

Soll die Osterweiterung der EU gelingen und darüber hinaus ein offenes und zugleich stabiles Europa entstehen, darf die Binnenwanderung auf Dauer nicht stärker werden, als sie heute in Westeuropa ist. Die durch Abwanderung entstehenden Lücken lassen sich nämlich in keinem Land mehr durch internes Bevölkerungswachstum schließen. Sie klaffen auf Dauer, es sei denn, außereuropäische Zuwanderer strömen nach. Alle Europäer müssen deshalb dazu beitragen den Wanderungssaldo für jedes Land möglichst ausgeglichen zu halten.

Dazu bedarf es einer erheblichen Abflachung des bestehenden Wirtschaftsgefälles. Was das praktisch heißt, wissen die Deutschen seit ihrer Wiedervereinigung nur allzu gut. ... (S. 33.f)

Aus dem vorhergehenden Kapitel: „**Geburtenrückgang**“

... Bis vor wenigen Generationen waren Kinder für ihre Eltern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie trugen maßgeblich zur Leistungsfähigkeit der Familie bei. Darüber hinaus bildeten sie das Fundament der Alterssicherung. Sie waren trotz mancher Mängel und Schwächen Garanten sozialer Einbindung, Geborgenheit und Stabilität. In der Regel waren sie für ihre Eltern eine sich auch wirtschaftlich rentierende Investition. Sie gaben ihnen - zeitversetzt - individuell zurück, was sie empfangen hatten.

Von alledem kann heute kaum noch die Rede sein. Die Investition in Kinder rentiert sich allenfalls noch emotional. Der wirtschaftliche Aufwand, den sie erfordern, wird gegenüber den Eltern nur selten zum Ausgleich gebracht. (S. 21 f.)

Den letzten Absatz habe ich hier noch mit übernommen, weil es ja auch über die Ursachen des der schwachen Geburtenrate nachzudenken gilt. Er sollte aber auch im Zusammenhang mit dem Thema Bildung und Erziehung bedacht werden. Ich habe ja weiter oben die „Pädagogik der Unterdrückten von Paulo Freire hingewiesen. So weit ich in Erinnerung habe, ist für Freire der altersgemäße Beitrag der Kinder durch Arbeit für die Familie wichtig, damit die Kinder Selbstvertrauen entwickeln können.

Wenn die Darstellungen von Miegel über den Wandlungs- und auch Verfremdungseffekt (davon spricht er nicht) bedenkt, dann hat die Entscheidung „Einwanderungsland“ eine Wirkung auf die Gesellschaft, über die nicht eine Vertretung (Die auch bei Zuzählung der Parteimitglieder eine klitzekleine Minderheit ist.) entscheiden sollte, sondern die Bürger in ihrer Gesamtheit in einer Urabstimmung.

Die Aussage, daß ausgeprägte Unterschiede im Niveau von Wirtschaftsgebieten, also das Vorhandensein von Wirtschaftsgefällen, sowohl Wanderungsbewegungen auslösen und der Grund für kriegerische Handlungen sind, ist nicht neu, neu ist auch nicht die Erkenntnis, daß die Politik dieser Frage gegenüber wie gelähmt wirkt. Die Lähmung ist dabei kein Ausdruck von Gleichgültigkeit und nur zu einem kleinen Teil das „wichtigere Geschäft“ die Politiker davon abhält, die Grundlagen für mehr Gleichgewicht zu schaffen, es ist schlichte Hilflosigkeit. Und diese Hilflosigkeit produziert dann eine blinde Zustimmung zur Globalisierung, weil diese verspricht, die Welt in einen besseren Zustand zu versetzen.

Wir können uns aber nur vor dem zunehmenden Druck der Wandererbewegungen und des Terrorismus schützen, wenn wir die Welt mehr ins Gleichgewicht auf gehobenem Niveau bringen, das von einer Gleichwertigkeit der Menschen und ihrem Bedürfnis nach eigener Identität und Entwicklung ausgeht. Dieses endlich in Angriff zu nehmen, wäre die moderne und erforderliche Verteidigungspolitik.

In einem anderen Text habe ich gefragt: Was machen wir eigentlich, wenn in den geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven nicht Öl und Massengut gelandet wird, sondern Massen von Armen und Hungernden, die von unseren vollen Bäuchen gehört, sich organisiert und große Schiffe gechartert oder gekapert haben? Eingedenk des Holocaust, werden wir nicht in der Lage sein, wie die Russen im zweiten Weltkrieg, die Flüchtlingsschiffe einfach zu versenken. Solche Transporte könnten auch von wohlhabenden Personen oder von Staaten als neue Form des Terrorismus oder als feindliche Akte organisiert werden. Das sind ja keine Phantastereien, sondern schon heute reale Möglichkeiten. Wie las ich es in diesen Tagen? Die EU rüstet die polnischen Grenzsoldaten mit neuer Technik aus, damit diese ungebetene Zuwanderer besser aufspüren können. Hunger und (auch) Neid bleiben hier aber der neuen Technik und wachsenden Zahlen von Grenzsoldaten überlegen.

In diesem Zusammenhang muß auch das staatliche Soziale Netz als zusätzlicher Anreiz für die Zuwanderung benannt werden. Die staatlichen Zuwendungen für Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge können aus unserer Sicht noch so bescheiden sein, sie sind aber meistens höher als der Lohn für Arbeit (wenn es die überhaupt gibt) in den Herkunftsländern jener, die nach Eurpa bzw. Deutschland hinein wollen. Es kann nicht ausbleiben, daß es sich im Süden der Erdkugel herumspricht, daß im Norden ein Paradies liegt, in dem es reichlichen Lohn ohne Arbeit gibt. Wer von uns würde sich nicht auf den Weg machen wollen, wenn er in einer solchen Situation steckt. Wer von denen, die mit uns am Tisch sitzen wollen, all zu große Ehrlichkeit über ihre Motive und Gründe erwartet, überfordert die Anwärter und macht sich selbst etwas vor.

Nicht weil es wünschenswert, sondern von der Sache hergesehen erforderlich ist, bremsende Mechanismen einzubauen, müßte es in Zukunft für alle Zuwanderer nach einem Erholungs- und Eingewöhnungsurlaub lauten: Geld gibt es nur gegen harte Arbeit. (Dies dürfte sogar im Sinne der Mehrzahl der Kriegsflüchtlinge und Asylsuchenden sein, weil es für sie willkommene Erlösung aus dem aufgezwungenen Bettlerdasein mit dem Nichtstun wäre.⁶⁵)

65 Aus Berichten von deutschen Kriegsgefangenen in westlichen Internierungslagern ist mir in Erinnerung,

In diesem Zusammenhang müssen auch die Kosten der Integrationsförderung der MigrantenInnen angesprochen werden. Die Mittel für die Förderung werden immer schnell eingefordert. Es wird nur nicht gesagt, wer sie übernehmen soll. Der Staat soll zahlen, tönt es im Chor, als sei der Staat der Gott, der Manna vom Himmel fallen lassen kann. Viele haben natürlich auch die Vorstellung, Vater Staat sei so stark und klug, daß er den Reichen zu Gunsten der Armen in die Taschen fassen könnte. Das kann er unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen nur ganz begrenzt. Die klassischen Einwanderungsländer wie Australien oder Kanada haben die Förderung oder die Nichtförderung von Einwanderern immer nach ihrem wechselnden ökonomischen Interessen entschieden. Auch wenn es unser humanistisches Herz kränkt, eine staatliche Förderung von Einwanderern muß sich bei uns auch nach den eigenen ökonomischen Interessen richten und im Regelfall den Einwanderern die Kosten der Eingliederung aufbürden. Da diese bei der Ankunft meistens mit leeren Taschen dastehen, muß der Staat die Kosten mittels Darlehen vorfinanzieren und die Tilgungsbeiträge vom Arbeitseinkommen der Migranten einbehalten. Gegen eine umfangreiche privatrechtliche Förderung, die sich aus Spenden speist ist gegen einzuwenden. Die Bundestagsmitglieder könnten z.B. die Spenden, die sie freiwillig-unfreiwillig ihren Parteien zu kommen lassen, in einen Fond zur Förderung von Immigranten einzahlen.

Die Antwort auf die Frage, unter welchen Bedingungen alle Menschen ihr Recht auf volle Freizügigkeit erhalten oder erringen können, lautet: Unter der Bedingung, daß die Welt in ein ökonomische Gleichgewicht kommt, die Arbeit möglichst überall bei Vollbeschäftigung ihren vollen Ertrag erhält, und daß staatliche (geldliche) Übertragungen auf ein möglichst niedriges Niveau heruntergefahren werden.

Ist die Situation des weltweiten (oder als Vorstufe des kontinentalen) Gleichgewichts erreicht, ist aufgrund der Trägheit oder Bodenhaftung der Menschen das zweite Ziel, der Erhalt der Vielfalt und der Gemächlichkeit in der Entwicklung menschlicher Gesellschaften, als Draufgabe zu erreichen. Nur kleine Minderheiten der Gesellschaften werden sich auf dem Weg machen, um neue Ufer zu erreichen. Diese geringe Wanderungsbewegung wird nicht als Bedrohung sondern als Bereicherung empfunden werden, trägt sie doch dazu bei, die Gesellschaften vor der Erstarrung zu schützen.

daß für die meisten die Verdammung zur Untätigkeit als schlimmste Strafe empfunden wurde. In russischer Gefangenschaft wurden Deutsche völkerrechtswidrig bei Unterernährung und mangelhafter Kleidung zu unmenschlicher Arbeit gezwungen. Das darf auch nicht vergessen werden, wenn wir das Unrecht der Deutschen gegenüber den Zwangsarbeitern im zweiten Weltkrieg bedenken. Schuld bleibt bei einseitiger Darstellung und auch als Saldo unverständlich.

8.12 Die Deutschen haben die kürzeste Arbeitszeit

Ein weiterer Bericht aus der HAZ, diesmal in der Ausgabe vom 12. April 2003:

1557 Stunden pro Jahr

Deutsche Industriearbeiter haben die kürzeste Arbeitszeit

Industriearbeiter in Westdeutschland haben 2002 mit einer Pro-Kopf-Arbeitszeit von 1557 Stunden erneut international die kürzeste tarifliche Jahresarbeitszeit gehabt. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln mitteilte, arbeiteten die Kollegen in Ostdeutschland fast 130 Stunden länger und kamen auf 1685 Stunden. Am fleißigsten waren laut Institut im vergangenen Jahr die Industriearbeiter in den Vereinigten Staaten. Sie kamen auf 1904 Jahresarbeitsstunden.

Die Industriearbeiter in der Schweiz und in Griechenland erarbeiteten sich mit 1844 beziehungsweise 1840 Stunden die Plätze zwei und drei im internationalen Arbeitszeit-Ranking. Allerdings gilt in der US-Industrie ebenso wie in der Schweiz und in Griechenland noch die 40-Stunden-Woche.

Neben den Westdeutschen arbeiteten nach Angaben des Instituts noch die Franzosen mit 1605 Stunden, die Dänen (1650) und die Niederländer (1670) im vergangenen Jahr weniger als die ost-deutschen Kollegen in der Industrie. Vor allem die großzügigeren deutschen Urlaubsregelungen schlugen zu Buche sowie das kürzere Wochensoll. Zudem habe es 2002 besonders viele Feiertage gegeben, die auf einen Arbeitstag fielen., ap

Die Meldung scheint nüchtern und sachlich zu sein. Aber auf dem Hintergrund der Diskussion von Agenda 2010 wirkt sie auf mich wie Propaganda, die den Arbeitnehmern signalisieren soll, so faul oder bequem seid ihr, ihr habt allen Grund, mit Eueren Forderungen bescheidener zu werden. Es ist ja durchaus legitim einzelne Segmente unserer Volkswirtschaft mit vergleichbaren Segmenten anderer Volkswirtschaften zu vergleichen, nur dürfen diese Vergleiche nicht scheinobjektiv sein. Beim Vergleich kommt es nicht auf die tariflich vereinbarten Stunden an, sondern auf die tatsächlich geleisteten - also plus Überstunden und minus Krankheitsstunden. Dann müßten die Stunden mit der jeweiligen Arbeitsintensivität, der Belastung durch Umweltfaktoren (wie Lärm und Staub), mit einem Wohlbefindlichkeitsfaktor (Betriebsklima, Führungsstil, Angst vor Kündigungen, kreative und soziale Entfaltungsmöglichkeiten) und mit der zeitlichen und kräftemäßigen Belastung des Fahrweges zwischen Wohn- und Arbeitsort gewichtet werden. Aber auch dann, wenn die deutschen Arbeitnehmer bei einer differenzierten Erfassung der Arbeitszeit eine Spitzenstellung einnehmen würden, wäre das eher ein Grund zum Jubeln als für Klagelieder. Die Welt ist gottlob noch in Volkswirtschaften aufgeteilt, so daß sich die Volkswirtschaften im Wettbewerb optimieren können. Ziel dieser Optimierung ist nicht die Maximierung der Kapitalrendite, sondern die des Wohlbefindens aller in einem Wirtschaftsgebiet lebenden Menschen. Außerdem: Ziel des Wirtschaftens ist nicht, möglichst viele Stunden - und damit Lebenszeit - mit der Bereitstellung der materiellen Lebensgrundlage zu verbringen, sondern möglichst wenige, damit für Kultur, Politik und Religion Zeit und Kraft bleibt. Auch

für den einzelnen Betrieb ist die absolute Zahl der Arbeitsstunden relativ uninteressant. Es kommt darauf an, was als Ertrag übrig bleibt. Wichtig ist das Verhältnis von Arbeitszeit und Entlohnung zwischen den Wettbewerbern. Dies gilt besonders für Unternehmen, die in einem übernationalen Wettbewerb stehen. Aber hier ist nicht die Aufgabe, die Leistungs- und Freizeitnorm auf den Stand des ausländischen Mitbewerbers mit niedrigsten Niveau für Arbeitnehmer herunter zu fahren, sondern die Konkurrenzländer auf das deutsche Niveau zu heben. Das ist nicht nur die humanere Zielsetzung, sondern wie an anderer Stelle auch schon betont, eine notwendige Verteidigungsstrategie gegen dem Einwanderungsdruck und dem Terrorismus der sich aus der Armut und dem Wohlstandsgefälle speist.

8.13 Insolvenzen

Noch mehr Insolvenzen in Deutschland
Bundesverband der Inkasso-Unternehmen:
650 000 Arbeitsplätze bedroht / Viele Jugendliche sind verschuldet
(HAZ vom 8. 5. 2003)

Magdeburg (dpa/e). Wegen der Pleitewelle sind in Deutschland in diesem Jahr rund 650 000 Arbeitsplätze bedroht. Das hat der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) am Mittwoch in Magdeburg mitgeteilt. Die Zahl der Insolvenzen steuere auf einen neuen Höchststand zu.

Vor allem Beschäftigte am Bau und in Handwerksbetrieben müssten um ihre berufliche Zukunft bangen, weil immer mehr Kunden ihre Rechnungen nur zögerlich beglichen. „Die Zahlungsmoral hat sich in ganz Deutschland verschlechtert“, sagte BDIU-Präsident Dieter Plambeck in Magdeburg.

Auch immer mehr Privatleute müssten Insolvenz anmelden. Die Gesamtzahl der Pleiten - Privatleute mitgerechnet - dürfte nach Berechnungen des Verbands 2003 erstmals die Marke von 100 000 erreichen, darunter mehr als 40 000 Unternehmen (Vorjahr: 37 579). Viele Kunden könnten wegen hoher Schulden ihre Rechnungen nicht mehr begleichen und trieben damit Mittelständler in den Ruin. Das Problem werde durch die hohe Arbeitslosigkeit verschärft. Vor allem in Ostdeutschland seien viele Betriebe von Insolvenz bedroht.

Der Trend zur Verschuldung hält an. Mehr als zweieinhalb Millionen Haushalte gelten in Deutschland als überschuldet. Besonders gefährdet seien Jugendliche, sagte Plambeck. „Der Weg in eine Schuldnerkarriere beginnt für viele Jugendliche mit dem Handy.“ Jugendliche in Deutschland gäben mittlerweile zweistellige Millionenbeträge fürs Telefonieren und für das Versenden von Kurzmitteilungen aus. Wenn das Geld für die Handy-Rechnung oder die Markenbekleidung nicht mehr reiche, würden Freunde angepumpt. Schon Grundschüler seien bereit, sich zu verschulden, beklagte Plambeck. 850 000 Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren hätten Schulden.

- *Mehr Firmeninsolvenzen: Im Januar ist die Zahl der Firmenpleiten nach Angaben des Statistischen Bundesamts kräftig gestiegen. Betroffen waren 3245 Unternehmen - 19,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Einschließlich der Pleiten von Privatleuten stieg die Zahl der Insolvenzen um 42 Prozent auf 8158.*

Endlich einmal ordentliche Wachstumszahlen. Endlich können Wahlkämpfer vor die Wähler treten und sich stolz auf die Brust schlagen und sagen: An diesem Werk habe meinen sichtba-

ren Anteil. Sarkasmus hilft einem wohl, innerliche Empörung über gesellschaftliche Zustände abzubauen, ändert aber nichts an dem Problem.

Das Schuldenmachen ist an sich ein nützlicher Dienst an jene Zeitgenossen, die sparen⁶⁶ möchten und dazu in der Lage sind. Sparen heißt hier, zeitlich begrenzter Verzicht auf mein Abrufrecht auf Güter, die im Markt sind, zugunsten eines anderen, der Güter abrufen möchte, aber die nötigen Anrechte noch nicht erworben hat. Der Sparer als Kreditgeber - direkt oder über die Bank - und der Schuldner gehen davon aus, daß der Kreditnehmer (identisch mit Schuldner) aus seinem künftigen Einkommen (erworbene Anrechte auf Güter im Markt) die Tilgung des Kredites leisten kann.

Problematisch wird es, wenn der Kreditnehmer seine Rückzahlungsfähigkeit überschätzt hat:

a) in betrügerischer Absicht, b) durch Beeinflussung durch die Werbung, c) durch falsche Selbsteinschätzung, d) durch Verschlechterung der wirtschaftlichen Daten oder e) das Ausbleiben der von der Politik versprochenen rosigen Zeiten.

Unterschätzt werden in der Regel die Kosten der Verschuldung, deren Hauptteil der Zins ausmacht. Nun gibt es viele Theorien, die (gegen biblische Aussagen) den Zins rechtfertigen. Nur: alle Theorien können nicht widerlegen, daß der Schuldner bei dem Geschäft einen Dienst leistet und nicht der Gläubiger. Der Schuldner transportiert (oder transformiert) nämlich für den Gläubiger Ansprüche an den gegenwärtigen Markt in Ansprüche auf einen künftigen Markt. Aber der Gläubiger trägt das Risiko des Verlustes des Darlehns. Ja, trägt der Schuldner kein Risiko? Er muß seine Verbindlichkeiten durch eine ungewisse Zukunft tragen, und wenn diese sich anders entwickelt als erwartet, verliert er in der Regel das Eigentum an den Sachen, die er sich mit dem Kredit erworben hat, und behält seine Schulden. Wenn das kreditfinanzierte Eigentum für ihn Produktionsmittel waren, dann verliert er auch noch die Fähigkeit, seine Schulden zu tilgen. Also wer muß eine Belohnung erhalten? Der Gläubiger oder der Schuldner? Das Geschäft sollte pari ausgehen mit einer Abweichung von ca. einem Prozent von Null nach beiden Seiten, damit die Allokations- oder die Preislenkungsfunktion des Zinses als Preis für die Überlassung von Liquidität erhalten bleibt.

Die Brisanz des Zinses liegt nun in folgendem: Der Zins transportiert Geld von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf (Ausfall der Nachfrage / Konjunkturproblem). Das Geld in Kassen ohne Bedarf drängt (oder wird geschoben) in Großprojekte mit staatlicher Renditegarantie / die Erträge daraus werden wieder keine Güternachfrage, sondern müssen wiederum als Kredite

66 Sparen unterscheidet sich vom Horten dadurch, daß das Geld nicht dem Kreislauf entzogen wird.

in den Geldkreislauf zurück geführt werden. Das schaukelt sich immer weiter auf, bis theoretisch nur noch ein Kreditgeber übrig bleibt und alle anderen Schuldner geworden sind. (Die Umschichtung der Einkommen von arm nach reich und gegen ökologische Zielsetzungen wirkende Investitionen in fragwürdige Großprojekte ist systembedingt.)

Real gesehen hat der Zins eine enteignende Wirkung, die sich mit steigenden Prozentpunkten steigert. Dieter Suhr, Professor der Rechte an der Universität Augsburg hat an dem Thema gearbeitet. Er ist zu dem Schluß gekommen, daß der Zins nicht durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes gedeckt ist. Bevor er seine Einsichten prägend in die Rechtswissenschaften einbringen konnte, ist er bei der Rettung seiner Tochter tödlich verunglückt.

Ich glaube nicht an eine große Wirkung von Verboten, sonst würde ich hier fordern vorrangig vor dem Verbot der Tabakwerbung ist ein Verbot von direkter und indirekter Werbung oder Verführung zum Kredit unter Jugendlichen. Es müßte in den Schulen aber zur Selbstverständlichkeit werden, daß die Lasten der Kreditaufnahme (und des Zinsanteils in allen Preisen) im Unterricht berechnet werden und nicht nur die lächerlichen Erträge auf dem Sparkonto. Die Kinder müssen wissen, wenn ihre Eltern das Haus in dem das Kind groß wird, auf Kredit gekauft haben, das Haus bis zur Fälligkeit der letzten Tilgungsrate zwei oder drei mal bezahlt haben. Und wenn Eltern die Zins- und Tilgungsleistungen nicht mehr aufbringen können, dann kann das in einem persönlichen Versagen der Eltern begründet sein, in der Regel sind es aber die durch die Politik schlechter gewordenen Marktdaten. Hier entsteht laufend neue Schuld, die sich die ParlamentarierInnen anrechnen lassen müssen. Die ganzen staatlichen Förderungsprogramme sind nur ein Trostpflaster auf die ökonomischen Wunden, die die Politik durch ihr Versagen schlägt.

Es ist häufiger zu hören: Der Konkurs ist gehört zur Marktwirtschaft. Richtig, er ist so etwas wie die rote Karte des Schiedsrichters beim Fußballspiel. Aber so wie der Schiedsrichter auch nur berechtigt individuelles Fehlverhalten abstrafen darf und nicht einen Spieler, der ungewollt foult, weil er selber gefoult wurde. Ich bringe dieses Bild, weil ich schätze, daß die meisten Konkurse im gewerblichen Bereich nicht auf persönliches Versagen der Unternehmensleitungen zurückgehen, sondern auf das wirtschaftspolitische Foulen von Exekutive und Legislative. (Das ist keine parteibezogene Aussage.)

Richtig ist, wer Gestaltungsfreiheit erhält, um im Markt der Möglichkeiten mit zu wirken, der

muß auch für sein Fehlverhalten oder seine Fehlgestaltung haften, besonders dann, wenn er Dritte mit in den wirtschaftlichen Abgrund zieht. Walter Eucken weist darauf eindringlich hin. Das heutige Ausweichen vor den nicht mehr kalkulierbaren, politisch verursachten Risiken in Gesellschaftsformen mit beschränkter Haftung würde der Ordoliberaler Walter Eucken, wenn er noch leben würde, sicher mißbilligend zur Kenntnis nehmen. Da der Weg in die Überschuldung ein Weg in die faktische Knechtschaft ist, in der die Grundrechte nur bedingt noch Geltung haben, ist hier politische Gestaltung angesagt. Ich kenne mich mit dem neuen Insolvenzrecht nicht aus und habe nur am Rande mitbekommen, daß Unzufriedenheit mit dem Ergebnis festzustellen ist. In Bezug auf die Überschuldung durch wirtschaftliche Aktivitäten muß eindeutig die persönliche Haftung - unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens - in wirksamer Weise erhalten oder eingeführt werden. Diese Haftung darf aber andererseits keine abschreckende Wirkung auf die Bereitschaft zur Übernahme der Unternehmerrolle haben. Und wenn der Konkurs nicht betrügerisch herbei geführt wurde, dann sollte er auch nicht einer sozialen Ächtung bedacht werden und in einer lebenslangen Schuldknechtschaft auf Sozialhilfeniveau enden.

Es wird häufig über einen Schuldenerlaß gegenüber Entwicklungsländern gesprochen. Wäre es nicht an der Zeit, die christliche Aussage „Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern.“ innerstaatlich anzuwenden? In den verschuldeten Familien kann nicht frei geatmet werden. Wo nicht frei geatmet werden kann, können keine Kinder zu freien Menschen heranwachsen.

8. 14 Mittelstand

Der Begriff *Mittelstand* ist in der Politik genauso schwammig und unklar wie der Begriff *Basisdemokratie*. Er gehört aber offensichtlich so in die Wahlprogramme der Parteien wie der Heilige Geist in das Glaubensbekenntnis der Christen. Um für das - was ich hier sagen will - eine Basis zu haben, gebe ich die Erklärung des Stichwortes aus dem Lexikon wieder.

Mittelstand (Mittelschicht), Sozialwissenschaften: die Gesamtheit der sozialen Gruppen einer industriell bestimmten Gesellschaft, die nach Ausweis objektiver sozialer Merkmale (z. B. Einkommen und Vermögen) und subjektiver Schichtungsfaktoren (z. B. bestimmte politisch-gesellschaftliche Grundhaltungen, Sozialprestige und Werteverständnis) zwischen einer Ober- und einer Unterschicht stehen (Schichtung). Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wird unterschieden zwischen dem »alten Mittelstand« (selbstständige Inhaber gewerblicher, kaufmännischer und landwirtschaftlicher Mittel- und Kleinbetriebe [das heißt große Teile des alten Bürgertums], Freiberufler, höhere Beamte) und dem »neuen Mittelstand« (Teile der »Unselbstständigen« wie mittlere Angestellte und hoch qualifizierte Facharbeiter).

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

Da der Begriff Mittelstand in der Politik besonders im Hinblick auf Schaffung von

Arbeitsplätzen benutzt wird, kann ja nur der wirtschaftlich selbständig werkende Bürger gemeint sein. Aber auch wenn man sich auf diese Gruppe einläßt, gibt es aufgrund der Eingrenzungen weiterhin Definitionsschwierigkeiten. Ich will gar nicht versuchen, diese Schwierigkeiten hier aufzulösen. Für meine Aussage genügt das bisher zum Mittelstand Gesagte.

Wenn die Politik den wirtschaftlichen Mittelstand fördern will muß sie:

1. den Einkommensmittelstand (der hier nicht am arbeitsrechtlichen Status geknüpft gedacht ist) erhalten und erweitern. Begründung: Ein Teil des Mittelstandes ist auf den Einkommensmittelstand als Kunde angewiesen. (50 Kunsthandwerker können nicht von 5 Reichen leben, aber von 5000 Einkommensmittelständlern.)
2. die Konjunktur auf hohem Niveau bei stabilen Preisen verstätigen (Das ist möglich!);
3. die Arbeit des Mittelstandes durch Vereinfachung des Steuerrechtes und Entrümpelung von bürokratischen Regelungen erleichtern;
4. Das Haftungsrecht überprüfen, ob einfacher, klarer und übersichtlicher gestaltet werden kann. Auf dem Nachweis eines Versicherungsschutzes gegen evtl. Haftungsansprüche, aus Gewährleistung, aus Arbeitsverträgen, Umweltbelastungen etc. sollte bestanden werden, aber nicht auf Zwangsmitgliedschaften IHK, HK und BG;
5. das Zugangsrecht sollte noch mehr liberalisiert werden, als es die jetzige Regierung vor hat. Der Meisterbrief als Zugang zur beruflichen Selbständigkeit ist ein altes Streitobjekt. Er dient mehr der Konkurrenzabwehr als der Garantie für einwandfreie Leistung;
6. neue Unternehmensformen entwickeln, die zwischen dem selbständigen Meister mit Gesellen und der Kapitalgesellschaft liegen (genossenschaftlicher Ansatz ohne die Mängel der Produktivgenossenschaft), und
7. neue Betätigungsfelder für den Mittelstand erschließen (alles was mit Erziehung, Bildung, Körper- und Seelenpflege, mit Kunst, Musik, Theater zu tun hat, kann Gegenstand mittelständischer Unternehmen in verschiedenen Rechtsformen sein);
8. der Konzentration in der Wirtschaft massiv entgegenwirken, die Marktwirtschaft, die dem Mittelstand eine Chance geben soll, braucht viele Anbieter und Nachfrager. (Die Ordoliberalen in der Aktion Sozialer Markt wollten das mit einem straffen Antikartellrecht herbeiführen, die freiwirtschaftlichen ASM-Gründer waren sich gewiß, eine breite Streuung des Eigentums und eine Wettbewerbssituation mit atomistischer Tendenz dadurch zu erreichen, daß sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Zins (Kapitalertrag) um Null pendeln kann. ((Die Ordoliberalen und die Freiwirte sind heute weiter vom Ziel weg als beim Start der Sozialen Marktwirtschaft mit der Währungsreform 1948.))

8.15 Der Wahlerfolg von Bremen

Der Wahlerfolg von Bremen mit 12,8 % Wähleranteil und einem Zuwachs von 3,8% ist ein schöner Erfolg, jedenfalls für die, die sich in Bremen in der Bürgerschaft für die Stadt und im Wahlkampf für die Partei eingesetzt haben. Widerlegt dieses Ergebnis nicht meine Einschätzung der Arbeit und Wirkung der grünen Partei? Wenn die grüne Partei - wie wir uns das gedacht hatten - gleich von Beginn an ein marktwirtschaftliches Profil bekommen hätte, bei dem sowohl die Freiheit wie auch die Soziale Gerechtigkeit kein Beiwerk gewesen wäre, dann hätten wir innerhalb der abgelaufenen 23 Jahre trotz oder gerade wegen der konservativen Grundstimmung in der Republik die anderen Parteien überholen können. Wir hätten den Wählern nämlich glaubhaft vermitteln können, daß wir dort weiter machen, wo die CDU und SPD vom Weg abgekommen sind. Das ist natürlich insofern eine Spekulation, als die Aussage nicht bewiesen werden kann. Der mögliche und verpaßte Anteil der grünen Partei an den heutigen Wahlergebnissen in der Größenordnung des Mehrfachen heutiger Ergebnisse ist aber insoweit realistisch, wie der Gedankengang, der zu dieser Beurteilung führt, in sich schlüssig ist. Aber das ist Schnee von gestern. Ich denke, heute geht es nicht mehr um Wahlerfolge für die eine oder andere Partei, sondern es geht darum, die Demokratie zu retten und ihr eine Entwicklungschance zu geben durch die Überwindung der Parteiendemokratie bundesrepublikanischer Prägung. Diese Aussage will auch nicht sagen, daß die Bösen das Gute verhindert haben. Menschen, die zum gemeinsamen Handeln zusammenfinden, handeln erst einmal nach den Vorstellungen, die sie mitbringen. Wenn von Schuld in diesem Zusammenhang gesprochen werden kann, dann liegt sie vielleicht darin, daß den unterschiedlichen Motiven, Gedanken und Modellen nicht Raum genug gegeben wurde, sich entwickelnd vorzustellen.

Noch einmal zurück zu den Wahlergebnissen von Bremen. 12,8 % ist trotz meiner Einwendungen ein respektable Anteil. Aber wissen wir auch, wie viele Wähler die Bündnisgrünen als Hoffnungsträger gewählt haben und wie viele sie inzwischen als das kleinere Übel betrachten? Gemessen an den Wahlberechtigten schmilzt der 12,8% Anteil bei einer Wählerbeteiligung von 61,4 % (Wenn ich richtig gerechnet habe.) auf 7,85 % zusammen. Die SPD hat dann einen Anteil von 25,97 und die CDU einen von 18,35%. Von den Wahlberechtigtenzahl aus

gesehen bekommt Bremen in jedem Fall ein Minderheitenregierung. Unter den Nichtwählern ist eben ein Hoher Anteil derer, die alle Parteien abgewählt haben. Das sollte nicht vergessen werden, wenn man sich über Wahlergebnisse freut.

8.16 Unterm Strich / Bürger wollen Reformen

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen

"Sozial- und Arbeitsmarktpolitik"

Beschluss der LDK 10./11. Mai 2003 in Hameln zur Agenda 2010

Mit der AGENDA 2010 macht die rot-grüne Bundesregierung den Versuch, den Fehlstart in die Legislaturperiode zu korrigieren. Sie verspricht, mit dem vorgelegten Katalog der Veränderungen die gravierende Wachstumsschwäche und die stetig steigende Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können.

Unterm Strich aber ist heute schon klar, die AGENDA 2010 wird nicht reichen, um den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen. Wenn dieses Paket verabschiedet wird, werden wir trotzdem auf dem Arbeitsmarkt einen schwierigen Sommer und einen Winter mit Zahlen von 5 und mehr Millionen Erwerbslosen erleben mit allen dramatischen Folgen für Staats- und Sozialkassen. Das spricht nicht gegen die Agenda, macht aber die Dramatik der Situation deutlich. Diese Ehrlichkeit ist für rot-grün überlebenswichtig. Der Eindruck, von Krise zu Krisenmaßnahme zu stolpern, darf sich nicht weiter verfestigen. Man erinnere sich da an die Prophezeiung vor der BT-Wahl, wie viele Arbeitsplätze Hartz jetzt schon bringe, und verknüpfe sie mit der Erfahrung der Hartz-Umsetzung, wo erst einmal Beschäftigung durch Einbrüche im 2. Arbeitsmarkt und in Fort- und Weiterbildung verloren gehen.

Die Agenda 2010 ist eine bunte Mischung aus aktuellen Notmaßnahmen und perspektivischen Reformschritten, die bei den Notmaßnahmen die Frage aufwerfen, für wie lange das wohl reicht und beim perspektivischen Teil die Grundfrage, wo es hin gehen soll, kaum beantwortet. Zentrales Problem ist aber, dass einige notwendige Schritte fehlen. Nur zu geringen Teilen enthält sie auch zukunftsweisende Ansätze zur Weiterentwicklung des Sozialstaates und der Neuausrichtung des Verhältnisses Bürger / Sozialstaat hin zu mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung....

Dieser Text aus dem Beschluß der Landesdelegierten Konferenz von Bündnis 90 DIE GRÜNEN VOM 10. / 11. Mai 2003 klingt doch gut und einsichtig. Der weitere Text dieses Beschlusses hebt sich nicht viel von anderen Stellungnahmen zum Thema *Agenda 2010* ab. Der nachfolgende Artikel von Katharina Ugowski macht deutlich, daß die BürgerInnen unserer Republik durchaus bereit sind, neue Wege zu gehen. Dieser Reformwille kann sich aber in der vorgegebenen politischen Struktur nicht selbstständig formieren. Und hier wird wieder die Tragik der grünen Partei sichtbar: weil sie sich zu früh auf politische Machtfragen eingelassen hat und nicht den Acker der politischen Ideen bestellt hat, kann sie nicht die Rolle des Heerführers für eine Reformbewegung übernehmen.

Die Bürger wollen Reformen - mehr als Politiker glauben

*Die Studie „Perspektive Deutschland“ bringt überraschende Ergebnisse:
Nur drei Prozent sind mit den Parteien zufrieden*

VON KATHARINA UGOWSKI in der HAZ vom 24. April 2003

Berlin. Die Deutschen - ein Volk von Jammerern und Besitzstandswahrern? Von wegen! Sie sind deutlich reformbereiter als die politische Führungsebene glaubt, wie die Studie „Perspektive Deutschland“ belegt. „Selbstverantwortung ist ein angestrebtes und nicht ein gefürchtetes Ziel“, lautete das Fazit des Schirmherren der Studie, Altbundespräsident Richard von Weizsäcker.

Rund 356 000 Menschen beteiligten sich an der Online-Umfrage der Unternehmensberatung McKinsey, des ZDF, des Magazins „stern“ und des Internetdienstleisters T-Online. Sie fühlten sich von der Politik „eher unter- als überfordert“, resümierte Weizsäcker bei der Vorstellung der repräsentativen Studie.

Folglich kommen die Institutionen von Politik und Verwaltung im Ergebnis dramatisch schlecht weg. Nur drei Prozent der Befragten bescheinigten den Parteien eine „gute Aufgabenerfüllung“, der Bundestag erreichte mit acht Prozent kaum einen besseren Wert. Am Ende der Beliebtheitsskala finden sich außerdem die Rentenversicherungen, die Krankenkassen und das Arbeitsamt. Am beliebtesten ist der ADAC, gefolgt von Caritas und Diakonie. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace genießt das Vertrauen von immerhin 49 Prozent der Bundesbürger.

Weizsäcker nannte es „bemerkenswert zu wissen, was wirklich gedacht wird“. Allerdings dürfe man die schlechten Zahlen für die Politik „nicht überbewerten“, warnte er: „Wir Politiker waren noch nie besonders hoch im Ansehen.“ Ohne die Führungsebenen von Parteien und Institutionen ausdrücklich zu kritisieren, warf von Weizsäcker dennoch die Frage auf, wen sie eigentlich in ihren öffentlichen Äußerungen repräsentierten. Die Parteien seien „sehr gut beraten“, sich die Ergebnisse genau anzuschauen.

Heino Faßbender, als McKinsey-Partner verantwortlich für die Studie, kam zu einer ganz ähnlichen Bewertung: Die Bürger seien „konstruktiv kritisch“, opferbereit - und wollten „eher eine Agenda 2003 als 2010“. Für ihn sind die Hauptbotschaften der Studie erstens eine „so nicht durchhaltbare“ Vertrauenskrise gegenüber den politischen Institutionen insbesondere auf Bundesebene und zweitens, dass die Bürger „viel weiter sind als Politiker glauben, sogar weiter als mancher Politiker selbst“.

Bei Fragen nach den drei großen Baustellen Rente, Gesundheit und Arbeitsmarkt wählten sie jeweils die Alternative, die ihnen mehr Eigenverantwortung auferlegt. 58 Prozent aller Befragten und selbst 38 Prozent der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung befürworteten die Erhöhung des Drucks auf Arbeitsunwillige. Über alle Generationen hinweg stimmte die Mehrheit für eine Senkung der Rentenhöhe bei gleichzeitiger Verpflichtung zu privater Vorsorge. 52 Prozent der Befragten waren für eine Grundversorgung im Gesundheitswesen und sinkende Beiträge. Einzig diejenigen, die gleichzeitig Gewerkschafts- und SPD-Mitglied sind, wollten das alte System zu 60 Prozent beibehalten.

8. 17 Konstruktives braucht Zeit

Hier in diesem Abschnitt geht es mir nochmals um Begriffe, die Langsamkeit des allgemeinen Nachvollzugs von Erkenntnissen, die Gefahr der Blindheit durch Spezialisierung und die not-

wendige Offenheit und Fähigkeit zum staunenden Fragen für die Gewinne neuer Erkenntnisse.

In der Sprache der Politik finden wir heute häufig das Nachhaltigkeit. Abgesehen davon, daß man den Eindruck haben kann, daß dieser Begriff nur als ausschmückendes Beiwort benutzt wird, muß die Verwendung dieses Begriffes durch PolitikerInnen doch Verwirrung und Mißtrauen wecken, wenn - wie Grober unten sagt - nur 13% der Bevölkerung mit dem Begriff etwas anfangen können. Lesen wir jetzt erst einmal den Textausschnitt von Grober:

Konstruktives braucht Zeit. Über die langsame Entdeckung der Nachhaltigkeit

von Ulrich Grober

Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 5.8. 2002 (Auszug)

... Die meisten Medien haben Nachhaltigkeit in die Schubladen „Umwelt“ und „Entwicklung“ einsortiert. Beides sozusagen Themen aus Übersee. Die „Nachhaltigkeitsstrategie“, die möglicherweise ein Schritt ist, um Nachhaltigkeit zu einem Element unserer „Staatsräson“ zu machen, blieb bei ihrer Präsentation im April so gut wie unbeachtet. Im Seelenhaushalt der Nation hat die Idee zur Zeit wenig Resonanz. Priorität genießen scheinbar unangefochten die Werte von vorgestern. Kaum etwas beunruhigt die Deutschen so sehr wie die Aussicht auf eine „rote Laterne“ in den globalen Statistiken des Wirtschaftswachstums.

Publikumsbeschimpfungen wären jedoch sinnlos. Der erhobene Zeigefinger bringt nichts. „Ich brauchte nur das ‚Du sollst‘ zu hören, so wendete sich alles in mir um.“ Mit dieser Selbsterfahrung hat schon Hermann Hesse, das Geburtstagskind dieses Sommers, einen Wesenzug der Moderne und erst recht der Postmoderne auf den Punkt gebracht.

Also den Begriff simplifizieren, um ihn überhaupt vermitteln zu können? Ihn „herunterbrechen“, in homöopathischer Dosis verabreichen? Ja, ab und zu wäre das durchaus angebracht. Wenn man allerdings „Generationengerechtigkeit“ nur hoch unter den Stichworten Kindergeld und Renten diskutiert und nicht mehr primär als unabweisbares Gebot, alles zu tun, um die lebensspendenden Ökosysteme zu stabilisieren, ist die Idee entkernt. Operationalisierungen und Grundlagenarbeit an der geistigen Substanz gehören zusammen. Viel hängt davon ab, ob wir die ganze Fülle an Visionen und Herausforderungen, die sich in dem Konzept Nachhaltigkeit bündeln, immer wieder neu und weiter in die Tiefe gehend erforschen und verstehen. ...

... Konstruktives braucht Zeit: Einstürzen geht schnell. Zerstören geht schnell. Nachhaltigkeit braucht seine Zeit. Bestimmte Denkmuster sind in der politischen Klasse, soweit Sie Nachhaltigkeit wahrnimmt, und bei Aktivisten gleichermaßen eingeschliffen: In Rio sei eine Agenda beschlossen worden, die bloß noch umzusetzen sei. Warum passiert so wenig? Oder: Nur 13 Prozent der Bevölkerung können etwas mit dem Begriff Nachhaltigkeit anfangen. Warum sind wir, die wir ja Bescheid wissen, nicht in der Lage, das besser zu vermitteln? Eine gewisse Nervosität breitet sich aus.

Martin Held von der Evangelischen Akademie Tutzing plädiert für mehr Gelassenheit und einen langen Atem. Er ist an einem kleinen, interdisziplinär und international agierenden Netzwerk von Experten beteiligt, das die „Ökologie der Zeit“ (www.zeitoekologie.de) erforscht. ...

... „Der Mensch hat die Fähigkeit, vorauszublicken und vorzusorgen verloren. Er wird am Ende die

Erde zerstören.“ Diese düstere Prognose Albert Schweitzers (die - gegen den Strich gelesen - eine schöne Definition von nachhaltigem Denken enthält!) zitierte 1962 die amerikanische Meeresbiologin Rachel Carson. Sie stellte es als Motto ihrem Buch „Der stumme Frühling“ voran, mit dem sie die Kontaminierung der Natur durch das „Schädlingsbekämpfungsmittel“ DDT enthüllte- und die weltweite Umweltbewegung auslöste.

Die Wende beginnt in den Köpfen. Inzwischen weiß man überall auf der Welt, was mit dem Planeten geschieht: der Winzer am Mittelrhein so gut wie die Bäuerin in der Sahel-Zone, der peruanische Fischer und der Versicherungsmathematiker in New York oder München. Es gibt wohl kaum jemanden, der nicht wenigstens ahnt, dass wir alle im selben Boot sitzen. Unübersehbar und unumkehrbar ist ein planetarischer Bewusstseinswandel, der mit Rio eingesetzt hat. „Nachhaltigkeit“, so die Einschätzung von Wolfgang Sachs, „ist zu einer gemeinsamen Suchbewegung, zum Leitbild eines gemeinsamen Aufbaus von Wissen und Experimenten in einer ökologisch gesinnten Subkultur auf Weltebene -geworden.“ Diese umgreife nicht nur soziale Bewegungen und Umweltorganisationen, sondern auch Teile der öffentlichen Administrationen und der Wissenschaften. „Das ist in den letzten zehn Jahren sehr stark gewachsen, so dass sich über die Welt hinweg Erfahrungen und Kenntnisse aufbauen, die nicht so einfach wegzuradieren sind.“

„Responsible prosperity for all“, verantwortbarer Wohlstand für alle. Diese diplomatische Formel - vielleicht eine Aktualisierung von Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ - brachte Kofi Annan bei der Vorbereitung von Johannesburg ins Spiel. Dass Nachhaltigkeit „keine neue Verzichtskultur“ (Gerhard Schröder) sei, ist breiter Konsens. Hohlwangige Appelle, in Sack und Asche zu gehen, sind aus dem rhetorischen Arsenal aller Akteure verschwunden. Trotzdem führt wohl kein Weg an der Einsicht vorbei, dass es -jedenfalls in den Ländern des Nordens - um eine Strategie der radikalen Reduktion geht. Nachhaltigkeit ist wesentlich eine Ökonomie der Vermeidung, eine Rückkehr zum menschlichen Maß. Die dauerhafte Bewahrung der Ökosysteme ist ohne drastische Senkung des menschlichen Naturverbrauchs nicht denkbar. ...

Ich greife zuerst den Hinweis auf die Nutzlosigkeit von Publikumsbeschimpfungen auf. Wer politisch arbeitet, agiert, der erfährt nicht nur einmal, daß seinem (guten) Willen Widerstand entgegengesetzt wird, der von dem Nichtzuhören bis zur aggressiver Randalen gehen kann. Wir sehen nicht selten Fehlentwicklungen, ja sogar Katastrophen, die vermeidbar gewesen wären, wenn die anderen nicht so verstockt, so ideologisch verblendet usw. gewesen wären. Wir haben also durchaus Gründe, das Publikum allgemein oder spezielle Adressaten zu beschimpfen. Ob solche Publikumsbeschimpfungen ganz wirkungslos sind, und wenn nicht, ob sie Wirkungen im Sinne des Schimpfenden haben, ist im Einzelfall schwer, generell wohl gar nicht zu beantworten. Wenn sie dem Schimpfenden Erleichterung gebracht haben, waren sie aber nicht nutzlos. Als ich selber mit diesem Schreiben anfang, habe ich auch gedacht: „Du mußt den 'lieben' Parteifreunden mal so richtig die Schlappen um die Ohren schlagen!“ Aber bei der denkenden Entwicklung des vorliegenden Text hat sich die gefühlte, immer wieder aufkommende Empörung über die Zustände in unserer Gesellschaft und der Welt, die nicht so sein müßten, wenn vorhandene Erkenntnisse sich schneller durchsetzen und wenn unsere Parteien, die sich als Problemlöser bezahlen lassen, aber sich als Problem-Multiplikatoren betätigen würden, immer wieder schnell verflüchtigt. Isa meine neunzigjährige Wahlverwandte, mit der ich schon ein halbes Jahrhundert verbunden bin, die die Korrektur dieses Textes (nach alter

Schreibweise) übernommen hat, findet, daß ich auffällig milde geworden bin. Ich empfinde das selber nicht so. Richtig ist wohl, daß Empörung sich bei mir in Verstehen (als Voraussetzung, daß es anders werden kann) und in Traurigkeit (als Erinnerungsspeicher dafür, daß die geschauten Mißstände nicht bedeutungslos waren oder sind) auflöst. Soweit ich hier in meinem Textzusammenhang publikumsbeschimpfende Wörter wie Demokratie- und Verfassungsfeinde, Mörder oder Wohlfahrtsverhinderer benutzt habe, dann nie im Sinne einer persönlichen Herabsetzung, sondern nur im Sinne einer objektiven Kernwahrheit. Ich habe mir allerdings zu einem früheren Zeitpunkt schon einmal überlegt, ob die persönliche Beleidigung als politisches Kampfmittel legitim und zweckmäßig sei. Wir müssen doch einfach feststellen, daß alle bisher praktizierten Protestformen sich abgenützt haben, daß selbst erfolgreiche Parteigründungen keinen wirklichen politischen Erfolg bringen. Auf Bomben, auf Gewalt reagiert die Politik noch, aber was macht man, wenn einem dieses Mittel aus ethischen und zweckrationalen Gründen „verboten“ ist. Das Graf Schenk von Stauffenberg 1944 ein Attentat auf Hitler verübte, wird von unseren meisten Zeitgenossen als legitim gewertet. Was ist aber das angemessene Widerstandsmittel, gegen jene - die nicht genau identifizierbar sind -, die das Schiff *Demokratie* auf die Klippen fahren und Besatzung und Passagiere der Gefahr des Todes aussetzen?

Die Redewendung „Rückkehr zum menschlichen Maß“ benutzt von Ulrich Grober, erinnerte mich an eine Aussage von Wilhelm Röpke, die ich als Zitat in den nachfolgend wieder gegebenen Text für die grüne Bewegung von 1980 eingebaut habe. Und das ist nun schon 23 Jahre her. Aber das Buch von Röpke, aus dem ich zitiere, ist in der Erstfassung schon 1937 geschrieben worden. Hier wird dreierlei deutlich. 1. Die Bestätigung über Langsamkeit der Durchsetzung von Erkenntnissen. 2. Die Erkenntnisse nutzen nichts, wenn sie nicht Allgemein gut (oder wenigstens zur Grundlage von Handlungsmaximen der gesellschaftlich Bevollmächtigten) werden. 3. Das Eindringen von neuen Erkenntnissen in Zielbeschreibungen kann solange keine positiven Wirkungen erzielen, wie den Zielbeschreibungen keine Zielerreichungsinstrumente zur Seite gestellt wurden. 4. Es wird deutlich, daß wir mit den heutigen politischen Kampfwörtern „Neoliberalismus“ und „Neoliberale“ jene entehren, die lange vor uns gedacht haben, was wir heute wollen. 5. Weiter kann man einer Anmerkung von Röpke entnehmen, daß es zwischen den verschiedenen Ökonomieschulen erhebliche Verständigungsschwierigkeiten gibt. Zur Abwehr gesellschaftlichen Schadens und Wiedergewinnung von Glaubhaftigkeit der Sozialwissenschaften, müssen Methoden als Verständigungsbrücken zwischen den Schulen

entwickelt werden, damit nicht durch Streit - der ja befruchtend wirken kann - Lücken dieser Wissenschaften vertuscht werden und Erkenntnisse verloren gehen.

Aus: *Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung - ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung - erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken von T.A. (Arbeitskreis Dritter Weg)*

Der Dritte Weg

...

1.2 - was hat er zu leisten?

Dritte-Weg-Theoretiker haben als erstes eine brauchbare Analyse der Entstehung des Privat- und Staatskapitalismus zu liefern. Dies ist nicht möglich, ohne vorher den Marxisten das Interpretationsmonopol für gesellschaftliche Zustände zu nehmen. Nach Wilhelm Röpke „treten uns im ganzen vier Hauptfragen entgegen, die alle voneinander verschieden sind und von denen jede ihre eigene Antwort fordert: 1. die Ordnungsfrage, 2. die Sozialfrage, 3. die politische Frage der Machtverteilung und 4. die moralisch-vitale Frage, ...“ ... „Damit ist folgendes gemeint: Es ist sehr wichtig, daß wir eine wohlgeordnete, eine ergiebige und eine gerechte Wirtschaft haben, aber es ist mindestens so wichtig zu fragen, wie es dabei dem Menschen moralisch, geistig und in allen denjenigen Beziehungen geht, die den eigentlichen Sinn seines Lebens und die Voraussetzung seines Glücks ausmachen.“

... „Dieser 'Dritte Weg' der Wirtschaftspolitik ist vor allem auch ein Weg des Maßes und der Proportion. Es gilt, unsere Gesellschaft mit allen Mitteln vom Rausch der großen Zahlen, vom Kult des Kolossalen, von Zentralisierung, Überorganisation und Standardisierung, vom Pseudo-Ideal des 'Noch größer und noch besser', von Vermassung und Mammutgebilden zu befreien und wieder auf das Natürliche, Menschliche, Spontane, Ausgeglichene und Mannigfaltige zurückzuführen. Es gilt, eine Epoche abzuschließen, in der die Menschheit im Triumph der Technik und Organisation und im Gefühl unendlichen Wachstums und ungehemmten Fortschritts den Menschen selbst mit seiner Seele, seinen Trieben, Nerven, Organen vergessen hatte, ...“

Aus: *Die Lehre von der Wirtschaft*
von Wilhelm Röpke ⁶⁷

67 **Röpke**, Wilhelm, Volkswirtschaftler und Soziologe, *Schwarmstedt (Kreis Soltau-Fallingb. 10.10. 1899, † Genf 12. 2. 1966; Professor u. a. in Jena, Marburg und Genf; Hauptvertreter des Neoliberalismus

Aus dem *VORWORT ZUR 5. AUFLAGE*

... Auch in der Nationalökonomie geht ja die Spezialisierung immer weiter und damit die gefährliche Tendenz, den Blick für das Ganze, für das Wesentliche und für das Prinzipielle zum großen Schaden der Gesellschaft zu verlieren. Diese Neigung ist besonders durch eine besondere Entwicklung des nationalökonomischen Denkens gefördert worden, jenes Denkens nämlich, das die wirtschaftlichen Erscheinungen und Probleme in die von Keynes und seiner Schule entworfenen Schablonen einer sogenannten „dynamischen“ Theorie zwängt. Da der Leser von diesen Dingen anderswo ohnehin mehr hören wird, als ihm wahrscheinlich gut ist, so erscheint es heute doppelt notwendig, ihn davor zu bewahren, daß er vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht.

Genf, im November 1948

Wilhelm Röpke“

Aus dem *Vorwort zur 4. Auflage vom Februar 1946*

Hier geht Röpke auf die Geschichte seines Buches ein, daß er in der Emigration an den Ufern des Marmarameeres verfaßt hat. Eine finnische, ungarische und italienische Ausgabe wurden durch die damaligen Umwälzungen verhindert. Die Restauflage des Buches in deutscher Sprache, das in Österreich erschienen war, wurde von der Zensur kassiert. Nur die französische Ausgabe konnte erscheinen und war bald ohne jegliche öffentliche Diskussion und Werbung - die sich verbat - rasch ausverkauft.

... Wahrscheinlich erklärt sich das Wunder dadurch, daß die deutschen Zensoren viel zu ungebildet waren, um das Buch zu verstehen, während diejenigen Deutschen, die es verstanden, zivilisiert genug waren, sich über diese Entdeckung zu freuen und sie nicht zu verraten. Man hat von vielen Deutschen gehört, die glücklich waren, als sie in Paris auf diesen literarischen Fund gestoßen waren. ...

Aus dem ersten Kapitel:

DAS PROBLEM
I. Geordnete Anarchie

An der Schwelle jeder wissenschaftlichen Betrachtung der Welt - so haben bereits die alten griechischen Philosophen gelehrt - steht die „Verwunderung“. Ehe wir etwas erklären, müssen wir zunächst erkannt haben, daß es etwas gibt, was der Erklärung bedürftig ist, und ehe wir antworten, müssen wir zunächst lernen, Fragen zu stellen. Anstatt die Welt, ihre Erscheinungen und uns selber als etwas Selbstverständliches hinzunehmen, müssen wir erstaunt die Augen aufschlagen und zu dem Bewußtsein erwachen, wie wunderbar und rätselhaft das doch alles ist. Eine solche „Verwunderung“ liegt uns um so ferner, je vertrauter

und der sozialen Marktwirtschaft; Mitbegründer der Mont Pèlerin Society; Arbeiten zur Konjunktur- und Außenwirtschaftstheorie sowie zu den soziokulturellen Grundlagen der Wirtschaftsordnung.

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

und alltäglicher uns eine bestimmte Erscheinung ist. Gibt es aber für jeden von uns etwas Vertrauterer und Alltäglicheres als das Wirtschaftsleben? Gibt es etwas Selbstverständlicheres und Banaleres als die Einkäufe der Hausfrau, den Verkauf eines Kalbes durch den Landwirt, die Entlohnung der Arbeiter am Wochenende, den Verkauf einer Aktie an der Börse? Und doch bedarf es keines tiefen Nachdenkens, damit wir das Erklärungsbedürftige, um nicht zu sagen, Rätselhaftes, hinter allen diesen Banalitäten entdecken. Sind wir aber erst einmal so weit, so haben wir bereits den ersten Schritt in die Nationalökonomie getan.

9. Zusammenfassende Schlußbemerkung



Die politische Gegenwart speist sich immer auch aus den Erfahrungen in der Vergangenheit und die Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen an und für die Zukunft. Wenn die Menschen - wie wir heutigen⁶⁸ - mit der Gegenwart nicht zu frieden sind, ist es zweckmäßig, in die Vergangenheit zu schauen und zu versuchen herauszufinden, ob diese uns etwas für die Gegenwart zu sagen hat. In die Zukunft zu schauen bleibt aufgrund fehlender Daten Spekulation. Und doch ist es nicht unnützlich, mögliche Entwicklungen vorweg zu denken. So wie man die Größe eines Menschen, die er mit 18 Jahren erreicht haben wird, annähernd aufgrund von vielen Vergleichen voraussagen kann, wenn sein Wachstumsverlauf z.B. von 0 bis 10 Jahren bekannt ist, so können auch politische Entwicklungen aufgrund von bisherigen Verläufen nicht genau bestimmt, aber erahnt werden.

Eine größere Urteilssicherheit über künftige Möglichkeiten gibt uns die Beschäftigung mit Modellen der gesellschaftlichen Gesamt- oder ihrer Teilordnungen. Aufgrund historischer Erfahrungen und Kenntnisse über den Menschen und seine Umwelt kann uns unser Geist - wenn er sich auf die Modelle einläßt - einigermaßen sicher sagen, welche Ergebnisse das eine

68 Um mir ein Bild von der jeweils aktuellen Stimmungslage zu machen, verlasse ich mich nicht nur auf die Medien, sondern versuche, allgemeine Berichte durch unmittelbare Eindrücke aus zufälligen Alltagsgesprächen mit aufzunehmen. Gestern nach längeren Gesprächen: Der Apotheker: „In der Agenda 2010 wird erklärt, daß man den örtlichen, selbständigen Apotheker nicht mehr will.“ Der angestellte Verkäufer in der Möbelscheune: „Jeden Tag kommen neue Insolvenz-Informationen über Hersteller, die unsere Zulieferer waren. Früher gab es für die Verkäufer eine Provision von der Teilzahlungsbank, wenn sie einen Ratenkreditvertrag vermittelt haben, heute müssen wir vier Wochen und länger warten, bis das Geld für abgeschlossene Geschäfte erhalten. Als Großhändler - die wir auch sind - haben wir mit der enormen Zunahme von geplatzten Wechseln zu kämpfen. Seit zwei Jahren ist ein rapider Abwärtstrend zu spüren. Ehrlich gesagt, unter dem 'Dicken' ging es uns besser.“ Die Gespräche mit Arbeitssuchenden und Arbeitsvermittlern zeigen auch wenig Erfreuliches. Selbst die Stimmung im Rat der Stadt, in der Verwaltung und zwischen Rat und Verwaltung ist mies, wird aus dem Ortsverband berichtet. Da ist es richtig erfreulich, wenn ein Nachbar, der ein Speiselokal eröffnet hat, meldet: „Meine Hoffnungen und Erwartungen haben sich voll erfüllt.“

oder andere Modell bei Anwendung haben wird. Unsicher ist wiederum, welches Modell sich in einem politischen Entscheidungsprozeß durchsetzt. In der politischen Entscheidung spielen die politisch-geistigen Vorprägungen neben den aktuellen Loyalitäten gegenüber Gruppen (z.B. Fraktionen) eine größere Rolle als das geistige Durchdringen eines Modells und das Erkennen seiner Möglichkeiten.

Die politische Partei DIE GRÜNEN (die sich vor 10 Jahren zu Bündnis 90 / DIE GRÜNEN erweiterte) ist vor einem viertel Jahrhundert entstanden, weil es eine erhebliche Unzufriedenheit mit der damaligen gesellschaftlich-politischen Situation - die als bedrohlich empfunden wurde - gab. Die Bedrohung wollte man dadurch überwinden, daß a) die als verfestigt diagnostizierten Machtstrukturen aufgebrochen werden sollten, und b) daß für viele oder alle Politikbereiche alternative Modelle entwickelt und aufgezeigt werden sollten. Für die Erreichung des Zieles „Aufbrechen der alten Machtstrukturen“ war die Entwicklung eigener Macht wichtig. Für die Zielerreichung „Aufzeigen von Alternativen“ war der gestalterische freie Geist erforderlich. Die Tragik der Grünen, die darin liegt, daß ihre Partei ein Teil dessen geworden ist, was sie überwinden wollte, nämlich das Parteienkartell, war dadurch vorprogrammiert, daß sie entgegen dem Schein zu konservativ waren.⁶⁹ Der freie, gestalterische Geist konnte sich nicht stark genug entwickeln, weil die Herrschaft der alten normativen Bilder von dem Ursprung der Probleme und wie sie zu lösen sind, nicht gründlich genug abgeschüttelt werden konnten. Und die anzustrebende neue Macht geriet der alten herrschenden Macht zu ähnlich, als daß sie diese hätte überwinden können: ungeduldig, eitel und auf den Augenblickserfolg und den Machterhalt ausgerichtet, daher anbietend und mit dem schönen Schein zu Frieden. Ein Versuch, die Vorgänge zu personalisieren, würde außer Abwehrreaktionen von genannten Personen nichts bringen. Deutlich muß nur bleiben, daß eine politische Evolution nur gelingen kann, wenn die Gestaltungsidee nicht dem Machtwillen hinterher hinkt, sondern vorweg läuft.

Die Lage unserer Gesellschaft, der Welt, ist heute nicht besser als bei der Gründung der Partei. Ob Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - oder Parteien allgemein - konstruktiv wirklich die Zukunft gestalten können, daran habe ich inzwischen erhebliche Zweifel. Schon dadurch, daß eine Partei so vielen Menschen Bedeutung und / oder Brot gibt, schränkt sich ihre gesellschaftliche Erneuerungsfähigkeit ein. Denn der Erneuerungswille ist mit hohem Risiko verbunden. Das Risiko der Erneuerung müssen aber alle fürchten, die existenziell von einer Partei abhängig

⁶⁹ Es gibt eben in allen politischen Lagern Konservative. Auch der Progressive hat in der Regel starke konservative Elemente. Auch wenn man den jugendlichen Rebell im Alter unter den Konservativen wieder findet, hat das seinen Sinn.

sind.

Die Mitglieder der grünen Partei und grüner Fraktionen in den Parlamenten waren noch nie bessere Menschen als die Mitglieder anderer Parteien und Fraktionen - auch wenn manche das geglaubt haben - aber es sah eine Weile so aus, als könnten sie die Geburtshelfer besserer gesellschaftlicher Verfahren und Strukturen werden. Diese Erwartung hat sich als Irrtum erwiesen. Diese unsere Gesellschaft - und darüber hinaus die ganze Welt - hungert nach dem ungeborenen Neuen, das das Leben erträglicher und ein wenig heiterer macht. Ob die Grünen - egal in welcher Funktion - noch etwas zum Stillen dieses Hungers beitragen können, weiß ich nicht.

Ich weiß nur, eine Partei, die nicht bereit ist, um der Zielerreichung willen, ihren eigenen Untergang zu riskieren, ist überflüssig, ja schädlich für die Gesellschaft.

Die Natur stellt uns Menschen Pflanzen zur Verfügung, die uns ernähren, berauschen, heilen oder töten können. Mit den Ideen ist es ähnlich so. Und ohne Ideen können wir instinktreduzierten Menschen genauso wenig leben wie ohne leibliche Nahrung. Die Politikkritik hat daher deutlich zu machen, welche Ideen giftig sind und welche Dosis tödlich ist. Die Nationalsozialisten hatten zum Beispiel die giftige Idee, die Juden seien das Übel dieser Welt schlechthin. Das hat den Juden und uns den vielfachen Tod und vielfaches Leiden gebracht. Daß es soweit gekommen ist, konnte aber nur geschehen, weil die Politikkritik vorher versäumt hat, auf die heilenden Pflanzen - die vor der Nationalsozialistischen Herrschaft vorhanden waren - deutlich hinzuweisen. Das Versagen der Gesellschaft allgemein, der Politik und Gesellschaftswissenschaften mit der unmenschlichen und entehrenden Wirkung begann also nicht erst mit den Nationalsozialisten, sondern schon mit den Demokraten, als sie noch Gestaltungsmacht hatten. Die Sozialdemokraten, die unter den Nationalsozialisten leiden mußten und sich viel auf ihre 140-jährige Tradition einbilden, sollten sich auch ausdrücklich zu ihrem Versagen in der Weimarer Republik bekennen.

Die Natur - oder Gott - bietet immer und überall das Heilende für uns Menschen an. DIE GRÜNEN kamen in die Welt, weil die anderen Parteien in ihrer Geschäftigkeit die gesellschaftlichen Heilkräuter nicht mehr sehen konnten. Bei dem Versuch, unserer Gesellschaft die Heilkräuter zu erschließen, haben sich die Grünen selber im Gestrüpp verlaufen. Auch konnten sie auf dem Aktionsfeld ohne Handbuch die heilende und giftige Wirkung der Kräuter nicht mehr unterscheiden. Dieses Verlaufen und Verwirrtsein ist nun beileibe keine Nebensächlichkeit.

Denn dieses Verlaufen - die Nichtlösung ökonomischer Probleme, die lösbar sind - bewirkt nicht nur eine Reduzierung des Lebensglücks von –zig Millionen Menschen bei uns, sondern hat - ohne Statik gefühlsmäßig urteilend - mehr Menschen das Leben gekostet, als die Terrorherrschaft der Nazis. Und dieses Sterben, das uns zu Mördern macht, weil wir es nicht verhindern, obwohl wir es könnten, geht weiter. Die Schuld der jetzt politisch verantwortlichen Generationen ist nicht geringer als die Schuld der Generationen, die unter Hitler aktiv waren oder weggesehen haben. Beim weiteren Ausbau von Berlin sollte gleich ein Platz reserviert werden, wo die nachfolgenden Generationen ein Denkmal setzen können zur Erinnerung unserer Schande.

Ich habe die Sozialpolitiker als Sozialfaschisten, die Bildungspolitiker als Bildungskommunisten und die Mitglieder des Bundestages insgesamt als Demokratie- und Verfassungsfeinde benannt. Den Wirtschaftspolitikern werfe ich aktive und passive Nötigung und Bestechung vor. Diese Einstufungen erfolgen nicht in der Absicht, die Institution oder Personen abzuwerten, sondern um deutlich zu machen, auf welche Irrwege man geraten kann, wenn man nur seine Alltagsgeschäfte zu bewältigen versucht und nur an Machterhalt denkt. Schuld keimt dort, wo in der politischen Geschäftigkeit der Überblick verloren geht.

Von außen betrachtet sieht es so aus, daß die Fraktionen ihre Mitglieder austauschen könnten, ohne daß dadurch die Politik anders würde. Nur die Korrespondenten hätten die ersten Wochen wegen der fraktionellen Zuordnung vermutlich Schwierigkeiten. Sonst würde sich nichts ändern. Das ist eigentlich auch nicht tragisch, eher ein positives Zeichen, weil die Mitglieder des Bundestages politisch nicht so weit auseinander liegen, wie sie selbst vermuten. Schlimmer finde ich, daß der politisch-geistige Wettbewerb im Bundestag durch die Sprachregelungen und durch den Fraktionszwang verkümmert. Der Bundestag erscheint mir als eine Versammlung der Unfreien. Wie sollen aber Unfreie die Voraussetzungen für eine freie Gesellschaft schaffen können?

Die Frage, ob unser die Auswahl der Abgeordneten durch Parteienselektionssystem uns die richtigen Repräsentanten in die Parlamente bringt oder bringen kann, ist eine voll berechtigte Systemfrage und wartet auf eine Antwort. Aber völlig unabhängig davon, gehe ich davon aus, daß die Mitglieder der bündnisgrünen Fraktion im speziellen wie auch die Mitglieder des Bundestages im allgemeinen ihr Bestes geben. Ich habe Respekt vor dem Volumen ihrer Leistung. Aber letztendlich zählt auch in der Politik nicht das Volumen, sondern die Qualität und

der Gebrauchswert des Arbeitsergebnisses.

Die Republik von Weimar hätte nicht scheitern müssen, wenn die Demokraten geistig etwas wacher gewesen wären. Unsere Republik von heute kann die anstehenden Probleme lösen, kann ihr Scheitern verhindern, kann Deutschland und Europa optimieren, wenn Sie, die Mitglieder des Bundestags, der bündnisgrünen Fraktion sich nicht mehr mit in die Irre führenden Parolen wachhalten, sondern durch das geistige und mutige Eintauchen in die Fülle der konstruktiven Gestaltungsmöglichkeiten hellwach werden und wirken.

Ich wünsche Ihnen, in ihrem eigenen Interesse, im Interesse der Menschen in unserem Land und aller Völker dieser Erde, daß sie die Kraft aufbringen, wirklich der Reformmotor der ökologischen Modernisierung, der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung und der gesellschaftlichen Demokratisierung zu werden, die Angelika Schwarzer-Riemer im von mir am Anfang zitierten Bewerbungsschreiben schon als vorhandenen Zustand vermutet.

Wie ist die Frage im Titel dieses Schreibens zu beantworten? Hoffnungsträger oder Totengräber? Ich denke, diese Frage muß jeder Leser für sich entscheiden. Meine Antwort ist: Die Grünen waren Hoffnungsträger, zehren heute noch von der Aufbruchstimmung, wurden zu Totengräbern wider Willen, ohne daß dies die letzte Stufe sein muß. Hoffnungen wachsen besonders gut in Trümmern, auch in Trümmern von Ideologien und Fehleinschätzungen, wie das Gras in den Spalten des Straßenpflasters einer stillen Seitenstraße.

Ich hoffe Sie haben diese Zeilen mit Gewinn gelesen

Es grüßt

Tristan Abromeit

Biographische Notiz von Tristan Jann Ferdinand Abromeit

geboren am 21. Januar 1934

(Übernommen aus meinem Text „Verlogenes, Böses und Verschüttetes in der deutschen Politik - gestern und heute“ vom August 2002 / Siehe Internet: www.tristan-abromeit.de)

Was soll man von sich berichten?

Bei Angaben zur eigenen Person läuft man Gefahr, nichtssagend zu bleiben oder sich in eitlen Ausschweifungen zu verlieren. Jene persönlichen Fakten und Daten auszuwählen, die der Leserin, dem Leser eine Hilfe zum Textverständnis sind, scheint mir gar nicht leicht zu sein. Bevor ich mich an einen Versuch heranmache, will ich die Einleitung von Joachim Fernau⁷⁰ aus seinem Buch „Sprechen wir über Preußen“, 1981, wiedergeben, weil er das Gemeinsame der Biographien der Deutschen - und darüber hinaus - anspricht.

Sprechen wir über Preußen

Das hat Zeit, das läuft uns nicht weg. Sprechen wir zunächst von etwas anderem.

Ich habe mir nie Illusionen über das Gehirn der Menschheit gemacht. Ich weiß, daß man durchaus zum Mond fliegen kann, ohne zu wissen, wer Hölderlin ist, und ich weiß, daß der Mensch die Computer-Erfindung zu machen imstande war, ohne seiner geradezu furchterregenden Blindheit und Ratlosigkeit Herr zu werden. Mit einem Wort: Ich weiß, daß der Einzelne bewundernswert sein kann und das Menschengeschlecht ein Brechmittel ist.

Wir werden einzeln und als einzige geboren, und wir sterben einzeln und als einzige. Nun ist aber nicht zu leugnen, daß sich die Menschen zu einer gigantischen Herde ausgewachsen haben; sie krabbelt vor unserer Tür, sie wimmelt in den Städten, sie überzieht das Land, sie krabbelt über der ganzen Erde. Es ist etwas entstanden, was niemand abschütteln kann, ohne gestraft zu werden: die Ketten der Gemeinschaft.

⁷⁰ Mir war der Autor bisher unbekannt, obwohl dieser Schriftsteller und Autor eine beachtliche Liste an Veröffentlichungen vorlegen kann. Ich weiß nicht ob man ihn gelesen haben muß oder ihn geflissentlich nicht nennt. Ich frage bei den Büchern, die ich in die Hand nehme nicht, ob die Autoren „links“ oder „rechts“ stehen oder ob sie es fertig bringen „unverdächtig“ zu sein.

Was will die Gemeinschaft Fundamentales? Ich weiß es nicht. Wenn Sie das heutige Gequatsche beiseite lassen, nichts. Jedenfalls kann ich nichts Fundamentales entdecken.

Ich sehe die Menschen weiter essen, trinken, arbeiten, schlafen, als Einzelne. So ist es doch! Essen, trinken, kleiden, lieben, schlafen, sterben. Das ist das Fundamentale. Das ist Existenz, das ist die Lebensbasis. Oder? Das gibt die Erde her für den Einzelnen. Kommt etwas anderes heraus, wenn man es mit hunderttausend oder einer Million oder einer Milliarde multipliziert?

Das Fürchterliche ist: Ja, es kommt etwas anderes heraus. Heraus kommen neue Eigenschaften, irrealer Ziele, Rasseninstinkte, Nationalcharakter/ Volksseele, Generationenkampf, Klassenbewußtsein. Das waren nicht Eigenschaften des Einzelnen, das sind Eigenschaften, die der Multiplikator gebiert; das sind Sachen, nach denen die Gemeinschaft stinkt. In diesem Gestank ist der Einzelne eingebettet. Er ist die Ursache, aber er kann nichts dafür, er hat es einst nicht gewollt.

Zerbricht er die Ketten, wird er ein Lemure oder ein Anarch. Ein Ausgestoßener. Was will ich sagen? Ich will sagen: Begreife dich aus den Anfängen der Gemeinschaft deiner Vorfahren. Im Beginn der Gemeinschaft liegt der Schlüssel. Im Beginn der Gemeinschaft liegt die Entscheidung, ob das Molekül Sauerstoff oder Nitroglyzerin wird.

Deine Vorfahren waren nicht Deutsche, sie waren Bayern oder Schwaben oder Friesen oder Obotriten. Waren sie gut oder schlecht, sie waren es an den Ketten der Gemeinschaft. Ein guter Friese war anders gut als ein guter Alemanne; ein tapferer Bayer war anders tapfer als ein tapferer Westfale. Die Ehre eines Hessen war nicht dieselbe wie die Ehre eines Kaschuben. Meine Vorfahren waren Preußen.

Ich bin ein geborener Europäer

Bevor ich den Text von Fernau gelesen habe, war mir schon durch den Kopf gegangen, daß ich eigentlich der geborene Europäer bin. Mütterlicherseits bin ich ostfriesischer und westfriesischer (niederländischer Abstammung). Wobei der Geburtsname meiner Mutter „Ley“⁷¹ über Ostfriesland hinaus auf das Rheinland und die Schweiz verweist. Und väterlicherseits bin ich - mein Name sagt es - ostpreußisch-litauischer Abstammung. Und wenn ich den Geburtsnamen meiner Großmutter väterlicherseits „Barczat“ ansehe, dann ist da noch ein osteuropäisches Land vertreten. Da Abromeit soviel heißt wie Abrahams Sohn und Abraham auch ein jüdischer Familienname ist, kann ich mir zumindest einbilden, ich sei auch jüdischer Abstammung. Das vermittelt mir ein positives Gefühl, weil es die genetische Vielfalt, die ich verkörpern noch vergrößern würde.

Ich bin ein stolzer Deutscher

Ich fühle trotz meiner Geburt als Europäer eindeutig als Deutscher. Die Frage, ob man stolz darauf sein kann, ein Deutscher zu sein, kann zu keinem guten Ergebnis führen, wenn sie im Rahmen des politischen Links-rechts-Schemas gestellt wird. Der Stolz, der hier gemeint ist, ist ja auch nicht wie die Dummheit aus einem Holz. Vielmehr kommt hier großgruppenbezogen zum Ausdruck, was personenbezogen in dem biblischen Gebot „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ gesagt wird. Wer sich selbst nicht akzeptieren, lieben kann, kann auch den nächsten nicht lieben. Wer damit unüberwindliche Schwierigkeiten hat, ein Deutscher zu sein, der kann auch (ohne Überhöhung) die Franzosen oder Dänen, die Belgier oder die Norweger, die

⁷¹ Als Junge wurde ich deshalb als Nazi beschimpft, weil vermutet wurde, daß die Nationalsozialistische Größe, Rober Ley (Deutsche Arbeitsfront und Kraft durch Freude) zur Verwandtschaft gehöre. Das ist nicht der Fall. Aber auch wenn: Was kann der Einzelne für seine Verwandten?

Brasilianer oder die Russen usw. nicht lieben.

„Deutscher“ ist kein genetischer Begriff

Wobei jedem, der seine Familiengeschichte versucht, zurück zu verfolgen, klar werden muß, das „deutsch“ und „Deutscher“ keine genetischen Begriffe sind, sondern kulturelle, gesellschaftliche. Wir können daraus schließen, daß auch ein heutiger Türke oder ein Schwarzafrikaner ein Deutscher werden kann, wenn er in den Schmelztiegel Deutschland einsteigt, wie vor ihm Fremde in vielen Generationen. Wem aber noch bewußt ist, wie schwierig es nach dem Krieg war, Deutsche aus den Ostgebieten in den westlichen deutschen Landen einzugliedern und wer bedenkt, wie lange ein Deutscher - wenn er innerhalb Deutschlands umzieht - ein Zugereister bleibt, der wird den Zuzug von Nichtdeutschen nach Deutschland eher bremsend als fördernd gegenüberstehen. Und bei der Rasanz der politischen Entwicklung, muß man auch fragen, ob Deutschland nicht schon aufgehört hat zu existieren, bevor es vom Türken oder Afrikaner integrierend erreicht wurde.

Ich bin eindeutig ein Niedersachse und kein Bayer

Ohne die Bayern und ohne das Bayern wäre Deutschland arm dran. Als Föderalist müßte ich aber akzeptieren, wenn sie sich von Deutschland trennen würden und sich z.B. mit den Österreichern vereinigen würden. Was im europäischen Rahmen keine Schwierigkeiten bereiten sollte. Aber emotional fühle ich mich in Dänemark mehr zu Hause als in Bayern. Ich fühle mich heute als Niedersachse, bin aber noch im Land Oldenburg - das als solches nicht mehr existiert geboren und habe mich als Junge auch als Oldenburger gefühlt. Auf den Status des Oldenburgers wurden ich quasi mit der Formel eingeschworen: „Ich bin ein Oldenburger Junge, esse Kohl mit Speck und trocken' Brot!“ oder so ähnlich. Vermutlich haben wir in der Schule auch auf der Landkarte gezeigt bekommen, wo die Grenzen Oldenburgs liegen. Aber das war für uns etwas Abstraktes, da wir quasi ja nicht weit über das Dorf hinaus kamen. Es war Krieg und Schulausflüge gab es nicht.

Als Oldenburger war ich ein Barßeler mit Minuszeichen

Wenn man sich auf die Geschichte eines Ortes einläßt und die eigene erlebte Geschichte nicht verdrängt, dann findet man im kleinen gespiegelt das, was sich in der großen Welt abspielt. Barßel, mein Geburts- und bis zum 16. Lebensjahr mein Lebensort ist für solche Betrachtungen besonders gut geeignet, weil es ein Grenzort zu dem Ammerland, dem Ostfriesland, zum Saterland war und ist und sich als altes Dorf auf der Geest deutlich von den noch jungen Fehnsiedlungen unterschied. Man kann in der Geschichte dieses Dorfes betrachten: Die Verlagerung der obrigkeitlichen Zugehörigkeit von Münster nach Oldenburg. Prägung durch die Konfession und die Abgrenzung zwischen den Konfessionen. Grenzschwierigkeiten und kulturelle Abgrenzungen. Der Broterwerb auf dem sandigen Boden und im Moor und der Fremde (in der Schifffahrt und fernen Städten). Der rasante Wandel der Verkehrswege vom Schiff über die Eisenbahn zum Auto. Natürlich auch Krieg mit Gefallenen, Ausgebombten, Vertriebenen und Flüchtlingen. (Wie durch ein Wunder kamen nach dem Krieg noch Sendungen mit Hausrat meiner memelländischen Verwandten mit der Bahn an, die im Krieg in Ostpreußen aufgegeben worden waren.) Natürlich war auch die Umschichtung der sozialen Rangordnung im Dorf durch die NSDAP zu beobachten. Überrascht war ich vor einiger Zeit,

als ich in der Dissertation „Tee in Ostfriesland“, 1991, von Karl Wassenberg las, das mit dem Tee als der milderen Droge die härtere Droge Alkohol bekämpft wurde. Der Tee, die ostfriesische Mischung ist also das Produkt einer Antidrogenpolitik. Aber warum war ich nun ein Barßeler mit einem Minuszeichen? Ich bin zwar in Barßel geboren, mein Vater war aber ein Zugereister und dann noch so weit aus dem Osten - aber ohne ostpreußischen Akzent -, meine Mutter war eine Kolonistochter aus Elisabethfehn (bzw. Bollinger Moor) - mit dem Plattdeutsch als Muttersprache - und beide (also auch ich) hatten die falsche Konfession. Das Ergebnis war: Ich bin Jahrzehnte mit dem Gefühl herum gelaufen, man hätte mir in meinem Geburtsort das Heimatrecht verwehrt. Dabei sind die Bewohner von Barßel genauso lebenswerte Menschen wie anderen Orts. Und trotzdem waren diese Gefühle nicht ein Zeichen von Entwicklungsstörungen eines jungen Menschen.

Das Besondere

Ich bin als zweites von vier Kindern meiner Eltern im Januar 1934 geboren. Ich wußte, daß ich als übergewichtige Leibesfrucht (über 12 Pfund) für meine Mutter eine schwere Geburt war, die eine Schwangerschaftspsychose zur Folge hatte und von der sie sich nur langsam erholte. Ich wußte auch, daß einer der Brüder meiner Mutter mit seiner Familie sein Haus geräumt hatte, damit sich meine Mutter dort erholen konnte. Die Familie des Onkels bestand immerhin aus vier Personen und meine Tante war mit dem dritten von ihren vier Kindern schwanger. Mich hatte man in einen Wäschekorb gepackt und zu Verwandten nach Delmenhorst gebracht, wo man in der Nachbarschaft eine Amme für mich fand. Daß ich in der Zeit von Mutters Krankheit versorgt werden mußte, war mir immer einsichtig, die Maßnahme, meine Mutter vor der Öffentlichkeit zu verstecken, aber nicht. Neulich sagte mir nun eine um 10 Jahre ältere Kusine,⁷² die Familie mußte doch Deine Mutter und Dich vor den Nazis in Sicherheit bringen. Ich wollte nun überprüfen, wann dann die Euthanasiegesetze im Nazi-Deutschland beschlossen worden sind. Ich habe es mit vertretbarem Aufwand und den Quellen, die ich hier zu Hause habe, nicht herausgefunden. Die Bedrohung muß aber schon im Januar 1934 konkret gewesen sein. Und das Verrückte an der ganzen Sache ist, daß der Onkel, in dessen Familie ich Aufnahme gefunden hatte, nach jahrelanger Arbeitslosigkeit eine Anstellung bei der Geheimen Staatspolizei gefunden hatte. Mir scheint: Von diesen Widersprüchen ist die ganze Nazi-Zeit geprägt. Als Mitglied der Deutschen Jugend (Zur Hitlerjugend wechselte man mit 14 Jahren.) habe ich dann mit Spielkameraden - rücklings auf der Weide liegend - versucht die feindlichen Bomber zu zählen, die Bremen und Hamburg anfliegen. Wir stellten fest, daß die deutsche Abwehrflak und die deutschen Abfangjäger immer weniger zum Einsatz kamen und hofften, daß die Wunderwaffe des Führers - von der wir Knaben auch schon gehört hatten - bald eine Wende herbeiführen würde.

Der gewöhnliche Lebenslauf

O ja, als Kleinkind war ich sogar einmal im Memelland, der Heimat meines Vaters. Das Haus der Großmutter steht noch, ich habe mich vor einigen Jahren mit meiner jetzigen Familie davon

⁷² Diese Kusine hat im Krieg als Krankenschwester von Bomben geschundene Kinderleiber und nach dem Krieg Überlebende aus Konzentrationslagern und andere Kranke in einem vom britischen Militär übernommenen Krankenhaus gepflegt. Sie ist dadurch für den langen Rest ihres Lebens selber leidend geworden. Ihr Mann, der im KZ Börgermoor - wo das Lied von den Moorsoldaten entstand - eingesessen hat, ist an seinen Leiden, die er sich im KZ und im Krieg zugezogen hat vor einigen Jahren gestorben. Ich habe längere Zeit im Haus von Karl und Lene Bauer gewohnt. Keine Silbe hat Karl von seinen Leiden erzählt. Ich habe es erst später erfahren. Helene hat lebensbegleitend Gedanken über Glauben, Liebe, Schmerz, über den Menschen, die Gesellschaft und die Politik niedergeschrieben. Einige ihrer Texte werde ich auf meiner Internetseite vorstellen.

überzeugt. Das Gewöhnliche für die Jahrgänge, die in den Beginn der Hitlerzeit hineingeboren wurden, war, daß die Schule und der Alltag vom Kriegsverlauf bestimmt wurde. Dabei hatte ich das Glück, zu jenen zu gehören, die den Krieg sozusagen in einer milden Ausgabe erlebten. Natürlich gab es Gefallene in der Familie, der Vater kam lädiert vorzeitig vom Militär zurück, es gab Bomben, gesprengte Brücken und ein abgestürztes Flugzeug im Dorf und von der Mutter Schimpfe dafür, daß ich statt der alten Garde vom Volkssturm die Feld-Scheunen nach abgesprungenen Besatzungsmitgliedern des Flugzeuges gesucht habe. Ich kann mich aber auch an eine Situation erinnern, in der ich vor Angst in die Hosen gemacht habe. Bei einem anderen Luftangriff war ein Mann zu uns ins Haus geflüchtet. Der Inhalt seines Stoßgebetes war: „Lieber Gott, warum den gerade wir? Ich habe damals empfunden: „Wenn überhaupt. Warum nicht wir?“ Die Hausaufgaben bestanden vorwiegend aus Blätter- und Kräutersammeln und Ernteeinsätzen. Natürlich gab es kein Fernsehen - Kino vielleicht einmal im Jahr. Langeweile hatten wir - auch ohne Spielzeug - selten. Die beste Zeit war wohl, als die Schule ausfiel, weil das Gebäude durch Bomben zerstört wurde. Als wir im letzten Schuljahr den ganzen Vormittag zur Schule kommen sollten, waren viele von uns empört, weil das doch unsere selbstbestimmte Zeit verringerte. Die Eltern hatten für die Erziehung ihrer Kinder doch keine Zeit, weil sie mit dem Kampf ums täglich Überleben beschäftigt waren. Wir kämpften unsere eigenen Kämpfe und waren dabei nicht zimperlich. Aber dies ist eigentlich das Gewöhnliche an den Lebensläufen der Jahrgänge Anfang der 30er Jahre. Auch daß sich diese Jahrgänge in Bezug auf Bildung und Ausbildung nach den reduzierten Möglichkeiten richten mußten und in den meisten Fällen das Dorf, die Gemeinde verlassen oder lange Fahrzeiten in Kauf nehmen mußten, ist ganz gewöhnlich in ihren Lebensläufen.

Ist mein Lebenslauf ungewöhnlich?

Nüchtern betrachtet ist mein eigener Lebenslauf auch nicht ungewöhnlich, ungewöhnlich vielleicht die Motivation für einzelnen Tätigkeiten: Sehnsucht, Wißbegierde, Abenteuerlust, Widerwillen und Hilfsbereitschaft und die Notwendigkeit von irgend etwas zu leben. Aber beim Nachsinnen über die Zeit, bevor das berufliche Karussell sich anfang zu drehen, ist mir hochgekommen, daß meine Eltern, die ständig von offenen Rechnungen aus dem Friseur- und Fotogeschäft geplagt waren, von uns Kindern ganz selbstverständlich erwarten haben, daß wir unsere Arbeitseinsätze zu Hause und außer Hause leisteten, ohne nach einem Lohn zu fragen. Begonnen hat alles noch vor der Währungsreform, als ich einen Konfirmationsanzug aus einer aufgetrennten Uniform erhielt und mein Vater mich als Fotografenlehrling in seinem Atelier anmeldete. Ich wollte aber Seemann werden, nicht nur durch die Vorprägung seitens der Familie meiner Mutter und der Tradition des Seemannsdorfes Barßel (es hat einen kleinstädtischen Charakter) sondern durch eine unbändige Sehnsucht - die ich nicht einmal als Fernweh bezeichnen kann. Diese Sehnsucht überfiel mich regelmäßig im Herbst und Frühjahr, wenn die damals noch nicht eingedeichten Wiesen vom Wasser überschwemmt waren und der Sturm die Wellen hochpeitschte. Mein Vater hatte mit dem Hinweis, daß die Kapitäne in der damaligen Zeit froh waren, einen Milchwagen fahren zu dürfen und vielleicht auch weil er sich einen Nachfolger wünschte, meinen Berufswunsch abgelehnt. Nach zwei Jahren konnte ich mich aber durchsetzen und auf dem Küstenschiff „Heinrich“ als Schiffsjunge in Bremen anheuern. Der Kapitän und Eigener war aus Barßel. Ich hatte ihn aber noch nie vorher gesehen. Die erste Fahrt ging nach Göteborg. In Bremerhaven, wo wir besseres Wetter abgewartet hatten, konnte man noch quer durch die Stadt aus aufgeräumten Ruinen sehen. In Göteborg einlaufend, dachte ich, ich käme ins Paradies. Die Sprünge vom Jungen, Jungmann, Leichtmatrose zum Matrosen folgten rasch aufeinander. Ich war nach der Fremdbeurteilung wohl tüchtig. Es trat aber etwas Merkwürdiges ein. Es ist wohl der Themenkomplex, den Wilhelm Reich in seinem „Christusmord“ abhandelt, den ich erst in diesen Tagen gelesen habe.

Die unbestimmte Sehnsucht hatte sich in eine Sehnsucht nach einer Beziehung zu einem weiblichen Wesen gewandelt. Das Gefühl verlangte aber nach einer Blume mit Wurzeln. Der Beruf

ermöglichte aber nur Schnittblumen, die ich innerlich nicht akzeptieren wollte. Und dieser Widerspruch und drei konkurrierenden Seelen in meiner Brust, die des Mönches, des Bauern und des Abenteurers haben dann das Berufsfindungskarussell in Schwung gebracht und gehalten. Nun was ist ein Seemann schon an Land und dann nur mit dem Volksschulabschluß? Eines Tages entdeckte ich an einem Arbeitsamt einen Aushang, daß im Bergbau Leute gesucht wurden. Ich weiß nicht mehr genau, ob es der Gegensatz des Arbeitsortes war, der mich damals gereizt hat. Ich habe jedenfalls unter Tage gearbeitet, und die Zeit gehört ebenfalls zu meinem Erfahrungsschatz. Irgendwann brauchte ein Onkel auf seinem Binnenschiff dringend einen zweiten Mann. Ich bin eingesprungen. Ein anderes Mal habe ich in der Plattenschmiede einer Werft gearbeitet; von zu Hause kam der Notruf: Du mußt nach Hause kommen, Vater ist krank! Also bin ich zu Haus mehr schlecht als recht im Fotogeschäft eingestiegen. In einem Seemannsheim über die geschlossenen Bildungstüren nachdenkend, bekam ich den Tip, doch einmal nach Freistatt - einer Zweiganstalt von Bethel - zu fahren. Ich habe die Anregung angenommen und habe dort eine erfahrungsreiche Zeit gehabt. Irgendwann wurde mir vom Internationalen Freundschaftsheim erzählt. Dieses Heim verstand sich als Ausbildungsstätte für Friedensarbeiter. Als ich nach längerem Nachdenken ohne Literatur und ohne Diskussion zu dem Schluß gekommen war, daß das Militär niemals seinen Auftrag erfüllen kann, bin ich nach Bückeburg gefahren. Zu jener Zeit, als ich die Zusage für den Winterlehrgang 58/59 der Bäuerlichen Volkshochschule erhielt, habe ich am Fließband in einer Fernsehfabrik gearbeitet. Ich dachte mir, daß es nützlich für den Besuch dieser Heimvolkshochschule wäre, wenn ich über meine Erfahrungen als Landkind hinaus mir Kenntnisse in der Landwirtschaft aneignen würde. Also habe ich mich auf einen großen Bauernhof beworben und dort bis zum Kursbeginn gearbeitet. (Dabei fällt mir der Judenfriedhof ein, der gleich neben dem Hof liegt.)

Die Geschichte ist so und auch anders weitergegangen. Ich kann somit sagen, ich habe reichhaltige Arbeitserfahrungen im Handwerk, der Industrie, im Bergbau und der Landwirtschaft, in der Binnen- und Seeschifffahrt, im Handel, im Versicherungsaußendienst und im Sozialsektor. An Qualifikationsurkunden habe ich dabei erworben, den Matrosenbrief, den Gehilfenbrief als Bankkaufmann, die Graduierungsurkunde zum Volkswirt und sehr spät noch den Gesellenbrief als Bootsbauer. Ich kenne die Rolle des Arbeitslosen, des Aussteigers, des Hausmannes, des Parteigründers und des Alternativlers. Ich weiß, was es für ein Gefühl ist, wenn man in den leeren Kühlschrank guckt, wenn die Geldbörse keinen Nachschub erlaubt. Ich habe das bedrückende Gefühl erlebt, das eine Abtreibung verursacht und andere Dinge, die einem bedrücken oder beglücken. Ich würde meine Eltern - wenn das möglich wäre - um Verzeihung bitten für die ungerechten Worte, die ich ihnen als rebellierender Jugendlicher an den Kopf geworfen habe.

Ich bin reich und arm

Auf meiner Lebensbahn bin ich reich an Erfahrungen geworden, aber ein armer Schlucker geblieben. Ich habe aber das Glück gehabt, daß mich tüchtige Frauen als Ehemann auserkoren haben. Aus der ersten Ehe habe ich vier Kinder, die mir schon acht Enkel beschert haben. Und in zweiter Ehe habe ich drei Kinder. Das älteste Kind, ein Sohn, beginnt mit dem Studium, das jüngste, eine Tochter ist mit 11 Jahren nur wenig älter als ihre Nichten. Und das mittlere Kind ist ein weiterer Sohn, mit dem ich auf Kriegsfuß lebe um die angemessenen Schlafenszeiten und das Durcheinander in seinem Zimmer. Ich vermute, mit ihm werden wir noch viel Überraschungen erleben, so wie meine Eltern mit mir. Und nicht zu vergessen: Zwischen oder begleitend zu meinen einzelnen Lebensstufen stehen Menschen als verbindende Elemente.

Zu guter letzt

Als junger Mensch, als ich mir meines eigenen Denkens bewußt wurde, habe ich mich gefragt, wann man der Wahrheit wohl am nächsten kommen würde: In jungen Jahren, noch ziemlich unbelastet von Erfahrungen und Wissen oder in alten Tagen, wenn einen die Erfahrungen und die Last des Wissens schon gekrümmt haben. Ich bin nun 68 Jahre alt und habe die Antwort immer noch nicht gefunden.

T.A.

Nachtrag vom Mai 2003: Die eigene Geschichte und die Geschichte der eigenen Familie eines jeden von uns wird im allgemeinen als unwichtig betrachtet und doch ist es so, daß sie eine Quelle für Erkenntnisse allgemeiner Art und für das Verstehen des jeweiligen anderen sein kann. Wenn wir heute über die Ausbildungsmisere und die geringen Chancen von jungen Leuten klagen und nach Lösungen suchen, dann sollte immer auch eine gedankliche Rückblende erfolgen. Die meisten Berufsbildungsprobleme von heute, sind die, die auch unsere Eltern, wir selber als junge Menschen oder unsere inzwischen erwachsenen Kinder gehabt haben. In der Politik ist viel Hektik, der Fortschritt hat aber nur ein Schneckentempo.

In Bezug auf meine Stellungnahme zur Berufsbildung: In diesem Themenbereich bin ich nun wirklich ein „Erfahrungsexperte“. Ich habe also eine Lehre wider eigenen Willen mit wöchentlicher Berufsschule und Abbruch hinter mir; die Ausbildung zum Matrosen (damals noch) ohne Berufsschulbegleitung; Die Lehre zum Bankkaufmann (geplant, nacheinander) in zwei Genossenschaftsbanken mit wöchentlich einen Berufsschultag, aber schon mit überbetrieblichen Lehrgängen (in Goslar), später die Lehre (Umschulung) zum Bootsbauer mit Blockunterricht und Unterbringung in einem angeschlossenen Wohnheim (Travemünde) und vier überbetrieblichen Lehrgängen (Grundlehrgänge Holz-, Metall-, Kunststoffverarbeitung und Schweißen) in drei verschiedenen Institutionen. Dazwischen Abendvolkshochschulen, Heimvolkshochschulen, Private Handelsschule, Friedensschule (IFH Bückeburg) und Einsätze in geschlossenen Erziehungsheimen. Als ich 1964 an der AWP in Hamburg mit dem Studium beginnen durfte, hatte ich eben schon ein Studium generale der Arbeit hinter mir. 1973 habe ich dann auch noch an einem vierwöchigen Lehrgang im Berufsförderungszentrum Essen teilgenommen, der heute unter dem Begriff „Ausbildung der Ausbilder“ läuft. Den Begriff „ungelernter Arbeiter“ halte ich für Unsinn. Es gibt keine Arbeit, für die nicht vorher gelernt werden oder in der nicht zumindest Erfahrungen aus anderen Arbeitszusammenhängen in kurzer Zeit übertragen werden müssen. Jede Arbeit ist mit Lernen verbunden. Wird dabei nicht nur die Branche, sondern auch noch der Ort und die Lebensbedingungen gewechselt, dann ist der Lernprozeß noch intensiver. Ein solches zeitbedingtes und den Lebensumständen und den von innen kommenden Impulsen folgendes Lernen, wie ich es hinter mir habe, hat natürlich auch seine Mängel. Die Mängel bestehen darin, daß man bei Fremdsprachen und Mathematik merkt, daß ich keine systematische, kontinuierliche Allgemeinbildung genossen habe. Aber auch wenn ich die bitteren Seiten meines Bildungsganges und Berufslebens betrachte (von einer berichte weiter unten), ich bereue meinen Bildungsweg nicht. Bedauern tue ich, daß ich manche Erfahrungen nicht einfach weiterreichen kann - und für die Rolle des Unternehmers die Lebenszeit nicht mehr reicht -. Aber es ist ein Problem aller Menschen, das eigene Erfahrungen nur begrenzt auf verbalen Weg übertragen werden können. Wenn zum Beispiel die Erfahrungen im Krieg auf die folgenden Generationen, die keinen Krieg erlebt haben, übertragen werden könnten, gäbe es wesentlich weniger Kriege. Aber da jeder Mensch das Recht auf eigene Erfahrungen hat, müssen wir Kriege und sonstige Untugenden auf andere Weise überwinden.

Auch die Bildungs- und Ausbildungsgänge meiner Kinder sind vielfältig und haben mir Einblicke in den Themenkomplex Bildungspolitik vermittelt. Ich könnte von allen begeistert erzählen

(obwohl Kinder nun wirklich nicht nur Freude machen), doch das würde hier zu weit führen. Aber was noch gesagt werden muß, ist, daß auch bei meinen eigenen Kindern, die sich abgerackert haben, um gute Voraussetzungen für den Arbeitsmarkt zu entwickeln, die Politik negativ auf ihre individuelle Lebensplanung eingewirkt hat und noch einwirkt. Und ich schäme mich dafür, daß ich zu schwach war, der Wirtschaftspolitik (zusammen mit anderen) einen sichtbaren Impuls für positive Wende zu geben, obwohl ich soviel Zeit in die Politik investiert habe, die ich den Kindern vorenthalten habe.

Kurzbericht über eine von vielen bitteren Erfahrungen

Von einer bitteren Erfahrung will ich kurz berichten: Als ich die Nachricht von der bestandenen Aufnahmeprüfung für das Studium an der AWP erhalten hatte, sagte meine damalige Freundin, die dann meine erste Frau wurde und mit vier Kinder schenkte: „Ich bin bis zu deinem Studienbeginn mit meinem Anerkennungsjahr als Sozialarbeiterin fertig. Laß uns heiraten. Ich bewerbe mich dann in oder um Hamburg. Wir haben dann ausreichend Geld, daß Du unbesorgt studieren kannst.“ Wir haben geheiratet, sie hatte eine Stelle mit Wohnung und S-Bahn-Anschluß. Es kam richtig Freunde auf. Leider wurde sie schwanger. Keine Wohnung, kein Geld, Zwillingsgeburt, ein behindertes Kind. Und bevor das Studium zu Ende war, war das dritte Kind da. Die Verwandtschaft hat geholfen, die Zeit zu überstehen. Das Bittere kam danach. Meine Situation: Ich wollte von dem Zurückgeben, was ich in der Erwachsenenbildung empfangen hatte. Ich hatte auch eine mündliche Arbeitsplatzzusage. Dann trat die erste Krise nach einer langen Zeit der Vollbeschäftigung ein, die öffentlichen Mittel in der Erwachsenenbildung wurden gekürzt. Ich bekam die versprochene Stelle nicht. Während meine Kommilitonen, die mit einem Stipendium aus dem Umfeld der Gemeinwirtschaft studiert hatten, mit BAT II-Verträgen ihre Stellen bei Gewerkschaften, BfG oder der SPD antraten, stand ich da, Ideale im Kopf, politisch nicht angepaßt, immer noch ohne Wohnung und Geld. Meine ältere Schwester hatte dann in Bremerhaven ein kleines Häuschen zum Wohnen entdeckt. Na, daß löst wenigstens ein Problem, die Familie kann zusammenziehen. Gesagt, getan. Nun, Bremerhaven hat uns gefallen, aber arbeitsmarktmäßig war es eine Falle. Beispiele: Eine Anfrage bei der Zweigstelle der LZB nach Arbeitsmöglichkeiten. „In fünf Jahren können sie wieder nachfragen.“ Bei der Sparkasse: „Leider passen sie mit ihrem Studium nicht in unsere Personalstruktur.“ Es wurde ein Leiter für ein Pflegeheim gesucht. Ich habe mich beworben. Es war außer mir nur noch ein Bewerber da. Der hatte den Vorzug, daß er schon ein kleines Heim geleitet hatte. Man hat ihn genommen und kurze Zeit später bedauert, daß man sich nicht für mich entschieden hat. (Information vom Personalleiter der Stadt.) Meine Frau hat dann eine Halbtagsstelle als Sozialarbeiterin angenommen (und diese Berufsgruppe konnte damals im Gegensatz zu heute noch den Einsatzort wählen) und ich bin für die Iduna Sterbehilfe Klinkenputzen gegangen, ein Gebiet von Delmenhorst bis Cuxhaven. Viel Aufwand und wenig Ertrag, auch deshalb, weil ich mich zu sehr auf die Probleme der Leute eingelassen habe und denen nicht Versicherungen aufdrücken wollte, die nicht im Verhältnis zu ihren Möglichkeiten standen. Es war ein untragbare Situation. Ich habe mich dann nach einen Platz als Hilfsarbeiter umgesehen. Aber um auf den Bau arbeiten zu können, mußte ich nach Bremen fahren, dort habe ich dann als Eisenflechter gearbeitet. Weil der Aufwand für die Fahrt zwischen Bremerhaven und Bremen zu groß war, habe dann mal wieder bei Karl und Helene gewohnt. Vor den Toren Bremerhavens ergab sich dann die Möglichkeit, als Eisenflechter in einem Betonwerk zu arbeiten. Der Vorarbeiter, der sich nicht genug hofiert fühlte, merkte natürlich bald, daß ich mir nur das notwendigste von der Kunst des Eisenflechtens angeeignet hatte. Er hat mich aus dieser Abteilung rausgedrängt. Ich mußte dann Kieselsteine in die Formen für Waschbetonelemente sortieren. Das Ende von diesem Lied war, daß ich mich auf eine Null-Acht-Fünfzehn-Anzeige in Hannover bei einer Bank beworben habe und meine damalige Frau mit den Kindern sich bei ihren Eltern in Hessen „eingeparkt“ hat.

Ich habe also einerseits genügend eigene Erfahrungen in Sachen Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit, und ich habe ausreichend beobachten können, welche Wirkungen solche Situationen auf andere Menschen gehabt haben oder noch haben. Und da ich andererseits weiß, daß die Situation der Vollbeschäftigung mit wenig Aufwand zu erreichen ist, kommt bei mir bei allem Pazifismus in Situationen wie bei dieser Niederschrift der Wunsch hoch, jeden Einzelnen, der in diesem Politikfeld etwas zu entscheiden hat, kräftig in den Hintern zu treten - bis auf die Damen ohne Ausnahmen. Für die verantwortlichen Frauen fällt mir keine angemessene, Aggression ableitende, Entsprechung zum Fußtritt ein.